

Eberhard Gröner

**STRATEGISCHE PERSONALPLANUNG IM ÖFFENTLICHEN
DIENST**

**METHODISCHE GRUNDLAGEN UND IMPLEMENTATION EINES
QUANTITATIVEN PERSONALPLANUNGSMODELLES**

Inauguraldissertation an der
Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der
Universität Bamberg
zur Erlangung des akademischen
Grades des doctor rerum politicarum
Bamberg im April 1988

Tag der Promotion : 14.07.1988
Erstgutachter: Prof. Dr. Walter A. Oechsler
Zweitgutachter: Prof. Dr. Eduard Gabele



Eberhard Gröner

**STRATEGISCHE PERSONALPLANUNG IM ÖFFENTLICHEN
DIENST**

**METHODISCHE GRUNDLAGEN UND IMPLEMENTATION EINES
QUANTITATIVEN PERSONALPLANUNGSMODELLES**

Inauguraldissertation an der
Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der
Universität Bamberg
zur Erlangung des akademischen
Grades des doctor rerum politicarum
Bamberg im April 1988

Tag der Promotion : 14.07.1988
Erstgutachter: Prof. Dr. Walter A. Oechsler
Zweitgutachter: Prof. Dr. Eduard Gabele



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548828_0010

Für Angela
und die Kinder

INHALTSVERZEICHNIS

Abbildungsverzeichnis	V
Tabellenverzeichnis	IX
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	XIV
1. Einleitung	1
1.1. Zielsetzung und Vorgehensweise	1
1.2. Erkenntnisgegenstand	7
1.3. Planungshorizont	11
1.4. Das Aggregationsniveau	12
2. Grundlagen einer strategischen quantitativen Personalplanung im öffentlichen Bereich - dargestellt am Beispiel der Justiz	17
2.1. Die methodische Problematik von Bedarfsberechnungen und -planungen im öffentlichen Bereich	17
2.2. Modelltechnische Grundlagen des Personalplanungsmodells	21
2.2.1. Die Implementation der Zeit	23
2.2.2. Die Modellelemente: Levels und Raten	25
2.2.3. Die Zusammenhänge: Feedback-Orientierung	26
2.2.4. Systemgrenzen	29
2.2.5. Methoden der Parameterquantifizierung	31
3. Die Determinanten des Personalbedarfs auf der Ebene der Organisation (Systemebene I)	32
3.1. Systematik der Determinanten auf der Ebene der Organisation	32
3.2. Zur Definition der Arten des Personalbedarfs	35
3.3. Die Ermittlung des Personalbruttobedarfs	43
3.3.1. Der Pensenschlüssel	43

3.3.2.	Der zeitvariable Personalbedarfsschlüssel (ZVP) des Personalplanungsmodells	46
3.4.	Die Bestimmung des Personalneubedarfs	49
3.5.	Der Einsatz neuer Technologien	53
3.5.1.	Stand und Entwicklungstendenzen	54
3.5.2.	Qualitative Aspekte: die Veränderung von Funktionsbereichen	57
3.5.3.	Quantitative Aspekte: die Veränderung von Arbeitsproduktivitäten	59
3.6.	Fazit	64
4.	Der quantitative Arbeitsanfall als Bezugspunkt der Personalbedarfsplanung	65
4.1.	Theoretisch-methodische Grundlagen	65
4.1.1.	Theoretische Kausalmodelle des Geschäfts- anfalls der Gerichte	65
4.1.2.	Die methodische Vorgehensweise bei der statistischen Analyse von Indikatoren für die Inanspruchnahme der ordentlichen Gerichte	73
4.2.	Querschnittsanalyse des Geschäftsanfalls vor bayerischen Amtsgerichten (Systemebene II A.)	80
4.2.1.	Untersuchte Geschäftsanfallsaggregate	80
4.2.2.	Untersuchte Prädiktoren	82
4.2.3.	Einzelergebnisse	83
4.2.4.	Zur statistischen Erklärbarkeit des Ge- schäftsanfalls aus sozioökonomischen Rahmen- daten	101
4.2.4.1.	Der Geschäftsanfall in Zivilsachen	102
4.2.4.2.	Der Geschäftsanfall in Familiensachen	106
4.2.4.3.	Der Geschäftsanfall in Straf- und Bußgeld- sachen	109
4.2.5.	Zur inhaltlichen Deutung ausgewählter Indi- katoren	112
4.3.	Längsschnittanalyse des Geschäftsanfalls der ordentlichen Gerichte auf der Ebene des Bundes und Bayerns über 15 Jahre (Systemebene II B.)	119
4.3.1.	Untersuchte Geschäftsanfallsaggregate	124
4.3.2.	Untersuchte Prädiktoren	126
4.3.3.	Einzelergebnisse	127
4.3.4.	Zur statistischen Erklärbarkeit des Geschäftsanfalls aus der Entwicklung sozio- ökonomischer Rahmendaten	141
4.3.4.1.	Der Geschäftsanfall in Zivilsachen	142
4.3.4.2.	Der Geschäftsanfall in Strafsachen	154

III

5.	Die Determinanten des Rechtssystems (Systemebene III)	166
5.1.	Ansätze zu einem übernationalen Vergleich von Rechtssystemen - die Entwicklungskorridore	167
5.1.1.	Pragmatischer Ansatz - die Unterschiede	167
5.1.2.	Einzelaspekte - die Suche nach den Ursachen	170
5.2.	Entwicklung des materiellen Rechts	174
5.3.	Alternativen zur Justiz	179
5.4.	Alternativen in der Justiz - Die Ausdifferenzierung von Verfahren	182
5.5.	Die Hartnäckigkeit der Prozeßparteien	187
5.6.	Die Juristen	191
5.7.	Der Einfluß der Rechtsschutzversicherungen	196
5.8.	Mobilisierung von Recht und Barrieren für den Zugang zur Ziviljustiz	201
5.9.	Mobilisierung von Strafrecht	204
5.10.	Zur modelltechnischen Implementation der Einflüsse des Rechtssystems auf den Personal- bedarf der Justiz	207
5.11.	Fazit	208
6.	Die zukünftige Entwicklung sozioökonomischer Rahmendaten des gerichtlichen Geschäftsanfalls	210
6.1.	Bevölkerungsentwicklung	211
6.2.	Wertewandel	217
6.3.	Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Problemlagen	225
6.4.	Entwicklung des Straßenverkehrs	228
7.	Die qualitative Relativierung - drei Szenarien der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung	231
7.1.	Das extrapolative Szenario	232
7.2.	Die nachindustrielle Gesellschaft	234

7.3.	Die nachmoderne Gesellschaft	238
7.4.	Modelltechnische Voraussetzungen zur Implementation von Alternativszenarien	241
8.	Ergebnisse der strategischen Personalplanung für die Justiz	243
8.1.	Der Geschäftsanfall	243
8.2.	Der (Brutto-)Personalbedarf	249
8.3.	Abzuleitende Anpassungsmaßnahmen	257
8.3.1.	Stellenpolitik	257
8.3.2.	Ausbildungs- und Einstellungspolitik	260
9.	Schlußbemerkung	263
	Literaturverzeichnis	266
	Anhang 1: DYNAMO-Programme 'BUND' und 'BAYERN'	280
	Anhang 2: Variablenliste für die DYNAMO-Programme	292
	Anhang 3: Einige Anmerkungen zur Computersimulations- sprache DYNAMO	298
	Anhang 4: Variablenliste zur statistischen Längs- schnittuntersuchung	302

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Systemebenen eines quantitativen Personalplanungsmodells für die Justiz
- Abb. 2: Teilbereiche der Personalplanung
- Abb. 3: Die ordentliche Gerichtsbarkeit in der für das Planungsmodell gewählten Aggregation
- Abb. 4: Die Aggregation des Personalbedarfs im vorliegenden Planungsmodell
- Abb. 5: Kriterien für die Auswahl eines konzeptionell-methodischen Ansatzes
- Abb. 6: Einfaches Markow-Modell
- Abb. 7: Feedback-Kreis mit endogenisierter Entscheidungsgröße
- Abb. 8: Beispiel eines im Modell enthaltenen Feedback-Loops
- Abb. 9: Politische Entscheidung als Element eines Feedback-Loops
- Abb. 10: Einflußfaktoren des Personalbedarfs auf der Ebene der Organisation
- Abb. 11: Zusammenhang zwischen Personalbestand und Personalbedarf (brutto/netto)
- Abb. 12: Berechnungsschema für die Prognose des quantitativen Personalbestandes
- Abb. 13: Modellteil Personalbestand
- Abb. 14: Personalbestand/Neubedarf - positiver Feedback-Loop
- Abb. 15: Faktoren für die Inanspruchnahme der Ziviljustiz
- Abb. 16: Ursachenfaktoren der Inanspruchnahme der Ziviljustiz; Wirkungszusammenhänge und abgeleitete Auswirkungen

- Abb. 17: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Zivilprozessen 1. Instanz vor Amts- und Landgerichten (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) großer Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland
- Abb. 18: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Zivilprozessen 1. Instanz vor Amts- und Landgerichten (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) großer Variablensatz; Bayern
- Abb. 19: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Mahnsachen (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) großer Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland
- Abb. 20: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Mahnsachen (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) großer Variablensatz; Bayern
- Abb. 21: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in "sonstigen Vollstreckungssachen" (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) Großer Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland
- Abb. 22: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in "sonstigen Vollstreckungssachen" (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) großer Variablensatz; Bayern
- Abb. 23: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Zivilprozeßsachen 1. Instanz vor Amts- und Landgerichten (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) kleiner Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland
- Abb. 24: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Zivilprozeßsachen 1. Instanz vor Amts- und Landgerichten (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) kleiner Variablensatz; Bayern
- Abb. 25: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Mahnsachen (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) kleiner Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland
- Abb. 26: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Mahnsachen (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) kleiner Variablensatz; Bayern
- Abb. 27: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in "sonstigen Vollstreckungssachen" (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) kleiner Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland

- Abb. 28: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in "sonstigen Vollstreckungssachen" (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) kleiner Variablensatz; Bayern
- Abb. 29: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Bußgeldverfahren (in Verfahren pro 10000 strafmündigen Personen) kleiner Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland
- Abb. 30: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Bußgeldverfahren (in Verfahren pro 10000 strafmündigen Personen) kleiner Variablensatz; Bayern
- Abb. 31: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Bußgeldsachen (in Verfahren pro 10000 strafmündige Personen) kleiner Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland, ab 1977
- Abb. 32: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Bußgeldverfahren (in Verfahren pro 10000 strafmündige Personen) kleiner Variablensatz; Bayern, ab 1977
- Abb. 33: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Strafsachen ohne Straßenverkehrs- und Bußgeldsachen (in Verfahren pro 100000 strafmündigen Personen) kleiner Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland
- Abb. 34: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Strafsachen ohne Straßenverkehrs- und Bußgeldsachen an Amtsgerichten (in Verfahren pro 100000 strafmündigen Personen) kleiner Variablensatz; Bayern
- Abb. 35: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in erstinstanzlichen Strafsachen vor dem Landgericht (in Verfahren pro 1 Mio. strafmündiger Personen) kleiner Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland
- Abb. 36: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in erstinstanzlichen Strafsachen vor dem Landgericht (in Verfahren pro 1 Mio. strafmündiger Personen) kleiner Variablensatz; Bayern
- Abb. 37: Funktionen von Gerichtsverfahren für die Parteien
- Abb. 38: Anzahl der Juristen in der Bundesrepublik



- Abb. 39: Zusammenhänge zwischen Rechtssystem und Personalbedarf
- Abb. 40: Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren und gewichtete strafmündige Bevölkerung in der Bundesrepublik
- Abb. 41: Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren und gewichtete strafmündige Bevölkerung Bayerns
- Abb. 42: Items und Hauptdimensionen der Inglehart'schen Wertskala
- Abb. 43: Langfristiges Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland (durchschnittliche jährliche Wachstumsraten in Preisen von 1980)

Tabellenverzeichnis

- Tab. 1: Anzahl der Richter nach Gerichtszweigen in Absolutzahlen und % - Werten
- Tab. 2: Beschäftigte der ordentlichen Gerichte nach Laufbahngruppen (Bund und Bayern)
- Tab. 3: Personalbestand nach Laufbahngruppe und Altersklasse an bayerischen Gerichten
- Tab. 4: Beschäftigtengruppenspezifischen Auslastungsgrade für den Bund und Bayern
- Tab. 5: Personalbestand und Personalbedarf an Richtern im Zeitablauf
- Tab. 6: Zugrundegelegte beschäftigtengruppenbezogene Auslastungsgrenzen in % -Werten; Bund und Bayern
- Tab. 7: Daten zur Berücksichtigung laufbahngruppen- und geschäftsbereichsspezifischer Produktivitätsfortschritte auf der Ebene Bayerns
- Tab. 8: Korrelation zwischen Geschäftsanfallszahlen und verschiedenen Bevölkerungsaggregaten
- Tab. 9: Korrelationen zwischen bevölkerungsbereinigten Geschäftsanfallszahlen (pro-Kopf der 18 - 65jährigen) und der Bevölkerungsdichte
- Tab. 10: Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit und Geschäftsanfall der Gerichte
- Tab. 11: Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit und Geschäftsanfall der Gerichte - bereinigt um den Bevölkerungsdichteeffekt
- Tab. 12: Beschäftigtenanteil in der Land- und Forstwirtschaft und dem Geschäftsanfall
- Tab. 13: Beschäftigtenanteil im Handels- und Dienstleistungsbereich und Geschäftsanfall
- Tab. 14: Erledigte Zivil- und Strafsachen an bayerischen Amtsgerichten im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr

- Tab. 15: Zusammenhang zwischen dem Bestand an Pkw und dem Geschäftsanfall in Zusammenhang mit dem Straßenverkehr
- Tab. 16: Pkw-Dichte und einwohnerdichtebereinigter Geschäftsanfall
- Tab. 17: Wirtschaftskraft der Organisationen und Geschäftsanfall der Ziviljustiz
- Tab. 18: Steuerbarer Umsatz pro Erwachsenem und Geschäftsbelastung
- Tab. 19a: Parteipräferenz und Geschäftsanfall; Bsp. CSU
- Tab. 19b: Parteipräferenz und Geschäftsanfall; Bsp. SPD
- Tab. 19c: Parteipräferenz und Geschäftsanfall; Bsp. GRÜNE
- Tab. 20: Parteipräferenz und Bevölkerungsdichte
- Tab. 21: Indikatoren für die Geschäftsanfallsdichte in Zivilsachen (pro Kopf der Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren)
- Tab. 22: Indikatoren für den Geschäftsanfall in Familiensachen (pro Kopf der Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren)
- Tab. 23: Indikatoren des Geschäftsanfalls in Straf- und Bußgeldsachen (pro Kopf der Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren)
- Tab. 24: Wegen Verbrechen und Vergehen Verurteilte nach Altersgruppen
- Tab. 25: Ehescheidungen nach dem Alter des Ehegatten
- Tab. 26: Ökonomische Rahmenbedingungen und Geschäftsanfall (für den Bund und Bayern)
- Tab. 27: Ökonomische Rahmenbedingungen und Geschäftsanfall II (für den Bund und Bayern)
- Tab. 28: Einkommensentwicklung und Geschäftsanfall
- Tab. 29: Soziale Problemlagen und Geschäftsanfall I
- Tab. 30: Soziale Problemlagen und Geschäftsanfall II, Trendbereinigte partielle Korrelationen
- Tab. 31: Beschäftigtenstruktur und Geschäftsanfall

- Tab. 32: Straßenverkehr und Geschäftsanfall der ordentlichen Gerichte in Strafsachen; Anteil der Straßenverkehrssachen in % bei Ordnungswidrigkeiten und Strafsachen am Amtsgericht (BRD)
- Tab. 33: Straßenverkehr und Geschäftsanfall in Straf- und Bußgeldsachen
- Tab. 34: Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit großem Variablensatz in Zivil-, Vollstreckungs- und Mahnsachen am Amtsgericht bzw. an Amts- und Landgerichten der BRD
- Tab. 35: Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit großem Variablensatz in Zivil-, Vollstreckungs- und Mahnsachen am Amtsgericht bzw. an Amts- und Landgerichten der BRD
- Tab. 36: Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit kleinem Variablensatz in Zivil-, Vollstreckungs- und Mahnsachen am Amtsgericht bzw. an Amts- und Landgerichten der BRD
- Tab. 37: Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit kleinem Variablensatz in Zivil-, Vollstreckungs- und Mahnsachen am Amtsgericht bzw. an Amts- und Landgerichten der BRD
- Tab. 38: Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit großem Variablensatz; Straf- und Bußgeldsachen vor Amts- und Landgerichten der BRD
- Tab. 39: Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit großem Variablensatz; Straf- und Bußgeldsachen vor Amts- und Landgerichten in Bayern
- Tab. 40: Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit kleinem Variablensatz; Straf- und Bußgeldsachen vor Amts- und Landgerichten der BRD
- Tab. 41: Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit kleinem Variablensatz; Straf- und Bußgeldsachen vor Amts- und Landgerichten in Bayern
- Tab. 42: Prozeßhäufigkeit und Personalintensität europäischer Rechtskulturen
- Tab. 43: Richter und Rechtsanwälte je 100.000 der Bevölkerung (1984) in Nordrhein-Westfalen (NRW) und den Niederlanden (NL)
- Tab. 44: Zivilprozesse in 1. Instanz (je 100.000 der Bevölkerung)

- Tab. 45: Indikatoren der Kriminal- und Verurteiltenstatistik (je 100.000 Einwohner)
- Tab. 46: Jährliche erledigte Verfahren je Richter (1982)
- Tab. 47: Prozentualer Anteil der Prozeßvergleiche (V) und streitigen Urteile (U) an Amts-, Land- und Oberlandesgerichten
- Tab. 48: Verhältnismäßige Häufigkeit der Berufung in Zivilsachen
- Tab. 49: Erledigungsart und Anwaltsvertretung in Prozent
- Tab. 50: Berufsquote nach Verliererpartei und Anwaltsvertretung in Prozent
- Tab. 51: Rechtsschutzversicherungen in der BRD
- Tab. 52: Kontakte mit Gerichten/Rechtsanwälten und Rechtsschutzversicherung (RSV)
- Abb. 53: Gerichtliche und außergerichtliche Lösungsversuche in drei ausgewählten Konfliktfeldern
- Tab. 54: Säuglingssterblichkeit und Lebenserwartung bei Geburt in ausgewählten Ländern
- Tab. 55: Wanderungen aus der und in die Bundesrepublik (in 1.000)
- Tab. 56: Fruchtbarkeitsziffern und Nettofortpflanzungsraten in der Bundesrepublik Deutschland
- Tab. 57: Der Wandel der Erziehungswerte (bis 1976)
- Tab. 58: Erwerbspersonen, Erwerbstätige und Arbeitslose (in Mio.) in der Bundesrepublik Deutschland
- Tab. 59: Entwicklung des PKW-Bestands in der Bundesrepublik Deutschland
- Tab. 60: Geschäftsanfall in Zivilprozeßsachen des Bundes und Bayerns
- Tab. 61: Geschäftsanfall in Straf- und Bußgeldsachen des Bundes und Bayerns
- Tab. 62: Geschäftsanfall in Familiensachen des Bundes und Bayerns
- Tab. 63: Daten zur Berücksichtigung laufbahngruppen- und geschäftsbereichsspezifischer Produktivitätsfortschritte auf Bundesebene

- Tab. 64: Bruttopersonalbedarfe in den fünf Beschäftigten-
gruppen über alle Geschäftsbereiche; Bund und
Bayern
- Tab. 65: Struktureffekte des Personalbedarfs in Prozent-
werten; Bund
- Tab. 66: Entwicklung der Bruttopersonalbedarfe der 5 Be-
schäftigtengruppen in Zivilsachen 1. Inst.
(GB(1)) und Straf- und Bußgeldsachen (GB(5));
Bund
- Tab. 67: Entwicklung der Bruttopersonalbedarfe der 5 Be-
schäftigtengruppen in Zivilsachen 1. Inst.
(GB(1)) und Straf- und Bußgeldsachen (GB(5));
Bayern
- Tab. 68: Entwicklung des Personalbestands in den fünf Be-
schäftigtengruppen; Bund und Bayern
- Tab. 69: Jährliche Nettopersonalbedarfe je Beschäftigten-
gruppe in Bayern

Verzeichnis der verwendeten
Abkürzungen:

a.a.O	am angegebenen Ort	i.d.R.	in der Regel
Abb.	Abbildung	incl.	inclusive
AG	Amtsgericht	insb.	insbesondere
B	Belgien	Inst.	Instanz
Ber.	Berufung	IuKT	Informations- und Kommunikations-
Beschw.	Beschwerde		technologie
BGBI.	Bundesgesetzblatt	Kap.	Kapitel
BMI	Bundesministerium des Inneren	LG	Landgericht
BRD	Bundesrepublik Deutschland	m.	mit
Bsp.	Beispiel	Max.	Maximum
BTDr.	Bundestags- drucksache	mD	mittlerer Dienst
bzw.	beziehungsweise	Mio.	Millionen
c.p.	ceteris paribus	NL	Niederlande
ca.	circa	o.g.	oben genannt
CSU	Christlich Soziale Union	OLG	Oberlandesgericht
D	(Bundesrepublik) Deutschland	part.	partiell
d.h.	das heißt	Pkte.	Punkte
d.Verf.	des Verfassers	PKW	Personenkraftwagen
DK	Dänemark	Proz.	Prozeß
ebd.	ebenda	RSV	Rechtsschutz- versicherung
erl.	erledigt	S.	Seite
Erw.	Erwachsene	sog.	sogenannt
et alii	und andere	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
etc.	et cetera	StPO	Strafprozeßordnung
F	Frankreich	Tab.	Tabelle
FDP	Freie Demokratische Partei	Tsd.	Tausend
GB	Geschäftsbereich	vgeg.	vorangegangen
GVG	Gerichtsverfas- sungsgesetz	vgl.	vergleiche
HGrG	Haushaltsgrund- satzgesetz	z.B.	zum Beispiel
		z.T.	zum Teil
		ZPO	Zivilprozeßordnung
		zw.	zwischen

1. Einleitung

1.1. Zielsetzung und Vorgehensweise

Zielsetzung der vorliegenden Arbeit ist die Entwicklung eines quantitativen und strategischen Personalplanungsmodells für einen Teilbereich des öffentlichen Dienstes mit sehr langer zeitlicher Reichweite und auf sehr hoch aggregiertem Niveau.

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Entwicklungslinien öffentlicher Aufgaben und damit staatlichen Handelns sind differenzierte Prognosemodelle für die einzelnen Aufgabenbereiche innerhalb des öffentlichen Dienstes erforderlich. Konzeptualisierung und Implementation des Personalplanungsmodells innerhalb der vorliegenden Arbeit sind durchgängig am Beispiel der Justiz und ihrer Verwaltung orientiert. Eine Übertragbarkeit der gewählten Systematik auf weitere Teilbereiche des öffentlichen Dienstes ist jedoch gegeben. Personalplanung im öffentlichen Bereich - hier am Beispiel der Justiz - läßt sich hierbei nur verstehen als ein Teilbereich politischer Gesamtplanung, der in vielfältigen Wechselbeziehungen zu dieser steht. Es ist deshalb zunächst erforderlich, den Problembereich der Personalplanung konzeptionell zu integrieren in den Gesamtzusammenhang der Zweckbestimmung oder Problemdefinition, welche politischem Entscheidungshandeln zugrunde liegt - bzw. liegen sollte und der daraus letztlich resultierenden Ressourcenallokation in Form von Budget- und Finanzplänen (vgl. hierzu König 1979, S. 252).

Die Struktur der vorliegenden Arbeit folgt hiebei einer von der Nachfrageseite nach öffentlichen Leistungen ausgehenden Strategie der stufenweisen Komplexitätserweiterung durch die schrittweise fortschreitende Integration relevanter Rahmenbedingungen in das Gesamtsystem der quantitativen Personalplanung. Die schrittweise vollzogene Explizierung

der Rahmenbedingungen erhöht zum einen die Komplexität des Planungsmodells, reduziert zum anderen jedoch gleichzeitig die Quantifizierbarkeit vornehmbarer Planungsrechnungen und deren Ergebnisse. Gerade bei sehr langfristiger Betrachtung können damit erhebliche Handlungsspielräume und Entwicklungskorridore aufgezeigt werden.

Zur Wahrung der Transparenz der Vorgehensweise bei der Entwicklung eines quantitativen Personalplanungsmodells für die Justiz erscheint es zweckmäßig, die Determinanten eines Gesamtmodells zunächst zu systematisieren, sowie in ihrer Qualität zu kennzeichnen und darauf Wirkungsweisen und Wirkungszusammenhänge zu untersuchen.

Die drei zentralen Elemente eines solchen Gesamtmodells sind:

- Organisation
- gesamtgesellschaftliches Umfeld und
- Rechtssystem

Alle drei Elemente bzw. Ebenen unterliegen einer tatsächlichen und/oder versuchten (politischen) Einflußnahme und Steuerung. Dies offenbart, daß es im folgenden nicht um eine unbedingte - also von politischen Entscheidungen losgelöste - Prognose zukünftiger Entwicklungen gehen kann, sondern vielmehr um ein komplexes System von Wenn-Dann-Aussagen, das in der Lage ist, Wirkungsweise und Auswirkungen getroffener und durchgesetzter politischer Entscheidungen auf den zukünftigen Personalbedarf dieses öffentlichen Bereichs aufzuzeigen und damit zu einer Transparenz des Gesamtsystems beizutragen.

Die Ableitung des zukünftigen quantitativen Bedarfs an Richtern, Beamten und Angestellten der Justiz erfolgt innerhalb eines computergestützten Modells, dessen zentrale Elemente "Organisation", "gesamtgesellschaftliches Umfeld"

und "Rechtssystem" darstellen. Die Qualität der betrachteten Systemebenen kann durch Ausmaß und Ort ihrer politischen Steuerung gekennzeichnet werden.

Organisation: Das Organisationselement besteht aus den Verwaltungseinheiten, d.h. Behörden (eines Bundeslandes, bzw. des Bundes) zur Rechtspflege - im folgenden reduziert auf die ordentlichen Gerichte. Die Gestaltung dieser Institutionen liegt zum einen in der Hand der Entscheidungsträger Behördenleitungen und auf aggregierter Ebene bei den Verwaltungsinstanzen der Justizministerien der Länder.

Auf dieser Organisationsebene (im folgenden aggregiert auf das Niveau der Landesjustizverwaltungen) sind wesentliche Steuerungsparameter die Organisationsgestaltung und Reorganisation von behördlichen Arbeitsabläufen - häufig im Zusammenhang mit oder angestoßen durch den Einsatz neuer Technologien - und die daraus resultierende Ressourcenallokation.

Gesamtgesellschaftliches Umfeld: Das gesamtgesellschaftliche Umfeld selbst ist Rahmenbedingung für das Rechtssystem und die Organisationsebene. Darüber hinaus ist es Ausgangspunkt aller entstehenden strafrechtlich relevanten Sachverhalte und Ordnungswidrigkeiten sowie aller zivilrechtlichen Konfliktsituationen, die bei ihrer Verschärfung einer institutionalisierten Konfliktlösung durch die Gerichte bedürfen. Gleichzeitig ist das gesellschaftliche Umfeld Ursprung aller nicht-konfliktären Vorgänge, innerhalb derer die Institutionen der Justiz (im Rahmen der freiwilligen Gerichtsbarkeit) hoheitliche Verwaltungsfunktionen inne haben.

Die Entwicklung der Teilbereiche des gesellschaftlichen Umfelds unterliegt teils direkt einer politischen Einflußnahme durch die Exekutive des Bundes und der Länder (Wirtschaftspolitik), teils entzieht sie sich einer solchen weitgehend (Wertewandel/Wertstrukturen).

Rechtssystem: Das Rechtssystem stellt für die Justizverwaltung ein Datum dar, das den formalen und inhaltlichen Rahmen der Organisationssteuerung definiert. Die Rechtsordnung als Teil des Rechtssystems bestimmt zum einen den prinzipiellen Aufbau der Organisationsebene (GVG), zum zweiten das prozeßuale Vorgehen innerhalb der Organisationen (ZPO, StPO etc.) und zum dritten in Form von Normen und Gesetzen den Inhalt dessen, was zum Gegenstand institutioneller Konfliktlösung werden kann. Steuerungsebene ist hier die Legislative des Bundes und der Länder.

Darüber hinaus sind Teil dieses Rechtssystems auch institutionelle Traditionen (wie juristische Professionen und deren Selbstverständnis, öffentliche und private Institutionen etc.), die einer politischen Steuerung nur bedingt zugänglich sind.

Für die schrittweise Modellentwicklung wird aus dieser Komplexität des Gesamtsystems folgendes Vorgehen abgeleitet (vgl. dazu Abbildung 1):

Systemebene I:

Zunächst wird ein Teilmodell der Justizverwaltung erstellt, das auf aggregierter Landes- und Bundesebene die organisationsinternen Steuerungsparameter für Personalbedarf und -bestand enthält (vgl. Kap. 3). Das Rechtssystem wird als konstant unterstellt. Die Wirkungsweise und -richtung der

Ursachenfaktoren der Inanspruchnahme der Justiz werden ebenfalls als konstant angenommen. Erkenntnisobjekt ist damit primär die Organisationsebene.

Systemebene II:

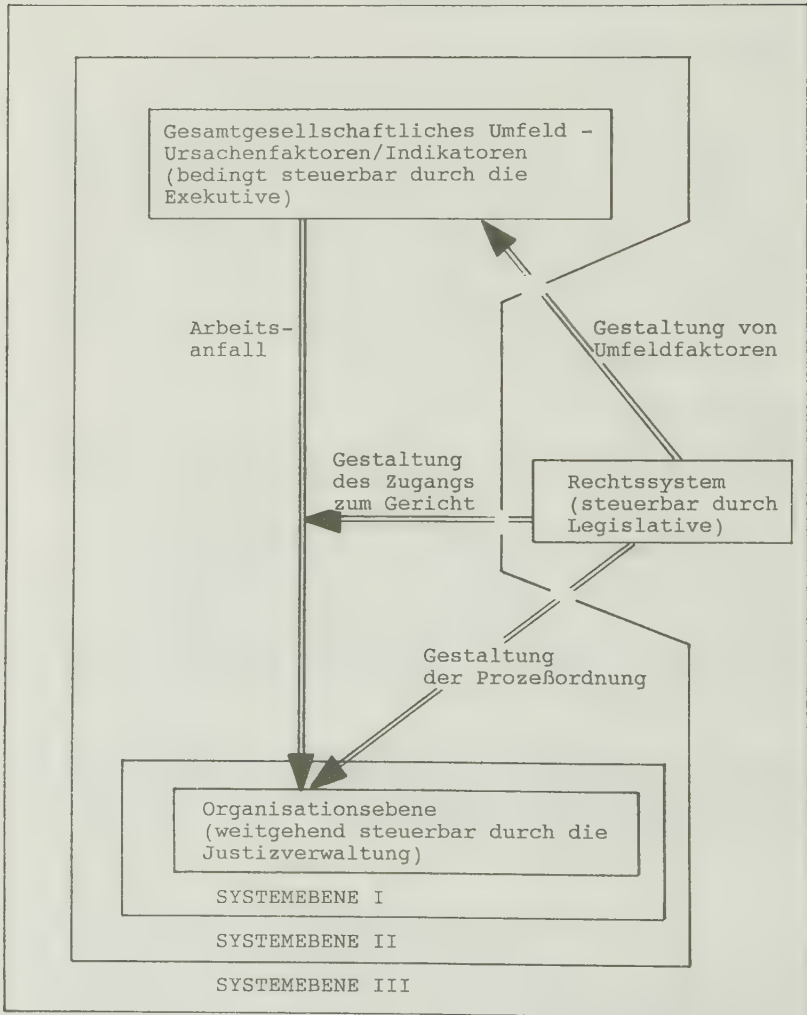
Im zweiten Schritt geht das Beziehungsgefüge der für den Geschäftsanfall relevanten gesamtgesellschaftlichen Faktoren selbst in das Modell ein (vgl. Kap. 4). Hierdurch können Einzelfaktoren mit großem, von solchen mit geringerem politischem Steuerungspotential unterschieden und die Konsequenzen der Änderung einzelner Elemente abgeschätzt werden. Kapitel 6. erläutert die der status quo Prognose des Geschäftsanfalls zugrunde gelegten Annahmen zur Entwicklung der relevanten Rahmendaten.

Systemebene III:

Veränderungen am Rechtssystem selbst induzieren eine Bandbreite zu erwartender Auswirkungen auf die Organisationsebene, die in ihrer spezifischen Wirkungsweise, insbesondere auf den Personalsektor, durch die Erweiterung des Modells um das Element "Rechtssystem" aufgezeigt werden können (vgl. Kap. 5.). Zudem kann durch die Gestaltung des Rechtssystems in den Prozeß der Justizialisierung von Konflikten bzw. die Art und Weise der Mobilisierung von Recht eingewirkt werden.

Abbildung 1 zeigt zusammenfassend die differenzierte Betrachtungsweise der drei Systemebenen.

Abb. 1: Systemebenen eines quantitativen Personalplanungsmodells für die Justiz



Die sehr große zeitliche Reichweite des Planungsmodells und die Variabilität der Rahmenbedingungen verdeutlichen dessen strategischen Charakter (vgl. Kossbiel 1975, Sp. 1622). Die ausschließliche Betrachtung eines status quo gesellschaftlicher Entwicklungslinien sowie deren Einfluß auf die weiteren Systemebenen erschiene darum zu restriktiv. Mit Kapitel 7. der vorliegenden Arbeit wird deshalb versucht, die Modellergebnisse einer qualitativen Relativierung als Konsequenz fundamental voneinander sich unterscheidender gesellschaftlicher Entwicklungsszenarien zu unterziehen. Die inhaltliche Charakterisierung der vorgestellten Szenarien folgt hierbei weitgehend derjenigen Huggers (1987, S. 82 ff.) und versucht, drei typische Bilder gesamtgesellschaftlicher Konstellationen zu zeichnen, die ihrerseits den Personalbedarf dieses öffentlichen Bereichs auf den verschiedenen Ebenen modifizieren.

Die Konzeption der drei Systemebenen der Faktoren des Personalbedarfs der Justiz unterstützt hierbei die analytische Betrachtung der zu differenzierenden Faktorgruppen.

1.2. Erkenntnisgegenstand

Zentraler Erkenntnisgegenstand der vorliegenden Arbeit ist der zukünftige Bedarf und Bestand an Personal im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit des Bundes und der Länder. (Durchgängiges Beispiel für die Entwicklung des Modells auf Länderebene ist das Bundesland Bayern.) Damit werden die übrigen Institutionen der Rechtspflege (Verwaltungsgerichte, Arbeits- und Sozialgerichte, Finanzgerichte und Justizvollzugsanstalten) aus dem Untersuchungsfeld herausgenommen. Dieses Vorgehen ist zweckmäßig, da hierdurch der Untersuchungsgegenstand etwas homogener gemacht werden kann und dennoch der bei weitem gewichtigste Teil der Justiz in die Betrachtung eingeht (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Anzahl der Richter nach Gerichtszweigen in
Absolutzahlen und % - Werten (Bund und Bayern)

	ortl. Ger.	Vwlt.- ger.	Fin.- ger.	Arb.- ger.	Soz.- ger.	Disz.- ger.	Summe
Bund abs.	13.039	1.728	505	692	1.002	49	17.015
%	76,6	10,1	3,0	4,1	5,9	0,3	100,0
Bayern abs.	1.942	248	75	100	161	0	2.526
%	76,8	9,8	3,0	4,0	6,4	0,0	100,0

Quelle: BTDr. 10/5317, S. 2 - 6

Die Struktur des Personalbestandes der ordentlichen Gerichte kann durch die Zuordnung der Beschäftigten insgesamt zu den einzelnen Laufbahngruppen des öffentlichen Dienstes gekennzeichnet werden.

Es zeigt sich, daß die beschäftigten Beamten und Angestellten des mittleren Dienstes die nach dem Umfang bei weitem gewichtigste Beschäftigtengruppe darstellen. Richter und Rechtspfleger als die rechtlichen Sachbearbeiter stellen jeweils ca. ein Fünftel des gesamten Personalbestandes (ohne das Personal in Ausbildung).

Für die weitere Betrachtung werden die Beschäftigtengruppen der Gerichtsvollzieher, der Justizvollzugsbeamten, des einfachen Dienstes, sowie der Raumpflegekräfte aus der Analyse ausgeklammert. Dies kann zum einen mit deren geringen zahlenmäßigen Bedeutung gerechtfertigt werden. Zum zweiten seien im Rahmen der Entwicklung und Implementation des vorliegenden Personalplanungsmodells nur die Beschäftigtengruppen herangezogen, die unmittelbar mit der rechtlichen und verwaltungstechnischen Abwicklung des Geschäftsanfalls der Gerichte befaßt sind.

Tab. 2: Beschäftigte der ordentlichen Gerichte nach
Laufbahngruppen (Bund und Bayern)

Laufbahngruppe	Bund		Bayern	
	abs.	%	abs.	%
- Richter	12.205	19,2	1.896	18,1
- höherer nichtrichterlicher Dienst	56	0,0	6	0,0
- gehobener Dienst (Rechtspfleger)	11.081	17,5	2.210	21,1
- Mittlerer Dienst ges.	30.190	47,6	4.775	45,6
Beamte	11.366	17,9	2.330	22,2
Angestellte (o. Schreibd.)	6.531	10,3	1.413	13,5
Angestellte im Schreibd.	12.293	19,4	1.032	9,6
- Gerichtsvollzieher und Justizvollzugsbeamte	3.285	5,2	457	4,4
- Einfacher Dienst incl. Raumpflegekräfte	6.646	10,5	1.133	10,8
- Personal in Ausbildung	15.592	-	2.346	-
Summe (o. Personal in Ausb.)	63.463	100,0	10.476	100,0

Quelle: JUSTIS

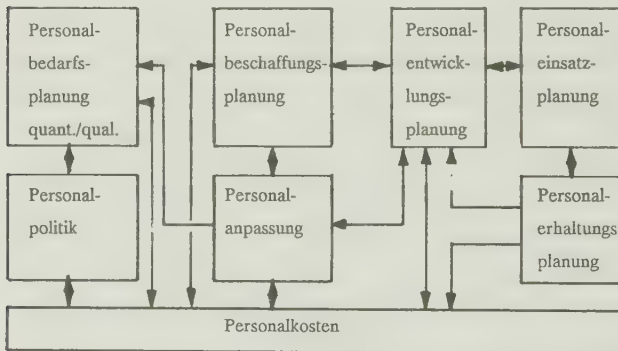
Die Planung des Bedarfs und Bestands an zu beschäftigenden Richtern, Beamten des gehobenen Dienstes und Beamten und Angestellten des mittleren Dienstes ist damit konkretisiertes Forschungsziel dieser Arbeit.

Planung kann bezeichnet werden als "willensbildender, informationsverarbeitender und prinzipiell systematischer Entscheidungsprozeß mit dem Ziel, zukünftige Entscheidungs- oder Handlungsspielräume problemorientiert einzugrenzen und zu strukturieren" (Szypersky/Wienand 1980, S. 4 f.). Personalplanung bedeutet damit übertragen "... das sy-

stematische Überdenken und Erarbeiten von Maßnahmen zur Ermittlung und Bereitstellung der benötigten Arbeitskräfte in der erforderlichen Quantität und Qualität, zum richtigen Zeitpunkt und am richtigen Ort, sowie die Ermittlung der zu erwartenden Personalkosten" (Arbeitskreis 1979, S. 1).

Die vielfältigen Teilbereiche der Personalplanung mit deren wechselseitigen Abhängigkeiten untereinander lassen sich wie folgt strukturieren (vgl. Wimmer 1985, S. 17):

Abb. 2: Teilbereiche der Personalplanung



Alle diese Teilbereiche der Personalplanung sind sehr eng miteinander verbunden. Ausgangspunkt der gesamten Personalplanung ist die Planung des Personalbedarfs, der zur Erfüllung der Arbeitsaufgaben in quantitativer und qualitativer Hinsicht erforderlich ist. Aufgrund dieser Grundlagenfunktion der Bedarfsplanung wird diese häufig als "Zielplanung" und die daran anschließenden Bereiche der Personalplanung als "Maßnahmenplanung" bezeichnet (vgl. Scheerbarth/Höffken 1982, S. 196).

Die Qualifizierung der Personalplanung in der vorliegenden Arbeit als quantitativ kennzeichnet die Priorität der mengenmäßig abbildbaren Größen innerhalb der vorgenommenen Planung und damit der Bereiche:

- quantitative Personalbedarfsplanung,
- quantitative Personalbeschaffungsplanung
und
- quantitative Personaleinsatzplanung.

Gleichzeitig muß jedoch betont werden, daß eine quantitative Personalplanung - soweit sie auf einem operationalen und zweckmäßigen Aggregationsniveau angesiedelt ist - immer auch qualitative Aspekte enthält. Allein die Betrachtung unterschiedlicher Anforderungs- (bzw. Beschäftigten-)gruppen und die Planung der unterschiedlichen Entwicklungslinien deren Bedarf beinhaltet qualitative Aspekte (vgl. Wimmer 1985, S. 19).

Auf eine ausführliche Darstellung der einzelnen Teilbereiche der Personalplanung und deren Beziehung zueinander (vgl. z.B.: Gaugler 1974, S. 46 ff.; Kossbiel 1975, Sp. 1616 - 1631) kann an dieser Stelle verzichtet werden.

1.3. Planungshorizont

Unterschiedliche Formen der Personalplanung ergeben sich darüber hinaus aus deren zeitlicher Reichweite (vgl. Sämann 1975, S. 95 ff.) Man unterscheidet hierbei in kurz-, mittel- und langfristige Planung.

Die im Rahmen dieser Arbeit zugrundegelegte zeitliche Reichweite von 25 Jahren sowie die weitreichende Variabilisierung und Explizierung der Rahmenbedingungen läßt deren Zuordnung zu einer sehr langfristigen und strategischen Planung angemessen erscheinen. Kurzfristig-operative, wie

mittelfristig-taktische Planungen haben sich damit an den Rahmendaten dieser sehr langfristigen und - durch die Variabilität der berücksichtigten Rahmenbedingungen - strategischen Planung zu orientieren (vgl. Wimmer/1983, S. 8).

Das prinzipielle Erfordernis einer derart langfristigen Personalplanung besteht in besonderem Maße auch und gerade für die öffentliche Verwaltung zum einen aufgrund deren Verpflichtung zur Aufstellung von Haushaltsplänen und zum anderen aufgrund deren haushaltsrechtlicher Bindung an das Wirtschaftlichkeitsprinzip (vgl. § 6 HGrG) in Gestalt des Minimalprinzips (vgl. Scholz 1986, S. 153).

Das geltende Dienst- bzw. Personalrecht, welches Kündigungen praktisch kaum ermöglicht und für den Großteil des Personals eine faktische Lebenszeitbeschäftigung bewirkt, erfordert gerade für den Bereich des Personals im öffentlichen Dienst eine sehr langfristige Orientierung der Planung, um Strukturänderungen rechtzeitig erkennen zu können (vgl. Tekles 1986, S.41).

1.4. Das Aggregationsniveau

Die Wahl des Aggregationsniveaus der in das Planungsmodell eingehenden Elemente hat sich an der langen Fristigkeit des Modells zu orientieren.

Bezogen auf die Institutionen der Rechtspflege werden zwei Aggregationsniveaus herangezogen. Zum einen die Ebene der Bundesländer (hier am Beispiel Bayerns) und zum zweiten die Ebene der gesamten Bundesrepublik.

Die Ebene des Bundes bezieht sich dabei nicht auf die sehr geringe Anzahl der Beschäftigten im Bundesdienst (im Bereich des richterlichen Dienstes sind dies ca. 1% aller Beschäftigten; vgl. Stat. Jahrbuch 1986) sondern auf die Summe der Beschäftigten aller Bundesländer. Die Planung auf Länderebene ist deshalb zweckmäßig und erforderlich, da

hier im Rahmen der Haushaltsplanung und Budgetallokation der Bundesländer Informationen über die quantitativen Grundlagen des Personalmittelbedarfs erforderlich sind. eine Parallelplanung von Personalbedarfen auf der Ebene des Bundes in der oben definierten Art bietet darüber hinaus Vergleichswerte, die zum einen eine Plausibilitätsprüfung der jeweiligen Länderplanungen ermöglichen und darüber hinaus bei erheblichen Abweichungen Begründungsbedarf für andersartige Entwicklungslinien offenlegen können. Auf den gewählten Aggregationsniveaus sind damit weder Aussagen über einzelne Personen noch über einzelne Behörden möglich bzw. angestrebt.

Das Aggregationsniveau der betrachteten Beschäftigten- bzw. Stellengruppen muß fein genug gewählt sein, um spezifische Entwicklungspfade des Bedarfs für einzelne Funktionsbereiche gesondert ausweisen zu können. Dies ist erforderlich, um absehbar stark differierende Produktivitätsentwicklungen (als zentraler organisationsinterner Faktor des Personalbedarfs) nach Beschäftigtengruppen differenziert abbildbar zu machen. Als Differenzierungskriterium wird hier die Zugehörigkeit zur jeweiligen Laufbahngruppe herangezogen, da die Qualität der Tätigkeiten bzw. Funktionsbereiche innerhalb dieser Gruppen als relativ homogen anzusehen ist. Diese Differenzierung wird auch im Rahmen der justizinternen Personalbedarfsermittlung in ähnlicher Form herangezogen ("Pensenschlüssel", vgl. Schaffer 1984, sowie Pkt. 3.3.1. dieser Arbeit). Lediglich im Bereich des mittleren Dienstes wird ein detaillierteres Vorgehen als das des Pensenschlüssels gewählt. Die Beschäftigten des Schreibdienstes sowie die übrigen Angestellten des mittleren Dienstes werden aufgrund der spezifischen Tätigkeitseinhalte bzw. aufgrund des von dem der Beamten abweichenden dienstrechtlichen Status jeweils gesondert betrachtet.

Da auch für die Geschäftsanfallsentwicklung der einzelnen Geschäftsbereiche der ordentlichen Gerichte sehr unterschiedliche Entwicklungspfade und Einflußfaktoren unterstellt werden müssen, ist eine Disaggregation des Personalbedarfs auch in Abhängigkeit von solchen Geschäftsbereichen erforderlich. Für die Disaggregation nach Geschäftsbereichen wird hierbei die Systematik herangezogen, die justizintern für die "Personalverwendungsübersichten" im Bereich des richterlichen Dienstes entwickelt wurde (vgl. JUSTIS). Abbildung 3 zeigt diese Systematik.

Als Differenzierungskriterien für den Personalbedarf sind somit einerseits Geschäftsbereiche und andererseits Beschäftigtengruppen zugrunde zu legen (vgl. Abb. 4). Ein höheres Aggregationsniveau im Bereich der Beschäftigtengruppen würde den personalpolitischen Informationsgehalt von Planungsdaten drastisch reduzieren, da sich Personalbedarf bzw. Stellenbedarf stets als Bedarf an spezifischen

Abb. 3: Die ordentliche Gerichtsbarkeit in der für das Planungsmodell gewählten Aggregation

Amtsgerichte	Landgerichte	Oberlandesgerichte*)
Bürgerliche Streitigkeiten (GB 1)	Zivilprozesse Berufung/Beschw. (GB 8)	Strafsachen 1. Instanz (GB 13)
Familiensachen 1. Instanz (GB 2)	Zivilprozesse 1. Instanz (GB 9)	Familiensachen 2. Instanz (GB 14)
Vollstreckungssachen (GB 3)	Strafsachen 2. Instanz (GB 10)	Zivilsachen 2. Instanz (GB 15)
Freiwillige Gerichtsbarkeit (GB 4)	Strafsachen 1. Instanz (GB 11)	Strafsache Revisionen/Beschwerde (GB 16)
Straf-/Bußgeldsachen (GB 5)		Andere Strafsachen (GB 17)
Verwaltung Freistellungen (GB 6)	Verwaltung Freistellungen (GB 12)	Verwaltung Freistellungen (GB 18)
Grundbuchamt (GB 7)		

*) incl. Bayerisches Oberstes Landesgericht

Abb. 4: Die Aggregation des Personalbedarfs im vorliegenden Planungsmodell

Beschäftigten- gruppe (i)	Geschäftsbereich (j)									
	1	2	3	4	5	...	15	16	17	18
1	Personalbedarf (i,j)									
2										
3										
4										
5										

Qualifikationen (Richter, Rechtspfleger, Schreibkraft etc.) aktualisiert. Ein höheres Aggregationsniveau auf Seiten des Geschäftsanfalls würde die notwendige Implementierungen geschäftsbereichsspezifischer Projektionen des Arbeitsanfalles unmöglich machen.

Die Wahl des Aggregationsniveaus auf der Ebene der Organisation ist nicht unproblematisch, da hiermit regionale Struktureffekte des Geschäftsanfalls der Arbeitsproduktivität, sowie der Entwicklung sozioökonomischer Rahmendaten nicht berücksichtigt werden können.

2. Grundlagen einer strategischen quantitativen Personalplanung in der öffentlichen Verwaltung - dargestellt am Beispiel der Justiz
- 2.1. Die methodische Problematik von Personalbedarfsberechnungen und -planungen im öffentlichen Bereich

Die Frage des Bedarfs ist prinzipiell und ganz allgemein mit Wertungen verbunden. Dies gilt in besonderem Maße für den öffentlichen Bereich, wo es im Rahmen von Haushaltsplanung und -aufstellung und des täglichen Haushaltsvollzugs immer wieder um Bewertung von Bedarfsfragen unter den unterschiedlichsten Aspekten geht. Im Hinblick auf eine am Bedarf ausgerichtete Personalausstattungsplanung stehen insbesondere die folgenden grundsätzlichen Fragen zur Klärung an:

- a. Läßt sich die Frage des Bedarfs - hier des Bedarfs an Personal - überhaupt hinreichend objektivieren?
- b. Gibt es im Einzelfall oder insgesamt zwingende Bedarfskriterien?
- c. Falls ja, sind diese meßbar und als operationale Größen verwendbar?
- d. Gibt es eine methodisch gesicherte Vorgehensweise, die Personalbedarfsberechnungen auch in der Praxis ökonomisch und erfolgversprechend durchführbar machen? (Vgl. hierzu Sauter 1983, S. 37)

Diese Fragen sollen bezogen auf den öffentlichen Bereich der Justiz genauer beleuchtet werden.

Zu a.: Das durch die Justiz (am Beispiel der streitigen Ziviljustiz) zu erstellende immaterielle Gut ist die institutionalisierte Konfliktlösung eines Rechtsstreites. Der Bedarf an diesem Gut ist nicht objektivierbar, denn der Anteil auftretender interpersoneller Konflikte innerhalb der

Gesellschaft, der tatsächlich und "objektiv" einer justiziellen Beilegung bedarf, ist nicht bekannt. Vielmehr stellt sich in jüngerer Zeit verstärkt die Frage, ob in manchen Bereichen nicht die hoheitliche und institutionalisierte Konfliktlösung klar einem "privaten" oder verbandlichen Konfliktmanagement (vgl. hierzu: Blankenburg/Gottwald/Strempel 1982, S. 9; Blankenburg 1984, S. 9) unterlegen ist und somit verstärkt solche Schieds- und Schlichtungsstellen (wie z.B. in Teilen des Arbeits- und Konsumentenrechts) gefördert werden sollen, die eine nicht-staatliche Konfliktlösung ermöglichen.

Auch die durchaus rechtlich/politisch gestaltbaren Schranken zum Zugang zur Justiz wie Prozeßkostenrecht, Streitwertregelungen etc. filtern und relativieren einen extern und in unbekannter Höhe entstehenden Bedarf an gerichtlicher Konfliktlösung (vgl. für viele Gottwald 1985).

Die hier (noch) vorherrschende Unklarheit über einen "objektiven" Bedarf an der Dienstleistung 'staatliche Konfliktbeilegung' enthält somit zwangsweise auch die Unbestimmtheit des "objektiven" Bedarfs an personellen (und sachlichen) Kapazitäten zur Erstellung dieser Leistung.

Hilfsweise wird deshalb auch im vorliegenden Modell der sich im Geschäftsanfall der Gerichte aktualisierende und statistisch nachweisbare Bedarf an justizieller Konfliktlösung (in gleicher Weise: an gerichtlicher Strafverfolgung) als der - unter den gegebenen Bedingungen - relevante Bedarf unterstellt.

Dieser pragmatische Standpunkt kann aber insbesondere bei einer langfristig anzulegenden Prognose eines zukünftigen Bedarfs nicht ungeprüft gelassen bleiben.

Ein zweiter Aspekt mangelnder Objektivierbarkeit liegt insbesondere deshalb vor, weil dem qualitativen Aspekt der zu erbringenden Leistung zentrale Bedeutung zukommt. Bezogen auf die Justiz als Ganzes: grundgesetzlich ist zwar der Rechtsweg garantiert, über die notwendige Länge und prakti-

sche Gestaltung dieses Rechtsweges wird jedoch kontrovers diskutiert (z.B. Gilles 1985, S. 16); bezogen auf die einzelne Leistung (z.B. Urteil): Die Qualität einer gerichtlichen Entscheidung ist wesentliche Determinante auch für den erforderlichen Einsatz an Humanressourcen für deren Erstellung. Eindeutige und bindende Qualitätsstandards sind jedoch nicht operationalisierbar. Im Kontext der Personalbedarfsermittlung der Gerichte wird hier eine Personalbemessung in dem Umfang verlangt, die eine den "rechtsstaatlichen Anforderungen uneingeschränkt genügende" (Schaffer 1984, S. 87) Leistungserstellung ermöglicht. Ein objektivierter Bedarf bzw. Bedarfsschlüssel insbesondere für die rechtliche Sachbearbeitung läßt sich jedoch auch hieraus nicht zwingend ableiten.

Zu b.: Das vorgenannte Bedarfskriterium der "rechtsstaatlichen Anforderungen uneingeschränkt genügenden Rechtspflege" kann zum einen durchaus als zwingendes Bedarfskriterium bezeichnet werden, offenbart zum anderen jedoch klar dessen politischen Definitionsbedarf (vgl. allg. Tofaute 1987, S. 273). Dennoch ist dieses Kriterium Maßstab für jeden Einzelfall wie auch für die Gesamtheit der Leistungserstellung innerhalb der Rechtspflege.

Zu c.: Wird trotz der in den Punkten a. und b. angesprochenen Problematiken der sich manifestierende Geschäftsanfall als Grundlage der Personalbedarfsberechnung herangezogen, so stellt sich erneut die Frage der Bewertung und Gewichtung, hier für Geschäftsanfallskomponenten. Zu dieser Frage wird auf die Ausführungen zum Pensenschlüssel und dessen Problematik (vgl. Pkt. 3.3.1.) verwiesen. Es bleibt als Ergebnis jedoch festzustellen, daß eine solche Bewertung und damit quantitative Messung des Geschäftsanfalls und dessen Arbeitsintensität als Aushandlungsprozeß zwischen Personalstellen und Interessenvertretungen zweckmäßig organisiert werden kann.

Zu d.: Fußend auf dieser (problematischen) Datenbasis sind Vorgehensweisen, die selbst in sich methodisch vertretbar sind, auch unter ökonomischen Kriterien in der Praxis durchaus erfolgversprechend anwendbar.

Geschäftsanfall kann in zweckmäßiger Disaggregation erhoben und der Personalbedarf hiernach bemessen werden.

Die Frage nach dem Bedarf erfordert damit auf zwei Ebenen eine pragmatische und nicht zuletzt politische Beantwortung: zum einen auf der Ebene der nachgefragten öffentlichen Leistung und zum anderen auf der Ebene des hierdurch induzierten Bedarfs an Personal zu deren Erstellung.

Aus der kurzen Diskussion dieser einzelnen Fragen wird offenbar, daß auf dem Weg zu einer operationalen Personalplanung im öffentlichen Bereich eine Reihe höchst politischer und sachlich nicht verifizierbarer Wertungen vorzunehmen sind (- die auch durch Rechnungshöfe nicht überprüfbar sind (vgl. Sauter 1983, S. 38)).

Die aufgezeigten methodischen Probleme dürfen aber nicht dazu führen, das Aufgabenfeld der Personalplanung unbearbeitet zu lassen. Vielmehr ist eine solche Personalplanung auch als Grundlage für eine fundierte Budgetplanung und Allokation öffentlicher Ressourcen unverzichtbar (vgl. König 1985, S. 148).

Als Anforderungen an eine methodisch vertretbare und zweckmäßige Personalplanung können folgende Kriterien formuliert werden:

- Für nicht objektivierbare Bedarfsgrößen müssen "politische" Arbeitsdefinitionen zugrundegelegt werden, die vorgenommene Bewertungen offenlegen und Bedarfsgrößen operationalisieren.
- Solche Bewertungen müssen als exogene Variable in ein Modell zur Personalplanung eingehen. Damit ist eine

"politische" Steuerbarkeit auch für das resultierende Modell gegeben.

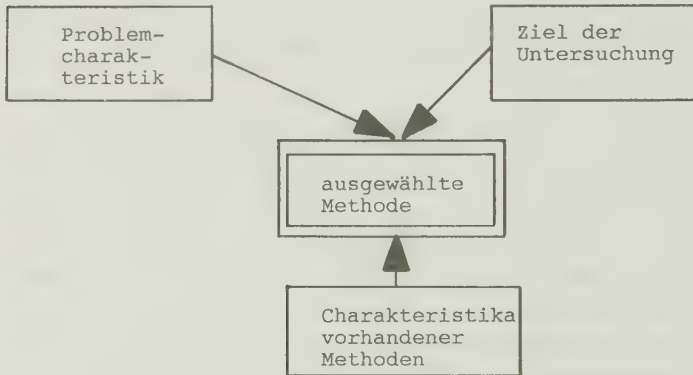
- Solche Bewertungen stellen für die weiteren Teile des Personalplanungsmodells Daten dar.

2.2. Modelltechnische Grundlagen des Personalplanungsmodells

Wo immer dies möglich erscheint, soll dieses Modell die Qualität eines Symbolmodells haben, dessen empirisch interpretierbaren Symbole die - im Hinblick auf das Untersuchungsziel - wesentlichen Informationen des zu beschreibenden realen Systems repräsentieren. Dieses Modell soll darüber hinaus ein mathematisches Modell sein, das mit seinen Symbolen und mathematischen Operanden eine Quantifizierung der Modellergebnisse ermöglicht (vgl. Zwicker 1981, S. 19). Die Forderung nach der Abbildbarkeit des Modells in einer mathematischen Kalkülsprache muß jedoch im Zweifel zurückstehen hinter der Forderung nach einer empirischen Adäquanz des Personalplanungsmodells. Für die praktische Vorgehensweise im Rahmen dieser Arbeit wird hieraus die Konsequenz gezogen, daß mathematisch nicht abbildbare, jedoch für die Beschreibung des Systems unabdingbare Systemelemente in Form von "Verbalmodulen" das mathematische Modell ergänzen müssen, um dessen empirische Systemadäquanz zu gewährleisten. Diese verbalen Modellteile dienen damit einer qualitativen Relativierung der aufzuzeigenden quantitativen Zusammenhänge.

Die Wahl eines konzeptionell-methodischen Ansatzes zur Modellierung d.h. Abbildung des zugrundeliegenden realen Systems bzw. seiner Module hat sich zum einen an den Eigenschaften des jeweiligen Moduls zu orientieren und zum zweiten nach dem mit der Untersuchung verfolgten Ziel zu richten (vgl. Buchholz 1980, S. 31).

Abb. 5: Kriterien für die Auswahl eines konzeptionell-methodischen Ansatzes



Quelle: Buchholz ebd.

Die Orientierung am jeweiligen Modul - und nicht primär am Gesamtsystem impliziert damit einen konzeptionell-methodischen Pluralismus, der im folgenden an den jeweiligen Systemebenen des zu entwerfenden quantitativen Personalplanungsmodells orientiert dargestellt wird.

Die konzeptionelle Grundlage des vorzustellenden Gesamtmodells ist in der von Zwicker (1981) vorgeschlagenen feedback-orientierten offenen Level-Raten-Modellierung als Rahmenkonzeption zu sehen. In dieser Rahmenkonzeption werden Modellierungselemente des System-Dynamics-Konzeptes und ökonometrischer Verfahren verwendet, die bspw. auch eine Modellierung von Markow-Prozessen zulassen. Die zentralen Komponenten dieser Rahmenkonzeption werden im folgenden dargestellt und auf den konkreten Anwendungsfall bezogen.

2.2.1. Die Implementation der Zeit

Der Begriff des "dynamischen" ist definitionsbedürftig. Im folgenden wird ein Modell dann als dynamisch bezeichnet, wenn es drei Merkmale trägt (Zwicker 1981, S. 21 ff.):

- Das Modell muß durch eine Symbolsprache abgebildet werden können, welche die interessierenden Zusammenhänge des realen Systems in einer Modellsprache repräsentiert. (Bsp.: Pfeil- oder System-Dynamics-Diagramm)
- Die mit Hilfe des dynamischen Modells symbolisierten Ereignisse und Zustände tragen einen Zeitindex. Die abgebildeten Ereignisse und Zustände besitzen damit eine konkrete zeitliche Dimension.
- Das Modell muß zumindest eine zeitinvariante Verknüpfung zweier zeitlich gegeneinander verschobener Ereignisse aufweisen; Beispiel: eine bestimmte Konjunkturentwicklung zum Zeitpunkt t führt zum Geschäftsanfall in Mahnsachen zum Zeitpunkt $t + 1$. Diese Verknüpfung wird deshalb als zeitinvariant bezeichnet, da sie über mehrere Perioden hinweg als konstant gilt.

Metrische Modelle sind eine Unterklasse dynamischer Modelle. Als metrisch gilt ein Modell dann, wenn alle Modellzustände und Ereignisse durch metrische, d.h. quantitative Größen repräsentiert sind. Theoretische Kausalmodelle, die sich auf die Repräsentation qualitativer Zusammenhänge beschränken, können damit nicht als metrisch bezeichnet werden.

Der Begriff des "zeitdiskreten" bezieht sich auf die Qualität der Zeitindizierung des Modells. Zwei alternative Typen der Zeitstruktur eines Modells sind prinzipiell unterscheidbar:

- kontinuierlicher Zeitablauf
- diskreter Zeitablauf

Bei kontinuierlichem Zeitablauf eines Modells sind alle Modellgrößen zu jedem beliebigen Zeitpunkt definiert. Allgemeines Korrelat für eine derartige Berücksichtigung des Zeitablaufs ist die Differentialgleichung, mit der für jede infinitesimal kleine Änderungsrate von A ein Wert durch die Wenn-Komponente einer solchen Funktionsgleichung verzögert bestimmt werden kann.

$$\text{Bsp: } \frac{dA}{dt} = (B(t) - A(t))$$

Forrester strebt mit seinem Konzept des system dynamics, welches bereits verschiedentlich zur Simulation langfristiger Personalbedarfsvorhersagen Anwendung fand (vgl. Buchholz 1980, Weinmann 1978, Krückeberg/Brenner 1987), eine quasi-kontinuierliche Implementation der Zeitstruktur für die Modellierung sozialer Systeme an (vgl. Forrester 1971, S. 79). Eine solche "Infinitesimalisierung" wird jedoch für das folgende Modell aus praktischen wie theoretischen Gründen abgelehnt.

Praktisch ist es häufig nicht möglich, insbesondere Flußgrößen, d.h. Veränderungsraten, für die gewählten Variablen mit beliebig engem Zeitbezug empirisch zu ermitteln. Die statistische Erfassung modellrelevanter Daten erfolgt häufig in Quartals-, Halbjahres- oder Jahreswerten. Theoretisch ist eine solche Infinitesimalisierung nicht haltbar, weil durch sie Hypothesen in ein Modell "eingeschmuggelt" werden (vgl. Zwicker 1981, S. 487), wie z.B. eine Gleichverteilung von Zu- bzw. Abflüssen im Zeitablauf und eine quasi-unendlich schnelle Geschwindigkeit von Systemreaktionen auf Abweichungen, die empirisch irrelevant sind. Die modelltechnisch durchaus herstellbare Infinitesimalität muß damit aufgrund der nur vorgespiegelten Scheingenauigkeit abgelehnt werden.

Für die Entwicklung des vorliegenden Modells kommen deshalb ausschließlich Ganzjahresdaten zur Verwendung. Reaktionszeiten auf Systemungleichgewichte betragen damit i.d.R. ebenfalls 1 Jahr.

Das Modell kann damit durch Differenzengleichungen beschrieben werden, die eine diskrete Zeitstruktur repräsentieren.

Bsp: $A(t) = b B(t-1) + c C(t).$

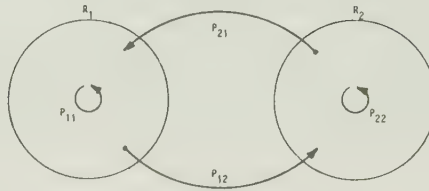
Die Interpretation von Systemzuständen (z.B. des Personalbestandes) ist damit im Zeitablauf nur zu bestimmten Zeitpunkten in gleichbleibenden (äquidistanten) Zeitabständen, d.h. im vorliegenden Modell zu Beginn bzw. Ende jedes Jahres, möglich. Die Entwicklung unterjähriger Hypothesen zur Entwicklung von Modellgrößen wird dadurch entbehrlich.

2.2.2. Die Modellelemente: Levels und Raten

Zentrale Modellelemente sind Levels (Bestandsgrößen) und Raten (Flußgrößen). Jeder Level erfährt in gleichen Zeitabständen einen Zu- und Abfluß. Die Ratengleichungen repräsentieren damit empirische Hypothesen, denn es handelt sich um zeitinvariante Behauptungen, in welcher Weise bestimmte Bestände eine Änderung erfahren.

Diese Modellelemente sind häufig interdependent, da Levels selbst wiederum Raten beeinflussen können und umgekehrt. Levelanfangsgrößen werden dem Modell von außen vorgegeben. Diese zunächst unvollständige Darstellung der Modellierungskonzeption zeigt deren Vielseitigkeit schon unmittelbar auf. Es lassen sich mit ihr auch Markow-Prozesse (vgl. Abb. 6.) abbilden, die ebenfalls durch Bestandsgrößen und Flußgrößen (Übergangswahrscheinlichkeiten) definiert werden können (vgl. z.B. Müller-Merbach 1973, S. 432 ff.).

Abb. 6: Einfaches Markow-Modell



R_i : Zustand i

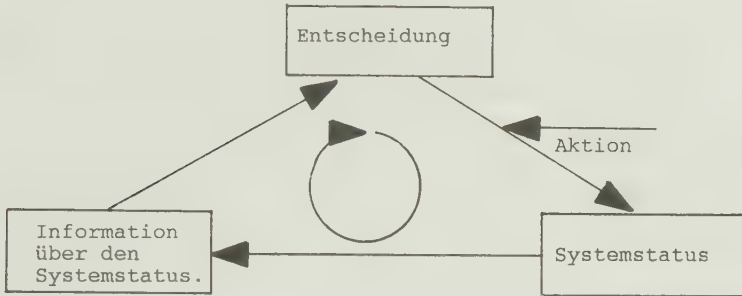
P_{ij} : Wahrscheinlichkeit des Übergangs von i nach j

Dabei ist es jedoch im vorliegenden Personalplanungsmodell nicht systemnotwendig, im Zeitablauf von einer Stabilität der Flußgrößen (Übergangswahrscheinlichkeiten) auszugehen, deren Unterstellung häufig als für soziale bzw. ökonomische Systeme (Bsp.: Personalbestandsentwicklungsplanung) irrelevant kritisiert wird (vgl. Oechsler 1987, S. 42).

2.2.3. Die Zusammenhänge: Feedback-Orientierung

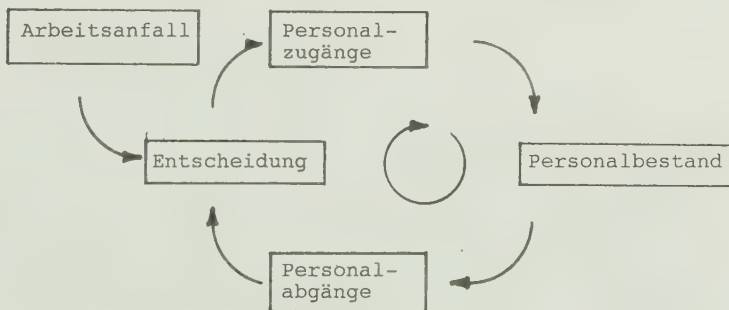
Die Feedback-Orientierung geht zurück auf Forresters Auffassung, daß sich soziale Systeme als Geflecht von Feedback- d.h. Rückkopplungskreisen deuten lassen. An dieser Deutungsweise anknüpfend, fordert er, die Entwicklung von Modellen sozialer Systeme an der Identifizierung bestimmter Feedbackkreise auszurichten (vgl. Forester 1968, S. 4 ff.). Diese Feedback-Orientierung zur Hypothesengenerierung erscheint dann sinnvoll, wenn im Entscheidungshandeln eine gewisse Zwangsläufigkeit enthalten ist, die eine Funktionalisierung und Quantifizierung der jeweiligen Entscheidung zuläßt, oder wenn der Faktor "Entscheidung" die Aggregation einer großen Vielzahl von voneinander unabhängigen Entscheidungshandlungen von Individuen darstellt, die in ihrer statistischen Summation einer feststellbaren Regelmäßigkeit folgt.

Abb. 7: Feedback-Kreis mit endogenisierter Entscheidungsgröße



Eine solche Feedback-Orientierung kommt im vorgestellten Modell dann zum Tragen, wenn die o.g. Bedingungen erfüllt sind. An einem Beispiel sei dies konkret vorweggenommen (vgl. Abb. 8):

Abb. 8: Beispiel eines im Modell enthaltenen Feedback-Loops

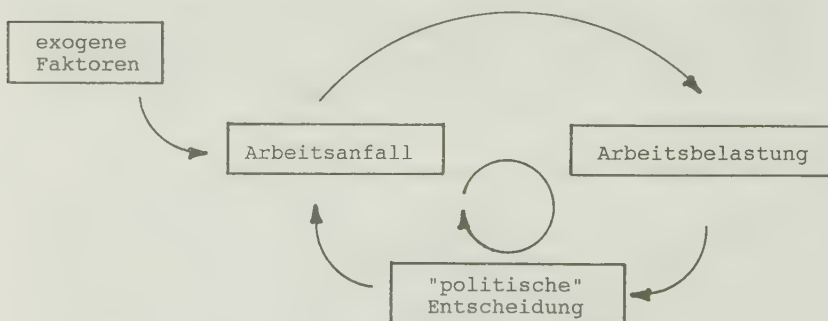


Aus dem aktuellen Personalbestand resultieren Abgänge, die bei abschätzbarem Arbeitsanfall und Bestand an besetzbarem Stellenumfang die Entscheidung über Personalzugänge determiniert (Systemebene I des vorgestellten Modells). Die Ent-

scheidungskomponente hat hier nicht zuletzt durch die Aggregation unabhängiger Einzelentscheidungen quasi-zwungsläufigen Charakter.

Die Einbindung von Entscheidungskomponenten zu Prognosezwecken in Feedback-Loops erscheint jedoch dann nicht akzeptabel, wenn Entscheidungen einmaligen Charakter haben und darüber hinaus Ergebnis eines politischen Aushandlungsprozesses sind (welcher seinerseits evtl. überdies einer demokratischen Legitimation bedarf). Ein solcher Feedback-Loop ließe sich für den vorgestellten Anwendungsfall ohne weiteres wie folgt formulieren (vgl. Abb. 9):

Abb. 9: Politische Entscheidung als Element eines Feedback-Loops



Der Arbeitsanfall induziert eine Arbeitsbelastung, die nicht akzeptiert wird. Zum Abbau des Arbeitsanfalls wird durch gesetzliche Restriktionen ("politische" Entscheidung) der Zugang zu Gerichten deshalb verfahrensrechtlich beschränkt.

Eine solche Kausalität ist zwar vorstellbar, jedoch aus zwei Gründen nicht akzeptabel implementierbar:

- Die Endogenisierung einer solchen "politischen" Entscheidung reduzierte diese letztlich auf eine abhängige Variable, deren funktionale Abhängigkeit von einer wahrge-

nommenen Zielabweichung einer bestimmenden Variablen in metrischer Form abgebildet werden könnte. Damit würde unterstellt, daß in der jeweiligen Situation zwingend und ohne Entscheidungsfreiraum entschieden würde.

Eine solche Implementierung von Entscheidungsgrößen widerspräche damit einer häufig beobachtbaren Komplexität und - ex ante - Unvorhersehbarkeit solcher Entscheidungsprozesse.

- Zum zweiten sind überdies häufig Kenntnisse über die Wirkung "politischer" Entscheidungen ebenfalls nicht auf quantifizierbarem Niveau verfügbar. Im speziellen Anwendungsfall ist diese Behauptung durch den Kenntnisstand im Bereich der Rechtstatsachenforschung belegbar.

Hiermit kann gezeigt werden, daß die Feedback-Orientierung der Modellkonzeption nicht zwingend auf alle Modellbeziehungen angewandt werden kann, sondern lediglich situationspezifisch - insbesondere abhängig vom Charakter einfließender Entscheidungsparameter - zweckmäßige Beiträge zur Hypothesengenerierung liefern kann.

2.2.4. Systemgrenzen

Die getroffenen Aussagen leiten unmittelbar über zu einem Postulat der Systemoffenheit als konzeptionellem Element (so auch Zwicker 1981, S. 515) für das vorzustellende Modell. Variablen, welche nicht sinnvoll endogenisiert werden können, sollen dem Modell von außen vorgegeben werden können. Dieses Postulat widerspricht damit der gerade für die Simulation sozialer Systeme häufig geforderten Geschlossenheit, d.h. einer Systemgrenze, über welche nichts fließt (vgl. Forrester 1973, S. 2 - 4). Die Systemoffenheit des vorliegenden Modells wird zwar in drei Schritten durch die zunehmende Einbeziehung zunächst nicht-betrachteter Faktoren auf konzeptioneller Ebene reduziert (vgl. Systemebene

I, II und III). Dennoch sieht das Modell die Vorgabe einer Vielzahl exogener, d.h. nicht innerhalb des Modells erklärter und erklärbarer Variablen für das Modell vor. Bei Variabilität eines und Konstanz der übrigen exogenen Variablen steht damit dennoch ein Testantwortmodell (vgl. Zwicker 1981, S. 515) zur Verfügung, mit Hilfe dessen die Reaktion etwaiger Zielgrößen (im vorgestellten Modell: des Personalbedarfs der Gerichte) auf die vorgegebene Veränderung exogener Datenreihen bestimmt werden kann.

Das Postulat der Systemoffenheit kann darüber hinaus wie folgt begründet werden:

- Eine Endogenisierung von Variablen bedingt deren Erklärbarkeit durch bereits im System vorhandene Variablen. Existieren sachliche Abhängigkeiten nicht (Bsp.: Die Konjunkturentwicklung kann durch ein Personalbedarfsprognosemodell nicht erklärt werden), so muß die Vorgabe exogener Daten möglich sein. Hierdurch wird zum einen eine Aufblähung des Modells vermieden (,die aus der sukzessive auftretenden Erklärungsbedürftigkeit immer weiterer erklärender Variablen resultieren würde,) und darüber hinaus der Gefahr verkürzter Erklärungen und damit einhergehender Fehlspezifikationen des Gesamtmodells begegnet (vgl. z.B. Sommer 1981, S. 345).
- Darüber hinaus erscheint es aus praktischer forschungsökonomischer Sicht, sowie unter dem Aspekt der Ergebnisaakzeptanz durch Dritte nicht zweckmäßig, Variablen zu endogenisieren, für die spezialisierte und politisch weitgehend anerkannte Detailmodelle existieren (z.B. Bevölkerungsmodelle), die der Vielschichtigkeit der realen Zusammenhänge eher gerecht werden (vgl. hierzu besonders Kap. 6.) können.

2.2.5. Methoden der Parameterquantifizierung

Die Methoden der Parameterquantifizierung sind ein zentraler Faktor für die Qualität und damit die empirische Relevanz eines zu entwickelnden Modells.

Soweit hierfür ausreichende statistische Grundlagen vorhanden sind, werden für den vorliegenden Anwendungsfall (insbesondere für den Bereich der Abschätzung des zukünftigen Geschäftsanfalls) Methoden der Statistik und Ökonometrie herangezogen (vgl. hierzu im Detail die Punkte 4.1.2., 4.2. und 4.3.). Damit wird bewußt Abstand genommen von der Beanspruchung einer statistischen Sonderstellung etwa im Rahmen der system-dynamics-Konzeption (vgl. Zwicker 1981, S. 516 ff.), die die zur Gewinnung und Überprüfung konventioneller dynamischer Modelle üblichen statistischen Methoden strikt ablehnt und damit system-dynamics-Modelle stets als Entscheidermodelle qualifiziert, welche 'nur' "das Mentalmodell eines Entscheiders zum Ausdruck bringen" (Zwicker 1981, S. 517).

Die Anwendung solcher Verfahren hebt damit den Grad der Objektivität und Validität der Simulationsergebnisse. Zwar führt die Anwendung mathematischer Verfahren zur Parameterschätzung nicht zu objektiven Ergebnissen (vgl. Rabe 1975, S. 268), dennoch kann der Grad an Subjektivität durch die Offenlegung von Methoden und Beobachtungsintervallen für Zeitreihen- und Querschnittsanalysen deutlich reduziert werden.

3. Die Determinanten des Personalbedarfs auf der Ebene der Organisation (Systemebene I)

Bevor die Faktoren des sozioökonomischen Umfeldes und des Rechtssystems, denen ihrerseits ein wichtiger Einfluß auf den Personalbedarf der Justiz zukommt, in die Analyse einbezogen werden können, seien zunächst die Faktoren einer Betrachtung unterzogen, die unmittelbar auf der Ebene der Organisation - d.h. hier: innerhalb der Institutionen der ordentlichen Gerichtsbarkeit - wirksam werden.

3.1. Systematik der Determinanten auf der Ebene der Organisation

Die Determinanten des Bedarfs an Personal auf der Organisationsebene sind zu sehen in den Arbeitsträgern (Arbeitskräfte und Arbeitsmittel) und den Arbeitsbedingungen mit ihren organisatorischen, psychologischen, soziologischen, zeitlichen und ergonomischen Komponenten (vgl. hierzu allg. Beyer 1981, S. 72 ff. und den dortigen umfangreichen Literaturnachweis).

Abbildung 10 zeigt die Gesamtheit der für den Personalbedarf auf der Ebene der Organisation relevanten Einflußfaktoren (in Anlehnung an Scholz 1981, S. 155).

Abb. 10: Einflußfaktoren des Personalbedarfs auf der Ebene der Organisation

Arbeitskräfte	Menschengerechte Arbeitsgestaltung Leistungspotential der Beschäftigten Qualifikation der Beschäftigten Altersstruktur der Beschäftigten Akzeptierte Kapazitätsauslastungsgrenzen (Mehrkapazität durch Überstunden bzw. Feiertags- und Wochenendarbeit) Minderkapazität durch Urlaub, Krankheit, Fluktuation Um-, Versetzungsmöglichkeiten
Betriebsmittel/Arbeitsmittel	Grad der Arbeitsmittelgebundenheit der Arbeit Ausmaß der Mechanisierung (Einsatz von Informations- u. Kommunikationstechniken)
Arbeitsbedingungen	Arbeitsorganisation (De-/Zentralisierung, horizontale/vertikale Arbeitsteilung) Länge und Verteilung der Arbeitszeit Individuell wahrgenommene psychische und soziale Bedingungen der Arbeit

Aus dieser Gesamtheit der prinzipiell relevanten Faktoren sind diejenigen herauszufiltern, die auf dem vorgesehenen Aggregationsniveau und über den genannten Planungszeitraum hinweg sinnvoll operationalisierbar und abschätzbar sind.

Auf Seiten der Humanressourcen sind dies zunächst die quantitative Leistungsfähigkeit des gegenwärtigen Personalbestandes sowie die noch akzeptierten Grenzen der Kapazitätsauslastung der Beschäftigten (so auch Pilz 1980, S. 151). Für die Ermittlung von Nettogrößen des Personalbedarfs erlangt zudem die Alterstruktur und Fluktuation innerhalb der einzelnen Beschäftigtengruppen Bedeutung.

Zentraler Faktor auf Seiten des Arbeitsmitteleinsatzes ist - gerade auch im Dienstleistungsbereich - der zunehmende Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien und dessen quantitative Effekte auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. In engem Zusammenhang mit diesem fortschreitenden Technologieeinsatz steht die Entwicklung und Veränderung der Arbeitsbedingungen in Form der Arbeitsorganisation (vgl. hierzu für die Justiz Oechsler/Gröner/Tenbrock 1987, S. 91 ff.), so daß die Faktoren "Technologieeinsatz" und "Organisation" im folgenden gemeinsam behandelt werden können.

Problematisch ist die Berücksichtigung der zukünftigen Entwicklung der Verteilung und insbesondere der regelmäßigen Länge der Arbeitszeit. Im langjährigen Durchschnitt unterliegt die Entwicklung der Arbeitszeit zwar einem Rückgang von ca. 1 % pro Jahr (vgl. Prognos 1986, S. 202). Die Implementation dieser Arbeitszeitreduktion in ein strategisches Personalplanungsmodell scheint jedoch aus zwei Gründen problematisch:

- Tarifliche Arbeitszeitverkürzungen vollziehen sich sprungweise und nicht linear, die Vorhersage von konkreten Veränderungszeitpunkten ist jedoch nicht möglich.
- Der langfristig absehbare drastische Rückgang des Erwerbspersonenpotentials in der Bundesrepublik kann zu einer deutlichen Abschwächung dieses langfristigen Trends oder gar zu dessen Umkehr führen.

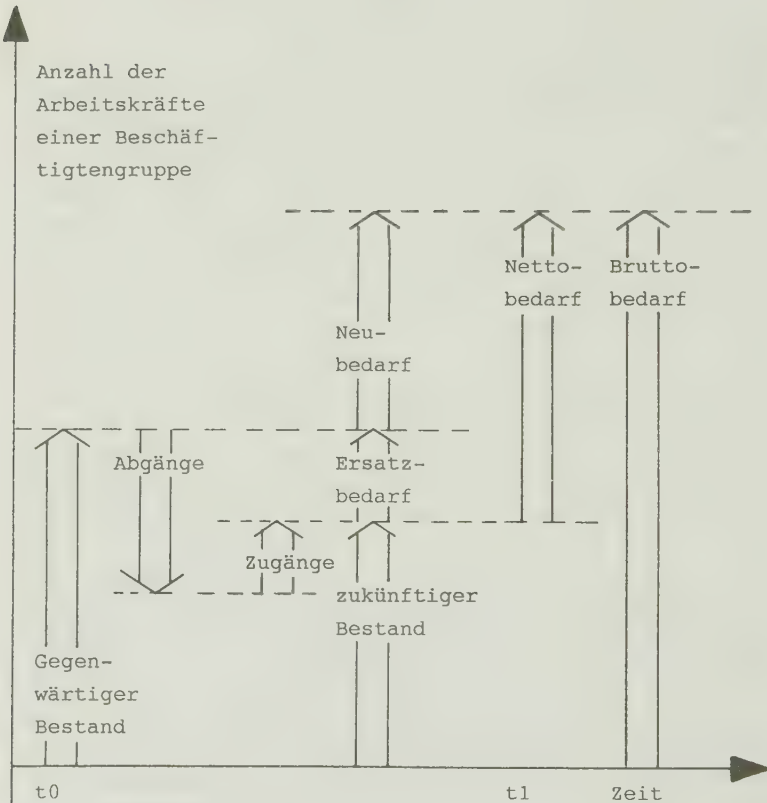
Aus diesen Gründen wird für das Planungsmodell zunächst implizit eine Konstanz des Arbeitszeitfaktors unterstellt.

Die Berücksichtigung weiterer eher individueller Bedingungen der Leistungserstellung, denen durchaus eine Relevanz zukommt, ist auf dem gewählten Aggregationsniveau nicht operationalisierbar. Für alle genannten - im weiteren Verlauf der Arbeit jedoch nicht mehr explizit berücksichtigten - Faktoren des Brutto- und Nettopersonalbedarfs wird somit implizit aus deren Wirkungssaldo ein neutraler und nicht positiv oder negativ gerichteter Einfluß auf den Personalbedarf unterstellt.

3.2. Zur Definition der Arten des Personalbedarfs

Der Personalbedarf als Bruttogröße ist der gesamte Bedarf an Personal, der zur Erfüllung aller Arbeitsaufgaben einer Organisation ohne personell bedingte Unterbrechung oder Verzögerung erforderlich ist (in Anlehnung an Wimmer 1985, S. 18). Ist dieser Personalbedarf größer als der gegenwärtige Bestand plus der Erstzbedarf, so spricht man von einem Neubedarf. Er ergibt sich meist durch ein Anwachsen des zu bewältigenden Arbeitsanfalls aber auch beispielsweise durch organisatorische Veränderungen oder Änderungen der Arbeitsbedingungen. Für den Fall, daß der Personalbestand größer ist als der Bruttobedarf an Personal, entsteht ein Freistellungsbedarf. Die Größen Ersatzbedarf und Neu- bzw. Freistellungsbedarf werden unter dem Oberbegriff Nettobedarf zusammengefaßt. Die hier kurz skizzierten Zusammenhänge sollen anhand der Abbildung 11 (vgl. Wenzel 1976, S. 29) verdeutlicht werden.

Abb. 11: Zusammenhang zwischen Personalbestand und Personalbedarf (brutto/netto)



Ausgangspunkt für den zukünftigen Personalbedarf als Nettogröße ist der gegenwärtige Personalbestand. Aus der Entwicklung dieser Ist-Größe im Zeitablauf ergibt sich der Ersatzbedarf, der durch Abgänge (Fluktuation) von Personal (z.B. durch Pensionierung, Tod, ...) und gegebenenfalls durch bereits feststehende Zugänge (z.B. Ausscheiden aus dem Wehrdienst) bestimmt wird.

Der Personalbestand

Der Personalbestand ist für die Ermittlung des Personalbedarfs als Nettogröße von grundlegender Bedeutung (vgl. z.B. Waldschütz 1986, S. 44). Die Veränderung des Personalbestandes im Zeitablauf bestimmt den Ersatzbedarf an Personal. Die Addition dieser Größe mit dem Personalneubedarf ergibt den Nettobedarf (vgl. Abbildung 8).

Die Aufgaben der Personalbestandsplanung liegen in der Ermittlung von gegenwärtigem und zukünftigem Personalbestand. Abbildung 12 zeigt das hierbei verwendete Berechnungsschema (vgl. Drumm/Scholz 1983, S. 91).

Abb. 12: Berechnungsschema für die Prognose des quantitativen Personalbestandes

- (A) Gegenwärtiger Bestand
- (B) - Abgänge durch Pensionierung, Fluktuation, Tod etc.
- (C) + erforderliche (zu planende) personelle Veränderungen
- (D) +/- Übergänge bedingt durch den Alterungsprozeß
- (E) = zukünftiger Bestand

Aufgrund der sehr großen Bedeutung der Alterstruktur des gegenwärtigen Personalbestandes und der unterschiedlichen Gestalt dieser Struktur innerhalb der einzelnen Bundesländer erscheint eine auf das Niveau der Bundesrepublik aggregierte Betrachtung von Nettogrößen des Personalbedarfs - soweit sie aus dem Alterungsprozeß resultieren - nicht zweckmäßig. Die höchste Ebene personalpolitischer Handlungskompetenz liegt bei den jeweiligen Bundesländern. Die Analyse der Veränderungsgrößen des Personalbestandes wird deshalb im folgenden am Beispiel des Bundeslandes Bayern

vorgestellt. (Für die übrigen Bundesländer gilt selbstverständlich eine analoge Vorgehensweise.)

Gegenwärtiger Bestand (A)

Ausgangspunkt für die Bestandsplanung ist der aktuelle Personalbestand, differenziert nach Altersstruktur, Laufbahngruppe und Geschäftsbereich. Die Datenlage hierzu - vor allem im Bereich des mittleren Dienstes - ist jedoch unzureichend: die letzte verfügbare Altersstrukturerhebung für den höheren Dienst stammt aus dem Jahr 1984, für den gehobenen Dienst aus dem Jahr 1981 und für den gesamten mittleren Dienst aus dem Jahr 1977. Angaben über den Personalbestand nach Laufbahngruppe und Geschäftsbereich liegen aus dem Jahr 1984 vor. Diese Datenkonstellation führt zu folgender Vorgehensweise im Modell:

Die jeweilige Altersstruktur wird zunächst bis zum Basisjahr 1985 fortgeschrieben und dann auf die entsprechende Grundgesamtheit bezogen. Strukturänderungen werden somit erfaßt, die bei einer direkten Übernahme unbeachtet blieben.

Als Ergebnis dieser Datenaufbereitung erhält man den Personalbestand je Laufbahngruppe und Altersklasse (vgl. Tab. 3):

Tab. 3: Personalbestand nach Laufbahngruppe und Altersklasse an bayerischen Gerichten

Laufbahngr.	Altersklasse						
	1	2	3	4	5	6	7
Richter	95	102	783	628	99	44	114
geh. Dienst	244	583	464	340	93	56	81
mD Beamte	249	770	619	390	95	53	28
mD Angest.	207	518	289	204	58	38	25
mD Schreibd.	151	378	211	149	42	28	18

Mit Hilfe eines Personalschlüssels werden diese Bestandszahlen auf die einzelnen Geschäftsbereiche aufgeteilt, mit anderen Worten, die Altersstruktur einer Laufbahngruppe wird auf jeden einzelnen Geschäftsbereich übertragen. (Die dabei auftretenden Fehler können sich auf die Ermittlung des Nettobedarfs negativ auswirken.)

Die Schwierigkeit der hier gezeigten Ermittlung des gegenwärtigen Personalbestandes läßt sich auf die unzureichende Datenlage zurückführen. Aus diesem Grund sind für eine wesentliche Verbesserung des Modells für jeden Geschäftsbereich aktuelle Daten über Personalbestand und Altersstruktur differenziert nach Laufbahngruppen erforderlich.

Abgänge (B)

Aussagen über künftig zu erwartende Bestandsverminderungen werden durch die projektive Bestimmung von Ausscheidehäufigkeiten ermöglicht. Abgänge durch Tod, Entlassung und Kündigung spielen in dem hier ausgewählten Bereich des öffentlichen Dienstes eine untergeordnete Rolle. Demnach kann als Hauptgrund für das Ausscheiden die Pensionierung hervorgehoben werden.

Für die Berechnung der Abgangsquoten einer Laufbahngruppe sind aktuelle Informationen über absolute Abgänge und Bestand jeder Altersklasse erforderlich. Im Projektionsmodell werden die zunächst differenziert ermittelten absoluten Abgänge einer Altersklasse addiert und durch den entsprechenden Bestand dividiert.

$$\text{Abgangsquote (i)} = \frac{\text{Summe der absoluten Abgänge (i)}}{\text{Personalbestand (i)}}$$

mit $i = 1, \dots, 7$ (Altersklasse)

Die so ermittelten Abgangsquoten werden dem Modell als konstante Quoten vorgegeben. Diese Konstanz ist - zumindest

näherungsweise - bei Organisationen mit stabiler Personalpolitik gegeben, die zudem auch keinen oder nur sehr geringen äußeren und zufälligen inneren Einflüssen unterliegen (vgl. Oechsler 1985, S. 42). Für den Bereich der Justiz trifft dies durchaus zu.

Auch in dieser Phase der Personalbestandsplanung liegt gegenwärtig ein unzureichendes Datenmaterial vor. Es existieren zwar aktuelle Unterlagen über absolute Abgänge, doch diese beziehen sich auf abweichende Grundgesamtheiten, die zum Teil ohne zugehörige Altersstruktur zur Verfügung stehen. Diese Datenlage erfordert eine umfangreiche Datenaufbereitung.

Die absoluten Abgänge, die eine Veränderung der Zustandsgröße Personalbestand bewirken, werden durch die Multiplikation von Abgangsraten und den entsprechenden Beständen bestimmt.

Erforderliche (zu planende) personelle Veränderungen (C)

Aus der Prognose des Personalbestands ergibt sich der Ersatzbedarf. Dieser entsteht während einer Planungsperiode durch Personalabgänge und führt zu einer Nachfrage nach Mitarbeitern, um die zu Beginn der Planungsperiode vorhandene Personalkapazität bei konstantem Geschäftsanfall und unveränderten organisatorischen Bedingungen zu erhalten (vgl. Wimmer 1985, S. 18).

Der Ersatzbedarf und der Neubedarf bestimmen die Anzahl der Personalzugänge, die den Bestand der ersten Altersklasse erhöhen. Die restriktive Annahme, daß alle Neuzugänge in die erste d.h. "jüngste" Altersklasse erfolgen, kann fallengelassen werden, wenn exakte Angaben über die Altersstruktur der Berufsanfänger je Beschäftigtengruppe vorliegen.

Übergänge bedingt durch den Alterungsprozeß (D)

Für die Prognose des zukünftigen Personalbestandes nach Altersstruktur, Laufbahngruppe und Geschäftsbereich bekommt neben den bereits dargestellten Größen der Alterungsprozeß wesentliches Gewicht. Dieser ermöglicht erst Aussagen über Bestandsveränderungen der Altersklassen im Zeitablauf.

Im vorliegenden Modell werden die Übergänge von einer Altersgruppe in die nächste wie folgt bestimmt:

Es wird unterstellt, daß die Jahrgänge einer Altersklasse innerhalb aller Altersklassen zahlenmäßig gleich besetzt sind. Diese restriktive Annahme muß aufgrund des unzureichenden Datenmaterials getroffen werden.

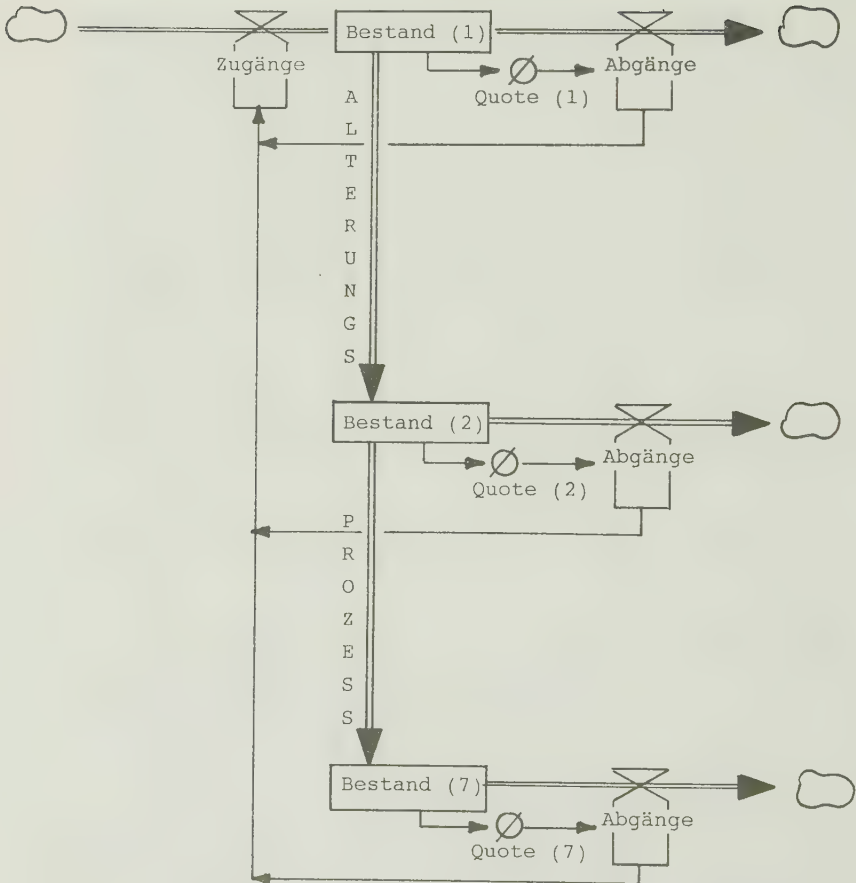
Die Division des um die Abgänge veränderten Klassenbestandes durch die entsprechende Klassenbreite ergibt die Anzahl der Personen pro Jahrgang. Diese Größe stellt zugleich die Anzahl der Übergänge von einer Altersgruppe in die nächste dar. Zum Beispiel entfallen in der Klasse von 35 - 45 auf jeden Jahrgang $1/10$ des gesamten (um die Abgänge veränderten) Klassenbestandes.

Zukünftiger Bestand (E)

Der zukünftige Personalbestand nach Altersstruktur, Laufbahngruppe und Geschäftsbereich wird durch die mathematische Veknüpfung der Größen aus den Unterabschnitten (A) - (D) bestimmt.

Die erste Altersklasse muß jeweils gesondert betrachtet werden, da hier zum einen keine Übergänge aus einer vorgelegerten Klasse möglich sind, zum anderen nur in dieser Klasse Personalzugänge (Einstellungen) auftreten. Somit errechnet sich der Personalbestand einer Planungsperiode aus dem Bestand der Vorperiode, erhöht um die Zugänge, vermindert um Abgänge, sowie Übergänge in die zweite Altersgruppe.

Abb. 13: Modellteil Personalbestand



Der Bestand der übrigen sechs Altersklassen wird einheitlich wie folgt ermittelt: Bestand der Vorperiode + Übergänge aus der vorgelagerten Altersklasse - Abgänge - Übergänge in die nächste Altersklasse.

Diese mathematische Ermittlung der Personalbestandsentwicklung wird in Abbildung 13 graphisch verdeutlicht*). Die gezeigte Struktur ist für jede Laufbahngruppe und für jeden Geschäftsbereich maßgebend.

Bevor aus den vorgestellten Größen die personalpolitisch zentrale Frage des Neubedarfs (also des Bedarfs an Anpassungsmaßnahmen) geklärt werden kann, muß zunächst die im Modell implementierte Bruttobedarfsrechnung erläutert werden.

3.3. Die Ermittlung des Personalbruttobedarfs

Zunächst muß an dieser Stelle die gegenwärtig realisierte Methodik der Bestimmung des Personalbedarfs innerhalb der Justiz dargestellt und einer kritischen Betrachtung unterzogen werden, bevor darauf die dem Personalplanungsmodell zugrundeliegende Bruttobedarfsermittlung erläutert werden kann.

3.3.1. Der Pensenschlüssel

Zur Berechnung des Personalbedarfs in der ordentlichen Gerichtsbarkeit wird seit ca. 30 Jahren ein bundeseinheitlicher "Pensenschlüssel" verwandt (vgl. zum folgenden insbes. Schaffer 1984, S. 81 - 90).

Der Pensenschlüssel ist ein Schlüsselssystem (vgl. allg. Scholz 1986, S. 156 ff.) für die Umrechnung des Geschäftsanfalls in Personalbedarfszahlen mit Hilfe eines Bewertungssystems, das die Schwierigkeit bzw. Arbeitsaufwendigkeit der einzelnen Geschäftsanfallsarten zueinander in Relation setzt. Die einzelnen Geschäfte (z.B. Zivilverfahren, Strafverfahren nach Kammern, Angelegenheiten der freiwilli-

*) zur Erläuterung der verwendeten system dynamics - Symbole kann auf Anhang 3 verwiesen werden

gen Gerichtsbarkeit) werden nach ihrer Schwierigkeit und nach dem erforderlichen Arbeitsaufwand zueinander ins Verhältnis gesetzt, d.h. gewichtet.

Die Bildung der Schlüsselzahl beruht auf der fiktiven Frage, "wieviele gleichartige Geschäfte durchschnittlichen Schwierigkeitsgrades und Umfangs ein gedachter 'durchschnittlicher' Richter (oder Staatsanwalt) in einem Jahr bearbeiten könnte, wenn er ausschließlich mit diesen Aufgaben befaßt wäre" (Schaffer, a.a.O., S. 81). Für die in geringerer Zahl vorkommenden Geschäfte existiert kein gesonderter Pensenschlüssel, sie werden als prozentualer Aufschlag dem ermittelten Bedarf zugeschlagen.

Eine solche - bezogen auf den Arbeitsanfall - direkte Personalbedarfsermittlung erfolgt nur für den richterlichen, staatsanwaltlichen und gehobenen Dienst.

Für die Bereiche der Beamten und Angestellten des mittleren Dienstes und Schreibdienstes (ohne Differenzierung) besteht ein indirekter Pensenschlüssel. Über Multiplikatoren wird der Bedarf an Kräften für den mittleren Dienst und Schreibdienst als abhängige Größe aus dem Bedarf an Richtern bzw. Staatsanwälten oder Rechtspflegern errechnet.

Diese Vorgehensweise ist jedoch mit noch ungelösten Problemen behaftet.

- Qualität des Pensenschlüssels: empirische versus normative Orientierung

Einerseits ist Maßstab für die Festlegung der Schlüsselwerte die Personalausstattung, die für eine den rechtsstaatlichen Erfordernissen uneingeschränkt genügende Rechtspflege notwendig ist (normative Orientierung). Auf der anderen Seite soll das Pensum einen gedachten Durchschnitt der tatsächlich erledigten Geschäftsfälle widergeben (empirische Orientierung).

Dieser Doppelanforderung kann der Pensenschlüssel nicht genügen (und kommt ihr auch in der Praxis nicht nach; vgl. Pkt. 3.3.2.).

Die Forderung, daß bei der künftigen Erörterung der Pensenzahlen in verstärktem Maße der tatsächlich ausgewiesene Personaleinsatz beachtet werden soll, spricht jedoch zunehmend für die Aufgabe der normativen Orientierung.

- Plausibilität der indirekten Bedarfsberechnung

Beträgt beispielsweise das Richterpensum im einen Verfahrenstyp 680, im anderen 750 Sachen, so kann nicht alleine aus diesem Umstand geschlossen werden, daß diese Relation des Arbeitsaufwandes gleichermaßen für die "Zuarbeiter" des Richters (im mittleren und Schreibdienst) gilt. Genau diese Unterstellung macht man aber, wenn man bei der Pensenerrechnung des nichtrichterlichen Bereichs die Richtergeschäftsaufgabe der Richtergeschäftsaufgabe des einen Verfahrenstyps der des anderen gleichsetzt (so auch Bauer et al. 1983, S. 149 f.).

- Mangelnde laufbahngruppenbezogene Differenzierung

Aufgrund der unterschiedlichen und ständig sich ändernden Organisationsformen ist eine Pensenerbestimmung gesondert für den mittleren Dienst und Schreibdienst bislang nicht möglich (vgl. Schaffer, a.a.O., S. 90). Eine solche Differenzierung wäre jedoch auch schon aufgrund des unterschiedlichen dienstrechtlichen Status von Angestellten und Beamten im mittleren Dienst sehr wünschenswert.

Die kurz skizzierten Probleme machen den Pensenschlüssel in unmodifizierter Form für ein zukunftsbezogenes Planungsmodell ungeeignet.

Die anhaltenden und z.T. gravierenden Differenzen zwischen Personalbedarf nach Pensenschlüssel und Personalbestand (Bundesregierung 1986, S. 8 ff.) belegen ebenfalls die man-

gelnde Eignung des unmodifizierten Pensenschlüssels für eine vorausschauende Planung.

3.3.2. Der zeitvariable Personalbedarfsschlüssel (ZVP) des Personalplanungsmodells

Der laufbahngruppen- und geschäftsbereichsbezogene Personalbedarfsschlüssel, mit dessen Hilfe der Bruttobedarf an Personal (für den Bund und Bayern) ermittelt wird, ist im vorliegenden Modell dynamisch und besteht aus zwei Komponenten: dem Grundschlüssel und dem Veränderungsfaktor dieses Grundschlüssels infolge technologie- und organisationsbedingter Produktivitätsänderungen (vgl. hierzu Pkt. 3.4.3.)

Aufgrund der ungeklärten Probleme des "Pensenschlüssels" (vgl. Schaffer 1984, sowie Oechsler/Gröner/Tenbrock 1987, S. 238 f.) scheint dieser in unmodifizierter Form für ein Personalbedarfsprognosemodell unbrauchbar. Beibehalten wird jedoch der Grundgedanke des Pensenschlüssels, daß nämlich auch auf dem hier zugrundegelegten Aggregationsniveau Geschäftsanfall und Personalbedarf in einem proportionalen Verhältnis zueinander stehen, welches die Verwendung eines Schlüssel-systems ermöglicht (vgl. hierzu allg. Dommer/Dromowicz 1983, S. 232 f., sowie Sautter 1983, S. 39 ff.)

Der vom Pensenschlüssel abweichende "Grundschlüssel" wird für jede der betrachteten Beschäftigtengruppen eines Geschäftsbereiches gesondert ermittelt:

Im Bereich des mittleren Dienstes werden die Beamten, Angestellten und Angestellten des Schreibdienstes gesondert betrachtet. Diese Differenzierung ist aufgrund des unterschiedlichen dienstrechtlichen Status dieser Beschäftigtengruppen zweckmäßig und notwendig. Außerdem können somit unterschiedliche Auswirkungen des Technologieein-

satzes auf die Tätigkeiten dieser Gruppen erfaßt werden. Jedoch steht hier nur ein unzureichendes Datenmaterial zur Verfügung, das den Wert des vorliegenden Modells bislang beeinträchtigt. Dieses Problem soll aber nicht durch die Wahl eines höheren Aggregationsniveaus verdeckt werden. Die Entwicklung des Grundschlüssels erfolgt auf empirischer Basis: hierbei wird unterstellt, daß - soweit andere Informationen nicht vorliegen - im Bezugsjahr 1984 eine Normalauslastung der personellen Kapazitäten gegeben war.

Der laufbahngruppen- und geschäftsbereichsspezifische Grundschlüssel ergibt sich danach als der Quotient aus tatsächlichen Erledigungen^{*)} (in Einheiten der jeweils gewählten Geschäftsanfallsgröße) und Personalbestand des jeweiligen Bezugsjahres:

$$\text{Grundschlüssel}(i,j) = \frac{\text{tatsächl. Erledigungen '84 (j)}}{\text{Personalbestand '84 (i,j)}}$$

mit i = Laufbahngruppe 1, ... , 5

und j = Geschäftsbereich 1, ... , 18

Liegen Informationen über Auslastungsgrade nach Beschäftigtengruppen für die Bezugsperiode vor, so modifiziert dieser Auslastungsgrad die Ermittlung des Grundschlüssels (GS) wie folgt:

$$\text{GS (i,j)} = \frac{\text{tatsächl. Erledigungen '84 (j)}}{\text{Pers.best. '84 (i,j)} * \text{Auslastgrd. '84 (i)}}$$

Tabelle 4 zeigt die der Ermittlung des Grundschlüssels zugrunde gelegten Annahmen über die beschäftigtengruppenspezifischen Kapazitätsauslastungsgrade im Bezugsjahr 1984.

^{*)} werden Erledigtenzahlen statistisch nicht erfaßt, muß ihre zahlenmäßige Identität mit den Geschäftsanfallszahlen unterstellt werden

Tab. 4: Beschäftigtengruppenspezifischen Auslastungsgrade
für den Bund und Bayern

Beschäftigtengruppe	Bund	Bayern
Richter ⁺	1,22	1,16
Geh. Dienst ⁺⁺	1,0	1,0
mittl. Dienst Beamte ⁺⁺	1,0	1,0
mittl. Dienst Angest. ⁺⁺	1,0	1,0
mittl. Dienst Schreibd. ⁺⁺⁺	1,2	1,2

⁺ ermittelt nach: Bundesministerium 1986, S. 8 (Anhang)

⁺⁺ vorläufige Annahme d. Verf.

⁺⁺⁺ Expertenschätzung

Aufgrund des Mangels detaillierter Daten muß zunächst unterstellt werden, daß die genannten Auslastungsgrade je Beschäftigtengruppe für alle 18 Geschäftsbereiche gleichermaßen Gültigkeit besitzen.

Basis jeglicher Personalbedarfsplanung für die Zukunft ist die methodisch fundierte Personalbedarfsermittlung (vgl. z.B. Scholz 1986, S. 153 ff.). Die empirische Ableitung des Personalbedarfsschlüssels enthält damit die Annahme, daß die gegenwärtige Organisation des Leistungserstellungsprozesses sinnvoll und effektiv ist und somit durch das Fortschreiben des empirisch ermittelten Personalbedarfsschlüssels (in seiner Form als Grundschlüssel) nicht bestehende Mängel des Leistungserstellungsprozesses fortgeschrieben werden.

Der Personalgrundschlüssel (GS) wird im Zeitablauf modifiziert durch die Produktivitätswirkungen des technischen Fortschritts (TPF; vgl. hierzu Pkt. 3.4.3.). Der Verwendung findende zeitvariable Personalschlüssel (ZVP) kann damit zunächst wie folgt formuliert werden:

$$ZVP(i, j, t) = GS(i, j) * TPF(i, j, t)$$

mit t = Zeitindex.

3.4. Die Bestimmung des Personalneubedarfs

Die Module Personalbestand, Geschäftsanfall und zeitvariabler Personalbedarfsschlüssel bilden die Grundlage für die Ermittlung des Personalneubedarfs. An die Bestimmung dieser Größe knüpfen weitere personalpolitische Maßnahmen an. So ergibt sich z.B. aus der unterschiedlichen Entwicklung der Personalbedarfe in den einzelnen Geschäftsbereichen die Notwendigkeit, das vorhandene Personal neu auf die einzelnen Arbeitsbereiche zu verteilen, um Über- bzw. Unterauslastungen auszugleichen.

Aus dem Personalbestand der jeweiligen Beschäftigtengruppe (Summe über alle Altersklassen) im betrachteten Geschäftsbereich und den dort erledigten Geschäftsvorfällen ergibt sich die entsprechende Arbeitsbelastung der Beschäftigten einer Laufbahngruppe.

$$\text{Arbeitsbelastung}(i, j) = \frac{\text{Erledigungen (j) aus der Vorperiode}}{\text{P.best. (i, j) am Anfang der Periode}}$$

mit i = Laufbahngruppe

und j = Geschäftsbereich

Das Verhältnis von Arbeitsbelastung zu zeitvariablen Personalbedarfsschlüssel bestimmt den Auslastungsgrad in Prozentwerten.

$$\text{Auslastungsgrad}(i, j) = \frac{\text{Arbeitsbelastung}(i, j)}{ZVP(i, j)}$$

Mit der Bestimmung des Auslastungsgrades ist zugleich auch der Bruttoperpersonalbedarf festgelegt. Denn multipliziert man den jeweiligen Auslastungsgrad mit dem entsprechenden Personalbestand, so erhält man den Bruttobedarf an Personal.

Problematisch bei der Ermittlung der zentralen Größe des Personalneubedarfs bleibt jedoch, daß diese ganz wesentlich abhängig ist von politischen Entscheidungen und Rahmenbedingungen (politische Akzeptanz sich ergebender Auslastungsgrade, Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln zum Stellenausbau, etc.), die ebenfalls geplant bzw. abgeschätzt werden müssen, wenn Aussagen über die Realisierung des Personalneubedarfs gemacht werden sollen. Die Bedeutung dieser politischen Entscheidungsgebundenheit akzentuiert damit nochmals die Bedingtheit der vornehmbaren Prognosen, insbesondere des realisierten Nettobedarfs und damit künftiger Bestandsgrößen.

Die Auslastungsgrade der Beschäftigtengruppen eines bestimmten Geschäftsbereichs schwanken im Zeitablauf (vgl. hierzu Tab. 5).

Das vorliegende Modell ist so konzipiert, daß nicht jede Veränderung des Auslastungsgrades einen Bedarf an Anpassungsmaßnahmen induziert. Vielmehr existieren für die einzelnen Beschäftigtengruppen akzeptierte Auslastungsgrade, die sich aus politischen Entscheidungen ergeben. Je breiter der Korridor der "politisch" akzeptierten Auslastung vorgegeben wird, desto weniger bzw. später reagiert das System auf Über-/Unterauslastungen des momentan verfügbaren Personalbestandes.

Hier liegt ein wesentlicher Ansatzpunkt zur aktiven Steuerung der Personalbedarfsplanung auf der Ebene der Organisation durch politische Rahmenentscheidungen. Deshalb können bei Änderungen im politischen Bereich diese Auslastungs

Tab. 5: Personalbestand und Personalbedarf an Richtern im
Zetablauf

		1975	1980	1981	1982	1983	1984
a = Personalbedarf 1)							
b = tatsächlicher Einsatz 2)							
c = Verhältnis a:b 3)							
Baden-Württemberg	a		1.605,00	1.620,35	1.771,10	1.715,65	
	b		1.442,01	1.452,48	1.456,75	1.458,46	
	c		1,11	1,12	1,22	1,18	
Bayern	a	1.643,12	1.894,88	1.951,61	2.102,19	2.046,75	2.031,42
	b	1.670,13	1.718,35	1.729,06	1.742,35	1.757,03	1.753,17
	c	0,98	1,10	1,13	1,21	1,16	1,16
Berlin	a	604,00	705,00	728,00	755,00	783,00	778,00
	b	637,00	667,00	671,00	682,00	691,00	689,00
	c	0,95	1,06	1,08	1,10	1,13	1,13
Bremen	a	182,19	211,57	210,22	230,74	212,34	213,10
	b	155,00	171,40	167,90	168,40	167,90	168,80
	c	1,18	1,23	1,25	1,37	1,26	1,26
Hamburg	a	494,10	494,30	517,00	526,20	529,10	
	b	461,80	489,40	487,20	488,60	487,20	
	c	1,07	1,01	1,06	1,08	1,09	
Hessen	a	1.072,79	1.242,57	1.257,79	1.339,85	1.312,85	1.293,31
	b	943,20	1.019,83	1.036,97	1.037,71	1.038,01	1.047,18
	c	1,14	1,22	1,21	1,29	1,27	1,24
Niedersachsen	a	1.194,32	1.420,16	1.506,11	1.623,68	1.582,40	1.586,73
	b	1.052,31	1.178,60	1.241,62	1.264,84	1.269,37	1.281,28
	c	1,13	1,20	1,21	1,28	1,25	1,24
Nordrhein-Westfalen	a	3.385,70	4.158,86	4.124,76	4.364,94	4.222,22	
	b	2.795,71	3.233,70	3.306,33	3.300,60	3.256,65	
	c	1,21	1,28	1,25	1,32	1,30	
Rheinland-Pfalz	a		680,97	721,91	725,84	788,31	780,34
	b		658,01	667,75	674,86	681,18	678,40
	c		1,03	1,08	1,08	1,16	1,15
Saarland	a	219,85	207,16	238,98	243,10	250,53	257,89
	b	180,27	196,85	199,22	205,77	204,05	205,56
	c	1,22	1,05	1,20	1,18	1,23	1,25
Schleswig - Holstein	a		573,53	593,86	625,87	637,72	622,46
	b		449,63	450,40	456,50	461,31	462,65
	c		1,28	1,32	1,37	1,38	1,35
insgesamt	a		13.194,00	13.470,59	14.308,51	14.090,87	
	b		11.224,78	11.407,93	11.482,38	11.472,16	
	c		1,18	1,18	1,25	1,23	

- 1) Errechnet nach dem jeweils geltenden Bewertungszahlen (Pensenschlüssel)
- 2) Zahl der in Rechtssachen tätig gewesenen Kräfte
- 3) angegeben ist der Quotient

Quelle: Bundesministerium 1986, S. 8 (Anhang)

grenzen dem Modell auf einfache Weise neu vorgegeben werden.

Im Planungsmodell wird unterstellt, daß zur Zeit allgemein eine Überauslastung von 20% (bei Richtern auf der Ebene des Bundes 25%) und eine Unterauslastung von 10% politisch akzeptiert wird (vgl. Tab. 6). Für mögliche Änderungen ist das Modell jederzeit offen.

Tab. 6: Zugrundegelegte beschäftigtengruppenbezogene Auslastungsgrenzen in %-Werten; Bund und Bayern

Beschäftigtengruppe	Auslastungs- obergrenze	Auslastungs- untergrenze
	Bund/Bayern	Bund/Bayern
Richter	125/120	90
Beamte (gehob. D.)	120	90
Beamte (mittl. D.)	120	90
Angestellte (mittl. D.)	120	90
Schreibdienst (mittl. D.)	120	90

Erst die Über- bzw. Unterschreitung der akzeptierten Auslastungsgrenzen führt zu einem akuten und realisierten Bedarf an Anpassungsmaßnahmen. Damit wird möglich, daß zwar im Personalsektor der Justiz bspw. eine Überauslastung der Kapazitäten eintritt, auf welche jedoch nicht unmittelbar durch Stellenausbau reagiert wird (; dies entspricht etwa der gegenwärtigen Situation, vgl. Pfeiffer 1986, S. 44).

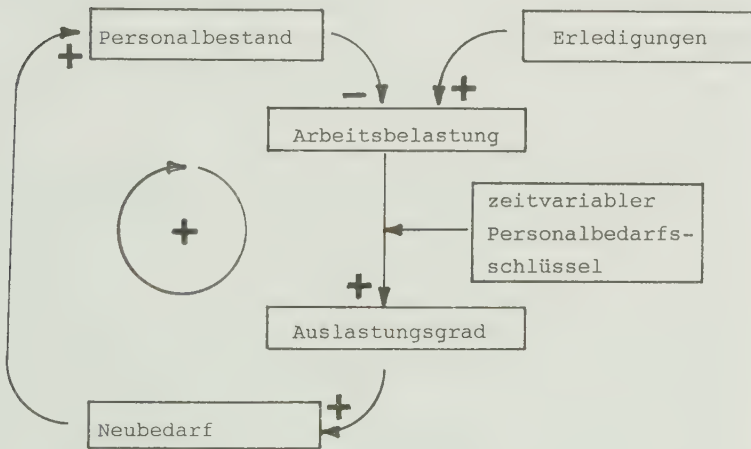
Zusammen mit dem Ersatzbedarf bestimmt der Neubedarf den Umfang der Personalzugänge (vgl. Abbildung 11). Entsteht ein "negativer Neubedarf" und ist der absolute Betrag dieses Wertes größer als der Ersatzbedarf, so spricht man von einem sog. Freistellungsbedarf (vgl. Wimmer 1985, S. 19).

In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß Einstellungen im öffentlichen Bereich erst möglich sind, wenn entsprechende Stellen geschaffen werden. Die Realisierung eines Freistellungsbedarfes erfolgt aufgrund personalrechtlicher Restriktionen i.d.R. durch Nicht-Besetzung vakant gewordener Stellen.

Im vorliegenden Planungsmodell wird angenommen, daß die errechneten Netto-Bedarfe sofort und vollständig abgedeckt werden können.

Abschließend soll hier die Struktur dieses Modellteils mit Hilfe eines komparativen Kausaldiagramms abgebildet werden.

Abb. 14: Personalbestand/Neubedarf - positiver Feedback-Loop



3.5. Der Einsatz neuer Technologien

Neben anderen allgemeinen organisatorischen Maßnahmen (wie z.B. Arbeitszeitregelungen und nicht-technologiebedingte Änderungen der Aufbau- und Ablauforganisation) stellt der

fortschreitende Technologieeinsatz innerhalb der Justiz den zentralen Faktor für die Veränderung von Arbeitssituationen und Arbeitsproduktivitäten dar.

3.5.1. Stand und Entwicklungstendenzen

Es kann im Rahmen der Entwicklung eines quantitativen Personalplanungsmodells nicht Aufgabe sein, einzelne Anwendungssituationen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien qualitativ zu analysieren (vgl. hierzu Oechsler/Gröner/Tenbrock 1987, S. 67 - 198). Vielmehr muß im folgenden versucht werden zunächst den zeitlichen Verlauf der absehbaren Veränderungsprozesse abzuschätzen. Darüber hinaus können typische Veränderungstendenzen inhaltlich gekennzeichnet werden und mit ihren quantitativen Effekten für das Personalbedarfsplanungsmodell verwertbar gemacht werden.

Das Unterfangen, den status quo der Automationsunterstützung der ordentlichen Gerichte auf dem Aggregationsniveau eines Bundeslandes oder gar der gesamten Bundesrepublik zutreffend zu charakterisieren stößt auf erhebliche Schwierigkeiten. Diese sind wesentlich mitverursacht durch die Heterogenität der Gesamtheit der zu betrachtenden Behörden in der Großverwaltungen mit bis zu 200 Richterplanstellen ebenso vertreten sind wie "Zweigstellengerichte" mit nur einer Richterplanstelle. Entsprechend vielfältig sind die organisatorischen Gegebenheiten, an denen sich der Einsatz technischer Hilfsmittel zu orientieren hat. Dies erklärt, daß es nicht den Stand der Automationsunterstützung mit dem Anspruch allgemeiner Gültigkeit gibt, der für die Gesamtheit der Behörden einheitlich zu dokumentieren wäre. Unter dem Begriff der Automationsunterstützung soll im folgenden das gesamte Spektrum der Unterstützung von Einzelfunktionen (Schreiben, Rechnen) im Sinne einer nichtintegrierten Lö-

sung von Einzelproblemen bis zur integrierten Unterstützung komplexer Fallbearbeitungen durch elektronische Geräte verstanden werden. Im Zentrum der gegenwärtigen Planungen und Implementationen stehen jedoch Anwendungen der Informationstechnik, die einer dritten Anwendungsgeneration zugeordnet werden können (vgl. Krückeberg 1983, S. 109 ff.). Von der technischen Seite her steht diese dritte Generation für die fortschreitende Miniaturisierung und Dezentralisierung der Rechnerleistung und die Kommunikationsfähigkeit zwischen Maschinen. Die darüber hinaus für diese Generation kennzeichnende Entwicklung des Zusammenwachsens von Datenverarbeitung und Nachrichtentechnik (vgl. Lenk 1986, S. 294) hat gegenwärtig noch keinen spürbaren Einfluß auf die Anwendungssituation in der Justizverwaltung.

Für die Zukunft liegen konkrete Planungen des IuK-Technikeinsatzes innerhalb der Justiz etwa bis Mitte der 90er Jahre vor (vgl. Göttlinger 1987), deren tatsächliche Realisierung ist jedoch wesentlich abhängig auch vom Vorhandensein ausreichender Haushaltsmittel. Als weitere Voraussetzungen für die Realisierung dieser Planungen sind zu nennen:

- die weitere Leistungssteigerung dezentraler, vernetzungsfähiger Arbeitsplatzrechner mit standardisierten Betriebssystemen und aufwärtskompatibler Anwendungssoftware und
- die weitere Zunahme der Akzeptanz computergestützter Verfahren in den betroffenen Laufbahngruppen (vgl. Göttlinger 1987).

Zentrales Anwendungsfeld der IuK-Technologien bleibt auch innerhalb des zugrundegelegten Planungszeitraums der Bereich der büromäßigen Assistenz Tätigkeiten und administrativen Hilfsfunktionen (vgl. hierzu die Verfahren SOJUS-Zivilsachen, SOJUS-Familiensachen, SOJUS-Vollstreckungs-

sachen, NACHTEXT-Nachlaßsachen; Oechsler/Gröner/Tenbrock 1987, S. 129 - 145, S. 155 - 180) und damit die beschäftigten Beamten und Angestellten des mittleren Dienstes.

Hinzu kommt in ausgewählten Bereichen eine integrierte Automationsunterstützung in sich geschlossener Arbeitsabläufe unter Einbeziehung von Sachbearbeiter- und Assistenz-tätigkeiten (vgl. SOLUM - Grundbuchsachen, NACHTEXT und zunehmend der Bereich der Familiengerichtssachen; vgl. hierzu Oechsler/Gröner/Tenbrock 1987, S. 91 - 117, S. 129 - 145; Burkhardt 1986, S. 335 - 338; Göttlinger 1987).

Im Bereich der Strafsachen wird die isolierte Unterstützung der verfahrenstechnischen Abwicklung bei Staatsanwaltschaften und Gerichten zunehmend ergänzt durch eine Vernetzung der Staatsanwaltschaften untereinander und eine Anbindung an bestehende zentrale Dateien (wie z.B. das Bundeszentralregister; vgl. Göttlinger 1987).

Innerhalb der Planungen des bayerischen Staatsministeriums der Justiz "wird der Kernbereich der Rechtsfindung (dazu gehört insbesondere die rechtliche Prüfung und Entscheidung sowie die Verhandlungsführung) als nicht automationsgeeignet angesehen" (Göttlinger 1987), dennoch existieren Randbereiche wie "die Niederlegung (Abfassung) der Entscheidung, die Vorbereitung der Entscheidungsfindung und die Beschaffung von Material für die Entscheidungsfindung" (ebd.), die einer Automationsunterstützung durchaus zugänglich sind (vgl. z.B. JURIS; Oechsler/Gröner/Tenbrock 1987, S. 181 - 198).

Darüber hinaus wird auch das sogenannte personal-computing (vgl. Raden 1987, S. 727 u. 731) im Sachbearbeiterbereich eine zunehmende Verbreitung finden, durch welches nicht fertige Anwenderfunktionen, sondern Werkzeuge für eine autonome Anwendung der IuK-Technik (z.B. durch Datenbanksysteme, Kalkulations- und Textprogramme) zur Verfügung gestellt werden (vgl. auch Weihermüller/van Raden 1987).

Es zeigt sich damit, daß die Gesamtheit der Beschäftigtengruppen innerhalb des Bereichs der Justiz direkt oder indirekt durch den zunehmenden Einsatz neuer IuK-Technologien betroffen sein wird.

3.5.2. Qualitative Aspekte: die Veränderung von Funktionsbereichen

Diese kurz umrissenen Zukunftsperspektiven des Technologieeinsatzes in allen Bereichen der Justiz führen zu qualitativen Auswirkungen auf die Gestaltung von Arbeitsinhalten und Funktionsbereichen der Beschäftigten, die nach

- der Qualität der Automationsunterstützung (zentral/dezentral, batch/dialog)
- dem Integrationsniveau der eingesetzten Anwendungssysteme (vgl. z.B.: Munter 1983, S. 108) und
- dem Qualifikationsniveau bzw. der Laufbahngruppenzugehörigkeit der betrachteten Beschäftigtengruppen (vgl. z.B.: Gottschall/Mickler/Neubert 1985, S. 24)

zu differenzieren sind (vgl. Oechsler/Gröner 1987).

Den "Normalfall" der Automationsunterstützung stellt bislang in der Regel die Unterstützung von Einzelfunktionen wie Rechnen, Schreiben, Ordnen, "Verwalten", Recherchieren oder die Erstellung von Hilfslisten oder Verzeichnissen dar. Hierdurch wird die Arbeitsteilung Mensch-Maschine z.T. erheblich verändert: Aufgaben mit hohem Formalisierbarkeits- und Standardisierbarkeitsgrad (, wie Suchen nach vorformulierten Suchalgorithmen bzw. wiederholtes Schreiben gleichbleibender Textteile werden auf die Maschine überwältzt. Die inhaltliche Verantwortung und Arbeitsteilung zwischen personalen Aufgabenträgern andererseits bleibt jedoch unverändert.

Bei unveränderter Arbeitsteilung innerhalb des Personals verlagern sich Tätigkeitsschwerpunkte weg vom Gleichbleibenden und Standardisierbaren hin zu fallspezifischen Besonderheiten. Das relative Gewicht der arbeitsplatzbezogenen Anforderungen verschiebt sich zu individuell verschiedenen und somit in aller Regel anspruchsvolleren Tätigkeiten.

Als neue Anforderung kommt die Kenntnis der Funktionsweise z.T. sehr umfangreicher Anwendungssysteme hinzu. Diese Qualifikationseffekte treten bei einer Dialogunterstützung direkt am Arbeitsplatz über alle Ebenen der Bearbeitungshierarchie in ähnlicher Form auf.

Die zunehmend integrierte Unterstützung von Verfahrensabläufen, die, bezogen auf einen Verfahrensablauf, die Großzahl aller oder alle Bearbeitungsstufen unterstützt, setzt eine informationstechnische Koppelung aller am Leistungserstellungsprozeß Beteiligten - i.d.R. über direkt am Arbeitsplatz positionierte Datensichtgeräte - voraus. Hierbei sind die folgenden Effekte (vgl. hierzu allgemein: Sydow 1985, S. 121 ff.) beobachtbar: Sowohl die Arbeitsteilung Mensch-Maschine als auch die Arbeitsteilung Mensch-Mensch wird ganz erheblich beeinflusst. Durch die Anlagerung und häufig weitgehend rechnerinterne Abwicklung von Verwaltungs-, Schreib- und Dokumentationsaufgaben an die inhaltliche bzw. rechtliche Sachbearbeitung als deren Nebenprodukt kann insbesondere die "klassische" vertikale (vgl. Reichwald 1985) Arbeitsteilung in Sachbearbeitung/Verwalten/Schreiben erheblich reduziert werden (vgl. Kübler 1987, S. 99 f.).

Der Aufwand für die Erstellung verfahrensbegleitender Texte kann je nach dem Grad der Formalisierbarkeit solcher Texte drastisch reduziert werden.

Die Auswirkungen auf Arbeitsinhalte im Schreibdienstbereich hängen wesentlich davon ab, wie der entsprechende Freiraum genutzt wird. Denkbar sind hier:

- Abbau der vorherigen Überauslastung
- Anbindung weiterer vor-/nach- oder über-/untergeordneter Tätigkeiten
- Auflösung der Schreibarbeit als eigenständiger Tätigkeitsbereich.

Die Auflösung der Schreibarbeit als eigenständiger Tätigkeitsbereich erscheint jedoch nur dort denkbar, wo ein extremes Maß an Standardisierbarkeit gegeben ist (vgl. a.a.O., S. 98).

Bezogen auf das Tätigkeitsfeld der rechtlichen Bearbeitung durch Richter und Rechtspfleger bedeutet eine integrierte Bearbeitungsunterstützung ebenfalls in der Regel eine Effektivierung der schon bisher ausgeführten Funktionen, zum anderen jedoch auch eine Erweiterung der Handlungsspielräume durch hinzukommende ausführende Funktionselemente. Von der Qualität der Automationsunterstützung dieser hinzukommenden Funktionselemente (Verwalten, Schreiben, Kontrollieren) ist abhängig, ob hierdurch Arbeitsinhalte bereichert werden oder aber im Gegenteil eine "Vergeudung von Sachbearbeitungsqualifikationen" eintritt. Allgemeingültige und über eine jeweils spezifische Anwendungssituation hinausgehende Aussagen hierzu sind aufgrund der erheblichen Handlungsspielräume bei der Technikgestaltung nicht aufstellbar (vgl. Sydow 1985).

3.5.3. Quantitative Aspekte: die Veränderung von Arbeitsproduktivitäten

Die genannten Entwicklungsperspektiven des Technologie-Einsatzes sind verbunden mit äußerst unterschiedlichen Konsequenzen für die zukünftige Entwicklung von Arbeitsprodukti-

vitäten, welche ihrerseits für die zukünftige Entwicklung des Bedarfs an Personal innerhalb der unterschiedlichen Laufbahngruppen fundamentale Bedeutung erlangen. Die Quantifizierung solcher Produktivitätseffekte und deren modellmäßige Implementation ist jedoch mit erheblichen Problemen verbunden, die im folgenden kurz genannt werden müssen:

- Status der Technologieanwendungen

Rationalisierungseffekte zukünftiger Technologieanwendungen sind nicht empirisch und valide auf dem angestrebten Aggregationsniveau erhebbar, sondern lediglich abschätzbar. Auch sind die Ergebnisse aus bislang pilotierten Projekten nicht beliebig übertragbar auf Mehrheiten von Anwendungssituationen in weiteren Behörden, da die gegenüber Nachfolgeimplementationen von Anwendungssystemen in Pilotprojekten sehr häufig intensivere Berücksichtigung von Belangen der betroffenen Beschäftigungsgruppen alleine schon zu motivationsbedingten Effekten auf die Arbeitsproduktivität führen kann ("Hawthorne-Effekt"; vgl. Mayer 1951, S. 61 ff.).

- Organisationsvielfalt des status quo

Der status quo der Organisationsformen "vor Technologie-Einsatz" weist auch innerhalb der Behörden der ordentlichen Gerichtsbarkeit eines Bundeslandes eine erhebliche Vielfalt auf. Produktivitätseffekte des Anwendungssystems X in Behörde A sind damit nicht pauschal übertragbar auf die Effekte desselben Systems in Behörde B.

Insbesondere im Bereich der Beamten und Angestellten des mittleren Dienstes sind zudem sehr unterschiedliche Aufgabenzuordnungen anzutreffen (vgl. Schaffer 1984, S. 90), die einen - an sich erstrebenswerten - Ausweis erwartbarer Produktivitätseffekte gesondert für Angestellte und Beamte erheblich erschweren.

- Veränderungen der Arbeitsproduktivität

Veränderungen der Arbeitsproduktivität haben bei gleichbleibender organisatorischer Aufgabenzuordnung häufig lediglich Veränderungen des Kapazitätsauslastungsgrades der betroffenen Beschäftigtengruppe zur Folge. Angaben über konkret vorfindliche Auslastungsgrade - aggregiert auf Landesebene - sind für die einzelnen Beschäftigtengruppen kaum valide ermittelbar (Oechsler/Gröner/Tenbrock 1987, S. 231).

- Diffusionsgeschwindigkeit

Letztlich können auf Länderebene aggregierte Schätzungen des realisierten Produktivitätsfortschritts pro Geschäftsbereich und Beschäftigtengruppe im Jahre t nur vorgenommen werden, wenn konkrete Annahmen zur Diffusionsgeschwindigkeit neuer Verfahren über die Gesamtzahl der Behörden hinweg unterstellt werden (vgl. Oechsler/Gröner/Tenbrock 1987, S. 232). Aufgrund der Vielfalt möglicher Faktoren für die Diffusionsgeschwindigkeit (technische Innovationen, haushaltspolitische Restriktionen, Akzeptanzbarrieren) ist diese ebenfalls nur vorläufig abschätzbar.

Die genannten Problembereiche für die Abschätzung zukünftiger Produktivitätseffekte verdeutlichen den Modellcharakter der vorgenommenen Schätzungen und die fortwirkende Anpassungsbedürftigkeit der unterstellten Größen an aktuelle Erkenntnisse.

Im vorliegenden Modell werden die quantitativen Auswirkungen des Technologieeinsatzes auf den Personalbedarf pro Beschäftigtengruppe (Richter, gehobener Dienst - Rechtspfleger, mittlerer Dienst - Beamte, mittlerer Dienst - Angestellte, mittlerer Dienst - Schreibdienst) in ihrer zeitlichen Entwicklung wie folgt quantifiziert (vgl. Tab. 7): Zunächst werden Informationen über den maximalen Produktivitätsfortschritt als Folge verfahrenstechnischer Innovationen für jede Beschäftigtengruppe innerhalb eines

Geschäftsbereichs herangezogen. Die Schätzungen beziehen sich auf den Grundpersonalschlüssel und erfolgen in %-Werten. Sie resultieren aus Expertenbefragungen und eigenen Untersuchungen (vgl. Oechsler /Gröner/Tenbrock 1987).

Im zweiten Schritt werden die für jeden Geschäftsbereich bzw. jedes Verfahren vorgesehenen Einführungszeiträume festgelegt. Der Startzeitpunkt und der Endzeitpunkt bestimmen dabei die Grenzen, zwischen denen ein linearer Verlauf der Verbreitung des neuen Verfahrens über die Gesamtzahl der relevanten Behörden hinweg unterstellt wird. So bedeutet beispielsweise ein Endzeitpunkt 1994, daß in diesem Jahr das jeweilige Verfahren flächendeckend eingeführt und produktivitätswirksam sein wird.

Es läßt sich damit ein erwarteter jährlicher Produktivitätsfortschritt pro Beschäftigtengruppe und Geschäftsbereich wie folgt definieren.

$$\text{geplanter jährlicher Produktivitätsfortschritt (in \%)} = \frac{\text{max. Prod.fortschr. (in \%)} }{\text{Endzeit - Startzeit}}$$

Der Personalbedarfsschlüssel wird dabei dergestalt konstruiert, daß für das Jahr 1984 eine bestimmte Auslastung des Personals in allen Geschäftsbereichen unterstellt wird. (Produktivitätsfortschritte im Bereich von Beschäftigtengruppen die bspw. einer 120-%igen Kapazitätsauslastung unterliegen, reduzieren somit zunächst lediglich aktuelle Überauslastungen).

Tab. 7: Daten zur Berücksichtigung laufbahngruppen- und geschäftsbereichsspezifischer Produktivitätsfortschritte auf der Ebene Bayerns

Geschäftsbereich	Start- zeit 19..	End- zeit 19..	Max. Produktiv.fortschr. je Besch.gruppe				
			Ri	gD	mDB	mDA	mDS
Ziv.proz.sachen 1.Inst. AG	87	94	0	0	10	10	20
Familiensachen 1. Inst. AG	88	95	10	15	10	10	25
Vollstreckungss. AG	87	92	10	10	10	10	10
Freiwillige Gerichtsbark.	87	92	10	10	10	10	20
Straf- u. Buß- geldsachen AG	88	95	5	5	10	10	20
Verwaltung AG	87	92	10	10	10	10	10
Grundbuchamt AG	87	92	0	0	10	10	100
Zivilproz. Ber./ Beschw. LG	87	94	0	0	10	10	20
Zivilproz. 1. Inst. LG	87	94	0	0	10	10	20
Strafsachen 1. Inst. LG	88	95	5	5	10	10	20
Strafsachen 2. Inst. LG	88	95	5	5	10	10	20
Verwaltung LG	87	92	10	10	10	10	20
Strafsachen 1.Inst. OLG	88	95	0	0	10	10	20
Familiensachen 2. Inst. OLG	88	95	10	15	10	10	25
Zivilsachen 2. Inst. OLG	87	94	0	0	10	10	20
Strafsachen OLG Revis./R.beschw.	88	95	5	5	10	10	20

Tab. 7: Daten zur Berücksichtigung laufbahngruppen- und geschäftsbereichsspezifischer Produktivitätsfortschritte; Fortsetzung

Geschäftsbereich	Start zeit 19..	End zeit 19..	Max. Produktiv.fortschr. je Besch.gruppe				
			Ri	gD	mDB	mDA	mDS
Andere Strafs. OLG	88	95	5	5	10	10	20
Verwaltung OLG	87	92	10	10	10	10	20

3.6. Fazit

Mit den Größen "Personalschlüssel, "akzeptierte Auslastungsgrenzen" und "technologiebedingter Produktivitätsfortschritt" gehen somit zentrale Faktoren für den Bruttobedarf an Personal je Beschäftigtengruppe in das Planungsmodell ein. Jede politikbedingte Veränderung der vorgegebenen Größen (bspw. die Akzeptanz noch höherer Auslastungsgrade des verfügbaren Personals bzw. der noch stärker forcierte Technikeinsatz) modifizieren Personalbedarfe und damit auch zukünftig tatsächlich über Anpassungsmaßnahmen realisierte Personalbestände schon auf der Ebene der Organisation und damit ohne die Variation bislang exogener Größen wie "Rechtssystem" oder "sozioökonomisches Umfeld".

4. Der quantitative Arbeitsanfall als Bezugspunkt der Personalbedarfsplanung

4.1. Theoretisch-methodische Grundlagen

Einer statistischen Analyse möglicher Ursachenfaktoren oder - weniger kausal formuliert - möglicher Indikatoren für den Umfang des Geschäftsanfalls der Justiz muß ein theoretischer Bezugsrahmen zugrundegelegt werden, der in der Lage ist aufzuzeigen, in welchen Bereichen sozioökonomischer und eventuell auch psychologischer Rahmendaten die Suche nach exogenen Indikatoren anzusetzen hat.

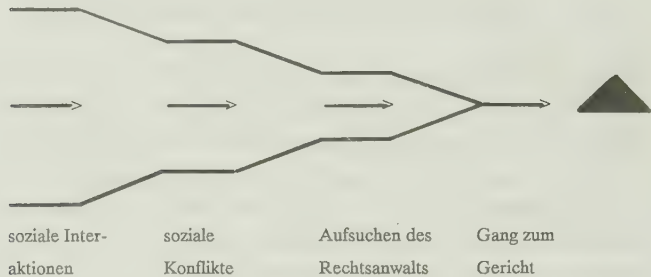
4.1.1. Theoretische Kausalmodelle des Geschäftsanfalls der Gerichte

Eine diesbezügliche theoretische und qualitative Analyse hat sich somit ganz allgemein mit der Frage zu befassen, "wodurch denn der Geschäftsanfall der Gerichte bedingt ist" (Klages 1983, S. 199).

Als theoretischer Bezugsrahmen für die statistische Analyse der Ursachenfaktoren des Geschäftsanfalls der Ziviljustiz sei im folgenden das von Klages (vgl. im folgenden: Klages 1983, S. 195 - 219) entwickelte Kausalmodell zugrunde gelegt (vgl. Abb. 15).

Die Gesamtheit aller sozialen Interaktionen, die aus der Dichte der gesellschaftlichen, d.h. privaten, sowie geschäftlichen Alltagskontaktbeziehungen resultiert, stellt auf einer ersten Ebene die Quelle für alle sozialen Konflikte dar. Diese Dichte der sozialen Beziehungen unterliegt im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung bei historischer Betrachtung einer gravierenden Erhöhung.

Abb. 15: Faktoren für die Inanspruchnahme der Ziviljustiz
(a.a.O., S. 200)



Soziale Beziehungen führen mit bestimmter Wahrscheinlichkeit zu Konflikten. Nur solche konflikthafter Beziehungen schlagen durch auf den Geschäftsanfall der Gerichte. Damit stellt sich zunächst die Frage, welche gesellschaftlichen Faktoren die Wahrscheinlichkeit der Entstehung sozialer Konflikte bestimmen. Klages nennt hier (Klages 1983, S. 204):

- "1. Ausmaß des Vorhandenseins und der Geltung sozialer Normen und Spielregeln,
2. Problemgehalt der sozialen Beziehungen,
3. Problematisierung sozialer Beziehungen durch äußere Bedingungen,
4. Einstellungen/Wertorientierungen der Beteiligten (Pflicht- und Akzeptanzwerte versus Selbstentfaltungswerte und -durchsetzungswerte) und
5. Interessendivergenzen zwischen den Beteiligten."

Jedoch führen auch existierende soziale Konflikte nicht unmittelbar und zwingend zu einem Geschäftsanfall bei den Gerichten. Die Einschlagung des Rechtsweges ist vielmehr Konsequenz einer individuellen Entscheidung. Hierfür sind wie-

derum eine Reihe insbesondere mikrosoziologischer und psychologischer Faktoren von großer Bedeutung (a.a.O., S. 208):

1. das Ausmaß der persönlichen Bekanntheit von Konfliktbeteiligten;
2. das Ausmaß des Wirkens traditionaler Sozialnormen der Konfliktbereinigung;
3. das Ausmaß der Verfügung über vertrauenswürdige Moderatoren im persönlichen Lebensraum;
4. Ohnmachtsgefühle gegenüber dem Konfliktgegner; Vertrauen in die Justiz; Sicherheit bei der Einschätzung des Prozeßerfolgs und des Kostenrisikos; Sprachbarrieren.

Eine große Bedeutung kommt zudem der Inanspruchnahme und Handlungsweise von Rechtsanwälten - gewissermaßen als Vorinstanz beabsichtigter gerichtlicher Streitbeilegung - zu. Eine gewisse Filterwirkung geht von anwaltlicher Beratung in jedem Falle aus (vgl. Strempel 1986, S. 76). Rechtstatsächliche Untersuchungen zu dieser Qualität rechtsanwaltlicher Tätigkeit stecken jedoch noch in den Anfängen.

Als weiterer Filter bzw. auch Multiplikator auf dem Wege des sozialen Konflikts zum vor Gericht anhängig werdenden Verfahren steht der bislang umstrittene Einfluß der Rechtsschutzversicherungen. Eine theoretisch orientierte "ökonomische Analyse des Zivilprozesses" (vgl. Adams 1981) postuliert einen positiven Zusammenhang zwischen der Zahl abgeschlossener Rechtsschutzversicherungen und der Anzahl und Hartnäckigkeit der vor Gericht anhängig werdenden Verfahren, während die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung (Blankenburg/Fiedler 1981) eine prozeßprovokierende oder verschärfende Wirkung der Rechtsschutzversicherungen in allgemeiner Form nicht belegen können (vgl. Adams/ Blankenburg, 1983, S. 353 - 362).

Auf Grund einer theoretischen und nicht empirisch belegten Untersuchung kommt Klages zu folgender Abschätzung der Zusammenhänge für die einzelnen Ursachenfaktoren der Inanspruchnahme der Ziviljustiz:

Abb. 16: Ursachenfaktoren der Inanspruchnahme der Ziviljustiz; Wirkungszusammenhänge und abgeleitete Auswirkungen

Faktorbezeichnungen	angenommene Veränderungstendenz (mittelfristige Zukunft)	hiervon ableitbare Auswirkungen auf die Inanspruchnahme der Justiz
Ausmaß des Vorhandenseins und der Geltung sozialer Normen/Spielregeln	—	↓
Problemgehalt der sozialen Beziehungen,	+	→
Problematisierung sozialer Beziehungen von außen	+/- (Konjunktur!)	→
Wertorientierungen: Geltung von Pflicht und Akzeptanzwerten	—	↓
Interessendivergenzen	(+)	→
Persönlicher Bekanntheitsgrad von Konfliktbeteiligten	(-)	→
Wirken traditioneller Sozialnormen der Konfliktbereinigung	—	↓
Verfügung über Konfliktmoderatoren im persönlichen Lebensraum	—	↓
»subjektive Hemmnisse bei der Mobilisierung von Recht«	—	↓
Inanspruchnahme von Rechtsanwälten	+	?
Abschluß von Rechtsschutzversicherungen	+	→

Quelle: Klages 1983, S. 214

Trotz des rein qualitativen Charakters der Überlegungen kann aus deren Ergebnisse der Schluß gezogen werden, daß auch für die Zukunft mit einem weiter steigenden Geschäftsanfall der Zivilgerichte gerechnet werden muß (Klages 1981, S. 216), wenn - und dies erscheint realistisch - von einer unveränderten Wirkung der übrigen Rahmenbedingungen für die Inanspruchnahme der Ziviljustiz ausgegangen wird. Die Angabe eines quantitativen Niveaus für dieses Wachstum kann jedoch aufgrund der Qualität der Basisdaten nicht erfolgen.

Gemäß dem vorgestellten Erklärungsmodell für das Entstehen gerichtlich anhängig werdender Konflikte, existieren somit 4 Ebenen auf denen der Versuch eines statistischen Nachweises von Indikatoren für den Geschäftsanfall der Gerichte angegangen werden kann:

1. Dichte sozialer Interaktionen
2. Konfliktfördernde Wirkung sozialer Faktoren
3. Mikrosoziale und psychische Faktoren der Bereitschaft zu gerichtlicher Streitregulierung
4. Organisationsnahe Filter

Gerichtsinterne Faktoren, wie Gerichtsaufbau, -organisation und Behördengeographie (d.h. die räumliche Verteilung der einzelnen Behörden), sowie verfahrens- und prozeßrechtliche Gestaltungsspielräume für den Zugang zur Justiz, bleiben bei dieser Analyse externer Indikatoren ausgeklammert. Ihre Bedeutung für den Geschäftsanfall der Gerichte darf jedoch nicht unterschätzt werden (zur Bedeutung dieser Faktoren vgl. z.B. Prognos 1974, S. 241).

Auch der möglicherweise große Einfluß der Rechtsnormen selbst, insbesondere ihrer Anzahl und Qualität, auf den Geschäftsanfall der Gerichte ist zunächst nicht Gegenstand der Untersuchung (vgl. zur steigenden Gesetzeszahl: Vogel

1979a, S. 321 - 325; zur Kritik arbeitsanfallsfördernder Normen: Coeppicus 1982, S. 366 - 372).

Die statistische Analyse potentieller Zusammenhänge zwischen der Inanspruchnahme der Justiz und externen Indikatoren stützt sich in der vorliegenden Studie ausschließlich auf sekundärstatistisches Datenmaterial.

Dabei zeigt sich, daß für die Faktoren der Ebene 1., sowie für solche der Ebene 2. die statistische Überprüfung der Zusammenhänge aufgrund der Datenlage durchaus möglich erscheint; sekundärstatistisches Datenmaterial hierfür ist verfügbar. Die mikrosozialen und psychologischen Faktoren sind jedoch einer quantitativen (sekundär-) statistischen Überprüfung weitgehend unzugänglich. Auffindbare quantitative Ergebnisse sind somit einer qualitativen Relativierung zu unterziehen.

Aufgrund der vermuteten großen Bedeutung mikrosoziologischer und psychologischer Faktoren kann die statistische Erklärung der Geschäftsanfallswerte damit nicht vollständig sein. Ein Restwert nicht erklärter Streuung der Zielvariablen "Geschäftsanfall" ist mit den angewandten Methoden nicht begründbar.

Ebenso wie für die Inanspruchnahme der Ziviljustiz muß auch für die Analyse der Beanspruchung der Strafjustiz ein theoretischer Bezugsrahmen zugrundegelegt werden, anhand dessen die Indikatorqualitäten potentieller Faktoren theoretisch überprüft werden können.

Anders als im Bereich der Ziviljustiz ist die Anzahl theoretischer Überlegungen zu den Ursachen der Beanspruchung der Strafjustiz - und somit im weitesten Sinne die in der Literatur vorfindliche wissenschaftliche Analyse von der gesetzlichen Norm "abweichenden Verhaltens" - äußerst umfangreich. Angesprochen sind hier insbesondere die Disziplinen der Kriminologie und untergeordnet jene der

Kriminalsoziologie sowie der Kriminalpsychologie. Es muß jedoch gleichzeitig einschränkend festgestellt werden, "daß Theorien kriminellen und nichtkriminellen Verhaltens sich weniger dadurch auszeichnen, daß sie als richtig belegt oder als falsch widerlegt werden, sondern eher einfach dadurch, daß ihre Zahl steigt" (Weis 1977, S. 76).

Problematisch ist im Bereich des Strafrechts für die statistische Analyse darüber hinaus das Wirksamwerden sehr starker organisationaler Filter: Nicht jede Straftat wird bekannt, nicht jede bekanntgewordene Straftat wird der Polizei angezeigt, nicht jede Anzeige führt zur Aufnahme polizeilicher Ermittlung und schließlich führt nicht jede Ermittlung zur Anklage durch die Staatsanwaltschaft (vgl. a.a.O., S. 85).

Zwar erscheinen die Voraussetzungen der Mobilisierung des Strafrechts (vgl. Blankenburg 1980, S. 34) durch die Polizei, als eigene für die Strafverfolgung zuständige Behörde, eindeutig geregelt, eine Untersuchung zeigt jedoch, daß der weitaus überwiegende Teil von Straftaten nicht von der Polizei entdeckt, sondern von privaten Anzeigstellern zur Kenntnis gebracht wird. Darüber hinaus ist die Polizei im Rahmen ihrer eigenen Ermittlungstätigkeit häufig an der Beilegung von Konflikten interessiert, ohne eine Strafverfolgung einzuleiten (vgl. ebd.). Da eine solche "Nicht-Kriminalisierung als Struktur und Routine" politik- und somit zeitgebunden ist, können hieraus resultierende und verzerrende Filtereffekte zumindest zu einem Teil durch eine Querschnittsuntersuchung weitgehend eliminiert werden.

Die Annahme, daß gesellschaftliche Situationskriterien selbst kriminogen wirken - d.h. gegen Gesetze wirksam werdendes Verhalten fördern - können, scheint jedoch beim gegenwärtigen Stand der Diskussion weitgehend unumstritten (vgl. für viele: Filser 1983, S. 105 ff., Heiland 1983, S. 358 - 387; Dechene 1975, S. 70 ff.; Weis 1977 S. 75 - 79).

Es soll im folgenden eine Aufstellung gesellschaftsbezogener Ursachenfaktoren von Filser (1983, S. 151 - 159) herangezogen werden, um einen Katalog zu untersuchender sekundärstatistischer Indikatoren aufzustellen:

- Elends- und Wegwerfkriminalität:

Fast alle Autoren aus dem Bereich der Kriminalsoziologie betonen die Bedeutung von Armut für die Verursachung von Kriminalität. Armut kann dabei in absoluter Form ebenso wie in relativer Form ("Armut, neben der Reichtum protzt") kriminalitätsfördernd sein (vgl. Filser 1983, S. 153).

- Zerstörung alter Werte

Die Geltung klassischer humanistischer Werte gilt ebenso wie die religiöser Werte und Sitten als kriminalitätshemmend. Einer zunehmenden Verkürzung des Wertesystems auf materielle Güter wird dagegen kriminogener Einfluß zugeschrieben (vgl. Filser, S. 157).

- Zerbröckeln gegenseitiger Hilfe

Dieser Bereich interpersoneller Beziehungen ist zwar kriminalsoziologisch noch weitgehend Neuland. Dem Rückgang "informeller Sozialkontrolle" wird jedoch ebenfalls kriminogener Einfluß unterstellt.

- Persönlichkeitsstrukturen

Hier sind zum einen mikrosoziologische Rollenasspekte ebenso zu nennen, wie psychologische Persönlichkeitsphänomene

Entfernt man aus diesem Ursachenkatalog solche Faktorenbündel, die auf der genannten makrosoziologischen und sozioökonomischen Ebene nicht abbildbar sind, so verbleiben als wesentliche potentielle Indikatoren Rahmendaten, denen ihrerseits ein Einfluß auf "anomische Verhaltensdispositionen" (vgl. Klages 1984, S. 11) zukommt.

Es braucht dabei nicht betont zu werden, daß im folgenden die Nichtbeachtung der psychischen und mikrosozialen Bedingungen nicht gleichzusetzen ist mit dem Leugnen ihres Wirksamwerdens. Vielmehr bleiben diese Faktoren Grundlage für eine theoretisch orientierte kausale Interpretation aufzufindender Zusammenhänge.

Die aggregierte sekundärstatistische Analyse kann damit auch im Bereich der Strafjustiz nur einen Teilbereich relevanter Ursachenfaktoren erfassen, so daß auch hier statistische Erklärungen notgedrungen unvollständig bleiben müssen. Gleichzeitig ist festzustellen, daß von theoretischer Seite keine Ursachenmodelle existieren, die unmittelbar für eine statistische Analyse zur Verfügung stehen.

4.1.2. Die methodische Vorgehensweise bei der statistischen Analyse von Indikatoren für die Inanspruchnahme der ordentlichen Gerichte

Ziel der Analyse ist letztlich die mittel- bis langfristige Prognose des Geschäftsanfalls der Gerichte auf dem Aggregationsniveau der Länder bzw. des Bundes in den großen Bereichen Zivil- und Strafsachen (eine Erweiterung auf den Bereich der Freiwilligen Gerichtsbarkeit kann erst in einer weiteren Stufe vorgenommen werden). Hierfür ist es erforderlich, Indikatoren, deren Zusammenhänge untereinander und deren wahrscheinliche künftige Entwicklung zu ermitteln. Dabei ergeben sich insbesondere bei der Wahl des Aggregationsniveaus und der Frage Längsschnitt- versus Querschnittsanalyse folgende methodischen Probleme:

- Aggregationsniveau

Das für eine langfristige Prognose notwendige hohe Aggregationsniveau der abhängigen Variablen "Geschäftsanfall" ver-

ursacht einen erheblichen Nivellierungseffekt für zu untersuchende Rahmendaten.

Statistische Zusammenhänge zwischen Geschäftsanfall und z.B. sozioökonomischen Rahmendaten, die auf geringerem Aggregationsniveau als bedeutsam nachweisbar sind, sind möglicherweise auf hohem Aggregationsniveau durch den auftretenden Nivellierungs- und Verwischungseffekt der Aggregation nicht mehr statistisch signifikant.

Dies führt dazu, daß bei ausschließlicher Anwendung eines hohen Aggregationsniveaus eine Vielzahl möglicher Informationen von vornherein verschüttet würde.

- Multikollinearität/Autokorrelation

Insbesondere sozioökonomische Rahmendaten besitzen im Zeitablauf eine gewisse Stabilität. (Bsp.: Die Bevölkerungsdichte des Jahres t ist unmittelbar abhängig von derjenigen des Vorjahres, da sie ja mit dieser über das Bevölkerungswachstum und Bevölkerungswanderungen direkt verbunden ist; für die Arbeitslosenquote des Jahres t gilt in entsprechender Analogie gleiches). Dies führt im Rahmen der Regressionsanalyse zum Phänomen der Multikollinearität und einer Autokorrelation der Residualvariablen und damit zur Gefährdung einer methodisch haltbaren Interpretierbarkeit der Ergebnisse. (Beispiel: Zwei sachlich vollkommen voneinander unabhängige Größen weisen eine (positive bzw. negative) Korrelation auf, sobald sie nur beide einem (positiven bzw. gegensätzlichen) Trend im Zeitablauf unterliegen. Dieser statistische Zusammenhang ist jedoch sachlich nicht interpretierbar (vgl. hierzu im einzelnen z.B. Gollnick/Thiel 1980, S. 40). Umgekehrt kann (natürlich) jedoch auch eine Kausalbeziehung zwischen zwei Faktoren bestehen, die methodisch einwandfrei aufgrund des Vorliegens eines Trends im Zeitverlauf bei einem der Faktoren nicht nachweisbar ist.

Die beschriebene methodische Problematik läßt ein zweistufiges Design der Datenanalyse zweckmäßig und notwendig erscheinen:

Stufe I:

Erste Zusammenhangsuntersuchungen werden auf disaggregiertem Niveau auf der Ebene der Amtsgerichtsbezirke bzw. politischen Kreise und als **Querschnittsanalyse** (d.h. mit einheitlichem Zeitpunkt- bzw. Zeitraumbezug) vorgenommen.

Die Zusammenhangsmessung wird dabei in Form einfacher und multipler Regressionsanalysen vorgenommen. Auf diese Weise werden auch Beziehungen erfaßt, die regional differenziert wirksam werden, bei höherer Aggregation jedoch verschüttet würden. Auch wenn hierbei gefundene Beziehungen in einer anschließenden Längsschnitt- (d.h. Zeitreihen-)analyse nicht mehr statistisch signifikant nachweisbar sind, können sie dennoch bei der Bildung möglicher Szenarien der zukünftigen Geschäftsanfallsentwicklung der Gerichte Berücksichtigung finden.

Zudem birgt diese Stufe der Analyse den Vorteil, daß auch Daten, die in Zeitreihenform nicht verfügbar sind (Bsp.: Parteienpräferenz, etc.) in die Untersuchung eingehen können.

Stufe II:

In der zweiten Analysestufe werden Zeitreihenanalysen über den Zeitraum von ca. 15 Jahren auf hochaggregiertem Niveau (Bundesland, Bund) ebenfalls in Form einfacher und multipler Regressionsanalysen vorgenommen. Hierbei werden die auf disaggregierter Stufe gefundenen Faktoren eingebracht und auf ihre Signifikanz geprüft.

Darüber hinaus können auf dieser Stufe solche Faktoren eingebracht werden, die ausschließlich in Zeitreihenform bedeutsam sind (Beispiel: Konjunkturdaten).

Die Fragen, die sich bei der statistischen Analyse des Geschäftsanfalls der Gerichte stellen, können wie folgt umrissen werden:

1. Wie stark sind die Abhängigkeiten zwischen einzelnen Prädiktoren und einzelnen Kriterien?
2. Besteht im jeweiligen Fall eine positive oder negative Abhängigkeit?
3. Wie stark, wie gewichtet und auf welchem numerischen Niveau ist die Abhängigkeit zwischen einem Bündel ausgewählter, aussagekräftiger Prädiktoren und der Kriteriumsvariablen?
4. Wie groß ist der Anteil der Kriteriumsvariablen, der mit dem vorliegenden Datensatz nicht - befriedigend - erklärt werden kann?

Für die Beantwortung der Fragen 1 und 2 kann die Berechnung des Bravais-Pearson'schen Korrelationskoeffizienten herangezogen werden, der mit (vgl. z.B. Vogel 1979, S. 46):

$$\frac{s_{xy}}{s_x s_y} = r_{xy} = \frac{\sum (x_i - \bar{x})(y_i - \bar{y})}{\sqrt{\sum (x_i - \bar{x})^2 \sum (y_i - \bar{y})^2}}$$

definiert ist.

Der Wert für r_{xy} bewegt sich zwischen -1 und +1. Der Wert +1 bzw. -1 zeigt eine absolute lineare positive bzw. negative Beziehung an. Der quadrierte Wert r_{xy}^2 bietet die sehr anschauliche Interpretationsmöglichkeit, daß die betrachteten Prädiktorvariablen einen Anteil von $r_{xy}^2 \%$ der Kriteriumsvariablen erklären können.

Zur Beantwortung der Fragen 3 und 4 wird die Berechnung der multiplen Korrelation und Regression herangezogen. Die Stärke des Zusammenhangs zwischen mehreren Prädiktoren und der Kriteriumsvariablen wird durch den multiplen Korrelationskoeffizienten R angegeben.

Für den Fall zweier Prädiktoren und einer Kriteriumsvariablen, sei die Berechnung von R folgendermaßen definiert (vgl. z.B. Bortz 1977, S. 591):

$$R_{3.12} = \sqrt{\frac{r_{13}^2 + r_{23}^2 - 2r_{12}r_{13}r_{23}}{1 - r_{12}^2}}$$

R^2 gibt wieder den Anteil der Ausprägung der Kriteriumsvariablen an, der durch die betrachteten Prädiktoren erklärt werden kann. Umgekehrt zeigt $1 - R^2$ den Anteil der Kriteriumsvariablen an, der einer weiteren Erklärung noch bedarf.

Richtung und Niveau der enthaltenen Zusammenhänge wird aus den errechneten b-Gewichten b_1 , b_2 , ... der einzelnen in die Vorhersagegleichung aufgenommenen Prädiktoren x_1 , x_2 , ... der ermittelten multiplen Regressionsbeziehung deutlich:

$$x_k = c + b_1x_1 + b_2x_2 + \dots$$

Die Konstante c hebt, den vorherzubestimmenden Wert x_k , d.h. des Geschäftsanfalls, auf das exakte numerische Niveau.

Zur Entwicklung der multiplen Regressionsmodelle, bei der aus der gegebenen Zahl der Variablen diejenigen ausgewählt werden sollen, die im Rahmen vorgegebener statistischer Gütekriterien einen größtmöglichen Anteil der Zielvariablen "Geschäftsanfall" erklären, wird ein schrittweises Vorgehen gewählt, das im folgenden kurz beschrieben werden soll (vgl. hierzu Norusis 1985, S. 45 ff.):

- In einem ersten Schritt wird die (Prädiktor-)Variable in die Regressionsgleichung aufgenommen, welche die

größte (positive oder negative) Korrelation mit den abhängigen Variablen aufweist. Darauf wird ein F-Test gerechnet für die Hypothese, daß der Koeffizient des einbezogenen Prädiktors gleich Null ist. Der gerechnete F-Wert wird dem kritischen F-Wert (bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 0.05) gegenübergestellt. Nur eine Variable, die eine gleiche oder geringere Irrtumswahrscheinlichkeit impliziert, wird in die Gleichung als Prädiktor aufgenommen.

- Im zweiten Schritt wird die Variable unter den Verbleibenden ausgewählt und in die Regressionsgleichung aufgenommen, die die höchste partielle Korrelation zur Zielvariablen aufweist und ebenfalls dem genannten Kriterium der Irrtumswahrscheinlichkeit genügt. Gleichzeitig wird für die aufzunehmende Prädiktorvariable die Toleranz ($1 - R^2$; multipler Korrelationskoeffizient) mit den übrigen Prädiktoren und die Minimaltoleranz (die kleinste Toleranz der übrigen Prädiktoren) berechnet (vgl. Beutel/Schubö 1982, S. 184 ff.). Ist einer der Werte zu klein - hier kleiner als 0.01 - wird der weitere Prädiktor nicht aufgenommen, da bei Aufnahme der Variablen Kollinearität und damit numerische Instabilität entstehen würde.
- Hierauf wird mittels F-Test geprüft, ob entsprechend der vorgegebenen Irrtumswahrscheinlichkeit ($= 0.10$) einer der schon enthaltenen Prädiktoren wieder aus der Regressionsgleichung entfernt werden sollte, da sich durch die Aufnahme des weiteren Prädiktors die statistischen Gütekriterien geändert haben.
- Die Schritte zwei und drei werden in einem iterativen Vorgehen so oft wiederholt, bis entsprechend den Aufnahmekriterien keine Aufnahme mehr möglich ist und entsprechend des Ausschlußkriteriums kein Prädiktor aus dem Modell wieder ausgeschlossen werden muß. Damit nicht eine Variable in diesem Prozeß ständig aufgenommen, selektiert und wieder aufgenommen wird, wird für

den Aufnahmetest eine geringere Irrtumswahrscheinlichkeit vorgegeben als für den Ausschlußtest.

Eine hierüber hinausgehende kausalanalytische Untersuchung des vorliegenden Datenmaterials (etwa in Form einer Pfadanalyse) wird nicht vorgenommen, da die Elemente des sozio-ökonomischen Rahmendatensatzes in mannigfaltiger und wechselseitiger Abhängigkeit zu sehen sind und darüber hinaus auf dem gewählten Aggregationsniveau eine Deutung der Variablen in Gestalt von Ursachen nur sehr bedingt möglich ist.

4.2. Querschnittsanalyse des Geschäftsanfalls vor bayerischen Amtsgerichten (Systemebene II A.)

Die Korrelationsanalyse des Geschäftsanfalls auf Ebene der 72 bayerischen Amtsgerichte erfolgt mit der Zielsetzung, auf zunächst stark disaggregiertem Niveau brauchbare, d.h. statistisch signifikante, Indikatoren für den Geschäftsanfall in seinen verschiedenen Ausprägungen aufzudecken. Hierbei steht zunächst die Analyse der zeitpunktbezogenen (genaugenommen - der auf den Zeitraum des Jahres 1983 bezogenen) Struktur des Geschäftsanfalls im Mittelpunkt. Auswirkungen des Wandels solcher Strukturen des sozioökonomischen Umfeldes gehen in die Untersuchung dabei nicht ein. Der Ausschluß dieses Wandels befreit zunächst von der Notwendigkeit, die - andernfalls erforderliche - Bereinigung von Zeitreihen vorzunehmen (etwa aufgrund von Streitwertänderungen etc.).

Darüber hinaus bietet die Vorgehensweise den Vorteil, anhand größerer regionaler Unterschiede geschäftsanfallsrelevante Indikatoren aufzuzeigen, die zwar auch für Entwicklungen im Zeitablauf bedeutsam sind, aber aufgrund geringer Änderungsgeschwindigkeiten - oder anders formuliert: relativ hoher Stabilität - nicht auf hohem Signifikanzniveau nachgewiesen werden können.

4.2.1. Untersuchte Geschäftsanfallsaggregate

Analysiert wird der Geschäftsanfall des Jahres 1983 in den Bereichen:

- Zivilprozesse
- Mahnsachen
- sonstige Vollstreckungssachen

- Familiensachen
- Strafsachen/Bußgeldverfahren

Zivil-, Familien- und Strafsachen werden darüber hinaus nach den einzelnen, in der Justizstatistik seit 1981 erfaßten, Verfahrensgegenständen wie folgt differenziert:

- Zivilprozesse:

- Zivilprozesse mit vorangegangenen Mahnverfahren
- Zivilprozesse im Wohnungsmietrecht
- Zivilprozesse im Verkehrsunfallrecht
- Zivilprozesse im Kaufrecht
- Sonstige gewöhnliche Zivilprozesse
- Zivilprozesse im Unterhaltsrecht

- Familiensachen:

- Scheidungssachen
- allein anhängige andere Familiensachen

- Strafsachen:

- Anklagen
- Bußgeldverfahren
- Einspruch gegen Strafbefehle
- Verbrechen
- Vergehen
- Ordnungswidrigkeiten
- Verkehrsstrafsachen
- Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr
- Jugendschutzsachen

Entsprechend dem Ausweis des Geschäftsanfalls in der Justizstatistik können jedoch für die Analyse der differenzierten Verfahrensgegenstände nicht Neuzugangs-Zahlen herangezogen werden (solche werden nicht erhoben), sondern es müssen Erledigten-Zahlen herangezogen werden. Aufgrund der relativ konstanten Beziehung zwischen Neuzugängen und

Erledigten ist jedoch davon auszugehen, daß hierdurch keine Verfälschung der Ergebnisse herbeigeführt wird, da die regionale Struktur des Geschäftsanfalls erhalten bleibt.

4.2.2. Untersuchte Prädikatoren

In die Querschnittsanalyse wurden folgende Prädikatoren einbezogen:

- Bevölkerung:

- Bevölkerung total
- Bevölkerung 18 - 65
- Bevölkerung 6 - 65
- Bevölkerung 15 - 65
- Fläche

- Beschäftigte und Beschäftigtenstruktur:

- Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer insgesamt
- Anteil ausländischer Arbeitnehmer
- Beschäftigungsanteil Forstwirtschaft
- Beschäftigungsanteil Handel
- Beschäftigungsanteil produzierendes Gewerbe
- Beschäftigungsanteil Industrie

- Soziale Problemlagen:

- Sozialhilfe (Brutto) in Tsd. DM
- Sozialhilfeempfänger 1983
- Arbeitslosenquote

- Straßenverkehr:

- Pkw und Kombi

- Wirtschaftskraft:

- GewSt-Aufkommen in Tsd. DM
- Steuerbarer Umsatz 1982 in Mio. DM

Nicht veranlagte Lohnsteuer 1980 in Mio.
 Veranlagte Lohnsteuer 1980 in Mio.

- Wahlbeteiligung und Parteienpräferenz:

BT-Wahl: Wahlberechtigte
 BT-Wahl: abgegebene Stimmen
 BT-Wahl: Stimmen für die CSU
 BT-Wahl: Stimmen für die SPD
 BT-Wahl: Stimmen für die FDP
 BT-Wahl: Stimmen für die GRÜNEN

Darüber hinaus wurden aus den vorgenannten Daten Relationen gebildet, wie Dichte- und Häufigkeitszahlen (Bsp.: Bevölkerungsdichte, Pkw-Dichte, Sozialhilfedichte etc.).

4.2.3. Einzelergebnisse

Bevölkerung und Geschäftsanfall

Die absoluten Geschäftsanfallswerte der jeweiligen Amtsgerichte können zum ganz überwiegenden Teil (zwischen 85,7% bei Verkehrsstrafsachen und 99,0% bei Mahnsachen) durch die Bevölkerungsanzahl innerhalb des jeweiligen Kreises bzw. Amtsgerichtsbezirkes erklärt werden. Die genaue Spezifikation des Bevölkerungs"aggregats" (Gesamtbevölkerung, 18 - 65jährige, 15 - 65jährige, 6 - 65jährige) hat hierbei - wohl aufgrund der relativ geringen Altersstrukturunterschiede über alle Kreise hinweg - keine gravierenden Auswirkungen auf die Stärke des positiven Zusammenhangs Bevölkerung - Geschäftsanfall (vgl. hierzu Tab. 8).

Tab. 8: Korrelation zwischen Geschäftsanfallszahlen und verschiedenen Bevölkerungsaggregaten (die jeweils höchste Korrelation ist mit * gekennzeichnet)

Geschäftsbereich	Gesamtbevölkerung	Bevölkerung 18 - 65	Bevölkerung 15 - 65	Bevölkerung 6 - 65
Zivilsachen Neuzugänge	0.991	0.993*	0.992	0.991
Zivils.m.vorangeg.Mahnvf.	0.975	0.977*	0.976	0.976
Sonst. Vollstr.s.	0.984	0.985*	0.985	0.985
Mahnsachen	0.995	0.995*	0.995	0.995
Familiens. Neuzugänge	0.991*	0.990	0.990	0.990
Ehescheidungen	0.991	0.992*	0.992	0.991
Strafsachen	0.991	0.993*	0.992	0.991
Verbrechen	0.966	0.969*	0.968	0.966
Vergehen	0.991*	0.991	0.991	0.991
Ordnungswidrigkeiten	0.983	0.987*	0.986	0.984
Ordnw. i.Straßenverk.	0.981	0.985*	0.984	0.982
Verkehrsstrafs.	0.937	0.936	0.937	0.937*

Der hohe Erklärungswert der Bevölkerungszahl erscheint insbesondere in Zivilprozeßsachen (mit $98,5\% = r^2$) überraschend, da in diesem Bereich nur 54,2% der klagenden und 73% der beklagten Parteien Privatpersonen sind. Bei den übrigen 45,8% bzw. 27% der klagenden bzw. beklagten Parteien handelt es sich um juristische Personen wie Versicherungen, Unternehmen und sonstige Geschäftsbetriebe.

Der hohe Erklärungswert der Bevölkerungsvariablen läßt es damit zweckmäßig erscheinen, eine Bevölkerungsereinigung der Geschäftsanfallsvariablen vorzunehmen und für weitere Untersuchungen die Variablen "Geschäftsanfall_i pro Bevölkerung_j", d.h. Geschäftsanfallsdichtewerte, heranzuziehen.

Da die Bevölkerungsaggregate "18 - 65" und "Gesamtbevölkerung" (mit einer Ausnahme) die höchsten Zusammenhänge zum Geschäftsanfall aufweisen, finden im folgenden nur noch diese Bevölkerungsvariablen Berücksichtigung. Der Erklärungsgehalt der Bevölkerungsvariablen wird überdies nicht wesentlich verändert, wenn Zivil-, Familien- und Strafsachen nach Verfahrensgegenstand (und im Bereich der Strafsachen) nach der Schwere der Fälle (Verbrechen, Vergehen, Ordnungswidrigkeiten) differenziert betrachtet werden.

Zieht man statt der absoluten Bevölkerungsanzahl die Bevölkerungsdichte zu Erklärungszwecken heran, so zeigt sich auch hier in den meisten Fällen ein hochsignifikanter Zusammenhang zum Geschäftsanfall pro Bevölkerung (vgl. Tab. 9).

Dieser Zusammenhang ist in allen Fällen - soweit auf signifikantem Niveau - positiv. D.h. der Verstädterungsgrad ist - ob direkt oder indirekt (über weitere Wirkungszusammenhänge) mit maßgeblich für die Konflikthaftigkeit von Sozialbeziehungen und die Bereitschaft zur Mobilisierung von Recht. Besonders auffallend ist im zivilrechtlichen Bereich die Problemhaftigkeit von Mietsachen in städtischen Bereichen ($r = .79$). Darüber korrelieren auch Kaufrecht ($r = .57$) und Verkehrsunfallrecht ($r = .58$) relativ hoch mit der Bevölkerungsdichte.

Auch im Bereich der Familiensachen ($r = .53$) und insbesondere in Ehescheidungssachen ($r = .58$) besteht ein signifikantes Stadt-Land-Gefälle der Prozeßhäufigkeit.

Tab. 9: Korrelationen zwischen bevölkerungsbereinigten
Geschäftsanfallszahlen (pro-Kopf der 18 - 65jähri-
gen) und der Bevölkerungsdichte

Geschäftsbereich	Bevölkerungsdichte
Zivilsachen Neuzugänge	0.486
Zivils.m.vgeg.Mahnvf.	0.167
Sonst. Vollstr.s.	0.030
Mahnsachen	0.514
Familiens. Neuzugänge	0.531
Ehescheidungen	0.585
Strafsachen	0.373
Verbrechen	0.434
Vergehen	0.434
Ordnungswidrigkeiten	0.486
Ordnw. i. Straßenverk.	0.459
Verkehrsstrafs.	-0.015

Der Umfang des Arbeitsanfalls in Strafsachen im allgemeinen ist weniger stark - jedoch trotzdem hoch signifikant - von der Bevölkerungsdichte abhängig zu sehen.

Kein Zusammenhang besteht jedoch zwischen den Geschäftsanfalls- (bzw. Erledigungs-)aggregaten "Einspruch gegen Strafbefehl", "Verkehrsstrafsachen", "Jugendschutz" und der Bevölkerungsdichte. Maßgeblich hierfür könnte gerade in Verkehrsstrafsachen der häufig nur zufällige regionale Bezug des Geschäftsanfalls aufgrund sehr hoher räumlicher Mobilität über Kreisgrenzen hinaus sein.

Der Verdacht liegt nahe, daß die Bevölkerungsdichte, d.h. der Verstädterungsgrad, selbst Indikator für eine Vielzahl der weiteren zu untersuchenden Prädiktoren darstellt, daß also die anderen Variablen - nur in anderer Größe gemessen

- ebenfalls teilweise den Verstärkerungsgrad abbilden. Die Korrelationstabelle Bevölkerungsdichte zu übrigen Prädiktoren stützt diese Vermutung.

Um im folgenden diesen Bevölkerungsdichteeffekt aus den weiteren Variablenbeziehungen zu eliminieren, werden die um die Bevölkerungsdichte bereinigten partiellen Korrelationskoeffizienten herangezogen.

$$\text{Die nach der Formel: } r_{xy.z} = \frac{r_{xy} - r_{xz} \cdot r_{yz}}{\sqrt{1 - r_{xz}^2} \cdot \sqrt{1 - r_{yz}^2}}$$

berechnete Partialkorrelation ersten Grades, gibt den linearen Zusammenhang zweier Variablen (x und y) an, aus dem der lineare Einfluß einer dritten Variablen (z) eliminiert wurde (vgl. z.B. Bortz 1977, S. 583 ff.).

Soziale Problemlagen und Geschäftsanfall

Als makrosoziologische Indikatoren für das Bestehen sozialer Problemlagen, werden die Größen

- Quote der Sozialhilfeausgaben pro Bevölkerung (18-65)
- Quote der Sozialhilfeempfänger pro Bevölkerung (18-65) und
- Arbeitslosenquote* herangezogen.

* Problematisch hierbei: Arbeitslosenzahlen werden in der Regel nicht für politische Bezirke (Kreise und kreisfreie Städte), sondern nur für Arbeitsamtsbezirke ausgewiesen. Für das Jahr 1984 sind Kreisdaten des Arbeitsmarktes vorhanden. Zur methodischen Problematik dieser Berechnung vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 1/1985, Sonderdruck: Die Arbeitslosigkeit in den Landkreisen und kreisfreien Städten, S. 10 - 29.

Tab. 10: Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit und Geschäftsanfall der Gerichte

Geschäftsanfall pro Erwachsenem	Sozialhilfeaus- gaben pro Erw.		Sozialhilfe- empfänger pro Erw.		Arbeitslo- senquote	
	r =	p =	r =	p =	r =	p =
Mahnverfahren	.393	0.000	.249	0.017	-.079	0.256
Vollstreckungs.	.144	0.113	.016	0.446	.023	0.424
Neuzug. Zivil- verfahren	.230	0.026	.213	0.036	-.096	0.210
Zivilverf. mit vorang. Mahnverf.	.199	0.047	.127	0.124	-.202	0.044
Wohnungsmietrecht	.529	0.000	.251	0.017	-.048	0.343
Kaufrecht	.320	0.003	.106	0.193	-.392	0.000
Neuzugänge Familiensachen	.309	0.004	.166	0.082	-.093	0.220
Ehescheidungen	.238	0.006	.242	0.202	-.219	0.032
Neuzugänge Strafsachen	.229	0.236	.213	0.036	-.096	0.212
Verbrechen	.252	0.017	.252	0.017	.192	0.054
Vergehen	.264	0.013	.331	0.002	-.087	0.235
Ordnungswidrigk.	.227	0.027	.128	0.143	-.004	0.488

Sowohl die Zahl der bevölkerungsbereinigten Sozialhilfeausgaben, wie auch die Zahl der Sozialhilfeempfänger korreliert signifikant positiv mit der Anzahl anhängig werden-der Zivilprozesse ($r = .230$ bzw. $r = .213$). Der Eindruck verstärkt sich, wenn der Zusammenhang mit der Anzahl erle- digter Mahnverfahren betrachtet wird ($r = .393$ bzw. $r = .249$; Signifikanzniveau jeweils $> 95\%$).

Da jedoch die Quoten "Sozialhilfeausgaben pro Erwachsenen" und "Anteil der Sozialhilfeempfänger pro erwachsene Bevöl- kerung" auf sehr signifikantem Niveau zusammenhängen mit

der Bevölkerungsdichte ($r = .614$ bzw. $r = .359$), kann dieser Zusammenhang (Sozialhilfekosten - Geschäftsanfall) nicht unmittelbar interpretiert werden, weil die Bevölkerungsdichte selbst, wie oben erläutert, wieder im Zusammenhang steht mit der Zivilprozeßdichte ($r = .423$).

Betrachtet man den um den Einfluß der Bevölkerungsdichte bereinigten Zusammenhang Sozialhilfe - Prozeßdichte, so lassen sich am Beispiel der Zivilprozesse keine signifikanten Beziehungen mehr feststellen ($r = -.043$ bzw. $r = .074$). Gleiches gilt auch für die Bereiche der Familien- und Strafsachen.

Die gleiche Vorgehensweise der Betrachtung sei nun auf den Zusammenhang Arbeitslosenquote - Zivilprozeßdichte angewandt: Die Korrelationsanalyse bringt auf signifikantem Niveau keinen positiven Zusammenhang. Auf ausreichendem Niveau finden sich jedoch in Teilbereichen des Zivilsektors negative Zusammenhänge wie z.B. zwischen der Arbeitslosenquote und den erledigten "Zivilprozessen mit vorangegangenen Mahnverfahren" ($r = -.203$), den Zivilprozessen im "Verkehrsunfallrecht" ($r = -.311$) und "Kaufrecht" ($r = -.392$) sowie in Strafsachen bei Verbrechen ($r = .213$).

Beschäftigungsstruktur und Geschäftsanfall

Die Beschäftigungsstruktur läßt Rückschlüsse auf die ökonomische Struktur der politischen Kreise zu. An zwei Beispielen soll die Aussagefähigkeit dieser Prädiktoren überprüft werden.

Tab. 11: Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit und Geschäftsanfall der Gerichte - bereinigt um den Bevölkerungsdichteeffekt

Geschäftsanfall pro Erw.	Sozialhilfe- ausgaben pro Erw.		Sozialhilfe- empfänger pro Erw.		Arb.l.- Quote	
	part.r =	p =	part.r =	p =	part.r =	p =
Mahnverfahren	.187	0.059	.117	0.165	-.081	0.250
Vollstreckungs- verfahren	.202	0.045	.027	0.412	-.023	0.426
Neuzugänge Zivilverfahren	-.043	0.361	.074	0.270	-.101	0.201
Zivilverfahren mit vorang. Mahnverfahren	.149	0.108	.086	0.239	-.203	0.045
Wohnungsmietrecht	.074	0.269	-.062	0.303	-.066	0.293
Kaufrecht	-.043	0.360	-.126	0.167	-.470	0.000
Neuzugänge Familiensachen	.022	0.428	-.044	0.486	-.099	0.206
Ehescheidungen	-.069	0.285	.067	0.319	-.257	.015
Neuzugänge Strafsachen	-.043	0.362	.075	0.268	-.100	0.203
Verbrechen	.014	0.454	.131	0.139	.213	0.037
Vergehen	.073	0.273	.240	0.022	-.088	0.233
Ordnungswidrigk.	-.070	0.282	-.038	0.376	.002	0.494

a) Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft

In allen Fällen, die einen statistisch bedeutsamen Zusammenhang zwischen dem Anteil der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft mit den einzelnen Geschäftsanfallsaggregaten (gemessen jeweils in Verfahren pro Erwachsenen) der Gerichte aufweisen, ist dieser Zusammenhang negativ. Tabelle 12 zeigt einige ausgewählte (einfache) Korrelationskoeffizienten.

Tab. 12: Beschäftigtenanteil in der Land- und Forstwirtschaft und dem Geschäftsanfall

Geschäftsanfall pro Erw.	Beschäftigtenanteil in der Land- und Forstwirtschaft		partial r =	Sign. p =
	einfach. r =	Sign. p =		
Neuzugänge in Zivilsachen	-.278	0.009	-.142	0.112
Mahnsachen	-.213	0.036	-.069	0.284
Neuzugänge in Familiensachen	-.450	0.000	-.336	0.002
Erl. Ehescheidungs- sachen	-.395	0.000	-.246	0.019
Neuzugänge Strafsachen	-.278	0.009	-.146	0.113
Bußgeldverfahren	-.294	0.006	-.203	0.045
Verbrechen	-.312	0.004	-.196	0.050

Jedoch auch hier besteht - wie ja zu vermuten ist - ein negativer Zusammenhang zwischen dem Beschäftigtenanteil in der Landwirtschaft und der Bevölkerungsdichte ($r = -.373$, $p = 0.001$), so daß zu fragen ist, ob die Struktur des Erwerbssektors über den Bevölkerungsdichteeffekt hinaus einen Erklärungsgehalt für den Geschäftsanfall der Gerichte hat. Hier ist ein differenziertes Bild zu entwerfen: im Bereich der Zivilsachen erscheint der Zusammenhang deutlich abgeschwächt (und nicht mehr signifikant), im Bereich der Familiensachen (incl. Scheidungssachen) sowie im Bereich der schweren Strafsachen (Verbrechen) und Bußgeldverfahren bleibt jedoch ein starker negativer Zusammenhang bestehen (vgl. hierzu noch einmal oben Tabelle 12). D.h.: die ländliche Strukturierung eines Gerichtsbezirkes trägt direkt oder indirekt zu einer verminderten Inanspruchnahme der Gerichte bei.

b) Erwerbstätige im Handel und Geschäftsanfall

Gleichsam als Gegenstück seien nun Zusammenhänge zwischen dem Anteil der Beschäftigten im Handel, im Dienstleistungsgewerbe und dem Geschäftsanfall der Gerichte betrachtet. Es ergibt sich - wie zu erwarten war - das umgekehrte Bild: soweit Zusammenhänge auf signifikantem Niveau vorliegen, sind diese positiv (vgl. Tab. 13).

Tab. 13: Beschäftigtenanteil im Handels- und Dienstleistungsbereich und Geschäftsanfall

Geschäftsanfall	Beschäftigtenanteil in Handel- und Dienstleistungsbereich			
	conf.r	Sig.niveau p =	part. r	Sig.niveau p =
Neuzugänge in Zivilsachen	.424	0.000	.292	0.007
Mahnsachen	.246	0.018	.074	0.270
Neuzugänge in Familiensachen	.464	0.000	.322	0.003
Erledigte Ehescheidungen	.502	0.000	.341	0.002
Neuzugänge in Strafsachen	.424	0.000	.292	0.007
Bußgeldverfahren	.300	0.005	.190	0.057
Verbrechen	.145	0.112	-.034	0.389

Da die "Tertialisierung" des Beschäftigungssektors mit dem Verstärkerungsgrad einhergeht ($r = .44$, $p = 0.000$), bleibt auch hier die Frage, welchen Anteil am Geschäftsanfall der Gerichte der "Anteil der Beschäftigten im Handel" über den Bevölkerungsdichteeffekt hinaus zu erklären vermag. Tabelle 13 zeigt hier im Bereich der Zivilsachen (ohne Familiensachen) in ihrer Stärke deutlich reduzierte Zusammenhänge. Die Richtung des Zusammenhangs bleibt jedoch konsistent positiv. Interessant erscheint auch hier die ge-

rade im Bereich der Familiensachen fortbestehende hochsignifikante Beziehung zur Beschäftigtenstruktur.

Die auffällig starken und in sich so weitgehend konsistenten Zusammenhänge zwischen Beschäftigungs- und Wirtschaftsstruktur einerseits und Geschäftsanfall der Gerichte andererseits scheinen hier auf Unterschiede von sozialen Werthaltungen und eventuell auch des Bildungsniveaus hinzuweisen, die für eine so unterschiedliche Inanspruchnahme der Gerichte ursächlich verantwortlich sind. Besonders sensibel auf solche vermuteten Unterschiede reagieren dabei gerade die Ehe- und Familiensachen.

Straßenverkehr und Geschäftsanfall

Der Straßenverkehr stellt bezogen auf Zivil- und Strafsachen vor den ordentlichen Gerichten eines der zentralen Konfliktfelder dar.

Bezogen auf das Bundesland Bayern, stellt sich dies in folgenden Zahlen dar:

Tab. 14: Erledigte Zivil- und Strafsachen an bayerischen Amtsgerichten im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr

Verfahrensart	Erledigungen in Bayern absolut	%	davon im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr	
			absolut	%
Verbrechen und Vergehen	108.914	100	43.786	40,2
Ordnungswidrigk.	95.680	100	73.497	76,8
Gewöhnl. Prozesse	151.963	100	20.951	13,8

** Daten nach Justis (Zivilbereich) bzw. Mitteilung des bayerischen Staatsministers der Justiz für 1985

Insbesondere im Bereich der Strafsachen und Ordnungswidrigkeiten ist ein großer bzw. bestimmender Einfluß des Straßenverkehrsaufkommens anzunehmen.

Problematisch erscheint nun jedoch gerade im Bereich des Straßenverkehrs die räumliche Zuordnung von Zahlen des Verkehrsaufkommens zu engmaschigen politischen Kreisen, da ein großer Teil des Verkehrs auch über Kreisgrenzen hinaus stattfindet. Dennoch wird als Variable für den Umfang des Straßenverkehrs die Zahl der zugelassenen Pkws und Kombis herangezogen.

Die Korrelationsanalyse ergibt folgendes Bild:

Tab. 15: Zusammenhang zwischen dem Bestand an Pkw und dem Geschäftsanfall in Zusammenhang mit dem Straßenverkehr

Verfahren pro Erw.	Pkw pro Fläche		Pkw pro Kopf		Pkw insgesamt	
	r =	p =	r =	p =	r =	p =
Gewöhnl. Proz. im Verkehrs- unfallrecht	.538	0.000	-.158	0.092	.521	0.000
Verkehrsstraf- sachen	-.042	0.363	-.006	0.480	-.068	0.284
Ordnungswidrigk. im Straßenverkehr	.401	0.000	-.159	0.091	.420	0.000
Neuzugänge in allg. Strafsachen	.419	0.000	-.075	0.267	.398	0.000

Es zeigt sich, daß die Konfliktträchtigkeit des Straßenverkehrs weniger durch die Verhältniszahl "Pkw pro Kopf" (der erwachsenen Bevölkerung), sondern vielmehr durch die "Pkw-Dichte" (pro Flächeneinheit) zum Ausdruck kommt. Auf signifikantem Niveau ist hier ein durchweg relativ starker Zusammenhang zum Geschäftsanfall der Gerichte feststellbar. Auffallend ist jedoch, daß gerade ein Zusammenhang zu den Verkehrsstrafsachen auf Amtsgerichtsebene nicht (auf signifikantem Niveau) besteht. Dies kann daraus resultieren, daß

gerade hier die Kleinräumigkeit der Analyse die Bedeutsamkeit des Zusammenhangs nicht stützt, da Kreisgrenzen hier keine zweckmäßige Abgrenzung des Merkmals "Geschäftsanfall in Verkehrsstrafsachen" darstellen.

Jedoch auch hier existiert - wie zu erwarten war - ein sehr starker Zusammenhang zwischen den Variablen Pkw-Dichte und der Bevölkerungsdichte ($r = .753$, $p = 0.000$). Die partielle Korrelation - wiederum mit der Bevölkerungsdichte-Bereinigung - ergibt folgenden Befund:

Tab. 16: Pkw-Dichte und einwohnerdichtebereinigter Geschäftsanfall

Verfahren pro Erw.	Pkw pro Fläche part. r =	p =
Gewöhnl. Prozesse im Verkehrsunfallrecht	-.147	0.111
Verkehrsstrafsachen	-.026	0.413
Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr	-.147	0.111
Neuzugänge in allg. Strafsachen	-.010	0.468

Die Daten deuten darauf hin, daß die Pkw-Dichte keinen Erklärungsbeitrag zu den Geschäftsanfallsvariablen leisten kann, der statistisch bedeutsam über denjenigen der Bevölkerungsdichte hinausgeht.

Ökonomische Aktivität und Geschäftsanfall

Wie oben (im Abschnitt Bevölkerung und Geschäftsanfall) bereits gezeigt, nehmen Unternehmen einen erheblichen Einfluß auf den Geschäftsanfall der Gerichte in Zivilsachen. Da eine Maßgröße für die Unternehmensanzahl und insbesondere deren größenmäßige Gewichtung nicht zuverlässig konstruiert werden kann (- schon exakte Angaben zur Unternehmensanzahl

liegen nicht vor), soll im folgenden die Variable "Gewerbsteueraufkommen pro Bevölkerungseinheit" die Wirtschaftskraft einer Region indizieren. Da auf dem hier herangezogenen Aggregationsniveau auch keine Daten zum Volkseinkommen und damit zum Pro-Kopf-Einkommen vorliegen, wird die Variable "Steuerbarer Umsatz pro Bevölkerungseinheit" zur Messung des relativen Einkommensniveaus einer Region herangezogen.

a) Wirtschaftskraft der Organisationen

Tabelle 17 zeigt die statistischen Zusammenhänge zum Geschäftsanfall:

Tab. 17: Wirtschaftskraft der Organisationen und Geschäftsanfall der Ziviljustiz

	Verfahren pro Erw.		GewSt-Aufkommen pro Erw. (bev.dichteber.)	
	r =	p =	part.r =	p =
Neuzugänge in Zivilsachen	.322	0.003	.139	0.123
Erl. Zivilprozesse mit vorangegangenen Mahnverfahren	.164	0.085	.112	0.175
Erl. Zivilprozesse im Kaufrecht	.288	0.007	.006	0.481
Sonstige Vollstreckungssachen	.180	0.065	.222	0.031
Mahnverfahren	.354	0.001	.182	0.065

Im Bereich der Zivilsachen kommt der Wirtschaftskraft der Organisationen eine Indikatorfunktion für den Geschäftsanfall der Gerichte zu. Dabei geht der Erklärungsgehalt dieser Variablen in Teilbereichen deutlich über eine reine Erklärung der Bevölkerungsdichte hinaus (vgl. Vollstreckungsverfahren und Mahnverfahren).

Tab. 18: Steuerbarer Umsatz pro Erwachsenem und Geschäftsbelastung

Geschäftsanfall pro Erw.	Steuerb. Umsatz pro Erwachsenem		bereinigt um Dichte-Effekt	
	r =	p =	part.r =	p =
Neuzugänge in Zivilsachen	.501	0.000	.317	0.004
Mahnsachen	.344	0.002	.077	0.263
Vollstreckungs- sachen	.004	0.487	.030	0.402
Neuzugänge in Familiensachen	.396	0.000	.101	0.200
Erl. Ehescheidung.	.460	0.000	.120	0.159
Neuzugänge in Strafsachen	.501	0.000	.318	0.003
Verbrechen	.328	0.002	.082	0.249
Vergehen	.368	0.001	.194	0.053
Ordnungswidrigk.	.550	0.000	.370	0.001

Die Größe "Steuerbarer Umsatz pro Erwachsenem" mißt im wesentlichen den Güter- und Dienstleistungsaustausch zwischen Unternehmen und Privaten. Die regionale Trennschärfe der Kennzahl dürfte jedoch auf Seite der Privaten infolge der existierenden hohen Mobilität eingeschränkt sein. Dennoch kommt diesem Indikator für Zivil- und Strafsachen (hier besonders den Bußgeldsachen) erheblicher Erklärungsgehalt zu.

Parteipräferenz und Geschäftsanfall

Als Kennzahlen für die Parteipräferenz werden im folgenden die Stimmanteile der Parteien im Rahmen der Bundestagswahl vom 06.03.1983 herangezogen. Die Betrachtung dieses Zusammenhangs erscheint deshalb interessant, weil für die deutsche Wählerschaft nachgewiesen werden kann, daß sich

SPD- und CDU/CSU-Wähler schwerpunktmäßig in ihren gesellschaftlichen Wertorientierungen unterscheiden (vgl. Pappi 1977, S. 206 f.). Diese wertmäßige Differenziertheit wird möglicherweise in der Präferenz der Partei der GRÜNEN noch stärker ihren Ausdruck finden. Tabelle 19 zeigt die statistischen Zusammenhänge zwischen Parteipräferenz und Geschäftsanfall der Gerichte, sowie denselben um den "Bevölkerungsdichteeffekt" bereinigten Zusammenhang.

Tab. 19a: Parteipräferenz und Geschäftsanfall; Bsp. CSU

Geschäftsanfall pro Erwachsenem	Stimmanteil CSU		Stimmanteil CSU bereinigt um den Bev.dichte-Effekt	
	r =	p =	part.r =	p =
Neuzugänge in Zivilsachen	-.359	0.001	-.174	0.074
Mahnsachen	-.293	0.006	-.089	0.231
Neuzugänge in Familiensachen	-.594	0.000	-.457	0.000
Erl. Ehescheidung.	-.613	0.000	-.449	0.000
Neuzugänge in Strafsachen	-.359	0.001	-.174	0.074
Verbrechen	-.297	0.006	-.112	0.176
Vergehen	-.176	0.069	.007	0.476
Ordnungswidrigk.	-.426	0.000	-.246	0.019

Tab. 19b: Parteipräferenz und Geschäftsanfall; Bsp. SPD

Geschäftsanfall pro Erwachsenem	Stimmanteil SPD		Stimmanteil SPD bereinigt um den Bev.dichte-Effekt	
	r =	p =	part.r =	p =
Neuzugang in Zivilsachen	.214	0.035	.031	0.398
Mahnsachen	.171	0.075	-.020	0.432
Neuzugänge in Familiensachen	.432	0.000	.279	0.009
Erl. Ehescheidung.	.453	0.000	.275	0.010
Neuzugänge in Strafsachen	.214	0.036	.031	0.398
Verbrechen	.383	0.000	.253	0.017
Vergehen	.030	0.402	-.145	0.114
Ordnungswidrigkeiten	.326	0.003	.158	0.095

Tab. 19c: Parteipräferenz und Geschäftsanfall; Bsp.
GRÜNE

Geschäftsanfall pro Erwachsenem	Stimmanteil GRÜNE		Stimmanteil GRÜNE, bereinigt um den Bev.dichte-Effekt	
	r =	p =	part.r =	p =
Neuzugang in Zivilsachen	.520	0.000	.379	0.001
Mahnsachen	.355	0.001	.161	0.090
Neuzugänge in Familiensachen	.547	0.000	.387	0.000
Erl. Ehescheidung.	.617	0.000	.447	0.000

Tab. 19c: Parteipräferenz und Geschäftsanfall; Bsp. GRÜNE, Fortsetzung

Geschäftsanfall pro Erwachsenem	Stimmanteil GRÜNE		Stimmanteil GRÜNE, bereinigt um den Bev.dichte-Effekt	
	r =	p =	part.r =	p =
Neuzugänge in Strafsachen	.520	0.000	.378	0.001
Verbrechen	-.006	0.480	-.291	0.007
Vergehen	.374	0.001	.237	0.023
Ordnungswidrigkeiten	.509	0.000	.350	0.001

Die Parteienpräferenz muß in engem Zusammenhang gesehen werden mit der Stadt-Land-Struktur eines Amtsgerichtsbezirkes. Der statistische Zusammenhang Bevölkerungsdichte - Stimmanteil der Partei X verdeutlicht dies (vgl. Tabelle 20).

Tab. 20: Parteipräferenz und Bevölkerungsdichte

Stimmanteil bei Bundes- tagwahl, Partei	Bevölkerungsdichte	
	part.r =	p =
CSU	-.530	0.000
SPD	.445	0.000
FDP	.209	0.039
GRÜNE	.553	0.000

Die CSU wird in eher ländlichen Räumen präferiert, mit steigender Bevölkerungsdichte nimmt die Präferenz für Parteien des eher linken politischen Spektrums zu. Sehr deut-

lich kommt dieser recht starke Zusammenhang in den Korrelationswerten für CSU, SPD und Grüne zum Ausdruck.

Aufgrund des Bevölkerungsdichte-Effektes lassen sich also bestimmte Zusammenhänge zwischen Parteienpräferenz und Geschäftsanfall absehen.

Jedoch auch, wenn der Bevölkerungsdichte-Effekt aus dem Zusammenhang herausgerechnet wird, bleiben sehr interessante Ergebnisse bestehen:

Die stärkere Präferenz für die konservativere Partei geht einher mit einer konsistent relativ geringen Inanspruchnahme der Justiz (bei ausreichendem Signifikanzniveau $p < 0.05$). Die Präferenz für Parteien des eher linken Spektrums geht einher mit einer ebenfalls weitgehend konsistent relativ starken Inanspruchnahme der Gerichte. Mit besonderer Deutlichkeit ($p < 0.01$) tritt dieser Zusammenhang im Bereich der Familiensachen und insbesondere Ehescheidungssachen in Erscheinung. (Es drängt sich hier nahezu auf, im Ausmaß der Geltung traditioneller Einstellungen zu Religion und Familie einen wesentlichen kausalen Faktor für die Inanspruchnahme der Familiengerichte zu sehen).

4.2.4. Zur statistischen Erklärbarkeit des Geschäftsanfalls aus sozioökonomischen Rahmendaten

Entsprechend der geänderten Fragestellung - im folgenden wird nicht mehr der Einfluß einzelner Prädiktoren, sondern die Erklärbarkeit der Zielvariablen (d.h. Geschäftsanfallsaggregate) untersucht - dienen nun die Geschäftsbereiche Zivil-, Familien- und Strafsachen der ordentlichen Gerichte als Gliederungskriterium. Nachdem der bestimmende Einfluß der Bevölkerungszahl (in ihren unterschiedlichen Aggregaten) auf die absoluten Zahlen des Geschäftsanfalls oben (vgl. 4.2.3.) deutlich wurde, werden für die weitere Untersuchung ausschließlich Geschäftsanfallsdichtewerte (Verfahren pro Erwachsenem zwischen 18 und 65 Jahren) herangezogen.

gen. (Die für die jeweilige Regressionsgleichung herangezogenen Prädiktoren werden zunächst für die graphische Darstellung der Zusammenhänge jeweils den einzelnen Prädiktorengruppen zugeordnet, ihre Verwendung wird durch Ankreuzung angezeigt.)

4.2.4.1. Der Geschäftsanfall in Zivilsachen

Der Analyse des Zusammenhangs zwischen einzelnen sozioökonomischen Rahmendaten und dem Geschäftsanfall der Gerichte muß die Beantwortung der Fragen folgen, in wieweit Geschäftsanfallsaggregate durch die verschiedenen Indikatoren insgesamt erklärt werden, welche ausgewählten Indikatoren hierfür herangezogen werden sollten und auf welchem numerischen Niveau festgestellte Zusammenhänge sich aufzeigen lassen. Zur Darstellung der hierfür angewandten Methodik kann auf Abschnitt 4.1.2. der vorliegenden Arbeit verwiesen werden.

Durch die Heranziehung dreier Variabler kann der Arbeitsanfall in Zivilsachen pro Erwachsenen zwischen 18 und 65 Jahren der Amtsgerichte zu über 50% erklärt werden ($r = .710$).

Tab. 21: Indikatoren für die Geschäftsanfallsdichte in Zivilsachen (pro Kopf der Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren)

Gesch.- anfall/ Erwachs.	Bevölk. Dichte	Beschäft. struktur	Soziale Problem- lagen	Verkehrs- dichte	Wirtsch. Kraft d. Untern.	Wirtsch. Kraft d. Privaten	Partei- mult. r =	Sign. P =
Zivils.		XX				X	0.710	0.0000
Mahns.		XX	X					
Ziv.proz. m. Mahnv.		X	X				0.638	0.0000
Mietrecht	X					X	0.540	0.0000
Verkehrs- Unfallr.		XX	X	X	XX ¹⁾		0.870	0.0000
Kaufrecht	X	XXX	X	X		X	0.922	0.0000
sonstige Gew. Pro.		XX					0.461	0.0003
Unterhalt. recht		XX	X			X	0.749	0.0000

1) Steuerbarer Umsatz / Bev. 18 - 65

Der Arbeitsanfall in Zivilsachen kann damit in der Querschnittsanalyse als statistisch in hohem Maße abhängig von den Variablen (vgl. Tab. 21)

- Stimmanteil der "Grünen" bei der Bundestagswahl 1983 (positive Abhängigkeit, $r = .520$)
- Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (positive Abhängigkeit, part. $r = .469$) und
- Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe (negative Abhängigkeit, part. $r = -.360$)

bezeichnet werden.

Trotz des relativ hohen Aggregationsniveaus der Zielvariablen "Zivilsachen" (Addition unterschiedlichster Prozeßgegenstände), kann ein Erklärungsgrad erzielt werden, der z.T. sogar über denjenigen hinausgeht, der bei einzelnen in sich homogenen Komponenten des gerichtlichen Geschäftsanfalls (wie z.B. "Zivilprozesse mit vorangegangenen Mahnverfahren") erzielt werden kann.

Aufgrund der auch in den anderen Bereichen der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu diagnostizierenden Relevanz dieser Faktoren, soll eine erste inhaltliche Deutung dieses Zusammenhangs für alle Bereiche gemeinsam erfolgen.

Besonders auffallend erscheint, daß reine Bevölkerungsdichtewerte nur in zwei von neun Fällen aufgrund ihres spezifischen Erklärungsbeitrags in die Regressionsbeziehung Eingang finden. Aufgrund des starken Zusammenhangs der Bevölkerungsdichtewerte mit einer Vielzahl der weiteren potentiellen Prädiktorvariablen, erweisen sich erstere i.d.R. als ungeeignete Prädiktoren. Vielmehr stellt die Bevölkerungsdichte einen "Sammelindikator" dar, der für sich genommen zwar einen relativ starken Zusammenhang zum Geschäftsanfall aufweist, aber aufgrund seiner Heterogenität durch die Hinzunahme weiterer "speziellerer" Indikatoren in seinem

Erklärungsgehalt nicht mehr verbessert werden kann. Die Heranziehung weniger summarischer Prädiktoren, die Aussagen über konkretere Eigenschaften des sozioökonomischen Umfeldes implizieren, erweist sich insgesamt als ergänzungsfähiger und aussagekräftiger. Der "Bevölkerungsdichte-Effekt" wird auf diese Weise von den in die Regressionsbeziehung eingehenden Prädiktoren weitgehend miterklärt.

Indikatoren für "soziale Problemlagen" gehen zwar in die Modellgleichung für Zivilprozeßsachen allgemein nicht ein, liefern jedoch für Teilaggregate des Geschäftsanfalls wichtige Erklärungsbeiträge. Solche Teilaggregate sind unter anderem:

- Mahnsachen
- Zivilprozesse mit vorangegangenen Mahnverfahren
- Zivilprozesse im Kaufrecht

und damit Bereiche, auf die wirtschaftliche Problemlagen der Bevölkerung einen wesentlichen Einfluß haben. Der Arbeitslosigkeit als sozialer Problemlage kommt dabei ein wesentlich geringerer Einfluß zu (part. $r = .262/.100/.192$), als dem "personalen" bzw. finanziellen Ausmaß der Gewährung von Sozialhilfeleistungen (part. $r = .443/.286/.353$). Festzuhalten bleibt jedoch, daß sich die partiellen Korrelationskoeffizienten der Sozialhilfe- und der Arbeitslosigkeitsindikatoren weitgehend gleichlaufend entwickeln und somit voraussichtlich auch inhaltlich verwandte Erklärungsbeiträge liefern.

Lediglich im Bereich des Kaufrechts existiert ein signifikanter Zusammenhang des Geschäftsanfalls der Gerichte mit der Wirtschaftskraft der Privaten (gemessen in "veranlagte Lohnsteuer je Erwachsenen"). Dieser Zusammenhang (part. $r = .260$) ist positiv gerichtet.

Aufgrund der Ähnlichkeit und relativen Homogenität der Prädiktorenstruktur über die überwiegende Zahl der einzelnen Geschäftsanfallsaggregate in Zivilsachen hinweg und

aufgrund der guten Erklärung des summarischen Aggregats Prädiktoren erscheint es zweckmäßig, für eine Zeitreihenbetrachtung über die Jahre hinweg diesen "Geschäftsanfall in Zivilsachen" als alleinige Variable und repräsentativ für die Zivilsachen nach den jeweiligen Verfahrensgegenständen heranzuziehen.

4.2.4.2. Der Geschäftsanfall in Familiensachen

Der Geschäftsanfall der Familiengerichte pro Erwachsenem zwischen 18 und 65 Jahren kann durch fünf Variablen zu über 60% erklärt werden (mult. $r = .775$). Als statistisch signifikante Prädiktoren wurden aus dem vorgegebenen Datensatz ermittelt (vgl. Tab. 22):

- Der Stimmanteil der CSU bei der Bundestagswahl 1983 (negative Abhängigkeit; $r = -.594$).
- Der Beschäftigtenanteil im produzierenden Gewerbe (negativer Zusammenhang; part. $r = -.446$).
- Der Beschäftigtenanteil in der Landwirtschaft (negativer Zusammenhang; part. $r = -.303$).
- Der Anteil ausländischer Arbeitnehmer (positiver Zusammenhang; part. $r = .316$).
- Die Arbeitslosenquote (positiver Zusammenhang; part. $r = .240$)

Aufgrund der speziellen Gegebenheiten im Bereich der Familiensachen (insbesondere des unterschiedlichen "Gewichts" der Geschäftsanfälle: Ehescheidungs-Verbundverfahren, alleinanhängige andere Familiensachen und abgetrennte

Tab. 22: Indikatoren für den Geschäftsanfall in Familiensachen (pro Kopf der Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren)

Gesch.- anfall/ Erwachs.	Bevölk. Dichte	Beschäft. struktur	Soziale Problem- lagen	Verkehrs- dichte	Wirtsch. kraft d. Untern.	Wirtsch. kraft d. Privaten	Partei- mult. Präfer.	Sign. $r =$ $p =$
Familien- sachen		XX	X				X	0.775 0.0000
Schei- dungs- verfahren		XX	X			X	X	0.847 0.0000
Allein- abhängige Fam.sach.			X				X	0.478 0.0001

Scheidungsfolgeverfahren). erscheint es zweckmäßig, ein besonders Augenmerk auf die Analyse der Eheverfahren zu legen, da diese Verfahren den übrigen Teil der Familiensachen weitgehend mitbedingen.

Dieses Vorgehen bringt zum einen den Vorteil der "Homogenisierung" des betrachteten Geschäftsanfallsaggregats, zum anderen jedoch den methodischen Mangel mit sich, daß Fallzahlen für Ehescheidungsprozesse nur auf Erledigtenbasis vorliegen. Da jedoch Ehescheidungsprozesse einen relativ konstanten Anteil an familiengerichtlichen Prozessen insgesamt darstellen und die Erledigung von Ehescheidungsprozessen in konstanter Relation zu ihrem Anhängigwerden steht, erscheint das aus sachlogischen Gründen erforderliche Gleichsetzen von anhängig werdenden und erledigten Prozessen als methodisch haltbar.

Der Geschäftsanfall an Ehescheidungsprozessen pro Erwachsenen zwischen 18 und 65 Jahren kann ebenfalls durch fünf Variablen zu über 71 % erklärt werden (mult. $r = .847$). Folgende signifikante Prädiktoren wurden ermittelt:

- Die veranlagte Lohnsteuer pro Erwachsenen zwischen 18 und 65 Jahren (positive Abhängigkeit; $r = .627$).
- Anteil der Sozialhilfebezieher an der Gesamtbevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren (positive Abhängigkeit; part. $r = .540$).
- Anteil der Beschäftigten im Handel (positive Abhängigkeit; part. $r = .343$).
- Der Anteil ausländischer Arbeitnehmer (positiver Zusammenhang; part. $r = .327$).
- Der Stimmenanteil der SPD bei der Bundestagswahl 1983 (positiver Zusammenhang; part. $r = .407$).

Die herangezogenen Variablengruppen werden um die hier sehr erklärungsstarke "Wirtschaftskraft der Privaten" ergänzt. Darüber hinaus bleiben jedoch die schon bekannten Indikatorgruppen bestimmend. Innerhalb der betrachteten Prädik-

torgruppen werden jedoch andere Einzelfaktoren herangezogen.

Als ungeeignet für die Vorhersage des Geschäftsanfalls der Amtsgerichte in Familien- bzw. Ehesachen erweisen sich die Indikatorgruppen Bevölkerungsdichte, Verkehrs-/Pkw-Dichte und Wirtschaftskraft der Unternehmen.

Aufgrund des hohen Ausmaßes der statistischen Erklärbarkeit der Ehesachen und - aus pragmatischen Überlegungen - wegen der (trotz Familienrechtsreform) etwas zuverlässiger in Zeitreihenform darstellbaren Prozeßzahlen gibt dieses Geschäftsanfallsaggregat als pars pro toto (d.h. für die Gesamtheit der Familiensachen) tragfähigere Informationen für die Längsschnittanalyse des Geschäftsanfalls.

4.2.4.3. Der Geschäftsanfall in Straf- und Bußgeldsachen

Gleich den Zivilsachen kann der Geschäftsanfall der Amtsgerichte in Straf- und Bußgeldsachen pro Erwachsenen zwischen 18 und 65 Jahren zu über 50% ($r = .710$) aus dem verfügbaren Variablensatz erklärt werden (vgl. Tab. 23).

Folgende Variablen gehen in die Regressionsgleichung ein:

- Stimmanteil der "Grünen" bei der Bundestagswahl 1983 (positive Abhängigkeit; $r = .520$).
- Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter an der Gesamtzahl der Erwachsenen (positive Abhängigkeit; $r = .468$).
- Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe (negative Abhängigkeit; $r = -.359$)

Das Ausmaß der Erklärung dieses hochaggregierten Maßes des Geschäftsanfalls in Straf- und Bußgeldsachen wird nur übertroffen durch das Ausmaß der Erklärbarkeit des Geschäftsanfallsaggregats "Vergehen" (mult. $r = .767$). Wesentliche Erklärungsbeiträge für diesen Teilbereich des Geschäfts-

anfalls liefert dabei zusätzlich die relative Anzahl der Sozialhilfeempfänger (part. $r = .458$) und das Einkommensniveau der Privaten (gemessen in "veranlagte Lohnsteuer je Erwachsenen zwischen 18 und 65 Jahren; part. $r = -.350$). Obwohl dies aus den aggregierten Geschäftsanfallswerten nicht hervorgeht, scheinen soziale Problemlagen und Einkommensniveau der abhängig Beschäftigten gerade im Bereich mittlerer Kriminalität geschäftsanfallswirksam zu werden.

Auffallend erscheint besonders im Bereich der Straf- und Bußgeldsachen die Tatsache, daß es an Stelle der Bevölkerungsdichte ebenfalls andere Indikatoren gibt, die sehr viel besser geeignet sind, das Ausmaß der Kriminogenität des sozioökonomischen Umfeldes zu beschreiben. Diese Aussage läßt sich für alle Teilbereiche des Geschäftsanfalls in Straf- und Bußgeldverfahren aufrecht erhalten. Überdies bemerkenswert ist, daß - zumindest in der Querschnittsanalyse des Geschäftsanfalls der Amtsgerichte - die Konfliktrichtigkeit des Straßenverkehrs (- gemessen in "Verkehrsstrafsachen" und "Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr" -) nicht durch den inhaltlich adäquaten Indikator "PKW-Dichte" (pro Flächeneinheit oder pro Person) indiziert werden kann. Auch in diesen Geschäftsanfallsbereichen sind Daten zur Beschäftigungsstruktur statistisch aufschlußreicher.

Da auch in diesem Bereich des Geschäftsanfalls der Amtsgerichte durch eine Disaggregation der Anfallswerte in formal oder inhaltlich homogenere Teilbereiche im wesentlichen keine gravierende Verbesserung der Erklärbarkeit dieser Geschäftsanfallswerte durch den herangezogenen Datensatz sozioökonomischer Rahmendaten erzielt werden kann, erscheint es zweckmäßig, für Zeitreihenbetrachtungen über mehrere Jahre ebenfalls hoch aggregierte Geschäftsanfallswerte heranzuziehen.

Tab. 23: Indikatoren des Geschäftsanfalls in Straf- und Bußgeldsachen (pro Kopf der Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren)

Gesch.- anfall/ Erwachs.	Bevölk. Dichte	Beschäft. struktur	Soziale Problem- lagen	Verkehrs- dichte	Wirtsch. kraft d. Untern.	Wirtsch. kraft d. Privaten	Partei- Präfer.	mult. $r =$	Sign. $p =$
Strafs. Neuzugg.	XX						X	0.710	0.0000
Anklagen	XXXX	XX	XX	X				0.670	0.0000
Bußgeld- Verfahr.	XX						X	0.610	0.0000
Einepr. gg. Str. befehle	XX							0.611	0.0000
Verbrech.	X			XX ¹⁾			X	0.624	0.0000
Vergehen	XXX	XX				X		0.767	0.0000
Ordn.wi.	XX				X ²⁾		X	0.698	0.0000
Verkehrs. strafsa.	XX							0.451	0.0004
Owi. im Verkehr	XXX	X			X ²⁾			0.705	0.0000
Jugend- schutze.		X						0.240	0.0419

1) PKW / Bev 18 - 65 2) Steuerbarer Umsatz je Bev 18 - 65

4.2.5. Zur inhaltlichen Deutung ausgewählter Indikatoren

Das Problem der Interpretation von (partiellen) Korrelationskoeffizienten ist bekannt. Eine statistisch signifikante Korrelation zwischen zwei Variablen X ("Geschäftsanfall") und Y ("sozioökonomisches Rahmendatum") kann "im kausalen Sinne folgendermaßen erklärt werden:

1. X beeinflusst Y kausal.
2. Y beeinflusst X kausal.
3. X und Y werden von einer dritten oder weiteren Größe kausal beeinflusst.
4. X und Y beeinflussen sich wechselseitig kausal.

Der Korrelationskoeffizient liefert keine Informationen darüber, welcher der vier Interpretationsansätze der richtige ist" (Bortz 1977, S. 286 f.; grundsätzlich zum Kausalitätsproblem vgl. Gabele 1981, S. 72 ff. sowie allg. Bunge 1987).

Bei vorliegender Anwendung der Regressionsanalyse lassen sich jedoch zwei der vier Möglichkeiten aufgrund sachlogischer Überlegungen ausschließen: Der Geschäftsanfall der Gerichte beeinflusst seinerseits die gewählten Indikatoren nicht. Dadurch entfallen die Erklärungsalternativen 2. und 4. . Auf dem gewählten Aggregationsniveau kann jedoch auch von einer unmittelbaren kausalen Beeinflussung des Geschäftsanfalls (beispielsweise durch die Parteipräferenzen der Wähler) nicht gesprochen werden. Direkte Ursache für den Geschäftsanfall ist immer der privatrechtliche Konflikt bzw. die Ordnungswidrigkeit oder Straftat. Es verbleibt Alternative drei. Ein statistisch signifikanter Korrelationswert zwischen Geschäftsanfall und sozioökonomischen Rahmendatum weist darauf hin, daß beide Größen kausal von einer dritten beeinflusst werden oder m.a.W. , daß das betrachtete Rahmendatum einen "guten" Indikator für einen die gerichtliche Konfliktaustragung fördernden oder kriminogenen Ursachenfaktor (vgl. Kap. 4.1.1.) darstellt.

Parteipräferenz

Die Parteipräferenz erweist sich sowohl in einfachen bzw. partiellen Korrelationsanalysen, als auch in multivariaten Regressionsmodellen als sehr trennscharfer Indikator für den Geschäftsanfall der Gerichte. Dieser Zusammenhang ist interpretationsbedürftig.

Neben der Stimmabgabe für gewisse politische Programme, läßt sich die Parteipräferenz auch als Ausdruck schwerpunktmäßiger gesellschaftlicher Wertorientierungen deuten (vgl. Pappi 1977, S. 195 - 225, hier S. 206; vgl. auch Inglehart 1979, S. 302). Diese gesellschaftlichen Wertorientierungen gehen i.d.R. einher mit - oder sind die Folge von - gleichgerichteten persönlichen und mikrosozialen Wertvorstellungen (vgl. Klages/Herbert 1983, S. 34 ff.).

Die Hauptdifferenzierungsachse solcher gesellschaftlichen Wertorientierungen verläuft von einer gewerkschaftlichen Wirtschaftsideologie auf der einen Seite zu einem religiösen Traditionalismus auf der anderen Seite, wobei sich auf der "linken" Seite, wenn auch in deutlichem Abstand von der gewerkschaftlichen Wirtschaftsideologie, auch postmaterielle Einstellungen im Sinne Ingleharts (Inglehart 1979, S. 279 - 314) befinden und auf der "rechten" Seite - wieder mit deutlichem Abstand von den traditionellen Einstellungen im Bereich der Religion und Familie - ökonomisch konservative Einstellungen, wie z.B. in Fragen des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates (vgl. Pappi 1977, S. 207).

Diese Hauptdifferenzierungsachse des Wertesystems entspricht weitgehend derjenigen des Parteiensystems. Die "neue" politische Kraft der Grünen dürfte dabei, was persönlichkeits- und gesellschaftsbezogene Wertorientierungen anbelangt, noch sehr viel treffsicherer als die traditionelle "linke" Partei der Sozialdemokraten mit der Präferenz von Wertkategorien wie Selbstverwirklichung, Mit- bzw. Selbstbestimmung am Arbeitsplatz und im politischen Bereich

(, die im Inglehartschen Schema dem postmaterialistischen Bereich zugeordnet werden - vgl. Inglehart 1979, S. 286 f.) einhergehen. Auch Einstellungen dem Staat und seinen einzelnen Institutionen gegenüber differieren je nach Parteipräferenz. Dabei "legt sich der (...) Eindruck nahe, daß durch die grundlegenden Wertorientierungen (...) eine Disposition zur Entwicklung politischer Einstellungen und Verhaltensweisen herbeigeführt wird (...)" (Klages/Herbert 1983, S. 61).

Das Wirksamwerden von Wertstrukturen scheint in allen Bereichen gerichtlichen Geschäftsanfalls wahrscheinlich und plausibel. Die Einflüsse solcher Werthaltungen zielen dabei zum einen auf die Bereitschaft, Konflikte überhaupt als existent zu erkennen und zu artikulieren, zum zweiten auf die Bereitschaft, Konflikte auszutragen und darüber hinaus auf die Wahl der institutionellen bzw. privaten Konfliktlösungswege. Hinzu kommt gerade im Bereich des Straf- und Bußgeldrechts die Beeinflussung des Ausmaßes der Bereitschaft staatlich gesetzte Normen zu akzeptieren und davon abweichendes Verhalten anderer zur Anzeige zu bringen.

Die Interpretation der Zusammenhänge komplizierend kommt jedoch hinzu, daß die o.g. drei Beeinflussungsebenen (Konfliktwahrnehmung, Konfliktaustragung, Konfliktlösungswege) besonders im zivilrechtlichen Bereich in ihrer jeweiligen Richtung durchaus konträr zueinander wirksam werden können. So kann mit der erhöhten Bereitschaft, Konflikte wahrzunehmen und auszutragen das verstärkte Betreten nicht-justizieller Lösungswege einhergehen. Der daraus resultierende Saldo des Bedarfs an justizieller Problemlösungskapazität ergibt sich damit nicht eindeutig in positiver oder negativer Richtung.

Am empirischen Ergebnis beachtlich und die getroffenen theoretischen Überlegungen bestätigend ist, daß gerade in

solchen Bereichen wie Familien- und Scheidungssachen, die in besonderem Maße Spiegelbild klassischer Wertvorstellungen sind, die Erklärungsanteile, die die Variable "Parteipräferenz" als Wertindikator liefert, sehr hoch sind.

Schwierig - bei aller statistischer Signifikanz - bleibt jedoch, daß auch und gerade die Parteipräferenz einhergeht mit einer spezifischen Ausprägung anderer sozioökonomischer Strukturdaten wie Altersstruktur, Bildungsniveau (nach Schulabschluß), Berufsstruktur (vgl. Noelle-Neumann/Piel 1983, S. 298), die ihrerseits Ursachenfaktoren indizieren, die Geschäftsanfallswerte begründen können.

Beschäftigungsstruktur

Die Daten zur Beschäftigungsstruktur sind gleichzeitig Daten zur Wirtschaftsstruktur der Amtsgerichtsbezirke und des jeweiligen Gewichts des primären, sekundären und tertiären Sektors.

Die drei Sektoren addieren sich ex definitione zu 100 Prozent. Aus diesem Grunde messen die gewählten Variablen

- Beschäftigungsanteil in Land- und Forstwirtschaft
- Beschäftigungsanteil im Handel
- Beschäftigungsanteil in der Industrie

nur die einzelnen Dimensionen eines Sachverhalts, nämlich der Beschäftigungsstruktur.

Erstaunlich ist die Konsistenz des Zusammenhangs über alle Geschäftsanfallsbereiche hinweg. Ein relativ hohes Gewicht des landwirtschaftlichen Sektors geht einher mit relativ geringer, ein relativ hohes Gewicht des tertiären Sektors geht einher mit relativ großer Belastung der Gerichte. Dieser Zusammenhang bleibt auch bestehen, wenn der Bevölkerungsdichteeffekt hieraus eliminiert wird. Auch hier muß zu einer inhaltlichen Deutung zunächst formal

klargestellt werden, daß die Beschäftigungsstruktur nach Wirtschaftsbereichen offensichtlich Indikator ist für Ursachenfaktoren, die auf einer der drei genannten Ebenen (Konfliktwahrnehmung, Konfliktaustragung, Konfliktlösungswege) im Zivilbereich und im strafrechtlichen Bereich die Bereitschaft oder Neigung Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten zu begehen oder zur Anzeige zu bringen, bestimmen.

Die Beschäftigungsstruktur könnte hier Indikator sein für die Bildungsstruktur innerhalb der Bevölkerung, die ihrerseits subjektive Hemmnisse von Konfliktparteien bezüglich des Gangs zum Gericht oder zu Rechtsanwälten mitbestimmt (vgl. Blankenburg 1980, S.33 - 64, hier S. 48 f.).

Gleichzeitig kann aufgrund des Zusammenhangs zwischen Einkommensniveau und Beschäftigungsstruktur hier indirekt ein Einkommenseffekt zur Geltung kommen, der in Form einer "Kostenbarriere" (vgl. a.a.O., S.49) prozeßdämpfend wirksam wird. Darüber hinaus bleibt auch denkbar, daß die Beschäftigungsstruktur die Struktur der sozialen Schichtung miterklärt, die ihrerseits ebenfalls in Form "sozialer Barrieren" die Wahrscheinlichkeit des Gangs zum Gericht mitbestimmt (vgl. ebd.).

Letztlich bleibt denkbar, daß Beschäftigungsstrukturunterschiede auch auf Unterschiede gesellschaftsbezogener und "privater" Werthaltungen hindeuten (es existieren hier auch z.T. signifikante Korrelationen zur Parteienpräferenz), die ihrerseits - wie oben dargelegt - Unterschiedlichkeiten im Geschäftsanfall der Gerichte erklären können (- der hohe Erklärungsgehalt der Beschäftigungsstruktur gerade in Ehe- und Familiensachen deutet hierauf hin).

Soziale Problemlagen

Soziale Problemlagen wie Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug erschließen sich ursachenanalytischen Überlegungen sehr viel eher als andere Indikatoren. Hierbei sind die Bereiche Straf- und Zivilrecht scharf zu unterscheiden.

Im Bereich des Zivilrechts ohne Familienrecht dürften soziale Problemlagen eher über ökonomische und einkommensbezogene Ursachen vermittelt zum Geschäftsanfall in Beziehung stehen. Diese Vermutung wird gestützt durch die hohen statistischen Zusammenhänge von Sozialhilfedaten und den Geschäftsanfallsbereichen in Zivilsachen, die mit dem Zahlungsverkehr oder der Liquidität von Verfahrensgegnern in Verbindung stehen (Bsp. Mahnverfahren, Zivilprozesse im Kaufrecht, aber auch im Mietrecht). Der negative Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und dem Geschäftsanfall in Zivilsachen (insbes. Kaufrecht und Zivilprozesse mit vorangegangenen Mahnverfahren) deutet dagegen auf eine Tendenz zur Vermeidung von Prozeßrisiken bei schlechten Arbeitsmarktsituationen hin.

Neben rein ökonomischen Schwierigkeiten verursachen die genannten Problemlagen häufig auch emotional und psychisch belastende Situationen für die betroffenen Personen. Statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen dem Geschäftsanfall in Familiensachen und dem Bestehen solcher psychischer Belastungssituationen erscheinen damit auch ursächlich als plausibel.

Die kriminologische und kriminalsoziologische Auseinandersetzung mit dem Themenbereich soziale Problemlagen und Kriminalität hat eine lange Geschichte. Auch hier sind wohl zwei Ursachenketten voneinander zu unterscheiden. Die genannten sozialen Problemlagen gehen häufig einher mit materiellen Notlagen. Dabei ist davon auszugehen, "daß absolute Armut und ihre Kriminalität (...) in der Bundesrepublik recht weitgehend beseitigt" (Filser 1983, S. 153)

sind. Das Entstehen einer "relativen Armut" durch solche häufig recht kurzfristig auftretenden sozialen Problemlagen kann jedoch durchaus als kriminogener Faktor wirksam werden (vgl. a.a.O., S. 153). Auf der anderen Seite ist jedoch auch von einer identitätsstiftenden Funktion der Arbeit und der sozialen Lage von Personen auszugehen, welche die Selbstwertgefühle und psychische Befindlichkeit beeinflusst. Entfremdung und Anomie können damit die Konsequenz solcher Problemlagen sein, "die zur anwachsenden Frustration, Aggression, Ärger und einfach Langeweile und Müßiggängertum führen und in kriminelles Handeln umschlagen können" (Bednarzik/Heiland 1984, S.157). Diese These kann für den Bereich der leichten und mittleren Kriminalität statistisch gestützt werden.

Bezogen auf die Problemlage der Arbeitslosigkeit, wäre jedoch die umgekehrte Annahme, daß nämlich Arbeitslosigkeit eher zu einer Reduktion der Kriminalität führt, theoretisch ebenfalls plausibel, da eine angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt Personen vom Begehen eines Deliktes abhalten könnte, "weil sie eine Stigmatisierung und einen Verlust ihres Arbeitsplatzes bei der Entdeckung der Tat" (ebd.) befürchten müßten. Krisenphasen (bzw. Krisenregionen) mit hoher Arbeitslosigkeit müßten damit eher normkonformes Handeln hervorrufen (vgl. Steinhilper/Wilhelm-Ries 1980). Diese Hypothese ist jedoch auf der Basis der zugrundegelegten statistischen Zusammenhänge nicht haltbar.

4.3. Längsschnittanalyse des Geschäftsanfalls der ordentlichen Gerichte auf der Ebene des Bundes und Bayerns über 15 Jahre (Systemebene II B.)

Die Querschnittsanalyse des Geschäftsanfalls der Gerichte zeigt, daß der Arbeitsanfall der Gerichte sowohl in absoluten Zahlen als auch in Pro-Kopf-Größen durch sozioökonomische Rahmendaten in erheblichem Umfang erklärt werden kann. Die auf den Zeitpunkt eines Jahres bezogene Analyse birgt jedoch den schwerwiegenden Mangel, daß die Entwicklung solcher Rahmendaten im Zeitablauf, welche mit großer Wahrscheinlichkeit ebenfalls einen erheblichen Einfluß auf den Geschäftsanfall der Gerichte ausübt, nicht berücksichtigt werden kann. Zur Erzielung prognoseermöglichender Informationen sind deshalb über Querschnittsanalysen hinaus Längsschnittanalysen des Geschäftsanfalls erforderlich. Diese erfolgen, um die Nachteile der Kleinräumigkeit der Amtsgerichtsbezirke zu vermeiden (mangelnde Trenngenauigkeit, Probleme der Sekundärdatenbeschaffung), auf dem Aggregationsniveau des Bundeslandes Bayern und schließlich der gesamten Bundesrepublik.

Bereits in der Querschnittsanalyse des Geschäftsanfalls erwies sich die Bevölkerungsanzahl als bestimmender Prädiktor. Der beobachtete quasi-lineare Zusammenhang der Größen Geschäftsanfall und Bevölkerungsanzahl wird auch für die Längsschnittuntersuchung unterstellt. Die folgenden multiplen Regressionsanalysen beziehen sich deshalb stets auf Geschäftsanfall-pro-Kopf-Werte.

- Zur Realisation der Bevölkerungsabhängigkeit des Geschäftsanfalls in Straf- und Bußgeldsachen im vorliegenden Personalplanungsmodell

In der Querschnittsanalyse des Geschäftsanfalls der Amtsgerichte in Bayern konnte festgestellt werden, daß ein sehr

starker, nahezu linearer Zusammenhang ($r = 0.99$) zwischen dem Geschäftsanfall in Straf- und Bußgeldsachen und den einzelnen Bevölkerungsaggregaten besteht. Für die Untersuchung des Geschäftsanfalls wurde hieraus die Konsequenz gezogen, daß ausschließlich Pro-Kopf-Werte des Geschäftsanfalls einer weiteren statistischen Analyse unterzogen wurden. Für die Ermittlung der zukünftigen Geschäftsanfallszahlen müssen deshalb die prognostizierten Pro-Kopf-Werte des Geschäftsanfalls durch Multiplikation mit zukünftigen Bevölkerungszahlen wieder auf das zutreffende numerische Niveau gebracht werden.

Die Betrachtung der prognostizierten Bevölkerungszahlen zeigt nun, daß dem absehbaren Mengeneffekt (- Rückgang der absoluten Bevölkerungszahlen -) ein starker und zeitlich sehr viel näher an der Gegenwart liegender Struktureffekt (- Rückgang der jüngeren und Anwachsen der älteren Bevölkerungsteile -) vorangeht (so schon BTDr. 1980, S. 18 ff.).

Ein Arbeiten mit lediglich absoluten Bevölkerungszahlen für die Prognose des Geschäftsanfalls käme somit implizit der Behauptung einer Bedeutungslosigkeit des Struktureffektes für die Geschäftsanfallsentwicklung gleich.

Die Verteilung der Kriminalität unter den einzelnen Altersgruppen zeigt jedoch folgendes Bild (vgl. Tab. 33):

Kumulierte Häufigkeiten verdeutlichen das Bild der sehr ungleichen Verteilung: Ca. 3/4 der Verurteilten sind unter 40 Jahren, ca. 40 % der Verurteilten sind unter 25 Jahren.

Unter der Annahme der Konstanz der altersspezifischen Verurteiltenziffern ist somit - bei sonst gleichen Bedingungen - mit einer erheblichen strukturbedingten Veränderung der Gesamtkriminalität durch den Wandel der Altersstruktur innerhalb der Bevölkerung zu rechnen.

Tab. 24: Wegen Verbrechen und Vergehen Verurteilte nach Altersgruppen

Alter von... bis unter... Jahren	1980 Grund- zahlen in %	Verur- teilt.- ziffern	1982 Grund- zahlen in %	Verur- teilt.- ziffern	1984 Grund- zahlen in %	Verur- teilt.- ziffern
14 - 16	4,2	1.442	4,1	1.535	3,5	1.405
16 - 18	6,8	2.442	7,2	2.581	6,2	2.242
18 - 21	13,5	3.323	13,8	3.390	13,1	3.054
21 - 25	15,9	3.230	16,3	3.260	16,8	3.120
25 - 30	14,0	2.384	13,9	2.453	14,4	2.407
30 - 40	21,7	1.902	20,3	1.950	20,4	1.916
40 - 50	14,5	1.240	15,1	1.282	16,0	1.302
50 - 60	6,3	632	6,1	652	6,4	678
60 - 70	2,1	285	2,1	287	2,2	311
70 und mehr	1,0	119	1,0	118	0,9	102
Insgesamt	100	1.433	100	1.481	100	1.436

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 10, Reihe 1, 1984

Soweit also die Wahrscheinlichkeit, mit dem Strafrecht in Konflikt zu geraten, altersspezifisch sehr stark differiert und in Form von Verurteiltenziffern quantifizierte Größen für diese Wahrscheinlichkeiten vorliegen (- dies gilt für die Bereiche "Verbrechen" und "Vergehen", nicht für den Bereich der Bußgeldsachen -), wird für die Prognose des Geschäftsanfalls nicht mit absoluten Bevölkerungszahlen, sondern mit durch den Kriminogenitätsstruktureffekt gewichteten Bevölkerungsmeßzahlen gearbeitet. Als Gewichte dienen die altersgruppenspezifischen Verurteiltenziffern.

- Zur Realisation der Bevölkerungsabhängigkeit des Geschäftsanfalls in Zivil- und Familiensachen

Zivilsachen:

In Zivilsachen liegt im Querschnittsvergleich ebenfalls eine nahezu lineare Abhängigkeit zwischen dem Geschäftsanfall der Amtsgerichte und den vier verwendeten Bevölkerungsaggregaten ($0.958 < r < 0.995$) vor. Da das Aggregat

der 18 bis 65-jährigen in allen zu betrachtenden Fällen die höchsten Korrelationen zum Geschäftsanfall in Zivilsachen aufweist, werden die weiteren Analysen des Geschäftsanfalls jeweils "pro Kopf der 18 - 65-jährigen" durchgeführt. Durch die Multiplikation mit der Anzahl dieser prognostizierten Bevölkerungsgruppe werden die Geschäftsanfall-pro-Kopf-Zahlen im Planungsmodell auf das zutreffende absolute Niveau gehoben.

Familiensachen:

In Familiensachen sind Zeitreihenuntersuchungen des Geschäftsanfalls aufgrund der grundlegenden Rechtsänderung nicht möglich (vgl. Bundesregierung 1986, S. 1). Hilfsweise wird hier die Zahl der neuzugehenden Verfahren bezogen auf die Zahl der über 18- und unter 50jährigen Bevölkerung als konstant unterstellt. Dieses Vorgehen kann damit begründet werden, daß die absolute Anzahl der Ehescheidungsfälle bis auf den vorübergehenden Rückgang aufgrund der Eherechtsreform seit 15 Jahren weitgehend konstant (vgl. Oechler/Gröner/Tenbrock 1987, S. 56) ist und die ganz überwiegende Anzahl der Fälle in Familiensachen direkt oder indirekt mit Ehescheidungen in Verbindung steht. Bezogen auf das Alter des Mannes sind damit bei gleichzeitiger Erfassung des Altersstruktureffektes 89,6 %, auf das Alter der Frau 93,2 % aller Ehescheidungsfälle abgedeckt (vgl. Tab. 25).

Dieses Vorgehen enthält damit implizit die Annahme, daß die ansteigende Relation der Ehescheidungen "pro bestehender Ehe" durch die rückläufige Zahl der Eheschließungen im Planungszeitraum (und damit durch die rückläufige Anzahl des "Bestands der Ehen") genau kompensiert wird (vgl. hierzu Statistisches Bundesamt 1985, S. 136 f.).

Der Geschäftsanfall der Gerichte folgt in fast allen Geschäftsbereichen einem langfristig positiven Trend, der auch direkt für einfache Trendfortschreibungen des

Tab. 25: Ehescheidungen nach dem Alter des Ehegatten

Alter des Mannes von ... bis unter ... Jahren	Zahl der im Jahre geschiedenen Ehen			
	1975 Anzahl	%	1983 Anzahl	%
unter 25	7.162	6,7	6.390	5,3
25 - 30	22.752	21,3	20.975	17,3
30 - 35	23.732	22,2	25.719	21,2
35 - 40	21.429	20,1	21.571	17,8
40 - 45	12.387	11,6	21.076	17,4
45 - 50	8.501	8,0	13.035	10,7
50 - 55	4.862	4,6	6.381	5,3
55 und älter	6.004	5,6	6.170	5,1
Insgesamt	106.829	100	121.317	100

Alter der Frau von ... bis unter ... Jahren	Zahl der im Jahre geschiedenen Ehen			
	1975 Anzahl	%	1983 Anzahl	%
unter 25	19.343	18,1	16.191	13,3
25 - 30	24.957	23,4	26.700	22,0
30 - 35	20.573	19,3	24.978	20,6
35 - 40	18.018	16,9	18.573	15,3
40 - 45	9.654	9,0	16.963	14,0
45 - 50	6.357	5,9	9.677	8,0
50 - 55	4.298	4,0	4.041	3,3
55 und älter	3.729	3,5	4.194	3,5
Insgesamt	106.829	100	121.317	100

Quelle: Statistisches Bundesamt 1985, S. 139

Geschäftsanfalls genutzt werden kann. Die naive Trendextrapolation ist jedoch unter formalen wie inhaltlichen Aspekten verbesserungswürdig und -fähig.

Formal nur bedingt befriedigend ist der (statistische) Erklärungsgehalt der gewählten linearen Trendfunktion. Dieser bewegt sich in der Mehrzahl der Fälle deutlich unter 50%. Gleichzeitig weist der Geschäftsanfall Schwankungen um die-

sen Trend auf, die häufig einer gewissen Systematik zu folgen scheinen^{*)}.

Diese Feststellung leitet unmittelbar zum inhaltlichen Aspekt der Frage über, ob nicht auch im Zeitablauf Indikatoren für den Geschäftsanfall der Justiz existieren, mit deren Hilfe eine sehr viel treffschärfere und systematischere - und damit auch eine näher an den Ursachen liegende - Erklärung der Entwicklung der jeweiligen Geschäftsanfallsaggregate möglich ist.

4.3.1. Untersuchte Geschäftsanfallsaggregate

Für Längsschnittuntersuchungen stehen Daten für folgende Geschäftsbereiche der ordentlichen Gerichtsbarkeit zur Verfügung:

a) Zivilgerichtsbarkeit

- Für die Gesamtheit der Vollstreckungssachen wird als pars-pro-toto die Anzahl der "sonstigen Vollstreckungssachen" herangezogen.
- Neuzugehende Mahnverfahren
- Neuzugehende Zivilprozesse in 1. Instanz an Amts- und Landgerichten. Die an sich wünschenswerte Aufteilung der Zivilprozeßsachen nach ihrem Gegenstand kann nicht vorgenommen werden, da dieser erst seit 1981 justizstatistisch erhoben wird und somit für längere Zeitreihenbetrachtungen nicht zur Verfügung steht.
- Verwendbare Daten für Längsschnittanalysen im familiengerichtlichen Bereich stehen aufgrund der Rechtsänderung nicht zur Verfügung.

^{*)} dies wird deutlich durch Werte des Durbin-Watson-Koeffizienten, die signifikant ungleich 2 sind

b) Straf- und Bußgeldsachen

Die Justizstatistik in Strafsachen ist traditionell detaillierter aufbereitet, so daß eine trennscharfe Analyse einzelner Bereiche besser möglich ist. Da die inhaltliche Zuordnung des Geschäftsanfalls zu einzelnen Bereichen jedoch erst nach dessen Erledigung justizstatistisch erfolgt, für die Zeitreihenanalyse jedoch gerade zeitgenaue Anfallswerte relevant sind, wurde folgendes Vorgehen gewählt:

Die Relation der Erledigtenzahlen wird auf die Relation der Neuzugänge des selben Jahres hochgerechnet. Dieses Vorgehen scheint methodisch akzeptabel, da Struktureffekte des Geschäftsanfalls sehr viel weniger schnell als Mengeneffekte auftreten.

Das Arbeiten mit Erledigtenzahlen würde aufgrund der unterschiedlichen Erledigungsdauer zu Verschiebungen führen, die die Interpretation möglicher Zusammenhänge erschwert. Folgende Geschäftsanfallsaggregate werden untersucht:

- Ordnungswidrigkeiten
- Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr
- Verbrechen (1. Instanz Amtsgericht)
- Vergehen (1. Instanz Amtsgericht)
- Verbrechen und Vergehen (1. Instanz Amtsgericht)
- Straftaten im Straßenverkehr (1. Instanz Amtsgericht)
- Verbrechen und Vergehen ohne Straftaten im Straßenverkehr (1. Instanz Amtsgericht)
- Vergehen ohne Straftaten im Straßenverkehr (1. Instanz Amtsgericht)
- Strafsachen (1. Instanz Landgericht)

Die Betrachtung der einzelnen Aggregate erscheint zweckmäßig, da für diese durchaus unterschiedliche Einflußbeziehungen bzw. Indikatorqualitäten im Spiel sein können.

Alle Datenreihen werden, wie bereits erwähnt, als Geschäftsanfall-pro-Kopf-Daten analysiert.

4.3.2. Untersuchte Prädiktoren

Für die Längsschnittuntersuchung werden folgende Rahmendaten des sozioökonomischen Systems herangezogen:

- a) Ökonomische Rahmendaten zu Wachstum und Konjunktur
 - Veränderungsrate des Sozialprodukts in Preisen von 1980
 - Veränderungsrate des Sozialprodukts des jeweiligen Vorjahres in Preisen von 1980
 - Veränderungsrate des Bruttoinlandprodukts (BIP) in Preisen von 1980
 - Veränderungsrate des BIP pro Einwohner in Preisen von 1980
 - Gewerbesteueraufkommen pro Einwohner in Preisen von 1980
 - Veränderungsrate des Gewerbesteueraufkommens pro Einwohner in Preisen von 1980
- b) Einkommensentwicklung und Einkommenshöhe der privaten Haushalte
 - Lohnsteueraufkommen pro Einwohner in Preisen von 1980
 - Veränderungsrate des Lohnsteueraufkommens pro Einwohner in Preisen von 1980
 - Einkommensteueraufkommen pro Einwohner in Preisen von 1980
 - Veränderungsrate des Einkommensteueraufkommens pro Einwohner in Preisen von 1980
- c) Soziale Problemlagen und Problematisierung sozialer Verhältnisse
 - Arbeitslosenquote
 - Arbeitslosenquote des jeweiligen Vorjahres
 - Veränderungsrate der Arbeitslosenquote gegenüber der des jeweiligen Vorjahres

- Anteil der Sozialhilfeempfänger pro Einwohner (Sozialhilfedichte)
- Sozialhilfeausgaben in Preisen von 1980 pro Einwohner
- Veränderungsrate der Sozialhilfedichte
- Veränderungsrate der Sozialhilfeausgaben pro Einwohner gegenüber dem Vorjahr

d) Erwerbsstruktur

- Anteil der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft
- Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe
- Anteil der Beschäftigten in Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung

e) Dichte und Entwicklung des Straßenverkehrs

- KFZ-Dichte pro Einwohner
- KFZ-Dichte pro Flächeneinheit
- Veränderung der KFZ-Dichte pro Einwohner

4.3.3. Einzelergebnisse

Zunächst wird geprüft, inwieweit die einzelnen Variablengruppen isoliert betrachtet Erklärungsbeiträge liefern, die über diejenigen einer bloßen Trendberücksichtigung hinausgehen. Hierfür werden zunächst einfache Korrelationen gerechnet und in einem zweiten Schritt partielle Korrelationskoeffizienten ermittelt, die um die Einflüsse eines Trends statistisch bereinigt sind. (Die Prädiktorvariablen werden im nachfolgenden durch Variablenkürzel bezeichnet, deren Bedeutung der Variablenliste im Anhang zu entnehmen ist. Die Kennzeichnung der Geschäftsanfallsvariablen mit B/BY ordnet diese dem Bund/Bayern zu)

Ökonomische Rahmenbedingungen und Geschäftsanfall

Die Analyse der Auswirkungen des Wandels ökonomischer Rahmenbedingungen ist gerade in der Zeitreihenanalyse von besonderer Bedeutung, da Querschnittsanalysen hier keine Auskunft geben können (vgl. hierzu die Analysen in Punkt 4.2. sowie die ältere Untersuchungen Blankenburg/ Morasch/ Wolff 1974 und Morasch/Dotterweich 1982).

Der Kommentierung der Ergebnisse sei eine Auflistung ausgewählter statistischer Zusammenhänge vorangestellt (vgl. Tab. 26).

Sowohl der Geschäftsanfall in Zivilsachen als auch derjenige in Strafsachen weist durchgängig negative Zusammenhänge zur Veränderung gesamtwirtschaftlicher Wachstumsdaten (bes. VPI1, VSP1) auf. D.h. insbesondere: Eine positive Konjunkturentwicklung geht i.d.R. einher mit einem Rückgang des Geschäftsanfalls der Gerichte. Als nahezu durchgehend geeigneter Indikator erweist sich die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner.

Einsichtigerweise ist dieser Zusammenhang dort am stärksten, wo unmittelbar eine - auch sachlich nachvollziehbare - ökonomische Bedingtheit des Geschäftsanfalls gegeben ist, wie dies für den Arbeitsanfall in Mahnsachen feststellbar ist.

In diesen Fällen bewegt sich der statistische Zusammenhang auch auf einem signifikanten Niveau, während in der Mehrzahl der übrigen dargestellten Fälle die Irrtumswahrscheinlichkeit (d.h. die Wahrscheinlichkeit, daß ein statistischer Zusammenhang der betrachteten Größen nicht vorliegt,) deutlich über der 5 %-Marke liegt.

Tab. 26: Ökonomische Rahmenbedingungen und Geschäftsanfall
(für den Bund und Bayern)

Geschäfts- bereich	VIP1	VSP1	VSP1L1	GST3	GST4	T
	r Sign. T	r Sign. T	r Sign. T	r Sign. T	r Sign. T	r Sig. T
Mahnsachen B	-0.509 0.052	-0.385 0.157	-0.356 0.190	-0.313 0.257	-0.046 0.872	0.706 0.003
Mahnsachen BY	-0.565 0.035	-0.543 0.045	-0.301 0.295	-0.782 0.001	0.038 0.900	0.864 0.000
Vollstr.- sachen B	-0.361 0.186	-0.291 0.292	-0.409 0.129	-0.261 0.348	0.172 0.541	0.923 0.000
Vollstr.- sachen BY	-0.341 0.233	-0.339 0.236	-0.398 0.158	-0.313 0.276	-0.070 0.810	0.852 0.000
Zivilproz. 1. Inst. B	-0.470 0.077	-0.470 0.077	0.015 0.958	-0.081 0.774	0.875 0.000	0.863 0.000
Zivilproz. 1. Inst. BY	-0.511 0.062	-0.483 0.080	-0.470 0.090	0.418 0.177	0.232 0.425	0.623 0.022
Ordnungs- widrigk. B	-0.226 0.418	-0.264 0.341	-0.432 0.108	-0.252 0.364	0.670 0.006	0.908 0.000
Ordnungs- widrigk. BY	-0.021 0.944	-0.113 0.701	-0.087 0.766	-0.236 0.417	0.565 0.035	0.875 0.000
Strafs. o. Ord.w. B	-0.321 0.243	-0.325 0.237	-0.424 0.116	-0.319 0.246	-0.539 0.038	0.818 0.000
Strafs. o. Ord.w. BY	-0.303 0.291	-0.300 0.298	-0.203 0.486	-0.396 0.161	0.382 0.178	0.969 0.000
Straftaten o. Ordnungs- B widrigkeiten	-0.315 0.252	-0.321 0.243	-0.482 0.068	-0.248 0.304	0.452 0.090	0.962 0.000
u. o. Straßen verkehrsach. BY	-0.232 0.425	-0.298 0.300	-0.257 0.374	-0.366 0.198	-0.360 0.205	0.944 0.000

Werden zu Zusammenhangsanalysen nicht Veränderungswerte im Zeitablauf sondern absolute "Niveaudaten" herangezogen (vgl. Tab. 26 bei GST4), so zeigen sich insbesondere dort

betragsmäßig hohe Korrelationen, wo deutliche Trends (T) des Geschäftsanfalls vorliegen. Aufgrund der Kollinearität der beiden Entwicklungslinien liegen hier positive Korrelationen vor.

Die explizite Berücksichtigung eines linearen Trends der Entwicklung des bevölkerungsbereinigten Geschäftsanfalls zeigt in allen betrachteten Geschäftsanfallsbereichen signifikant positive Zusammenhänge. Bei der Betrachtung von absoluten Niveaudaten (GST4) kann gezeigt werden, daß die Stärke statistischer Zusammenhänge in Zivilsachen sehr deutlich zunimmt, wenn zunächst eine Trendbereinigung vorgenommen wird und lediglich partielle Korrelationen gerechnet werden vgl. hierzu Tab. 27).

Tab. 27: Ökonomische Rahmenbedingungen und Geschäftsanfall II (für den Bund und Bayern)

Geschäfts- bereich	VIP1	VSP1	VSP1L1	GST3	GST4
	part. r Sign. T	part. r Sign. T	part. r Sign. T	part. r Sign. T	part. r Sign. T
Mahnsachen B	-0.450 0.106	-0.295 0.306	-0.103 0.726	-0.209 0.472	-0.609 0.021
Mahnsachen BY	-0.678 0.011	-0.633 0.020	-0.284 0.347	-0.437 0.135	0.574 0.040
Vollstr.- sachen B	-0.255 0.379	-0.140 0.634	-0.086 0.769	-0.106 0.718	0.789 0.001
Vollstr.- sachen BY	-0.214 0.483	-0.213 0.486	-0.466 0.108	-0.073 0.812	-0.767 0.002
Zivilproz. 1. Inst. B	-0.456 0.101	-0.297 0.303	0.316 0.270	-0.307 0.286	0.603 0.022
Zivilproz. 1. Inst. BY	-0.450 0.123	-0.416 0.158	-0.456 0.117	-0.295 0.327	-0.594 0.032

Tab. 27: Ökonomische Rahmenbedingungen und Geschäftsanfall II (für den Bund und Bayern); Fortsetzung

Geschäftsbereich	VIP1	VSP1	VSP1L1	GST3	GST4
	part. r Sign. T	part. r Sign. T	part. r Sign. T	part. r Sign. T	part. r Sign. T
Ordnungswidrigk. B	0.091 0.756	-0.071 0.809	-0.156 0.595	-0.085 0.771	0.648 0.012
Ordnungswidrigk. BY	-0.469 0.105	-0.269 0.374	-0.158 0.605	-0.106 0.732	0.558 0.047
Strafs. o. Ord.w. B	-0.153 0.601	-0.204 0.485	-0.167 0.116	-0.220 0.246	0.300 0.038
Strafs. o. Ord.w. BY	-0.303 0.291	-0.300 0.298	-0.203 0.486	-0.396 0.161	0.382 0.178
Straftaten o. Ordnungswidrigkeiten u. o. Straßen verkehrsach. BY	-0.315 0.252 -0.232 0.425	-0.321 0.243 -0.298 0.300	-0.482 0.068 -0.257 0.374	-0.248 0.304 -0.366 0.198	0.452 0.090 -0.360 0.205

Die Analyse von Veränderungsdaten zeigt, daß diese als relativ unabhängig vom genannten Trend zu sehen sind. Die Trendbereinigung verändert die zunächst erzielten Ergebnisse nur unwesentlich und läßt die Richtung der betrachteten Zusammenhänge unbeeinflußt.

Für den Bereich der Strafsachen können die beobachtbaren statistischen Zusammenhänge die These nicht widerlegen, daß von einer angespannten ökonomischen Situation möglicherweise durchaus ein Druck in Richtung auf mehr Kriminalität ausgeht, der eine verschärfte Tendenz zu normkonformen Verhalten - die ja ebenfalls Konsequenz einer ökonomisch angespannten Situation sein könnte - an Stärke übertrifft und damit überkompensiert.

Ein solcher Zusammenhang bewegt sich jedoch auf einem statistisch nicht signifikanten Niveau.

Einkommensentwicklung und Geschäftsanfall

Sowohl im Bereich der Zivilsachen als auch im Bereich der Strafsachen lassen sich diesbezügliche Zusammenhänge konstruieren (Zahlungsschwierigkeiten bei rückgängigen Einkünften, Wohlstandskriminalität bzw. Armutskriminalität; vgl. Kaiser 1976, S. 43).

Tab. 28: Einkommensentwicklung und Geschäftsanfall

	LST3 r Sign. t	LST4 r Sign. t	EST3 r Sign. t	EST4 r Sign. t	Trend r Sign. t
Mahn- sachen B	-0.137 0.625	0.642 0.010	-0.503 0.056	-0.807 0.000	0.706 0.003
Mahn- sachen BY	-0.327 0.252	0.816 0.000	-0.782 0.001	-0.663 0.010	0.864 0.000
Vollstr.- sachen B	-0.221 0.449	0.834 0.000	-0.571 0.026	-0.768 0.0018	0.923 0.000
Vollstr.- sachen BY	-0.223 0.443	0.785 0.001	-0.646 0.013	-0.754 0.002	0.852 0.000
Zivil- prozeß. 1. Inst. B	-0.226 0.417	0.799 0.000	-0.574 0.025	-0.738 0.002	0.863 0.000
Zivil- prozeß. 1. Inst. BY	0.155 0.596	0.888 0.000	-0.203 0.486	0.607 0.021	0.623 0.017
Ordnungs- widrigk. B	-0.275 0.322	0.947 0.000	-0.469 0.078	-0.154 0.584	0.908 0.000
Ordnungs- wid. BY	-0.245 0.399	0.904 0.000	-0.301 0.295	-0.069 0.814	0.875 0.000

Tab. 28: Einkommensentwicklung und Geschäftsanfall;
Fortsetzung

	LST3	LST4	EST3	EST4	Trend
	r	r	r	r	r
	Sign. t	Sign. t	Sign. t	Sign. t	Sign. t
==	==	==	==	==	==
Strafs. o.	-0.322	0.823	-0.573	-0.128	0.818
Ord.w. B	0.242	0.000	0.025	0.649	0.000
==	==	==	==	==	==
Strafs. o.	-0.268	0.965	-0.525	-0.297	0.969
Ord.w. BY	0.355	0.000	0.054	0.302	0.000
==	==	==	==	==	==
Straftaten	-0.309	0.932	-0.557	-0.422	0.962
o. Ordn.-B	0.2639	0.000	0.031	0.117	0.000
wid. u. o.					
==	==	==	==	==	==
Straß.ver-	-0.279	0.943	-0.494	-0.332	0.944
kehrss. BY	0.333	0.000	0.073	0.246	0.000
==	==	==	==	==	==

Absolute Pro-Kopf-Werte zeigen für das Lohnsteueraufkommen (LST4) sehr starke positive Zusammenhänge zum Geschäftsanfall der Gerichte in Zivil- und Strafsachen. Dieser Zusammenhang resultiert jedoch aus einer gemeinsamen kollinearen Entwicklung beider Größen und verliert seine Signifikanz sobald ein Trend explizit in die Analyse einbezogen wird.

Die Betrachtung von Veränderungsgrößen (LST3) führt zu einem Richtungswechsel des statistischen Zusammenhangs, signifikante Zusammenhänge sind jedoch nicht beobachtbar.

Die Veränderungen des Einkommensteueraufkommens (EST3) korrelieren sehr viel stärker mit dem Geschäftsanfall der Gerichte.

Dieser Zusammenhang stellt sich damit ähnlich dar wie die Abhängigkeit des Geschäftsanfalls von der konjunkturellen Entwicklung und weist auf die Eigenschaft der Veränderung des Einkommensteueraufkommens als Konjunkturindikator hin (part. Korrelation BEST3 zu VIP1 $r = 0.622$, Sign. t = 0.007).

Da die Entwicklung des Einkommensteueraufkommens pro Kopf (EST4) eher einem negativen Trend folgt, zeigt sich, bezogen auf die Beziehung der absoluten Größen, ein (in

Zivilsachen z.T. hochsignifikanter) negativer Zusammenhang. Beachtlich ist auch in diesem Bereich die richtungsmäßige Kongruenz der Zusammenhänge in Zivil- und Strafsachen.

Soziale Problemlagen und Geschäftsanfall

Tab. 29: Soziale Problemlagen und Geschäftsanfall I

	ALQ1 r Sign. T	ALQ2 r Sign. T	SHE3 r Sign. t	SHA3 r Sign. T	SHA2 r Sign. T
Mahnsachen B	0.831 0.000	0.222 0.426	0.643 0.010	0.144 0.609	0.680 0.005
Mahnsachen BY	0.848 0.000	0.233 0.422	0.405 0.151	-0.121 0.679	0.810 0.0004
Vollstr.- sachen B	0.936 0.000	-0.155 0.580	0.359 0.188	-0.239 0.391	0.886 0.000
Vollstr.- sachen BY	0.915 0.000	0.067 0.812	0.345 0.227	-0.156 0.593	0.799 0.0006
Zivilproz. B	0.921 0.000	0.032 0.908	0.486 0.066	-0.003 0.993	0.846 0.0001
Zivilproz. BY	0.612 0.019	0.231 0.427	0.428 0.026	0.350 0.219	0.829 0.000
Ordnungs- widrigk. B	0.817 0.0002	-0.421 0.118	-0.059 0.834	-0.340 0.215	0.944 0.000
Ordnungs- widrigk. BY	0.778 0.001	-0.355 0.213	-0.304 0.290	-0.434 0.122	0.938 0.000
Strafs. o. Ord.w. B	0.691 0.004	-0.389 0.141	0.170 0.544	-0.509 0.052	0.820 0.000
Strafs. o. Ord.w. BY	0.833 0.000	-0.193 0.509	-0.062 0.833	-0.442 0.114	0.960 0.000
Strafs. o. Ord.widr. B	0.916 0.000	-0.334 0.224	0.093 0.740	-0.369 0.175	0.963 0.000
u. o. Straß- verkehrs- sachen BY	0.913 0.000	-0.146 0.617	-0.021 0.942	-0.328 0.251	0.973 0.000

Wie die Auflistung der einzelnen Korrelationen zeigt (vgl. hierzu Tab. 29), steht die Höhe (ALQ1) und Entwicklung der Arbeitslosenquote in sehr engem Zusammenhang zum Geschäftsanfall der ordentlichen Gerichte. In der Mehrzahl der Geschäftsbereiche geht der statistische Erklärungsgehalt der Arbeitslosenquote über denjenigen einer bloßen Trendberücksichtigung hinaus.

Interessanter als die Betrachtung der Arbeitslosenquote als Indikator für den Geschäftsanfall der Gerichte erscheint jedoch die Analyse der Veränderung der Arbeitslosenquote (ALQ2) sowie der Sozialhilfedichte und -ausgaben (SHE3, SHA3) im Zeitablauf. Dieser Zusammenhang ist für den Bereich der Zivilsachen weitgehend positiv (d.h. die Verschärfung sozialer Problemlagen geht einher mit der Zunahme ökonomischer Problemlagen, welche ihrerseits den Geschäftsanfall der Zivilgerichte forcieren) für den Bereich der Strafsachen sind fast durchgehend negative, jedoch nicht signifikante, Zusammenhänge zu konstatieren.

Tab. 30: Soziale Problemlagen und Geschäftsanfall II,
Trendbereinigte partielle Korrelationen

	ALQ2 part. r Sign. T	SHE3 part. r Sign. T	SHA3 part. r Sign. T	ALQ1 part. r Sign. T
Mahnsachen B	0.715 0.004	0.792 0.001	0.582 0.028	0.671 0.009
Mahnsachen BY	0.831 0.000	0.801 0.001	0.488 0.031	0.387 0.191
Vollstreckungs- sachen B	0.483 0.080	0.647 0.012	0.221 0.448	0.551 0.041
Vollstreckungs- sachen BY	0.477 0.100	0.657 0.015	0.387 0.191	0.672 0.012
Zivilprozesse B	0.719 0.004	0.760 0.002	0.622 0.018	0.636 0.014
Zivilprozesse BY	0.436 0.136	0.435 0.138	0.617 0.025	0.584 0.036
Ordnungswidrig- keiten B	-0.251 0.387	-0.408 0.148	-0.069 0.814	0.175 0.549
Ordnungswidrig- keiten BY	-0.371 0.214	-0.631 0.021	-0.186 0.543	0.005 0.831
Strafsachen ohne Ordnungswidr. B	-0.200 0.432	-0.473 0.087	-0.420 0.134	-0.327 0.254
Strafsachen ohne Ordnungswidr. BY	0.023 0.941	-0.258 0.439	-0.255 0.439	-0.098 0.749
Strafsachen ohne Ordnungswidr. B und ohne Straßen- verkehrssachen BY	0.032 0.912 0.145 0.637	-0.088 0.763 -0.069 0.823	-0.147 0.616 0.167 0.586	0.212 0.467 0.557 0.048

Für den Bereich der Zivilsachen bestätigt sich dieser Zusammenhang deutlich, wenn nicht mehr absolute Geschäftsanfall-pro-Kopf-Zahlen, sondern die Abweichungen der Geschäftsanfallsentwicklung vom langfristig zu beobachtenden Trend Gegenstand der Analyse sind. In weiten Teilen des

Geschäftsanzahl der Zivilgerichte finden sich hier insbesondere im Bereich der Mahn- und Vollstreckungssachen positive und statistisch hochsignifikante Zusammenhänge. Insbesondere für die Bereiche der Mahn- und Vollstreckungssachen scheint auch die Veränderung der Sozialhilfedichte von Belang. Die Veränderung der Sozialhilfeausgaben ergibt ebenfalls positive Zusammenhänge zu diesen Größen, diese sind jedoch weit weniger signifikant. (Die Ursache hierfür könnte vorwiegend in "systemfremden", politisch bedingten Änderungen von Sozialhilfeausgaben zu finden sein).

Im Bereich der Straf- und Bußgeldsachen wird durch die Trendbereinigung der konsistent negative Zusammenhang zum Geschäftsanzahl der Gerichte nur für den Indikator "Sozialhilfedichte-Änderung" erheblich verdeutlicht, die übrigen Indikatoren reagieren unterschiedlich und sind weitgehend statistisch nicht signifikant.

Erwerbsstruktur und Geschäftsanzahl

Die Wirtschaftsstruktur und damit die Erwerbsstruktur erwies sich in der Querschnittsbetrachtung z.T. durchaus als wertvoller Indikator des Geschäftsanzahls der Gerichte. In Längsschnittanalysen ist die Untersuchung diesbezüglicher Zusammenhänge aufgrund der hohen Autokorrelation der Erwerbsstrukturfaktoren und der aufgrund inhaltlicher Überlegungen anzunehmenden starken Vermitteltheit möglicher Zusammenhänge jedoch sehr zurückhaltend vorzunehmen.

Tab. 31: Beschäftigtenstruktur und Geschäftsanfall

	ETL2 r Sign. T	ETH2 r Sign. T	ETL2 part. r Sign. T	ETH2 part. r Sign. T
Mahnsachen B	-0.566 0.028	0.160 0.569	0.394 0.164	0.149 0.611
Mahnsachen BY	-0.674 0.008	-0.062 0.831	0.607 0.075	-0.126 0.411
Vollstreckungs- sachen B	-0.778 0.001	0.081 0.774	0.670 0.008	0.024 0.935
Vollstreckungs- sachen BY	-0.655 0.011	-0.317 0.271	0.531 0.062	-0.724 0.005
Zivilprozesse B	-0.751 0.001	0.181 0.520	0.342 0.230	0.225 0.439
Zivilprozesse BY	-0.714 0.004	0.306 0.286	-0.455 0.118	0.151 0.622
Ordnungswidrig- keiten B	-0.945 0.000	-0.023 0.936	-0.643 0.013	-0.223 0.443
Ordnungswidrig- keiten BY	-0.915 0.000	0.273 0.345	-0.594 0.032	0.434 0.139
Strafsachen ohne Ordnungswidrig- B	-0.921 0.000	-0.047 0.868	-0.189 0.517	-0.449 0.108
keiten und ohne Straßenver- kehrssachen BY	-0.900 0.000	0.097 0.740	-0.317 0.291	0.088 0.776

Wie zu erwarten, korreliert der abnehmende Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Erwerbstätigen negativ mit dem zunehmenden Geschäftsanfall der Gerichte. Für den Bereich der Zivilsachen kehrt sich dieser Zusammenhang bei stark abnehmender Signifikanz um, wenn ein linearer Trend explizit Berücksichtigung findet. Die insgesamt relativ geringe Bedeutung des landwirtschaftlichen Sektors läßt die hier auftretenden statistischen Zusammenhänge jedoch kaum interpretierbar erscheinen.

Straßenverkehr und Geschäftsanfall

Eine - auch inhaltlich begründbare - Indikatorfunktion des Straßenverkehrs scheint insbesondere für den Bereich der Straf- und Bußgeldsachen unmittelbar gegeben (vgl. Tab. 32).

Tab. 32: Straßenverkehr und Geschäftsanfall der ordentlichen Gerichte in Strafsachen; Anteil der Straßenverkehrssachen in % bei Ordnungswidrigkeiten und Strafsachen am Amtsgericht (BRD)

	1971	1975	1980	1982	1984	1985
Ordnungswidrigk.	92.9	90.1	89.1	88.7	87.3	87.2
Strafsachen	32.4	23.9	29.0	20.7	18.0	16.6

Mit leicht abnehmender Tendenz stehen 9/10 aller Bußgeldsachen direkt mit dem Straßenverkehr in Zusammenhang. Auch besteht ein deutlicher, aber in seinem Umfang im Zeitablauf stark abnehmender Anteil der Strafsachen vor dem Amtsgericht, der inhaltlich unmittelbar aus Angelegenheiten des Straßenverkehrs resultiert.

Die Tabelle der statistischen Zusammenhänge zeigt folgendes Bild (vgl. Tab. 33):

Tab. 33: Straßenverkehr und Geschäftsanfall in Straf- und Bußgeldsachen

Geschäftsbereich	Einfachkorrelat.		Trendbereinigte part. Korrelation		Trend
	KFZ2 r Sign. T	KFZ4 r Sign. T	KFZ2 part. r Sign. T	KFZ4 part. r Sign. T	
Ordnungswidrigk. B	0.906 0.000	-0.551 0.033	0.055 0.852	-0.368 0.196	0.907 0.000
Ordnungswidrigk. BY	0.867 0.000	-0.481 0.082	-0.077 0.802	-0.190 0.533	0.875 0.000
Strafsachen AG B	0.839 0.000	-0.441 0.099	0.459 0.098	-0.135 0.644	0.818 0.000
Strafsachen AG BY	0.966 0.000	-0.448 0.108	0.076 0.805	-0.028 0.928	0.969 0.000
Strafsachen im Straßenverkehr	0.044 0.876	-0.113 0.688	- -	- -	0.014 0.958
BY	0.935 0.000	-0.374 0.185	0.500 0.081	0.128 0.677	0.919 0.000

Die gegebene inhaltliche Beziehung der Bedeutung des Straßenverkehrs für den Geschäftsanfall im Bußgeldbereich spiegelt sich bei Betrachtung absoluter Größen auch statistisch auf signifikantem Niveau wider. Die abnehmenden (positiven) Raten des Wachstums der KFZ-Dichte führen hier zu einem negativen Zusammenhang. Problematisch bei der Betrachtung absoluter Größen bleibt jedoch das erhebliche Ausmaß der Kollinearität in der Entwicklung beider Größen. Durch die explizite Berücksichtigung dieses positiven Entwicklungstrends verschwindet deshalb die statistische Signifikanz dieses sachlichen Zusammenhangs. Die Betrachtung partieller (trendbereinigter) Veränderungsdaten der KFZ-Dichte bestätigt hierbei die Lockerheit des statistischen Zusammenhangs. Die Korrelationen sind nicht signifikant.

Die Entwicklung der Strafsachen im Straßenverkehr folgt auf

Bundesebene keinem linearen Trend. Korrelationen mit den Variablen der KFZ-Bestandsentwicklung liegen nicht vor. Hier herrschen die Auswirkungen solcher Größen deutlich vor, die außerhalb des hier betrachteten Zusammenhangs liegen.

4.3.4. Zur statistischen Erklärbarkeit des Geschäftsanfalls aus der Entwicklung sozioökonomischer Rahmendaten

Für die einzelnen Geschäftsanfallsaggregate und deren Entwicklung im Zeitablauf werden im folgenden nach der bereits im Punkt 4.1.2. erläuterten Methodik Gleichungsmodelle entwickelt, die in Form multipler Regressionen statistisch haltbare Aussagen über die Zusammenhänge für die Entwicklung einzelner Geschäftsaggregate während des Zeitraums von 1971 bis 1985 liefern und damit im weiteren Aussagen für die zukünftige Entwicklung des Geschäftsanfalls - unter Zugrundelegung bestimmter sozioökonomischer Entwicklungslinien - ermöglichen. Abweichend von der in Punkt 4.1.2. skizzierten Methodik wird jedoch ein linearer Trendfaktor auch dann für die Ermittlung der multiplen Regressionsfunktion mit dem kleinen Datensatz herangezogen, wenn dessen T-Wert zwar unter dem anderer Prädiktoren liegt, durch die Hinzunahme des Trendfaktors die Signifikanz der Gesamtgleichung (F-Wert) jedoch erhöht werden kann. Die dergestalt bedingte Prognose des Geschäftsanfalls der Gerichte verlagert zunächst lediglich das Prognoseproblem weg von der Vorhersage des Geschäftsanfalls und hin zur Vorhersage der sozioökonomischen Rahmendaten. Die genannte Verlagerung des Problems ist nur dann zu rechtfertigen und bezogen auf den eigentlichen Vorhersagegegenstand "effektiv", wenn die Vorhersage der Rahmendaten selbst in einem zuverlässigeren Umfang erfolgen kann, als dies für eine unbedingte Vorhersage des Geschäftsanfalls möglich ist.

Aufgrund dieser Überlegung wird hier zweistufig verfahren. Zunächst wird der gesamte Variablensatz, wie er in Punkt 4.3.2. dargestellt wurde, auf seine Eignung für die Erklärung des Geschäftsanfalls hin untersucht (großer Variablensatz). Im zweiten Schritt, der die für die Vorhersage des Geschäftsanfalls endgültige Gleichungen aufzeigt, werden nur noch solche sozioökonomische Rahmendaten herangezogen, deren Vorhersage auf längere Sicht möglich erscheint. Dieser kleine Variablensatz enthält nur noch die Größen:

- Veränderung des Sozialprodukts (in Preisen von 1980)
- Veränderung des Sozialprodukts (in Preisen von 1980) des jew. Vorjahres
- Arbeitslosenquote
- Arbeitslosenquote des jeweiligen Vorjahres
- Veränderungsrate der Arbeitslosenquote
- Veränderungsrate des Inlandsprodukts (in Preisen von 1980)
- Veränderungsrate des Inlandsprodukts pro Einwohner (i. P. v. 1980)

und für die Fälle, in denen ein Zusammenhang inhaltlich gegeben ist:

- KFZ-Dichte (pro Flächeneinheit)
- KFZ-Dichte (pro Einwohner)
- Veränderungsrate der KFZ-Dichte (pro Einwohner)

4.3.4.1. Der Geschäftsanfall in Zivilsachen

Der Geschäftsanfall in Zivilprozeßsachen (Z3A) ist mit dem großen Variablensatz zu ca. 90% und mehr erklärbar. Signifikanztests der Gesamtgleichung und der einzelnen Prädiktoren weisen nach statistischen Gütekriterien haltbare Schätzungen aus (vgl. Tab. 34 u. 35).

Für die Gleichung des Geschäftsanfalls in Zivilprozeßsachen in erster Instanz werden drei Alternativmodelle angegeben, da Aufnahme bzw. Ausschluß der Mahnsachen als Prädiktor für

die Zivilprozeßsachen zu unterschiedlichen Ergebnissen führt.

Es zeigt sich, daß bei Kenntnis des Geschäftsanfalls in Mahnsachen (Z6A) auf Bundesebene regelmäßig eine genauere Abschätzung des Geschäftsanfalls in Zivilsachen erfolgen kann. Da der Geschäftsanfall in Mahnsachen jedoch selbst ebenfalls eine zu prognostizierenden Größe darstellt, scheint diese indirekte Vorgehensweise nicht zweckmäßig.

Mit dem großen Variablensatz gelingt daher eine Schätzung des Geschäftsanfalls in Zivilprozeßsachen direkt auf Basis sozioökonomischer Rahmendaten in Höhe von 89% bzw. 90,5% (Bund bzw. Bayern). Konjunkturdaten, wie die Entwicklung von Einkommenssteueraufkommen und hieraus resultierend Niveau und Entwicklungsrichtung von sozialen Problemlagen (wie Arbeitslosigkeit) bieten hierfür zentrale Erklärungsbeiträge. Die Qualität der erzielten Vorhersagegleichungen kann graphisch durch die Abbildungen 17 und 18 dargestellt werden. (Die Erklärung der verwendeten Variablenkürzel findet sich gesammelt in Anhang 4.)

Tab. 34: Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit großem Variablensatz
Zivil-, Vollstreckungs- und Mahnsachen am Amts- bzw. Amts- und Landgerichten der BRD

Geschäftsanfallsvariable	Absolutglied B-Wert T-Wert	Prädiktor1 B-Wert T-Wert	Prädiktor2 B-Wert T-Wert	Prädiktor3 B-Wert T-Wert	Prädiktor4 B-Wert T-Wert	Prädiktor5 B-Wert T-Wert	DW R ² F-Wert
BZ2AP1		BEST4 -6154.34151 9.515	BLST4 2758.01441 11.862				0.962 0.962 180.194
BZ3AP1 o. BZ6A	0.02635 32.955	BALQ1 0.00140 10.760	BALQ2 0.00278 2.737				1.026 0.891 57.960
BZ3AP1 m. BZ6A	0.00232 1.331	BZ6A 0.20544 13.000	BSHA2 2555.34025 6.219	BVSP1L1 -0.21054D-3 -2.739			1.870 0.980 226.391
BZ3AP1 m. BZ6AL1	0.03249 14.674	BZ6AL1 0.04001 4.759	BEST4 -2293.22023 9.825	BLST4 547.65512 4.488	BGST3 -0.01111 -3.565		1.015 0.962 90.233
BZ6A	0.13371 19.895	BALQ1 0.00346 9.607	BALQ2 0.01039 4.099	BEST4 -4682.44681 -4.862	BLST3 0.09591 4.279	BGST3 -0.05215 -2.633	2.535 0.964 75.298

Tab. 35 : Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit großem Variablensatz
Zivil-, Vollstreckungs- und Mahnsachen an Amts- bzw. Amts- und Landgerichten Bayerns

Geschäfts- anfalls- variable	Absolutglied B-Wert T-Wert	Prädiktor1 B-Wert T-Wert	Prädiktor2 B-Wert T-Wert	Prädiktor3 B-Wert T-Wert	Prädiktor4 B-Wert T-Wert	Prädiktor5 B-Wert T-Wert	DW R ² F-Wert
BYZ3AP1 o. BZ6A	0.03708 21.390	BYEST4 -1915.41697 -6.183	BYLFP4 -0.000434 -5.208	BYEST3 -0.00688 -2.998			1.013 0.905 42.473
BYZ3AP1 m. BZ6AL1	0.03162 17.322	BYZ6AL1 0.03129 5.316	BYEST4 -1751.67452 6.253	BYALQ2 0.00183 2.749			1.014 0.884 34.184
BYZ3AP1 m. BYZ6A	0.01880 5.169	BYZ6A 0.08596 5.586	BYSHA3 0.01441 3.497	BYEST4 -920.10765 -2.672			2.603 0.892 36.883
BYZ6A	-5.60777 -9.194	BYVIPI -0.00215 -5.130	BYEST4 -7843.72870 -5.302	T 0.00293 9.543			1.712 0.953 89.129
BYZ7A	0.04938 8.928	BYEST4 -5320.45823 7.737	BYLST4 1855.25674 8.301				1.531 0.930 86.912

Abb. 17: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Zivilprozessen 1. Instanz vor Amts- und Landgerichten (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) großer Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland

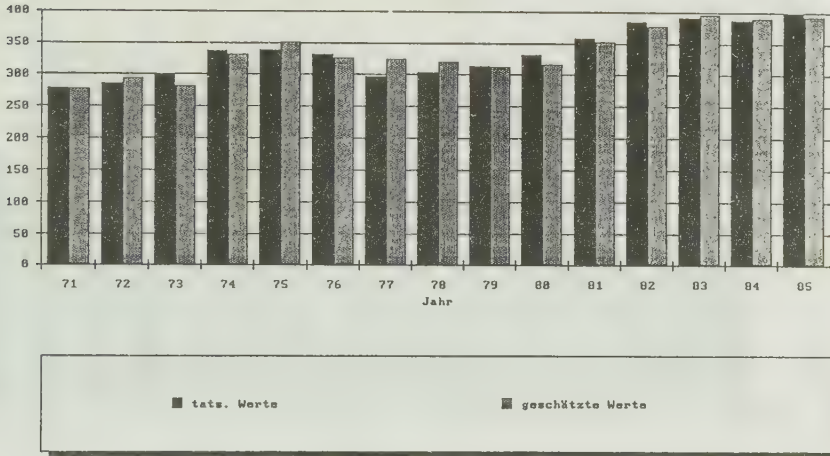
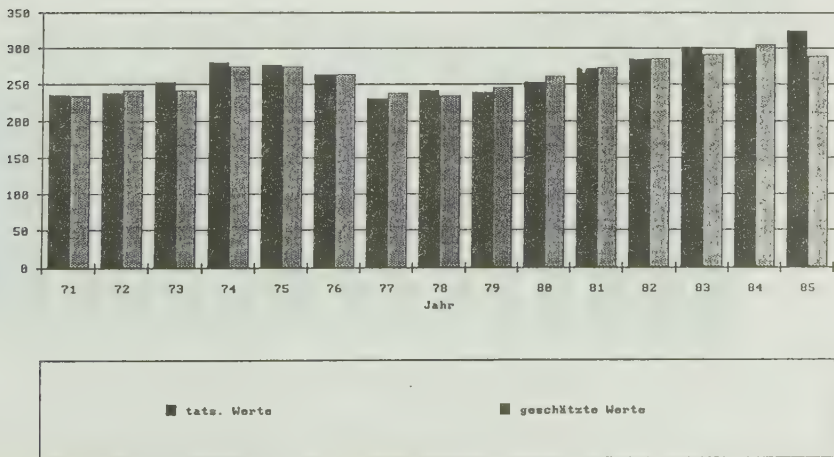


Abb. 18: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Zivilprozessen 1. Instanz vor Amts- und Landgerichten (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) großer Variablensatz; Bayern



Direkter noch als in Zivilprozeßsachen ist der Zusammenhang zwischen Geschäftsanfall in Vollstreckungs- (Z7A bzw. Z2A) und Mahnsachen und Einkommens- und Arbeitslosigkeitsgrößen: hier können Erklärungsgrade von 95% erzielt werden (vgl. Tab. 34 u. 35 sowie Abb. 19 - 22).

Abb. 19: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Mahnsachen (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) großer Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland

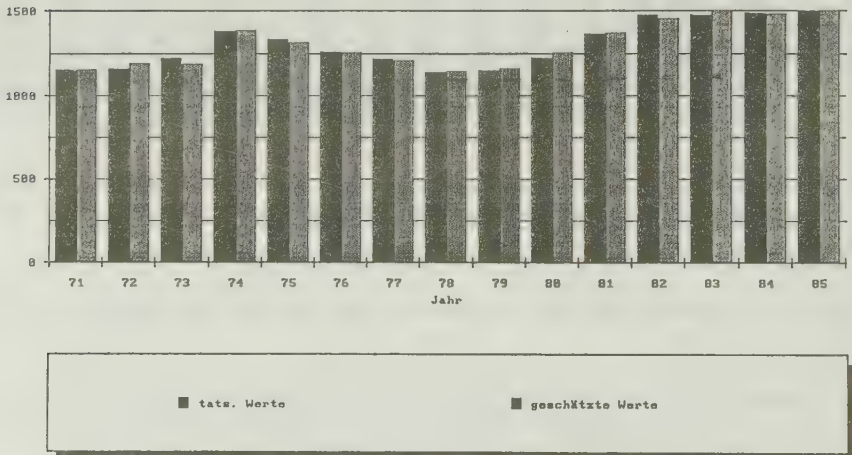


Abb. 20: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Mahnsachen (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) großer Variablensatz; Bayern

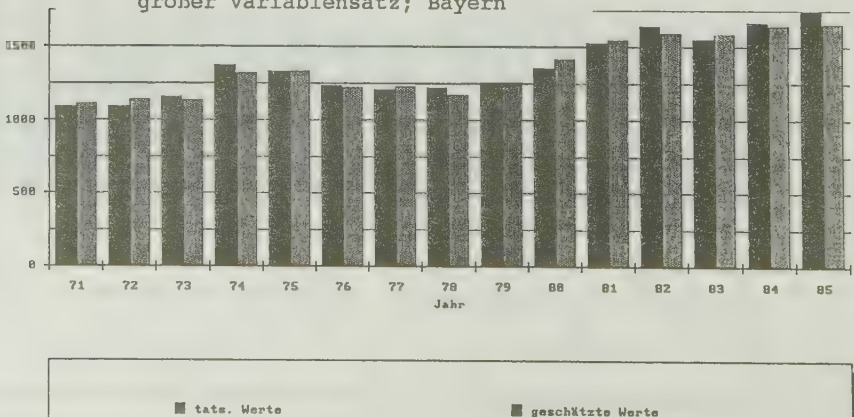


Abb. 21: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in "sonstigen Vollstreckungssachen" (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) großer Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland

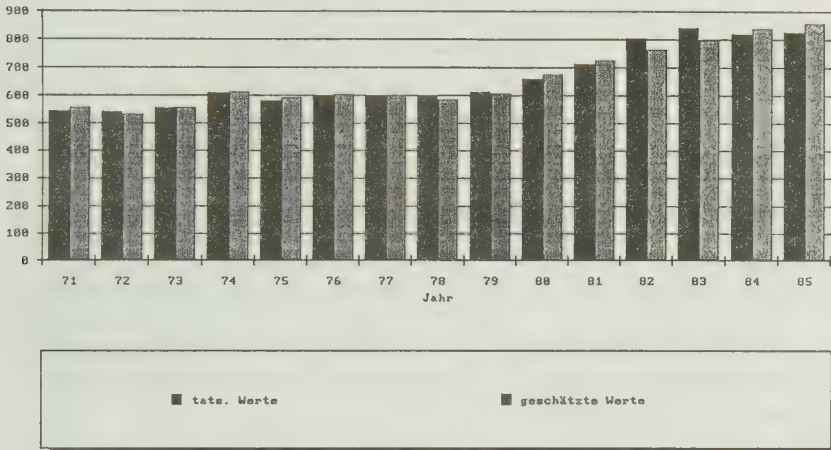
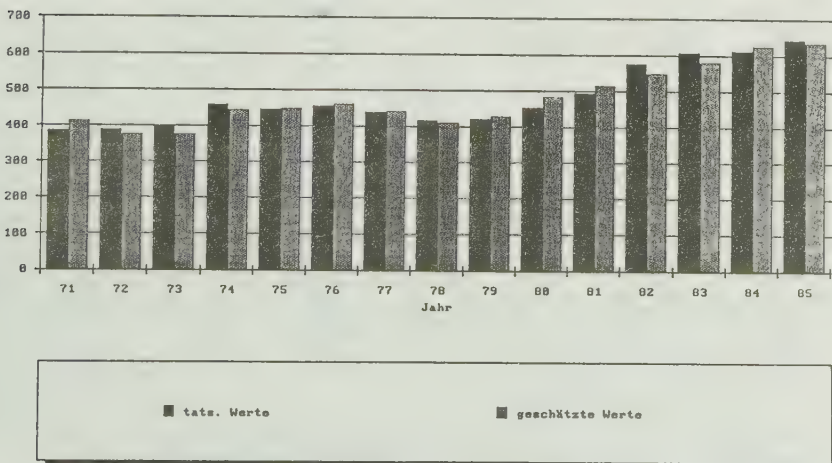


Abb. 22: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in "sonstigen Vollstreckungssachen" (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) großer Variablensatz; Bayern



Verneint man jedoch die Prognosefähigkeit der gewählten Einkommensgrößen (bspw. aufgrund der Verschiebung von Relationen im Gefolge der Steuerreform) und akzeptiert in einem zweiten Schritt nur noch Daten, die aus dem Bruttoinlandsprodukt (Indikator für die Wirtschaftskraft des betrachteten Gebietes) und dem Sozialprodukt (Indikator für die wirtschaftliche Leistung der ständigen Bewohner des betrachteten Gebietes) abgeleitet sind, sowie Daten zur Arbeitslosigkeit, so resultiert hieraus eine reduzierte Erklärungskraft der entwickelten Modelle (vgl. Tab. 36 und 37).

Die Heranziehung eines expliziten linearen Trends erhöht darüber hinaus i.d.R. den statistischen Erklärungsgehalt der Modellgleichungen. (Im folgenden sind die für das Personalplanungsmodell herangezogenen Modellgleichungen jeweils mit * gekennzeichnet.)

Tabelle 36: Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit kleinem Variablenatz
Zivil-, Vollstreckungs- und Mahnsachen am Amts- bzw. Amts- und Landgerichten der BRD

Geschäftsanfallsvariable	Absolutglied B-Wert T-Wert	Prädiktor1 B-Wert T-Wert	Prädiktor2 B-Wert T-Wert	Prädiktor3 B-Wert T-Wert	Prädiktor4 B-Wert T-Wert	Prädiktor5 B-Wert T-Wert	DW R ² F-Wert
* BZ2AP1		T	BALQ1				1.140
*	-1.83935	0.95804D-3	0.00221				0.880
*	-1.502	1.542	2.287				52.477
BZ3AP1 o. BZ6A	0.02635 32.955	BALQ1 0.00140 10.760	BALQ2 0.00278 2.737				1.026 0.890 57.960
* BZ3AP1		T	BALQ2	BALQ1			1.071
* o. BZ6A	-0.69147	0.36404D-3	0.00349	0.89038D-3			0.903
*	-1.534	1.582	3.299	2.595			44.311
BZ3AP1 m. BZ6A	-0.82579 -6.566	BZ6A 0.19930 12.712	T 0.32057D-3 6.562	BVSP1L1 -0.22278D-3 -3.045			2.128 0.981 246.713
BZ3AP1 m. BZ6AL1	0.02654 19.352	BZ6AL1 -0.00256 -0.176	BALQ1 0.00142 7.715	BALQ2 0.00238 2.586			1.010 0.880 35.530
BZ6A		BALQ1	BALQ2				1.665
	0.10612	0.00438	0.01582				0.841
	33.395	8.482	3.912				38.153

Die in die in das Personalplanungsmodell eingehenden Modellgleichungen des Geschäftsanfalls sind durch * gekennzeichnet

Tab. 37: Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit kleinem Variablensatz
Zivil-, Vollstreckungs- und Mahnsachen an Amts- bzw. Amts- und Landgericht in Bayerns

Geschäftsanfallsvariable	Absolutglied		Prädiktor1		Prädiktor2		Prädiktor3		Prädiktor4		Prädiktor5		DW R ² F-Wert
	B-Wert	T-Wert	B-Wert	T-Wert	B-Wert	T-Wert	B-Wert	T-Wert	B-Wert	T-Wert	B-Wert	T-Wert	
* BYZ3AP1			T		BYALQ2	BYVSP1							1.485
* o. BYZ6A	-1.440511		0.73946D-3		0.00977	0.97333D-3							0.795
*	-6.805		6.938		4.650	3.184							19.115
BYZ3AP1			BYZ6AL1		BYKFZ4	BYALQ2							1.051
m. BYZ6AL1	0.01195		0.10305		0.01101	0.00300							0.751
	4.242		5.058		3.577	3.194							14.038
BYZ3AP1			BYZ6A	T									1.862
m. BYZ6A	0.66444		0.17108		-0.33430D-3								0.799
	2.401		5.534		-2.358								26.835
BYZ6A			T		BYALQ2								0.965
	-8.49413		0.00436		0.02316								0.907
	-10.833		11.001		4.949								64.314
* BYZ7A			BYALQ1										0.723
*	0.03369		0.00310										0.824
*	17.636		7.863										61.830

Die in die in das Personalplanungsmodell eingehenden Modellgleichungen des Geschäftsanfalls sind durch * gekennzeichnet

Der Geschäftsanfall in Zivilprozeßsachen kann zu 89% bzw. 80% (Bund bzw. Bayern) erklärt werden.

Die Erklärbarkeit des Geschäftsanfalls in Mahn- und Vollstreckungssachen liegt insbesondere für Bayern etwas über den Werten bei ca. 90% bzw. 82%.

Die Abbildungen 23 bis 28 zeigen beispielhaft die tatsächlichen und geschätzten Entwicklungen des Pro-Kopf-Geschäftsanfalls in den genannten Bereichen auf Basis der geschätzten Gleichungen für die BRD.

Zusammenfassend für den Geschäftsanfall der Zivilgerichte kann damit gesagt werden, daß sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Faktoren für eine statistische Erklärung des Geschäftsanfalls herangezogen werden müssen:

- Der konjunkturelle Aspekt kommt zum einen, jedoch nicht unmittelbar - d.h. ohne zeitliche Verzögerung - zur Geltung, sondern wirkt zeitlich etwas versetzt. Dies gilt generell, in stärkerer Ausprägung jedoch für die Zivilprozeßsachen. In Mahn- und Vollstreckungssachen scheint ein zeitlich weniger verzögerter Zusammenhang gegeben. Zum zweiten wirkt dieser konjunkturelle Einfluß nicht direkt über die Veränderung rein monetärer Indikatoren (,wie bspw. die Veränderung des Sozialprodukts), sondern kann sehr viel treffsicherer über die konjunkturbedingte Veränderung sozialer Problemlagen (,wie sie durch die Größe "Arbeitslosenquote" bzw. "Veränderung der Arbeitslosenquote" indiziert werden,) abgeschätzt werden.
- Langfristig folgt die Entwicklung des Geschäftsanfalls der Gerichte in Zivilsachen einem positiven Trend. Statistisch stellt sich damit das Problem von "Schein"-Korrelationen aller trendbehafteten Indikatoren untereinander und mit dem Geschäftsanfall.

Die Gegenüberstellung der tatsächlichen Geschäftsanfallpro-Kopf-Werte mit den durch die ermittelten multiplen Regressionsgleichungen geschätzten Werten (,wie sie in das

vorgelegte quantitative Personalplanungsmodell einfließen,) ergibt folgendes Bild (vgl. Abb. 23 bis 28):

Abb. 23: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfalls-
werte in Zivilprozeßsachen 1. Instanz vor Amts-
und Landgerichten (in Verfahren pro 10000 Er-
wachsene) kleiner Variablensatz; Bundesrepublik
Deutschland

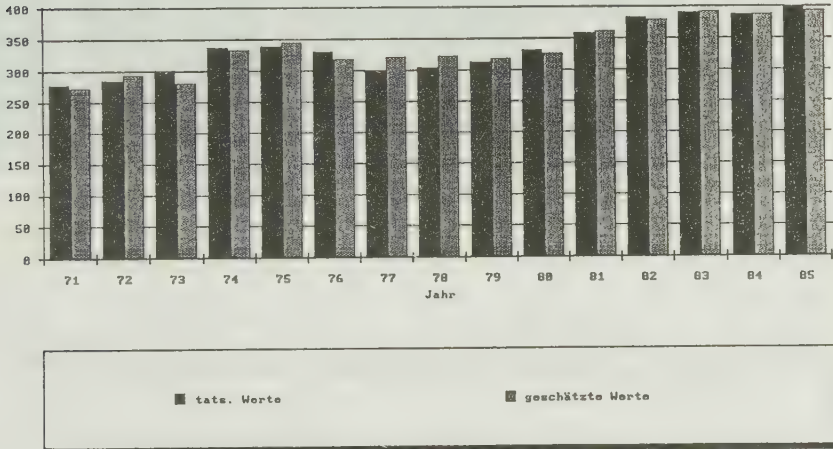


Abb.24: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfalls-
werte in Zivilprozeßsachen 1. Instanz vor Amts-
und Landgerichten (in Verfahren pro 10000
Erwachsene) kleiner Variablensatz; Bayern

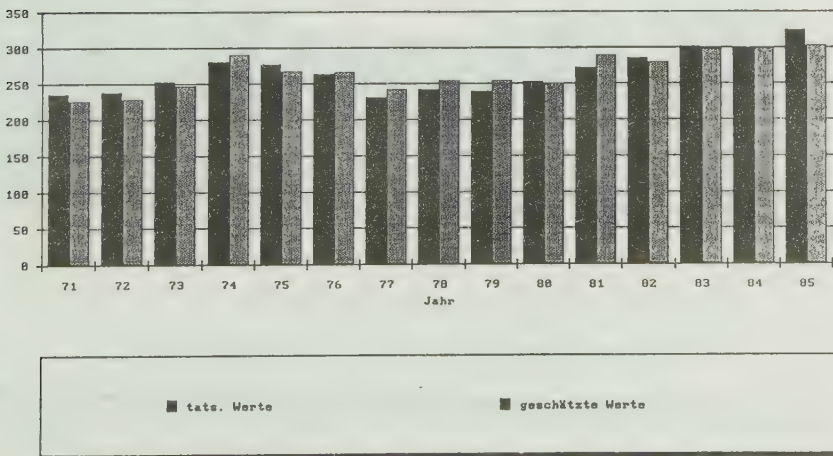
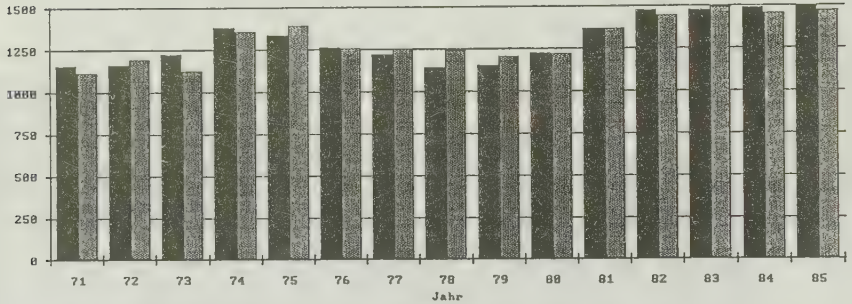


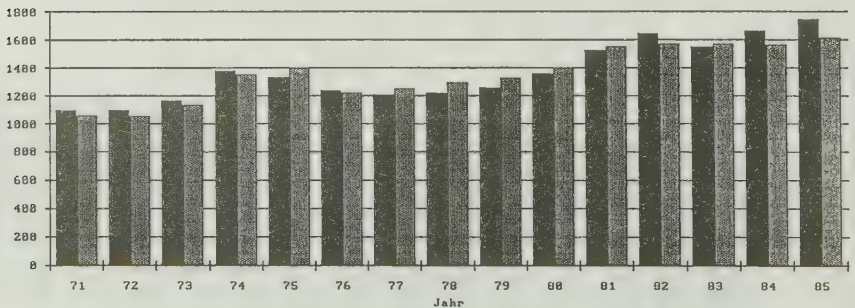
Abb. 25: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Mahnsachen (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) kleiner Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland



■ tats. Werte

■ geschätzte Werte

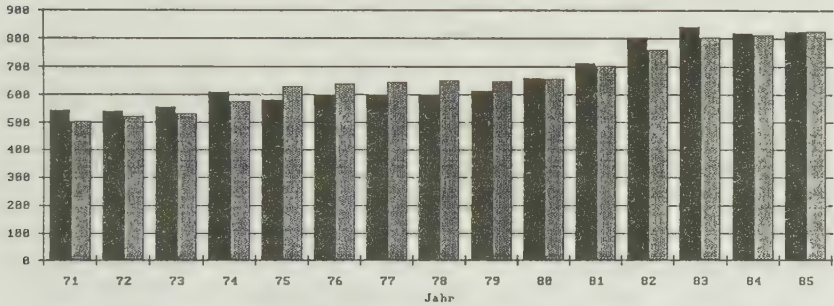
Abb. 26: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Mahnsachen (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) kleiner Variablensatz; Bayern



■ tats. Werte

■ geschätzte Werte

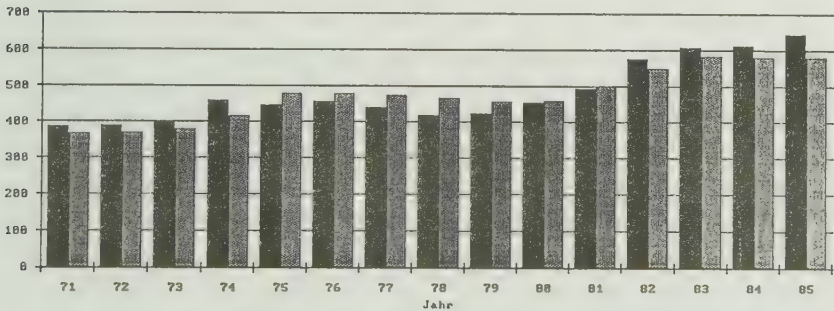
Abb. 27: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in "sonstigen Vollstreckungssachen" (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) kleiner Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland



■ tats. Werte

■ geschätzte Werte

Abb. 28: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in "sonstigen Vollstreckungssachen" (in Verfahren pro 10000 Erwachsene) kleiner Variablensatz; Bayern



■ tats. Werte

■ geschätzte Werte

Die statistische Analyse zeigt (vgl. Tab. 36 u. 37), daß über die sozioökonomischen Rahmendaten hinaus die Aufnahme eines expliziten Trends in die Modellgleichungen den (statistischen) Erklärungsgehalt der entwickelten multiplen Regressionsmodelle sehr häufig erhöhen kann.

Der - i.d.R. positive - Trendfaktor bildet damit implizit solche Faktoren als Sammelindikator ab, die sich in der Querschnitts- und Längsschnittsanalyse des Geschäftsanfalls als bedeutsam erwiesen haben, aber aufgrund der gewählten scharfen statistischen Qualitätsmaße im Zeitablauf nicht auf ausreichendem Signifikanzniveau nachweisbar sind (z.B.: Wandel der Beschäftigungsstruktur, Steigerung des Einkommensniveaus) oder für eine Längsschnittanalyse nicht in der erforderlichen Form zur Verfügung stehen (z.B.: Veränderung von Werten und Normen).

Mittels szenariobedingter Verschärfung bzw. Abmilderung des expliziten Trendfaktors können somit über eine Status-quo-Prognose hinaus alternative Szenarien gesellschaftlicher Entwicklung in die Gleichungsmodelle Eingang finden.

4.3.4.2. Der Geschäftsanfall in Strafsachen

Der Geschäftsanfall in Straf- und Bußgeldsachen ist durch den verwandten Datensatz in sehr unterschiedlichem Ausmaß erklärbar.

Ziel der Analyse ist es, zunächst aus der Zahl der untersuchten Geschäftsanfallsaggregate im Bereich der Straf- und Bußgeldsachen vor dem Amtsgericht eine Kombination auszuwählen, die zum einen den Geschäftsanfall vollständig beschreibt und deren Entwicklungslinien zum anderen in ausreichendem Umfang aus der Entwicklung der sozioökonomischen Rahmendaten erklärbar sind (vgl. Tab. 38 - 41).

Diese Vorgehensweise wird im folgenden nur anhand des kleinen Variablensatzes kommentiert.

Tab. 38: Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit großem Variablensatz; Straf- und Bußgeldsachensachen vor Amts- und Landgerichten der BRD

Geschäfts- anfalls- variable	Absolutglied B-Wert T-Wert	Prädiktor1 B-Wert T-Wert	Prädiktor2 B-Wert T-Wert	Prädiktor3 B-Wert T-Wert	Prädiktor4 B-Wert T-Wert	Prädiktor5 B-Wert T-Wert	DW R ² F-Wert
BS2ACPG	-0.01022 -4.436	BLST4 1500.5972 10.610					1.008 0.889 112.563
BS3ACPG	0.27734 3.851	BETL2 2.18096 3.276	BEST4 -38371.56067 -7.831	BALQ1 -0.01240 4.449	BGST3 0.15342 3.571		1.007 0.952 69.828
BS4ACPG	42.58336 4.360	BETL2 -108.35465 7.850	BETH2 -125.64323 2.276	BSHA3 -6.41064 -2.229			0.966 0.858 29.227
BS5ACPG	21.45839 3.044	BSHE3 -5.07455 -2.443	BETH2 -87.50833 2.189				0.885 0.503 8.079
BS8ACPG	41.61484 4.766	BETL2 -93.65639 -7.637	BETH2 -122.48801 -2.497	BSHA3 -6.24190 -2.443			0.972 0.858 29.144
BS9ACPG	4.36735 14.812	BSHA2 0.18853D7 12.847					0.994 0.921 165.034
BS10ACPG	4.07888 13.496	BSHA2 0.19572D7					0.968 0.923 169.288
BS14LPG	0.18886 18.451	BSHA2 28375.29656 5.570					0.925 0.682 31.023

Tab. 39: Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit großem Variablensatz Straf- und Bußgeldsachensachen vor Amts- und Landgerichten in Bayern

Geschäftsanfallsvariable	Absolutglied B-Wert T-Wert	Prädiktor1 B-Wert T-Wert	Prädiktor2 B-Wert T-Wert	Prädiktor3 B-Wert T-Wert	Prädiktor4 B-Wert T-Wert	Prädiktor5 B-Wert T-Wert	DW R ² F-Wert
BYS2ACPG	1.48766 4.171	BYSHA2 16.91897 6.721	BYSHE3 -0.01291 -3.523	T -0.57316 -4.151	BYETL2 -0.07794 3.018		0.950 0.976 131.499
BYS3ACPG	-55.77142 -6.512	BYSHA2 -589.20607 -9.077	T 0.02862 6.553	BYALQ2 0.01107 3.144			0.988 0.926 55.131
BYS4ACPG	-20.44196 3.036	BYSHA2 6186.99970 9.890	BYETP2 58.63775 4.046	BYGST4 -0.55295D6 -2.702			1.007 0.972 151.595
BYS5ACPG	-6.18744 4.050	BYKPF23 47.42189 11.311	BYETP2 17.98655 6.252	BYGST3 -2.24811 -5.936	BYALQ2 -0.40353 4.312	BYKPF4 -0.19750 -2.338	1.001 0.985 169.576
BYS6ACPG	-460.06986 -13.307	T 0.23894 13.641					0.982 0.934 186.076
BYS9CPG	3.93935 20.640	BYSHA2 2258.72220 14.713					0.986 0.943 216.473
BYS10ACPG	0.00420 17.258	BYSHA2 3.01099 15.391					0.956 0.948 236.877
BYS14LPG	0.13471 13.105	BYSHA2 38.73472 4.685					1.068 0.617 21.949

Tabelle 40: Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit kleinem Variablensatz; Straf- und Bußgeldsachensachen vor Amts- und Landgerichten der BRD

Geschäfts- anfalls- variable	Absolutglied B-Wert T-Wert	Prädiktor1 B-Wert T-Wert	Prädiktor2 B-Wert T-Wert	DW R ² F-Wert
BS2ACP3		BKFZ2		1.107
	-0.00730	53.22014		0.806
	-2.611	7.704		59.344
* BS2ACP3		BKFZ2	BALQ2	3.501
* T>1976	0.00938	16.84957	-0.00156	0.905
*	10.974	8.743	-3.987	39.090
BS3ACPG		T		1.285
	15.83242	-0.00793		0.452
	3.580	-3.546		12.575
BS4ACPG		T		0.898
	-448.87786	0.23383		0.658
	-5.134	5.290		27.985
* BS5ACPG		T	BKFZ3	0.872
*	1247.53658	-0.63613	167.19424	0.312
*	2.895	-2.882	2.891	4.182
BS8ACPG		T		0.930
	-392.272	0.20532		0.643
	-4.948	5.122		26.239
* BS9ACPG		T		0.948
*	-441.888200.	0.22746		0.920
*	-12.517	12.774		162.420
BS10ACPG		T		0.923
	-457.72061	0.23539		0.916
	-12.161	12.371		153.036
* BS14LPG		T		0.908
*	-6.52472	+0.00342		0.680
*	-5.350	5.550		30.805

Die in die in das Personalplanungsmodell eingehenden Modellgleichungen des Geschäftsanfalls sind durch * gekennzeichnet

Tab. 41: Modellgleichungen für die Geschäftsanfallsvariablen mit kleinem Variablensatz; Straf- und Bußgeldsachensachen vor Amts- und Landgerichten in Bayern

Geschäftsanfallsvariable	Absolutglied B-Wert T-Wert	Prädiktor1 B-Wert T-Wert	Prädiktor2 B-Wert T-Wert	DW R ² F-Wert
BYS2ACPG	-0.00753 -2.601	BYKFZ2 41.57227 6.023		1.135 0.731 36.272
* BYS2ACG3		BYVIP1	BYALQ2	0.616
* T>1976	0.01153	0.21911D-3	0.00163	0.424
*	38.331	2.482	1.470	3.950
BYS3ACPG		T		1.109
	15.81972 3.314	-0.00792 -3.282		0.429 10.771
BYS4ACPG		T		0.945
	-526.91308 -12.336	0.27217 12.600		0.924 158.772
* BYS5ACPG		BYKFZ3	BYALQL1	1.003
*	1.52477	56.52737	-0.09085	0.911
*	4.611	8.8423	-2.717	67.670
BYS8APG		T		0.982
	-460.06986 -13.307	0.23849 13.641		0.933 186.077
* BYS9ACPG		T	BYALQ1	0.921
*	-198.79207	0.10365	0.11611	0.912
*	-3.573	3.670	2.228	68.022
BYS10ACPG		T		0.882
	-0.40637 -9.211	0.20946D-3 9.389		0.870 88.149
* BYS14LPG		T		1.015
*	-5.23108	0.00274		0.585
*	4.248	4.396		19.324

Die in die in das Personalplanungsmodell eingehenden Modellgleichungen des Geschäftsanfalls sind durch * gekennzeichnet

Inhaltlich scheint zunächst eine Abspaltung der Bußgeldsachen (S2A) von der Gesamtheit der untersuchten erstinstanzlichen Straf- und Bußgeldsachen angemessen.

Die Bußgeldsachen folgen in ihrer Entwicklung einem positiven Trend, der inhaltlich mit der gleichlaufenden Entwicklung der PKW-Dichte erklärt werden kann.

Darüber hinaus ist jedoch eine Entwicklung augenfällig, die wohl nur aus der Änderung des rechtlichen Bezugsrahmens heraus erklärt werden kann (vgl. dazu die Abbildungen 29 und 30).

Die Rechtsänderung im Bereich der Bußgeldsachen mit dem Inkrafttreten des OWiG am 1.1.1969 führte etwa bis zum Jahre 1977 zu enormen Wachstumsraten im Bereich der Bußgeldsachen.

Ab dem Jahr 1977 sind deutlich rückgängige Wachstumsraten festzustellen, die mit einem Abebben der zunächst zunehmend arbeitsinduzierenden Schubwirkung der Rechtsänderung erklärt werden können (vgl. Coepicus 1982, S. 368).

Die relative Stabilisierung des Geschäftsanfalls in Bußgeldsachen auf dem erreichten Niveau spricht damit dafür, die Längsschnittsanalyse auf die Jahre seit 1977 zu beschränken, um damit - bei deutlich reduzierteren statistischen Signifikanzwerten - die empirische Relevanz der Ergebnisse zu erhöhen, die durch die Unmöglichkeit der quantitativen Berücksichtigung der Rechtsänderung beeinträchtigt wäre (vgl. dazu die Abbildungen 31 und 32).

Der Geschäftsanfall in Strafsachen vor den Amtsgerichten, der inhaltlich mit dem Straßenverkehr in Verbindung steht (S5A), läßt sich auf der Ebene des Bundes mit dem großen Datensatz nur unzureichend und mit dem kleinen Datensatz in seinem Verlauf kaum erklären. Gut hingegen gelingt diese Erklärung auf der Ebene des Bundeslandes Bayern.

Im Bereich der Strafsachen (ohne Bußgeldsachen), die nicht mit dem Straßenverkehr in Verbindung stehen (S9A), scheint jedoch eine statistische Erklärung in ausreichendem Umfang

durch einen positiven linearen Trend möglich (, vgl. Tabelle 40 und 41 und die Abbildungen 33 und 34). Die gesonderte Prognose der schweren Strafsachen (Verbrechen) vor dem Amtsgericht wird nicht vorgenommen, da diese bei der angestrebten Verwendung des reduzierten Datensatzes kaum tragfähige Ergebnisse liefert. Für die Prognose des Geschäftsanfalls - und damit des Personalbedarfs - der Amtsgerichte im Bereich der Straf- und Bußgeldsachen werden damit die folgenden Geschäftsanfallsaggregate herangezogen:

- Bußgeldsachen insgesamt
- Strafsachen insgesamt (Vergehen und Verbrechen) ohne Strafsachen im Straßenverkehr
- Strafsachen im Straßenverkehr

Abb. 29: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Bußgeldverfahren (in Verfahren pro 10000 strafmündigen Personen) kleiner Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland

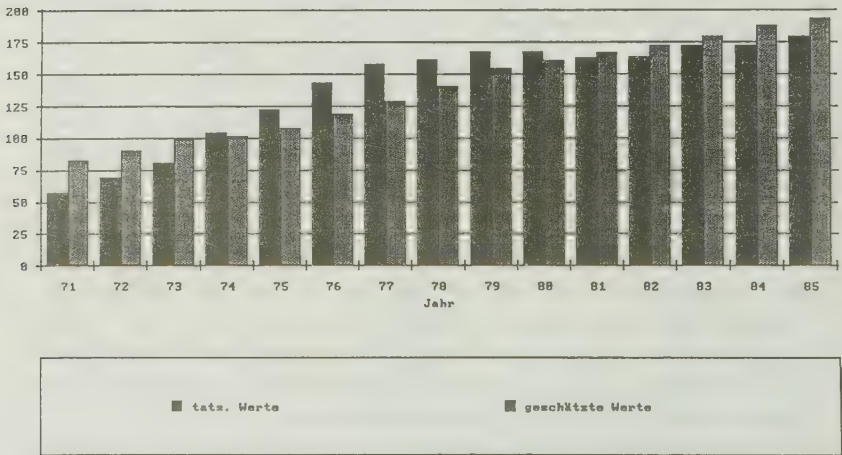


Abb. 30: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Bußgeldverfahren (in Verfahren pro 10000 strafmündigen Personen) kleiner Variablenatz; Bayern

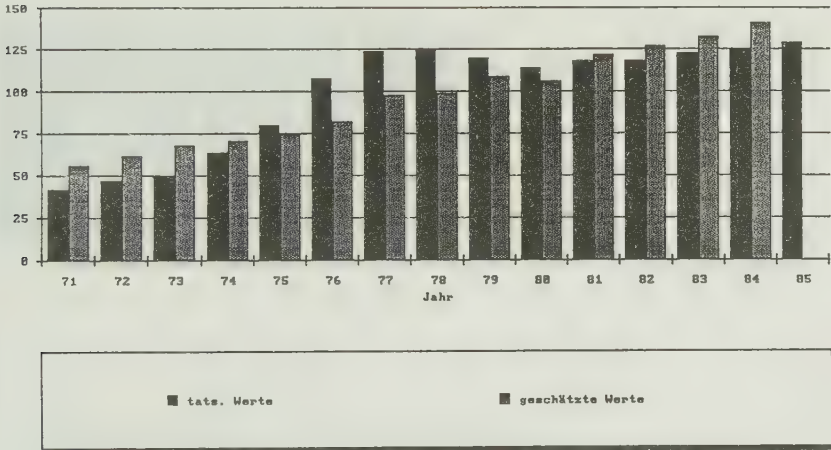


Abb. 31: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Bußgeldsachen (in Verfahren pro 10000 strafmündige Personen) kleiner Variablenatz; Bundesrepublik Deutschland, ab 1977

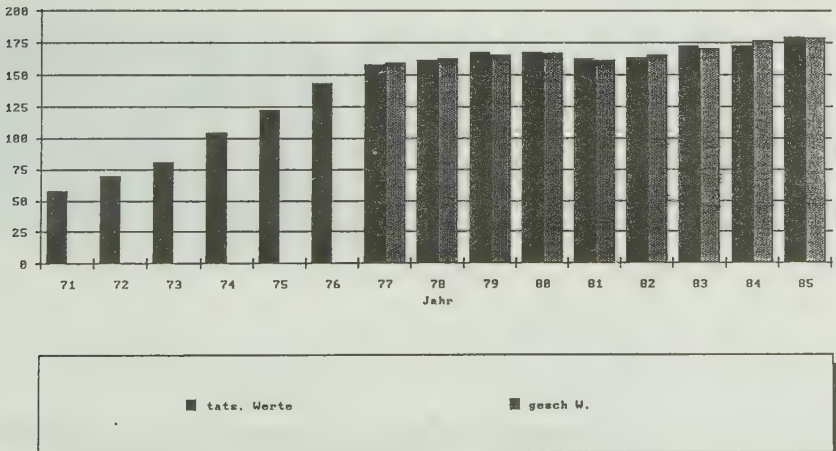


Abb. 32: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Bußgeldverfahren (in Verfahren pro 10000 strafmündige Personen) kleiner Variablensatz; Bayern, ab 1977

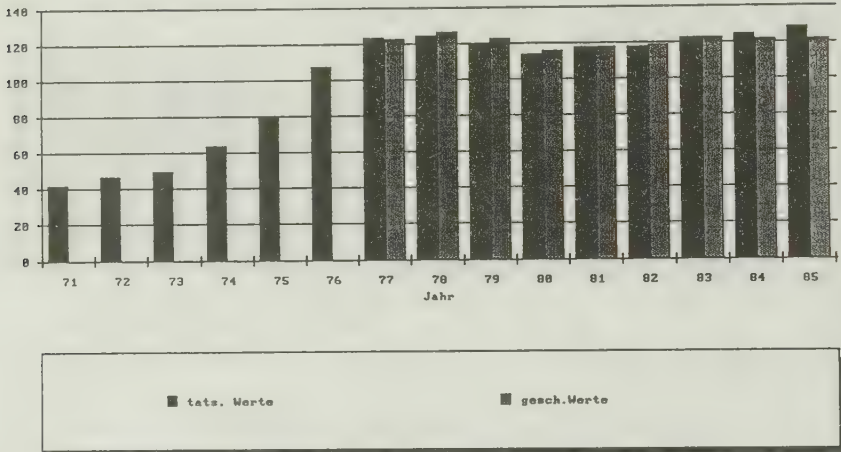


Abb. 33: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Strafsachen ohne Straßenverkehrs- und Bußgeldsachen (in Verfahren pro 100000 strafmündigen Personen) kleiner Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland

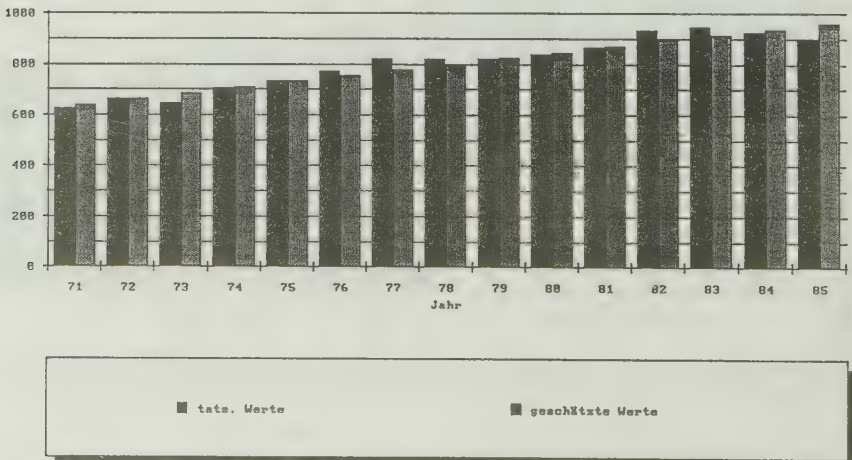
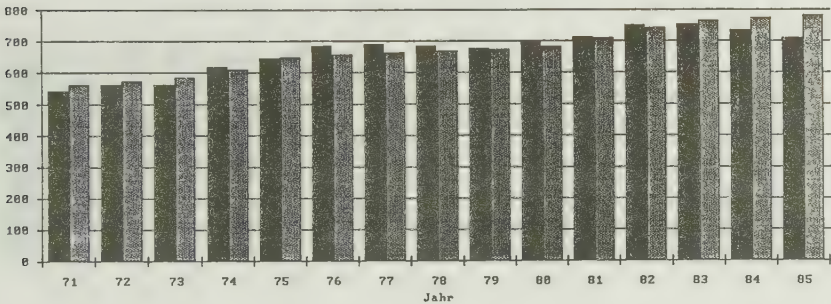


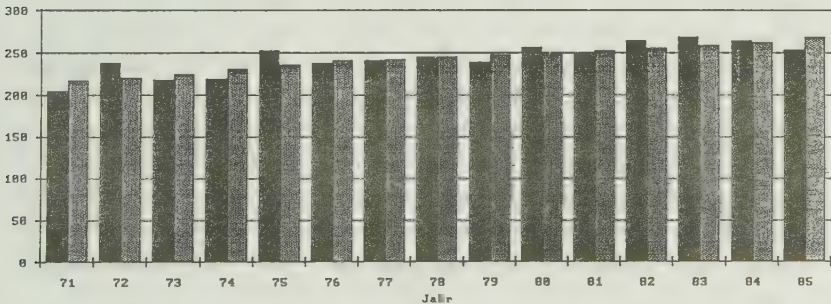
Abb. 34: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in Strafsachen ohne Straßenverkehrs- und Bußgeldsachen an Amtsgerichten (in Verfahren pro 100000 strafmündigen Personen) kleiner Variablensatz; Bayern



■ tats. Werte

■ geschätzte Werte

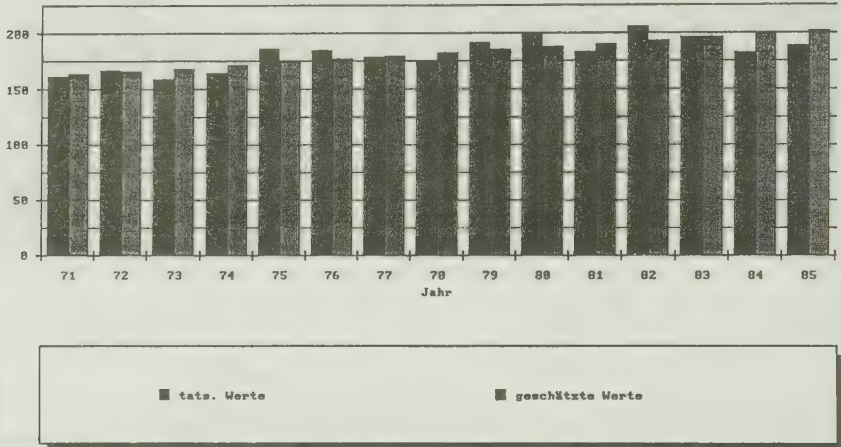
Abb. 35: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in erstinstanzlichen Strafsachen vor dem Landgericht (in Verfahren pro 1 Mio. strafmündiger Personen) kleiner Variablensatz; Bundesrepublik Deutschland



■ tats. Werte

■ geschätzte Werte

Abb. 36: Tatsächliche und geschätzte Geschäftsanfallswerte in erstinstanzlichen Strafsachen vor dem Landgericht (in Verfahren pro 1 Mio. strafmündiger Personen) kleiner Variablensatz; Bayern



Festzuhalten bleibt für den gesamten Bereich der Straf- und Bußgeldsachen, daß aufgrund der vielfältigen Bedingtheit des Geschäftsanfalls durch politische und gesetzliche Faktoren eine näher an den Ursachen liegende Erklärung der Entwicklung des Geschäftsanfalls auf Basis des gewählten sozioökonomischen Datensatzes nur bruchstückhaft gelingt. Ein dominanter Einfluß der ökonomischen Rahmendaten und hiervon abhängiger Indikatoren für soziale Problemlagen (wie Arbeitslosigkeits- und Sozialhilfedaten), wie er im Bereich der Zivilsachen feststellbar ist, liegt für den Bereich der Straf- und Bußgeldsachen vor dem Amtsgericht nicht vor.

Gleiches gilt für den Bereich der erstinstanzlichen Strafsachen vor dem Landgericht. Der statistische Erklärungsge-

halt eines positiven linearen Trends kann durch die Hinzuziehung von sozioökonomischer Rahmendaten als weiterer Prädiktoren auf signifikantem Niveau nicht erhöht werden (vgl. Tab. 40 u. 41 sowie die Abb. 35 u. 36).

5. Die Determinanten des Rechtssystems (Systemebene III)

Auf den Systemebenen I und II des vorliegenden Personalplanungsmodells wurde zunächst zum Zwecke der Komplexitätsreduktion der Einfluß des Rechtssystems auf den Personalbedarf nicht explizit berücksichtigt. Diese Position wird nun aufgegeben mit dem Zweck, zunächst die Orte des möglichen Einflusses des Rechtssystems auf künftige Personalbedarfe zu lokalisieren und damit die Grundlage ihrer quantitativen Berücksichtigung zu schaffen.

Der Begriff des Rechtssystems soll im folgenden verstanden werden als das Ineinandergreifen von materiellem Recht, Verfahrensrecht und institutionellen Traditionen (vgl. Blankenburg 1985, S. 256).

Es sollen jedoch darüber hinaus auch die Wechselwirkung dieses Rechtssystems mit gesellschaftlichen Gegebenheiten beleuchtet werden, die auf Aspekte des Wandels der gesamten Rechtskultur hinweisen.

Durch das materielle Recht wird der Rahmen der Konfliktkonstellationen definiert, die überhaupt eine "Thematisierung von Recht" (vgl. zu diesem Begriff: Blankenburg 1980, S. 33 - 64) zulassen. Hierdurch wird gleichsam die Grundgesamtheit der rechtlich relevanten Konflikte, die zum Arbeitsanfall der Gerichte werden kann, umrissen.

Das Verfahrensrecht bestimmt die organisatorische Implementation, Formvorschriften und Verfahrensvoraussetzungen gerichtlicher Verfahren, sowie die maximale Länge des beschreitbaren Rechtsweges.

Der Begriff der institutionellen Traditionen umfaßt zum einen die internen Strukturen und Funktionsweisen der einzelnen öffentlichen und nichtöffentlichen Institutionen der Rechtspflege, auch soweit diese nicht rechtlich fixiert, sondern historisch gewachsen sind, sowie zum zweiten deren Beziehung zueinander.

Die Rechtskultur als weitester Begriff beinhaltet darüber hinaus die Beziehungen zwischen den Werten und Normen potentieller Konfliktparteien und justiziellen Institutionen und deren Gestaltung.

Bezogen auf die vorgestellte Modellkonzeption zeigt sich damit, daß die Elemente des Rechtssystems selbst wesentliche Daten für die Inanspruchnahme der Justiz darstellen.

5.1. Ansätze zu einem übernationalen Vergleich von Rechtssystemen - die Entwicklungskorridore

Bei Überlegungen hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen des Rechtssystems und daraus resultierend des Bedarfs an Personen, der sich hieraus für die Justiz ergibt, ist es lohnend, auch Blicke über nationale Grenzen hinweg zu werfen (vgl. zu Möglichkeiten und Methoden allgemein: Martiny 1980, S. 65 - 84), um zunächst zumindest die Möglichkeit alternativer Modelle zu erkennen und damit durchaus bestehende Entwicklungs- und Gestaltungskorridore in Zukunftsüberlegungen einzubeziehen.

5.1.1. Pragmatischer Ansatz - die Unterschiede

Zu einem Vergleich sollten hier jedoch im wesentlichen Daten solcher Länder herangezogen werden, die dem abendländischen Kulturkreis entwickelter westlicher Industrienationen zuzuordnen sind. Um dabei zunächst auch die Spezifika des angelsächsischen Rechtsbereichs aufgrund der sehr grundsätzlichen Unterschiedlichkeiten auszuklammern, seien lediglich Informationen zu verschiedenen europäischen Rechtskulturen herangezogen:

Tab. 42: Prozeßhäufigkeit und Personalintensität europäischer Rechtskulturen

Pro 10.000 Einwohner in	B	DK	BRD	F	NL
Anwälte und Notare	8,6	6,0	6,7	4,5	2,8
Richter	1,2	0,1	3,5	1,0	0,4
Scheidungen bei Gericht	17	>7,3	27	18	22
Andere Familienprozesse	?		26	2	19
Mahnverfahren	?	?	823	>112	55
Forderungsprozesse	?	?	99		11
Arbeitsprozesse	15	0,01	56	36	5

Quelle: Herr 1984, S. 373

Sieht man vom Bereich der Anwälte und Notare (- einem überwiegend nicht hoheitlich organisierten Ausschnitt des Rechtssystems -) ab, so zeigt sich, daß die Bundesrepublik über das in seiner Ausgestaltung im hoheitlichen Bereich mit Abstand "opulenteste" (vgl. Sandler 1982, S. 164) Rechtssystem verfügt. Aufgrund der vielfältigen Ursachen für diese Differenzen in den Bereichen: materielles Recht, Prozeßrecht und Mobilisierung von Recht ist zunächst ein Vergleich zweckmäßig, der eine bessere Lokalisierung der Ursachen zuläßt.

Da zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland auf institutionellem Gebiet, wie in den Prozeßordnungen sehr große Übereinstimmungen zu konstatieren sind (vgl. Blankenburg/Verwoerd 1986, S. 208), ist hier ein Vergleich der übrigen Faktoren besonders lohnend. (Wegen der besseren Vergleichbarkeit aufgrund der sozioökonomischen Strukturiertheit wird im folgenden das Bundesland Nordrhein-Westfalen herangezogen.)

Bezogen auf die beherrschenden juristischen Professionen ergibt sich folgender Vergleich:

Tab. 43: Richter und Rechtsanwälte je 100.000 der Bevölkerung (1984) in Nordrhein-Westfalen (NRW) und den Niederlanden (NL)

	NRW	NL
Bevölkerung	17.0 Mio.	14.5 Mio
Richter insgesamt	4.500	680
je 100.000 E.	28	5
Rechtsanwälte insgesamt	11.000	4.000
je 100.000 E.	65	28

Bezogen auf die Prozeßhäufigkeit in Zivilsachen zeigt sich folgendes Bild:

Tab. 42: Zivilprozesse in 1. Instanz (je 100.000 der Bevölkerung)

	NRW	NL
Mahnbescheide 1)	8.235	655
Zivilprozesse		
davon:		
- Geldforderung nach		
Mahnverfahren 1)	988	45
- Schadensersatz nach		
Verkehrsunfall 2)	235	1
- Mietsachen 2)	150	138
- Ehescheidungen 2)	271	224
- Scheidungsfolge 2)	257	193

1) Daten für 1980

2) Daten für 1981

Tab. 45: Indikatoren der Kriminal- und Verurteiltenstatistik (je 100.000 Einwohner)

	NRW	NL
Straftaten zur Kenntnis der Polizei gekommen	7.206	5.641
Tatverdächtige	2.380	1.153
Abgeurteilte	776	255

Natürlich finden sich in den beiden Rechtsordnungen Unterschiede in der Rechtspraxis, die durch Regelungen der Kompetenzordnungen des materiellen Rechts, sowie des Verfahrens- und Gebührenrechts teilweise Differenzen begründen können, sie reichen aber nicht aus, die quantitativ so weitreichenden Unterschiede, insbesondere von Verhaltensmustern zu erklären.

Neben dem Rechtsverständnis der Bevölkerung, welches auch dadurch definiert werden kann, in welchen Fällen Gerichte angerufen und Anwälte aufgesucht werden (vgl. Blankenburg 1985, S. 270), scheint insbesondere den Verhaltens- und Einstellungsmustern der juristischen Professionen ein wesentlicher Einfluß auf die Inanspruchnahme der Gerichte zukommen (vgl. Blankenburg 1985, S. 270 f.).

5.1.2. Einzelaspekte - die Suche nach den Ursachen

Die Vieldimensionalität des Begriffs des Rechtssystems und noch mehr des Begriffs der Rechtskultur verkompliziert die Suche nach den Ursachen der Unterschiede. Im folgenden soll - unter bewußter Einschränkung des Untersuchungsgegenstandes - dargestellt werden, woran sich bei weitgehender Konsistenz des materiellen und Prozeßrechts gravierende (Gestaltungs-)Unterschiede ergeben, um hieraus potentielle Gestaltungskorridore für die Entwicklung des bundesdeutschen

Rechtssystems und damit seines Personalbedarfs aufzeigen zu können.

a. Zum Geschäftsanfall

Aufsummiert über alle Zivilbereiche beträgt der Geschäftsanfall in NRW etwa das dreifache desjenigen in den Niederlanden (vgl. Blankenburg/Verwoerd 1986, S. 208).

Einen großen Teil zu diesem Unterschied trägt in der Bundesrepublik die Heranziehung der Gerichte für das Beitreiben von finanziellen Außenständen bei. Bereinigt um die Wertgrenzen werden in der Bundesrepublik ca. 7 mal mehr Mahnverfahren angestrengt. Auch Zivilverfahren, die aus Geldforderungen resultieren, sind hier sehr viel häufiger anzutreffen. Da in den Niederlanden für solche Prozesse sehr viel höhere Verfahrenskosten und Verfahrensdauern entstehen, "liegt (es) nahe, die Erklärung für die größere Belastung der deutschen Gerichte in ihrer Effizienz zu suchen und darin, daß sie relativ billig arbeiten" (Blankenburg/Verwoerd 1986, S. 209).

Auch bei Zivilprozeßsachen im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen existiert ein enormer quantitativer Unterschied: nur 6% der in der BRD vor die Gerichte kommenden Fälle werden in den Niederlanden anhängig. Obwohl in beiden Ländern der Ausgang solcher Prozesse eher einem "Lotteriespiel" gleicht (ebd.), werden Straßenverkehrskonflikte in den Niederlanden sehr viel häufiger in außergerichtlichen Vergleichsverhandlungen beigelegt. Hier bestätigt sich die Vermutung, daß in der Bundesrepublik "das Rechtsberatungsmonopol der Anwälte zusammen mit der Kostendeckung durch die Rechtsschutzversicherungen den Gang zum Gericht fördern" (ebd.).

Weitgehend gleichlaufend entwickelte sich in beiden Ländern die Arbeitsbelastung durch Scheidungssachen. Jedoch bleibt in den Niederlanden die Tätigkeit der Gerichte sehr gering. 40% der Ehescheidungsprozesse werden (nach Vorarbeit der

Rechtsanwälte) einvernehmlich durch Versäumnisurteil rechtskräftig beendet.

Auch am Beispiel der Mietsachen werden gravierende Differenzen deutlich. Die Regelungsdichte des Mietrechts ist zwischen beiden Staaten durchaus vergleichbar. Insgesamt gesehen fallen sogar in den Niederlanden in Mietsachen mehr Konflikte an. Jedoch werden hier 75% des Geschäftsanfalls nicht von den Gerichten, sondern von außergerichtlichen Schlichtungsstellen (den "Mietkommissionen") bewältigt.

Mit wesentlich für die starken Differenzen zwischen der Inanspruchnahme der Gerichte scheint die "in den Niederlanden stärker ausgebaute Infrastruktur zum Schutz der jeweils Schwächeren, zusammen mit einer Praxis, die auf Schlichtung und Kompromiß abstellt, bevor der Weg zur Klage vor Gericht eingeschlagen wird" (Blankenburg/Verwoerd 1986, S. 210).

Diese geringere Hartnäckigkeit hinsichtlich des Beschreitens des "Gerichtsweges", findet seine Fortsetzung in der Einlegung von Rechtsmitteln. Die Quoten der Berufungen gegen "berufungsfähige" Urteile der ersten Instanz vor Amts- und Landgerichten beträgt in den Niederlanden jeweils ca. ein Viertel derselben Quote in der Bundesrepublik (vgl. ebd.).

b. Zur Arbeitsintensität

Die Arbeitsintensität des Geschäftsanfalls ist neben der absoluten Höhe der Geschäftsanfallszahlen Determinante für den hieraus resultierenden Arbeitsanfall und somit den Personalbedarf der Gerichte.

Tab. 46: Jährliche erledigte Verfahren je Richter (1982)

	NRW	NL
<u>Amtsgericht/Kantonsgericht</u>		
- Strafsachen (NL: überwiegend Verkehr/ NRW: incl. Einsprüche gegen Strafbefehle	520	6.962
- Familiensachen	142	-
- Zivilprozesse (ohne Familiensachen)	688	2.750
<u>Landgericht/Rechtbank:</u>		
- Strafsachen (NL: einschließl. Polizeirichter)	53	903
- Familiensachen	-	353
- Zivilprozesse	177	240

Quelle: Blankenburg/Verwoerd 1986, S. 210

Die Arbeitsintensität pro "Durchschnittsfall" erscheint in der Bundesrepublik um ein Vielfaches höher als in den Niederlanden, dies gilt auch, wenn in Rechnung gestellt wird, daß in den Niederlanden auf je 2,5 Richter ein Gerichtsssekretär kommt, der juristisch qualifizierte Zuarbeit leistet.

Grund hierfür sind neben den Einstellungen der Rechtssuchenden selbst, u.a. der Unterschied in den erzielten Vergleichsquoten und in verschiedenen Bereichen vereinfachte (z.T. ausschließlich mündliche) Verfahren, die den Aufwand für Urteilsbegründung (in Ausführlichkeit und Sprachstil) und Aktenverwaltung drastisch reduzieren und den Prozeß der Rechtsfindung erheblich beschleunigen.

Zusammenfassend kann damit gesagt werden, daß der übernationale Vergleich zeigt, daß die nationale Rechtskultur und als Teil derselben das Rechtssystem ganz wesentlich mitverantwortlich sind für Art und Umfang des Geschäftsanfalls und - daraus resultierend - des Personalbedarfs.

Sowohl im Zivil- wie auch im Strafrecht kann durch eine umfassende extraforensische Struktur der Rechtsberatung (vgl. z.B. Klija 1983, S. 65 - 83) zum einen 'aktiverer Rechtsschutz' geboten und zum anderen ein weitgehendes Vorwegfiltern gerichtlichen Geschäftsanfalls durch frühzeitige Erledigung realisiert werden und durch die Zuverfügungstellung vereinfachter Verfahren - auch auf freiwilliger Basis - Arbeitsaufwand reduziert werden, ohne daß hierdurch der grundgesetzlich gesicherte Rechtsweg in seiner Qualität beschnitten würde.

Die in dieser einfachen Gegenüberstellung zu Tage tretenden Differenzen verdeutlichen besonders die große Breite potentieller Entwicklungskorridore in der Gestaltung des Rechtssystems und deren gravierende Konsequenzen für den Personalbedarf der Justiz. Dies relativiert deutlich die einer sehr langfristigen status-quo-Prognose des Geschäftsanfalls und Personalbedarfs entnehmbaren Resultate und zeigt die Notwendigkeit der Explizierung wesentlicher Faktoren des Personalbedarfs auf der Ebene des Rechtssystems.

5.2. Entwicklung des materiellen Rechts

Die inhaltliche Kodifizierung des materiellen Rechts umreißt den Rahmen potentiell rechtlich relevanter Konflikte. Der Umfang des Anstiegs der Anzahl von Normen und Gesetzen hat hierbei zur Diskussion dieser Thematik unter den Schlagworten "Normenflut" (vgl. z.B. Vogel 1979a, S. 321 - 325) und "Verrechtlichung" (vgl. Voigt 1980) geführt.

Die Quantifizierung dieses Vorgangs des Anwachsens des rechtlich relevanten Stoffes stößt jedoch auf ganz erhebliche Schwierigkeiten. So wird häufig als Maßeinheit für die Gesetzesflut die Anzahl der Normen, die der Normenkomplexe d.h. Gesetzestexte und Rechtsverordnungen, oder gar der

Seitenumfang des Bundesgesetzblattes herangezogen. Die derart versuchte Quantifizierung dieser Entwicklung erscheint insbesondere aus dem Grunde problematisch, weil die qualitativen Effekte dieses Vorgangs, wie die Reglementierung des menschlichen Lebens im allgemeinen und Vergesetzlichung (Parlamentarisierung), Bürokratisierung und Justizialisierung" (Voigt 1980, S. 16) die eigentlich bestimmenden sind.

Das Wachstum des Umfangs und der Anzahl von Normen resultiert dabei zum einen aus dem "Erfassen immer neuer, bisher nicht normierter Lebenssachverhalte (Ausdehnung des Rechts)" und zum anderen aus dem "Auflösen normativ bereits geregelter Tatbestände in weitere Einzeltatbestände (Detailierung oder Spezialisierung des Rechts)"(ebd.). Die Detailanalyse (vgl. Müller/Nuding 1984) zeigt jedoch, daß "die primäre Ursache für den gestiegenen Regelungsumfang in der quantitativen Entwicklung der Änderungsnormen zu sehen" (a.a.O., S. 93) ist.

Bevor neue Überlegungen zu einer möglichen zukünftigen Entwicklung der Normierungs- bzw. Regelungsdichten angestellt werden können, muß zunächst nach den Ursachen des Regelungsbedarfs gefragt werden. Drei zentrale Faktoren für den Rechtsetzungsbedarf seien genannt (vgl. Vogel 1979a, S. 322 f.; Müller/Nuding 1984, S. 74 f.):

- a) Entwicklung des modernen Rechtsstaates (Recht als Sozialgestaltung)
- b) Entwicklung von Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Kultur
- c) Schwund vorrechtlicher Wertvorstellungen

Zu a) Entwicklung des modernen Rechtsstaates:

Während im klassisch-liberalen Rechtsstaat Recht noch - zumindest theoretisch - gleichbedeutend war mit dem Eingriff

in Freiheit und Eigentum (vgl. Dreier 1983, S. 101) wird Recht im modernen Rechtsstaat als Sozialstaat "Mittel zur Sozialgestaltung" (vgl. Krawietz 1967, S. 29), d.h. zum ordnungspolitischen (vgl. Voigt 1980, S. 19) und sozialpolitischen (vgl. Vogel 1979a, S. 322) Steuerungsinstrument.

Je mehr der Staat also steuernd und regelnd in die sozialen und ökonomischen Prozesse eingreifen will und darüber hinaus leistende und gestaltende Aktivitäten übernimmt, desto mehr entsteht hieraus aufgrund der Rechtsstaatlichkeit Normsetzungsbedarf.

(Da dieser Ursachenbereich des Normierungsbedarfs primär den öffentlich-rechtlichen Bereich tangiert, der im vorliegenden Modell ausgeklammert bleibt, ist die Darstellung bewußt kurz gehalten.)

Zu b) Entwicklung von Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Kultur

Gesellschaftliche Bereiche, wie insbesondere die ökonomischen Beziehungen, produzieren z.T. aus sich heraus Konflikte, die Gegenstand gerichtlicher Konfliktlösung werden können. Sie produzieren darüber hinaus jedoch auch durch ihre Komplizierung die Notwendigkeit der Normierung gewisser Rahmenbedingungen oder spezieller Rechtsverhältnisse. Als Beispiele für eine solche Komplizierung der Lebensverhältnisse seien genannt: neue Gebiete wie das Umweltschutzrecht, das Datenschutzrecht, die Gentechnologie oder neue Rechtsverhältnisse wie Fernunterrichtsvertrag, Pauschalreisevertrag, Factoring, Leasing (vgl. Vogel 1979a, S. 322).

Die Frage nach dem Umfang des zukünftigen Regelungsbedarfs ist damit gleichbedeutend mit der Frage nach dem den neuen Entwicklungen auf diesen Gebieten immanenten Konfliktpotential. Für den Bereich des Umweltschutzrechtes wird so z.B. (neben dem Vollzugsdefizit bestehender Normen) ein erhebli-

cher Bedarf am Ausbau der rechtlichen Normierung (vgl. Hücke 1980, S. 63 - 76) konstatiert, gleiches gilt für den Bereich atomrechtlicher Gesetzgebung (Weiß 1978, S. 603). Das technisierungs- und industrialisierungsbedingte Anwachsen des Umfanges potentieller Konfliktbereiche (vgl. Zeidler 1983, S. 254) und der daraus resultierende verstärkte Normsetzungsbedarf wird dabei z.T. als "eine notwendige Begleiterscheinung des beschleunigten Entwicklungstempos der Gesellschaft" (Röhl 1987, S. 552) begriffen. Relevante Rechtsbereiche für potentiellen zukünftigen Regelungsbedarf sind somit in den Bereichen des öffentlichen Rechts, sowie des Straf- und Bürgerlichen Rechts anzunehmen.

Zu c) Schwund vorrechtlicher Wertvorstellungen

Ebenso wie die gesamtgesellschaftliche Entwicklung, ist auch der Grad des Vorhandenseins vorrechtlicher Normvorstellungen und - bewußter oder unterbewußter - gesellschaftlicher Verhaltensnormen und Selbstregelungsmechanismen (vgl. Vogel 1979a, S. 322), sowie deren Grad an Allgemeingültigkeit, zum einen ein potentieller Indikator für den Geschäftsanfall der Gerichte (vgl. Klages 1983, S. 204 ff.) und zum anderen in gewissem Umfang Ursachenfaktor für das Entstehen rechtlichen Normierungsbedarfs (vgl. auch Röhl 1987, S. 551). "Der Staat des Grundgesetzes ist zwar weltanschaulich neutral - nicht aber - wie der Grundrechtskatalog des Grundgesetzes beweist - wertneutral. Er hat deshalb unter bestimmten Umständen, wo Allgemeinüberzeugungen nicht oder nicht mehr funktionieren, Orientierungslinien und Leitbilder durch Gesetz vorzuzeichnen" (Vogel 1979, S. 322, vgl. auch Müller/Nuding 1984, S. 75). Zudem wird sogar in der zunehmenden gesellschaftswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit nichtrechtlichen Normen und Sozialregeln, die einhergeht mit deren Verbalisierung und distanzierten Kritik, selbst eine Ursache für den "Verlust an Selbstregulationsvermögen" gesehen, die in der Folge zu einem "Anschwellen des speziell zur sozialen Nor-

mierung bestellten Regelungsapparates und damit im Ergebnis zur Verrechtlichung immer weiterer Lebensbereiche" (Röhl 1987, S. 552) führt.

Unabhängig davon, ob der Schwund an vorrechtlichen Wertvorstellungen und der Mangel an Funktionsfähigkeit von Selbstregulierungsmechanismen tatsächlich durch ein Mehr an gesetzlichen Normen zur Aufrechterhaltung einer gesellschaftlichen Stabilität "kompensiert" werden kann, ist allein der Glaube der Gesetzgebungsinstanzen an diesen Zusammenhang für eine derart motivierte Normsetzung maßgebend.

Gleichzeitig zum steigenden Rechtssetzungsbedarf in verschiedenen Bereichen, scheinen jedoch auch Gegenteilendenzen zur Verrechtlichung wirksam zu werden. Nur einige Indizien seien hierfür genannt: Die rechtliche Kontrolle sexuellen Verhaltens verliert an Bedeutung, Religionsdelikte sind praktisch bedeutungslos geworden. Im Bereich des Ehrechts wurde die "Eindringtiefe des Rechts" (Röhl 1987, S. 557) durch den Ersatz des Verschuldensprinzips durch das Zerüttungsprinzip reduziert. Rückgängige Bedeutung kommt auch dem Schutz von Ruf und Ehre zu, wie der deutliche Rückgang an Privatklagen zeigt.

Auch ein empirischer Vergleich der Rechtssetzungsaktivitäten zeigt, daß zumindest der Umfang des neu hinzukommenden Rechts - d.h. die zusätzliche Erfassung neuer Lebensbereiche durch rechtliche Normierung - bei einem Vergleich mit dem gleichen Zeitraum im vorigen Jahrhundert nicht zugenommen, sondern abgenommen hat (vgl. Müller/Nuding, 1983, S. 93 f.). Ein solches Ergebnis darf jedoch aufgrund der vielgestaltigen methodischen Problematik (z.B. Auswahl der Bezugszeiträume) nicht überbewertet werden. Das in der genannten Studie (ebd.) gewählte Untersuchungsdesign läßt dabei ohnehin "nur" die Aussage zu, daß zum gegenwärtigen

Zeitpunkt die "Geschwindigkeit" des Verrechtlichungsprozesses unter derjenigen von vor hundert Jahren liegt.

Ebenso wie der Blick auf die praktischen Ursachen des Normsetzungsbedarfs, läßt auch die theoretische Analyse desselben keine unbedingten Prognosen zukünftiger Rechtsentwicklungen zu. Die zukünftige Dichte der gesetzlichen Regelungen, sowie deren Entwicklung, läßt sich somit nur auf der Basis von Annahmen über gesamtgesellschaftliche Entwicklungsszenarien abschätzen. Da sich jedoch auch diese Ansätze im Hinblick auf die "Erklärung" gesellschaftlicher Entwicklung substantiell z.T. so erheblich unterscheiden, erscheint es "unzweckmässig, wenn nicht gar unmöglich (...), eine summarische Entwicklungsprognose zu versuchen" (Werle 1982, S. 10). Als wesentliches Faktum bleibt jedoch festzuhalten, daß die künftige Entwicklung des materiellen Rechts selbst auf gravierende Weise Einfluß nimmt auf den künftigen Geschäftsanfall und damit Personalbedarf der Gerichte.

5.3. Alternativen zur Justiz

Schon seit mehr als 10 Jahren wird die Diskussion über die "Alternativen zur Ziviljustiz" wieder verstärkt geführt (vgl. Blankenburg 1984, S. 9). Da es im folgenden um Fragen der Änderung der zweckmäßigen organisatorischen Einordnung von Institutionen zur Konfliktlösung geht, ist damit der direkte Zusammenhang zum Bedarf an öffentlichen Ressourcen - im Kontext der vorliegenden Untersuchung: zum Bedarf an menschlicher Arbeitskraft innerhalb der Justizverwaltungen - zur gerichtlichen Konfliktregelung offenbar.

Ausgangspunkt der Forderung nach einem Ausbau der Formen prä- und extraforensischer Streitregelung (vgl. Röhl 1982, S. 15) waren zunächst auf qualitativer Ebene die Grenzen

der Konfliktregelung durch die Gerichte, sowie die Entfremdungserlebnisse der Konfliktparteien. "Im 'verrechtlichten' Konflikt wird die soziale Realität auf den rechtlich erheblichen Sachverhalt reduziert, so daß der Streitgegenstand oft nicht das eigentliche Konfliktthema bildet" (Strempel 1984, S. 115). Dieser funktionale Ansatz kritisiert im wesentlichen, daß die justizielle Form der Konfliktregelung vielfach unbefriedigende Ergebnisse zeigt, weil dem Gerichtsverfahren durch seine rechtsstaatlich geforderte Förmlichkeit und durch die Bindung des Richters an materielles Recht sehr enge Grenzen gezogen sind, die eine befriedigende Konfliktlösung verhindern können (vgl. Röhl 1982, S. 20). "An die Kritik dieser Situation knüpft sich bei vielen die Vorstellung, daß eine größere Flexibilität bei der Auswahl der Lösungen auch eine effektivere Konfliktregelung ermöglichen könnte " (ebd.). Darüber hinaus werden der Ausgleich oder Abbau von Zugangs- und Erfolgsbarrieren, ein stärkerer Zukunftsbezug der Ergebnisse, freiere unverzerrte Kommunikation, größere Beeinflußbarkeit des Konfliktgeschehens durch die unmittelbar Beteiligten, stärkere Sachnähe und erhöhte Laienbeteiligung als qualitative Motive der Förderung von Alternativen zur Justiz aufgeführt (vgl. für viele: Prütting 1985, S. 262 f.).

Wesentlicher quantitativer Ausgangspunkt für Publizität und praktische Bedeutung der Thematik ist jedoch, neben den rechtssoziologischen Aspekten, das technokratische Ziel der Entlastung der Gerichte von Fällen, in denen eine richterliche Streitentscheidung nicht erforderlich ist (vgl. Strempel 1984, S. 15, so auch Prütting 1985, S. 263; Röhl 1982, S. 17). Dieses Ziel genießt in seiner politischen Dimension hohe Priorität. ("Zur weiteren Entlastung der Gerichte sollen die Möglichkeiten für eine vorgerichtliche Schlichtung mehr genutzt werden", Bulletin 1983, S. 405)

Denkbar sind solche Alternativen zur Justiz in allen Bereichen der streitigen Gerichtsbarkeit der ordentlichen Gerichte in Form von:

- Schiedsgerichtsbarkeiten
- Schiedsgutachten
- Schiedsmännern
- Öffentlichen Rechtsauskunftsstellen
- Schlichtungsstellen für Verbraucherbeschwerden und Mietrecht
- Sühneverfahren im Strafrecht

Die praktische Bedeutung der gegenwärtigen Entlastung der Gerichte durch die forciert angestrebte außergerichtliche Konfliktbeilegung ist jedoch eher gering mit z.T. noch rückläufiger Tendenz. Dazu einige Beispiele:

- beantragte Sühneverfahren in Strafsachen (für Hamburg):

1947	5.900
1982	271
1984	190

- Anzahl ehrenamtlicher Schiedsmänner (für Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein):

1965	8.695
1984	3.859

- Anträge auf Sühneverhandlung in Strafsachen

1965	51.233
1984	21.595

- Schiedsfälle in Zivilsachen

1965	1.260
1984	1.447

(Zahlen nach: Neumann 1986, S. 287, in der Tendenz ähnlich: die Daten nach Siegel 1982, S. 58 f.)

Die bislang sich durch alternative Konfliktlösungsformen, abzeichnende Entlastung der ordentlichen Gerichte muß somit sehr zurückhaltend beurteilt werden.

Das anhaltende politische Interesse an einer Entlastung der Gerichte und hierzu ergriffene Initiativen (vgl. den Beschluß der Konferenz der Justizminister der Länder vom Juni 1983: "Die Justizminister und -senatoren werden weiterhin die Möglichkeit einer Verbesserung des Angebots an Schieds- und Schlichtungsstellen mit dem Ziel einer verstärkten außergerichtlichen Beilegung von Konflikten prüfen" - zitiert nach Strempele 1984, S. 116) lassen jedoch den Ausbau einer solchen entstaatlichten Konfliktregelung auf längere Frist durchaus möglich werden.

5.4. Alternativen in der Justiz - Die Ausdifferenzierung von Verfahren

Für den gesamten Bereich der Justiz wird die These der Ausdifferenzierung von Verfahren (vgl. Blankenburg 1983, S. 134) postuliert.

Die These bezieht sich zum einen auf die real beobachtbare Erfahrung der Ausdifferenzierung als "durchgängige Tendenz unserer Rechtsentwicklung" (ebd.), zum anderen jedoch auch auf das normative Programm, daß eine Ausdifferenzierung von Verfahren nach der "Art von Konflikten und damit nach Rechtsbereichen nötig ist" (ebd.).

Begründet wird dieses Programm mit der Forderung nach der "Adäquanz von Konflikt und Verfahren" (a.a.O., S. 140), daß also Institution und Verfahrensweise der gerichtlichen Konfliktlösung orientiert sein müssen an der Funktion, welche das Gerichtsverfahren für die einzelnen Parteien hat. Abbildung 37 zeigt solche Funktionen (ungefähre Anteilswerte nach Blankenburg et al. 1982, S. 29 - 39):

Abb. 37: Funktionen von Gerichtsverfahren für die Parteien

		Verfahrensziele der Parteien	
		einverständlich 17%	strittig 82%
Vorher- sehbar- keit d. Ergeb- nisses	sicher	quasi-notariell 6% (z.B.: einver- ständl. Scheidung)	Rechtsdurchsetz. 60% (z.B.: Geldforderung Versäumn.urt.)
	un- sicher	Vermittlung 11% (z.B.: Prozeß- vergleich)	Richten 22% (z.B.: Streitig. Urteil)

Die geforderte Ausdifferenzierung von Verfahren kann somit erfolgen durch die Förderung und den Ausbau:

- vorgerichtlicher Verfahren und Vorverfahren
- von Spezialgerichtsbarkeiten
- der Möglichkeit kollektiver Interessenverfolgung
- der Möglichkeit des Zugangs zu den Gerichten.

Alle Instrumente dieser Ausdifferenzierung von Verfahren zielen mit auf das Entstehen und die Bewältigung gerichtlichen Arbeitsanfalls. Menge und Qualität dieses Arbeitsanfalls bestimmen über neuzugehende Verfahren und über den personellen Aufwand zu ihrer Bewältigung, den Bedarf an Personal hierfür.

Alternative Konfliktregelungsformen innerhalb der Justiz

Die Alternativediskussion der Justiz kann nicht reduziert werden auf die Suche nach Alternativen in Form außergerichtlicher Konfliktlösungsinstanzen. Gleichzeitig ist Thema dieser Diskussion die Suche nach alternativen Kon-

fliktbewältigungsstrategien innerhalb der Institutionen staatlicher Justiz. Im Vordergrund stehen hier die Förderung von:

- Prozeßvergleich als Alternative zum Urteil
- Güteverfahren
- Überlegungen zu vereinfachten Verfahren für geringfügige Streitigkeiten

(vgl. hierzu: Blankenburg/Gottwald/Strempele 1982, S. 145 - 204).

Besondere Bedeutung kommt hier insbesondere dem Prozeßvergleich zu, da "gegenüber streitigen Urteilen (...) Vergleiche (...) mit geringerer Verfahrensdauer, mit geringerem Arbeitsaufwand besonders für den Richter und teilweise auch mit weniger Kosten für die Parteien verbunden (sind - Erg. d. Verf.)" (Schönholz 1982, S. 153).

Das aus der Sicht der Alternativendiskussion zunächst fast durchgängig erkenntnisleitende, theoretische, rechtssoziologisch geprägte Interesse an konsensualen Formen der Streitregelung, wie Vermittlung und Schlichtung (vgl. Röhl 1983, S. 12), wird insbesondere in der Justizpraxis überlagert durch ein Interesse am Prozeßvergleich "als Mittel der Ressourceneinsparung" (Hendel 1983, S. 126). So "spielt heute der Vergleich für das 'Zeitbudget des Richters' eine maßgebliche Rolle" (ebd., so auch: Rudolph 1983, S. 35), da insbesondere langwierige Beweiserhebungen und die Abfassung des Urteils entfallen können. Ein Blick in die Statistik muß jedoch zu einer zurückhaltenden Beurteilung derartiger verfahrensbezogener "Rationalisierungspotentiale" führen: die absolute Anzahl an geschlossenen Vergleichen bewegt sich weitgehend parallel zu der Anzahl aller erledigten Verfahren. (Vgl. hierzu Tab. 47).

Tab. 47: Prozentualer Anteil der Prozeßvergleiche (V) und streitigen Urteile (U) an Amts-, Land- und Oberlandesgerichten

	Amtsger. 1. Inst.		Landger. 1. Inst.		Landger. Beruf.i.		Oberl.ger Beruf.inst.	
	U	V	U	V	U	V	U	V
1971	22,1	10,7	30,7	19,2	56,7	13,7	52,7	21,3
1972	24,4	10,9	31,0	19,0	56,9	14,1	53,5	20,7
1973	24,3	10,5	30,8	18,2	57,6	14,4	53,3	20,5
1974	23,9	9,9	29,7	16,7	57,6	13,6	53,5	19,0
1975	26,3	10,7	32,2	16,6	55,7	14,2	51,7	19,2
1976	28,8	10,9	34,1	18,1	55,5	14,4	51,9	19,4
1977	29,2	10,9	32,7	18,3	55,1	14,4	52,0	19,3
1978	28,4	10,6	31,3	19,3	56,7	14,2	52,5	19,9
1979	29,1	10,5	31,9	19,0	56,8	14,2	53,3	18,8
1980	29,7	10,3	32,0	18,4	57,7	13,5	52,8	17,8
1981	30,0	9,5	31,4	17,1	56,9	12,9	52,4	17,0

(Quelle: Flenz/Gottwald/Wedekind 1983, S. 284 f., vgl. auch: Röhl 1983, S. 18 und 20)

Die Vergleichsquoten unterscheiden sich nach Gerichtszweig und Instanz, sind aber im wesentlichen im Zeitverlauf sehr stabil bis leicht rückgängig. Regionale Unterschiede sind hierbei sehr viel stärker als die Veränderung aggregierter Werte im Zeitablauf.

Da davon auszugehen ist, daß das Erreichen eines Prozeßvergleichs ganz wesentlich von der Konsensfähigkeit der Parteien und den Fähigkeiten und dem Verfahrensstil des Richters (vgl. Rudolph 1983, S. 35) abhängt und sich damit einer Beeinflussbarkeit durch Gesetzgebung und Justizverwaltung weitgehend entzieht (vgl. Herbst 1983, S. 42), erscheint es für die Zukunft als eher unwahrscheinlich, daß auf hoch aggregiertem Niveau eine wesentliche Steigerung von Vergleichsraten auf die kurze bis mittlere Frist erzielt werden kann.

Die gesetzliche Möglichkeit der Streitschlichtung ist auch schon gegenwärtig durch § 279 I ZPO prinzipiell als gleichwertiges Mittel der Konfliktbewältigung in allen zivilrechtlichen Verfahren anerkannt. Da eine weitere verfahrensrechtliche Regelung des gerichtlichen Vergleichs über den § 279 ZPO hinaus nicht angestrebt - und wohl auch nicht zweckmäßig (vgl. Rudolph 1983, S. 38) - ist, sind die Möglichkeiten der gesetzesmäßigen Förderung solcher Prozeßvergleiche gegenwärtig weitgehend ausgeschöpft.

Ebenso wie für den Prozeßvergleich bildet § 279 ZPO auch die prozeßrechtliche Grundlage für die gütliche Beilegung eines Rechtsstreits oder einzelner Streitpunkte eines solchen. Mit der Vereinfachungsnovelle (vgl. Gesetz zur Vereinfachung und Beschleunigung gerichtlicher Verfahren vom 3.12.1976 - BGBl. I, S. 3281) wurde aus der "Kann"-Vorschrift des alten § 296 ZPO die "Sollens"-Vorschrift des § 279 ZPO, nach der das Gericht "in jeder Lage des Verfahrens auf eine gütliche Beilegung von Rechtsstreitigkeiten bedacht sein 'soll'" (Schuster 1982, S. 193). Die Einführung obligatorischer Güteverfahren ist jedoch in jüngerer Zeit nicht mehr ernsthaft erwogen worden (vgl. ebd.).

Überlegungen zu vereinfachten Verfahren für geringfügige Streitigkeiten (vgl. hierzu Wassermann 1982, S. 203 f.), sogenannte Bagatellverfahren, gegen die auch das Rechtsmittel der Berufung nicht vorgesehen wäre (a.a.O., S. 204), sind hier ebenfalls zu nennen. Die Konkretisierung solcher Vereinfachungsansätze ist jedoch gegenwärtig nicht weit fortgeschritten.

Alternative Konfliktregelungsformen innerhalb der Justiz werden in ihren vielfältigen Formen schon seit geraumer Zeit diskutiert. Sie haben jedoch bislang - soweit aus der Justizstatistik ersichtlich - noch keine grundlegende Neuorientierung oder graduell erkennbare Auswirkungen auf

die gerichtliche Praxis der Konfliktregelung bewirkt. Spürbare Veränderungen des Personalbedarfs oder Entlastungseffekte der Gerichte scheinen damit gegenwärtig und für die nähere Zukunft wenig wahrscheinlich.

5.5. Die Hartnäckigkeit der Prozeßparteien

Die Hartnäckigkeit (zur Definition derselben: vgl. Blankenburg/Adams 1983, S. 358), mit welcher Prozeßparteien ihre Interessen innerhalb bei Gericht anhängig gewordener Verfahren vertreten, beeinflußt direkt auch die für den einzelnen Fall aufzuwendenden personellen Kapazitäten.

Ein zentraler Aspekt dieser Hartnäckigkeit der Prozeßparteien ist deren Inanspruchnahme von Rechtsmitteln gegen ergangene Urteile. Bezogen auf das Bundesland Bayern sind ca. 22% aller Richter, 12% aller Beschäftigten im mittleren Dienst und gut 1% aller Beamten im gehobenen Dienst in den Rechtsmittelinstanzen der Land- und Oberlandesgerichte beschäftigt. Die Entwicklung der Inanspruchnahme von Rechtsmitteln am zentralen Beispiel der Berufung auf der Ebene der Bundesrepublik zeigt Tabelle 48.

Tab. 48: Verhältnismäßige Häufigkeit der Berufung in Zivilsachen

Auf je 1000 Eingänge, ab 1971 je 1000 erledigte Zivilprozesse in erster Instanz entfielen eingegangene Berufungen bei

	Landgerichte	ohne Ehe-/Kindsch. Fam.sachen	Oberlandesgerichten in Kindsch. sachen	in Ehe-/Fam.sachen incl. Beschwerden
1960	49		125	
1965	43		138	
1970	47		109	
1971	53	145	32	36
1972	59	146	49	31
1973	57	145	60	28
1974	60	135	62	27
1975	55	150	65	27
1976	62	164	61	26
1977	67	150	52	122
1978	62	151	48	67
1979	64	150	47	65
1980	66	149	43	59
1981	68	145	32	57
1982	67	-	-	-
1983	62	-	-	-
1984	68	-	-	-
1985	69	-	-	-

Tab. 48: Verhältnismäßige Häufigkeit der Berufung in Zivilsachen; Fortsetzung

Auf je 1000 streitige Urteile in erster Instanz entfielen eingegangene Berufungen bei

	Landgerichten	Oberlandesgerichten		
		ohne Ehe-/Kindsch. Fam.sachen	in Kindsch. sachen	in Ehe-/Fam.sachen incl. Beschwerden
1970	248	498	59	58
1971	254	487	65	50
1972	257	479	87	43
1973	249	474	105	40
1974	267	458	110	38
1975	222	471	109	37
1976	227	490	102	35
1977	241	468	87	262
1978	230	490	82	146
1979	231	480	79	115
1980	234	479	70	100
1981	236	477	50	96
1982	231	-	-	-
1983	216	-	-	-
1984	233	-	-	-
1985	240	-	-	-

(Quelle: Schuster/Siebert 1985, S. 386 f., ab 1982 eigene Berechnungen)

Auf seit zehn Jahren mit kleineren Schwankungen relativ konstantem Niveau wird rund jedes vierte streiterledigende Amtsgerichtsurteil durch Berufung beim Landgericht angefochten. Sogar etwa jedes zweite streitige erstinstanzliche Landgerichtsurteil wird vor den Oberlandesgerichten angefochten.

Diese auch im übernationalen Vergleich sehr hohen Raten (vgl. Blankenburg 1986, S. 210; Gottwald 1985, S. 295) haben zur Diskussion der Problematik unter dem Stichwort der "Instanzenlosigkeit" (vgl. Zeidler 1983, S. 253) geführt.

Neben externen Faktoren scheint diese extensive Nutzung der Rechtsmittel in der Bundesrepublik auch Folge des bislang vorherrschenden Rechtsmittelgrundverständnisses zu sein (vgl. soweit und im folgenden: Gilles 1985, S. 12 f.): "Der Rechtsstreit bildet über alle Instanzen hinweg eine Einheit (Hervorhebung des Verfassers) mit dem nämlichen Verfahrenszweck, dem nämlichen Verhandlungs- und Entscheidungsgegenstand und den nämlichen prozessualen und materiellen Erfolgsvoraussetzungen in allen Instanzen (...)".

Damit verbindet sich die bildhafte Vorstellung, daß sich jenes einheitliche Verfahren - ungehindert durch das als "unverbindliches Provisorium, als bloß vorläufiger Akt" oder als ein noch unwirksamer "Entscheidungsversuch" qualifizierte vorinstanzliche Urteil (...) stufenweise auf die noch zu fällende eigentliche und endgültige Entscheidung zubewegen."

Im Gefolge anschwellender Rechtsmittel- und Prozeßzahlen werden nun innerhalb der Justizpraxis und Ministerialbürokratie sehr viel restriktivere Rechtsmittelkonzeptionen diskutiert (vgl. z.B. Zeidler 1983, S. 254 f.). Solche restriktiveren Ansätze ließen sich auch weitgehend in veränderte prozeßrechtliche Normen umsetzen, da nach herrschender Rechtsmeinung und Auffassung des Bundesverfassungsgerichts weder eine Verpflichtung des Staates zur Gewährung irgendwelcher Rechtsmittel noch ein Grundrecht des Einzelnen auf irgendwelche Rechtsmittel besteht (vgl. Gilles 1985, S. 22). Selbst radikale Rechtsmittelreformen haben damit nicht Verfassungsrang, sondern sind Sache allein des einfachen Gesetzgebers.

Hier ist eine weite Palette formeller prozeßrechtlicher Möglichkeiten der Rechtsmittelbeschränkung verfügbar (vgl. Gottwald 1985, S. 296 - 308), wie z.B.: starke Erhöhung der Wertgrenzen, Übergang zu reinen Bewertungsschranken, inhaltliche Rechtsmittelbeschränkungen, Beschränkung durch

Rechtsmittelkosten, Verkürzung der Rechtsmittelfristen, etc.

Die Durchsetzbarkeit solcher - zumindest möglicherweise - massiver Reformen erscheint jedoch problematisch, weil sie zum einen den "subjektiven Rechtsschutz verkürzen" (Gottwald 1985, S. 295), zum zweiten auch auf den Widerstand der tangierten Verbände trifft (vgl. Gilles 1985, S. 22).

Dennoch ist eine Beeinflussung der Anzahl eingelegter Rechtsmittel, zunächst nur über veränderte Normen kurzfristig steuerbar, da die prinzipielle Neigung zur Einlegung von Rechtsmitteln durch die betroffenen Streitparteien durch ein großes Maß relativer Stabilität gekennzeichnet ist (vgl. hierzu oben Tab. 48).

Die politische bzw. rechtliche Beeinflussung von Rechtsmittelquoten ist jedoch nicht nur auf direktem Wege, d.h. durch die "Rationalisierung" bzw. "Rationierung" (vgl. Gilles 1985, S. 20 f.) des Rechtswegs möglich, sondern kann auch indirekt erfolgen durch die forcierte Förderung justizieller Streitbeilegungsformen - wie z.B. des gerichtlichen Vergleichs -, gegen die das Einlegen insbesondere einer Berufung gar nicht möglich ist. Mit anderen Worten: sinkt die Quote an streitigen Urteilen, so sinkt c.p. auch die Anzahl anhängig werdender Rechtsmittel. Angesprochen ist damit die gesamte Palette der Formen und Verfahren alternativer gerichtlicher Konfliktregelung (vgl. hierzu: Blankenburg/Gottwald/Strempel 1982).

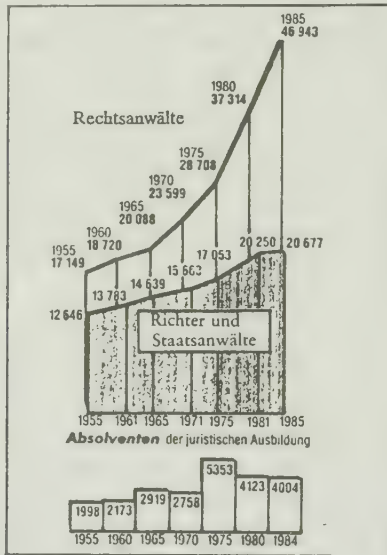
Auch der Steuerung des rechtsmittelabhängigen Personalbedarfs kommt damit in einem langfristig ausgelegten Personalplanungsmodell eine wichtige Bedeutung zu.

5.6. Die Juristen

Ganz wesentlicher Teil des Rechtssystems sind die Juristen selbst. Innerhalb dieser Berufsgruppe der Juristen mit

Hochschulausbildung, ist ein enormes Wachstum zu konstatieren (vgl. Abb. 38).

Abb. 38: Anzahl der Juristen in der Bundesrepublik



(Quelle: SPIEGEL Nr. 21/1985, S. 168)

Dieses gegenwärtige Wachstum der Berufsgruppe der Juristen vollzieht sich aufgrund der restriktiven Einstellungspolitik der Länder und des Bundes, zum größten Teil in den freien rechtsberatenden Berufen. Es lassen sich hier sehr drastische Periodenvergleiche anstellen: "Der Zuwachs des einen Jahres 1983 (3.037) übertrifft den des Jahrzehnts von 1955 bis 1965 (2.939). Oder: Ein Zuwachs von 10.000 Anwälten brauchte ab 1952 21 Jahre. Im Zeitraum von 1980 bis 1984 bedurfte es dazu weniger als 5 Jahre (...)" (Gellner 1985, S. 181).

Die Studienanfängerzahlen weisen darüber hinaus darauf hin, daß dieses starke Wachstum der Beschäftigtengruppe noch einige Zeit anhalten wird. Aufgrund der Zahlen der bestan-

denen Referendarexamen, der in Ausbildung befindlichen Referendare, der Erfolgsquote des zweiten Staatsexamens und der geringen Aufnahmekapazität der anderen Bereiche wird für die kommenden Jahre mit einem Zuwachs an Rechtsanwälten von 3.000 - 5.500 pro Jahr gerechnet (vgl. Gellner 1985, S. 181). Danach wäre bis zum Jahr 1995 mit ca. 80.000 Rechtsanwälten zu rechnen. Dem starken Ansteigen der Rechtsanwaltsdichte (Rechtsanwälte pro Bevölkerung) steht gegenwärtig ein fortschreitendes Absinken der Durchschnittseinkommen von - insbesondere neu zugelassenen - Rechtsanwälten gegenüber.

Bezogen auf den Arbeitsanfall der Gerichte und, daraus resultierend, den Personalbedarf der Gerichte stellt sich damit die elementare Frage, welche Funktion dem Rechtsanwalt im Prozeß der "Mobilisierung von Recht" zukommt.

Der großen und zunehmenden Zahl der Rechtsanwälte steht weithin Unkenntnis über deren - verallgemeinerbare - Funktion im Rechtssystem gegenüber (vgl. Strempel 1986, S. 75). Es stehen hier weithin ungeprüfte und konträre Hypothesen im Raum:

"Je mehr Anwälte es gibt, desto mehr rechtliche Probleme treten auf!" (Dahrendorf 1985, S. 20)

"Prozeßverhütung durch Rechtsanwälte im Wege außergerichtlicher Streitbeilegung" (Strempel 1986, S. 75) kann die Geschäftsanfallzahlen der Gerichte verringern.

Die sekundärstatistische Analyse kann hier aufgrund der vielfältigen Beziehungen der einzelnen Systemelemente untereinander keine tragfähigen Aussagen liefern.

Die potentiell prozeßverhütenden Effekte rechtsanwaltlicher Tätigkeit sind eben gerade nicht aus der offiziellen Justizstatistik ableitbar. Denn der Gang zum Gericht ist ja vorläufiger Endpunkt eines Prozesses der Konflikteskalation

und Thematisierung von Recht (vgl. Blankenburg 1980, S. 46), in welchem anwaltliches Wirken erfolgen kann. Die Anzahl nicht entstandener Prozesse ist nicht erfaßbar.

Das gegenwärtige und anhaltende starke Wachstum der Dichte des Leistungsangebots anwaltlicher Rechtsberatung kann jedoch durchaus zu einer verstärkten Nachfrage dieser Leistung von seiten der Konfliktparteien führen. Ein Potential solcher bislang häufig nicht artikulierter Nachfrage nach Rechtsberatung, das durch ein erhöhtes Angebot mobilisiert werden könnte, scheint hier durchaus vorhanden. So gaben bei einer für die Bundesrepublik repräsentativen Studie bezüglich der Konfliktfelder Verbraucherrecht, Mietrecht und Arbeitsrecht nur "zwischen 3% und 7% der Betroffenen an," im Falle eines rechtlich relevanten Konfliktes "eine Rechtsberatung aufgesucht" (Blankenburg ebd.) zu haben.

Die Konsequenzen der verstärkten Aktivierung von Rechtskompetenz im Vorfeld gerichtlicher Konfliktaustragung sind jedoch nicht eindeutig bestimmbar. Widerlegt werden kann jedoch die Behauptung, daß Anwälte aus kurzfristigen Gewinnmaximierungsüberlegungen heraus prinzipiell "prozeßtreibend" handelten. Denn "der Anwalt, der eine Streitsache durch Erörterung und Verhandlung mit der Gegenseite zu einem außergerichtlichen Vergleich führt, verdient nach dem gleichen Streitwert die gleichen Gebühren wie im Prozeß" (Bandisch 1982, S. 42). Bei längerfristig angelegten Überlegungen wird es ohnehin aus der Sicht des Anwalts klüger sein, "vor Beginn des Prozesses abzuraten, als nach einem verlorenen Prozeß eine Enttäuschung ausräumen zu müssen" (Blankenburg/Blankenburg/Morasch 1985, S. 85). Ein Blick auf die Verteilung der Anwaltsvertretung der Parteien stützt diese Vermutung, da ein Großteil der anwaltlichen Klientel sich aus juristischen Personen und Geschäftsleuten rekrutiert, die durch ihre Geschäftsbeziehungen öfters in Rechtsstreitigkeiten verwickelt werden (vgl. a.a.O., S. 86)

und damit für den Anwalt auch in besonderem Maße eine potentiell ständige Klientel darstellen.

Die Tatsache der Anwaltsvertretung der Parteien vor dem Amtsgericht kann über die Entscheidung, überhaupt den Rechtsweg zu beschreiten hinaus auch Konsequenzen haben für die Hartnäckigkeit des Versuchs der Rechtsdurchsetzung (vgl. hierzu Tab. 49 und 50).

Tab. 49: Erledigungsart und Anwaltsvertretung in Prozent

Durch Anwalt vertreten	Art der Erledigung			%	abs.
	vorzeitig	Vergleich	Streit.Urt.		
Beide Parteien	29	29	42	100	115
Nur Kläger	80	8	12	100	157
Nur Beklagte	79	9	12	100	34
Keine Partei	85	8	7	100	183
Insgesamt					489

Quelle: Blankenburg/Blankenburg/Morasch 1985, S. 86)

Tab. 50: Berufungsquote nach Verliererpartei und Anwaltsvertretung in Prozent (Nur Streitwerte über 200,- DM)

Vertreten durch Anwalt	Verlierer in 1. Instanz	
	Kläger	Beklagter
Beide Parteien	33 (N=70)	26 (N=62)
Nur Kläger	14 (N= 7)	4 (N=62)
Nur Beklagter	- (N= 3)	33 (N= 6)
Keine Partei	- (N= 1)	- (N= 5)

(Quelle: Blankenburg/Blankenburg/Morasch 1985, S. 87)

Aus den Tabellen ergibt sich zweierlei:

- "Wenn schon in erster Instanz auf beiden Seiten Anwälte vertreten sind, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, daß das Verfahren bis zum Vergleich oder streitigen Urteil geführt wird" (ebd., S. 86).
- "In der überwiegenden Zahl der streitigen Urteile sind beide Seiten durch Anwälte vertreten, hier sind auch die Berufungsquoten am höchsten" (a.a.O., S. 87).

Auch hier sind jedoch Erklärungen mit umgekehrten Kausalitäten möglich:

- Zum einen "könnte es sein, daß die Parteien, die besonders hartnäckig um ihr Recht zu streiten gewillt sind, sich von vorneherein einen Anwalt nehmen. Aus dem selben Grund gehen sie nach einem Verlust auch eher in die Berufung".
- Zum andern könnte es "aber auch sein, daß die Anwälte eher dazu neigen, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen (...)" (ebd.).

Statistischen Untersuchungen, die zu der Klärung der vorliegenden Kausalitäten repräsentativ beitragen könnten, liegen jedoch bislang nicht vor.

Es zeigt sich somit, daß der Umfang der Verfügbarkeit juristischen "know-how's" auf Seiten der nichtforensischen Institutionen des Rechtssystems auf den Ebenen von Thematisierung, Mobilisierung und Hartnäckigkeit der Durchsetzung von Recht erheblichen Einfluß auf den Geschäftsanfall der Gerichte ausüben kann. Richtung und Ausmaß dieses Einflusses - und damit die Konsequenzen für den Personalbedarf der Gerichte - sind jedoch gegenwärtig noch nicht bestimmbar.

5.7. Der Einfluß der Rechtsschutzversicherungen

Die in jüngerer Vergangenheit stark angestiegene Anzahl der durch Rechtsschutzversicherungen abgedeckten Risiken bzw.

der abgeschlossenen Rechtsschutzversicherungsverträge bei gleichzeitigem Anstieg der Geschäftsbelastung der ordentlichen Gerichte, hat wiederholt zu der Vermutung Anlaß gegeben, das Bestehen der Rechtsschutzversicherungen habe ursächlichen Einfluß auf Ausmaß und Hartnäckigkeit der bei Gerichten anhängig werdenden Prozesse. (Zur Anzahl der abgeschlossenen Verträge, versicherten Risiken und eingetretenen Schadensfälle vgl. Tab. 51).

Tab. 51: Rechtsschutzversicherungen in der BRD

Jahr	versicherte Risiken	abgeschlossen. Verträge	im Geschäftsj. eingetretene Schäden
1971	7.273.240	-	-
1972	8.206.867	-	-
1973	9.614.327	keine Erfassung	keine Erfassung
1974	10.406.460	-	-
1975	11.962.786	-	-
1976	13.014.095	8.521.429	1.688.968
1977	14.055.689	9.115.008	1.894.027
1978	14.976.228	9.838.773	2.050.613
1979	16.082.105	10.453.047	2.173.478
1980	17.204.252	11.017.395	2.229.958
1981	18.039.553	11.509.960	2.369.172
1982	18.693.818	11.835.081	2.481.285
1983	19.335.195	12.164.556	2.567.001
1984	19.931.848	12.415.659	2.631.045

(Quelle: Mitteilungen des HUK-Verbandes, Stand:
22.5.1986)

Da das gewählte methodische Vorgehen (der sekundärstatistischen Analyse) in der vorliegenden Arbeit keine Auskunft über das Bestehen einer solchen ursächlichen Beziehung geben kann, sei im folgenden Stand und Ergebnis der diesbezüglichen wissenschaftlichen Diskussion kurz dargestellt.

Die theoretische "ökonomische Analyse des Zivilprozesses" (vgl. Adams 1981, ferner: Adams/ Blankenburg 1983, S. 353 - 362; Adams 1986, S. 212 - 225) kommt zu folgenden Ergebnissen: Grundlage des Modellansatzes ist das rationale Verhalten des Menschen, der einen Zivilprozeß nicht anstrengt, um sich oder anderen Schaden zuzufügen, sondern um seinen individuellen Nutzen zu mehren (vgl. Adams 1983, S. 354) bzw. zu maximieren (so die allgemeinen ökonomischen Grundlagen, vgl. z.B. Becker 1982). Glaubt nun eine Person einen Anspruch gegen eine andere zu besitzen, so wird sie einen Prozeß anstrengen, wenn sie glaubt, durch den Prozeß einen höheren Nutzen als in außergerichtlichen Verhandlungen erlangen zu können. Eine Rechtsschutzversicherung ermöglicht dem Versicherungsnehmer für das versicherte Rechtsgebiet das Führen des Prozesses ohne Kostenrisiko. Den wegfallenden Kosten wird nun von der Person die Wahrscheinlichkeit des Prozeßgewinns in Form potentieller Nutzenmehrung gegenübergestellt. Das Ergebnis dieses Vergleichs veranlaßt die vom Prozeßrisiko befreite Partei, ihre Bereitschaft zur außergerichtlichen Konfliktbeilegung zu verringern und mithin forciert staatliche Rechtsprechungsinstanzen anzurufen. Die theoretische Analyse führt damit zu der Annahme, Rechtsschutzversicherungen hätten eine (wohlfahrtswidrige) prozeßtreibende Wirkung (vgl. Adams 1986, S. 224).

Das entwickelte theoretische Erklärungsmodell hat den Status einer empirischen Hypothese, die an der Realität überprüft werden muß (vgl. Roehl 1986, S. 229). Zudem weist sie im Detail einige schwerwiegende theoretische Mängel auf:

- die Dynamik des Verhandlungsprozesses wird nicht erfaßt (vgl. Roehl 1986, S. 227)
- die Annahme eines feststehenden Nutzens, der zur Verteilung anstünde, ist nicht realistisch (vgl. a.a.O., S. 228)

- Erwartungswerte und Nutzenwerte des Obsiegens im Prozeß lassen sich nicht stufenlos angeben
(vgl. Schmidt 1986, S. 234; ferner Kotzorek 1986, S. 237 - 242; Blankenburg 1986, S. 242 ff.)

Die empirische Analyse dieses Zusammenhangs auf der Basis von Aktenanalysen (vgl. Blankenburg/Fiedler 1981; Adams/Blankenburg 1983, S. 357 - 359) führt jedoch zu einer sehr differenzierten Beurteilung eines möglichen Zusammenhangs. Nur ca. ein Drittel der Rechtsschutzversicherungsfälle paßt überhaupt auf das theoretische Modell. Eine Hochrechnung zeigt, daß Prozesse mit Parteien, die eine Rechtsschutzversicherung hatten, an der Gesamtzahl des Geschäftsanfalls beim

- Landgericht 2 bis 3%
- Amtsgericht ca. 6%

ausmachen (vgl. Blankenburg 1983, S. 358).

Potentiell bedeutsam ist der Einfluß der Rechtsschutzversicherten nur im Bereich der

- Verkehrsunfallsachen und
- Bußgeldsachen,

wo die Versicherten einen Anteil von 45% bzw. 50% stellen (vgl. ebd.).

Eine Befragung zeigt darüber hinaus, daß Rechtsschutzversicherte häufiger Kontakt mit Gerichten oder Rechtsanwälten aufnehmen als Nichtversicherte (vgl. Tabelle 52).

Tab. 52: Kontakte mit Gerichten/Rechtsanwälten und
Rechtsschutzversicherung (RSV)

Befragter	RSV abgeschlossen		
	allg.Fam.- RSV	nur Auto- RSV	keine RSV
	22%	11%	67%
	N= 180	88	548
Hat schon einmal Klage erhoben	28%	16%	15%
Ist schon einmal verklagt worden	21%	15%	13%
Hat beruflich mit Gericht zu tun gehabt	11%	12%	6%
Hat als Zeuge mit Gericht zu tun gehabt	38%	25%	20%
War schon einmal beim Rechtsanwalt	63%	44%	36%
War schon einmal beim Notar	28%	27%	20%

Quelle: Blankenburg 1980, S. 50

Da die Anzahl der Kontakte der Versicherten jedoch sowohl "aktiv" als auch "passiv" die der Nichtversicherten überwiegen, erscheint durchaus denkbar, daß nicht die Tatsache des Versichertseins eine Steigerung der Klage- bzw. Risikobereitschaft herbeiführt, sondern umgekehrt Rechtsschutzversicherte sich "überwiegend aus denjenigen rekrutieren, die ohnedies am ehesten Kenntnisse über und Kontakt zu Recht und juristischen Institutionen haben" ('Rekrutierungsthese'; Blankenburg 1980, S. 50).

Bezüglich der Hartnäckigkeit und Risikoneigung bei der Prozeßführung lassen sich keine Zusammenhänge zur Tatsache des Bestehens einer Rechtsschutzversicherung nachweisen:

- Rechtsschutzversicherte sind am Beispiel der Verkehrsprozesse sogar häufiger erfolgreich als Nicht-Versicherte. (Dies widerlegt die These der verstärkten Risikopräferenz Rechtsschutzversicherter.)

- Die Vergleichs- und Berufungswahrscheinlichkeit von Versicherten liegt ebenfalls nicht über der von Nicht-Versicherten.

Ein spürbarer Einfluß der wachsenden Zahl von Rechtsschutzversicherungen auf die ansteigende Zahl des Geschäftsanfalls vor Gerichten ist somit nur im Bereich des Verkehrsrechts denkbar:

- Einsprüche gegen Bußgeldbescheide und Strafbefehle bei Verkehrsvergehen kommen in ca. 50% der Fälle von Rechtsschutzversicherten vor (Zahlen für Berlin 1976).
- Der Anteil der Rechtsschutzversicherten an den Klägern in zivilgerichtlichen Prozessen nach einem Verkehrsunfall beträgt ca. 43%.
- Ca. 60% aller Autofahrer sind rechtsschutzversichert. (Zahlen nach Gottwald/von Kempsey 1983, S. 353)

Jedoch auch hier ist eine umgekehrte Kausalität denkbar, daß nämlich "vermehrte Bußgelder der Behörden die Autofahrer zum Abschluß einer Rechtsschutzversicherung motivieren" (ebd.). So kann etwa gezeigt werden (vgl. Coeppicus 1982, S. 366 - 372), daß in den vergangenen zwanzig Jahren die Anzahl der ergangenen Bußgeldbescheide einem erheblichen Anstieg unterlag, die Einspruchrate aber (mit ca. 10%) konstant geblieben ist.

Die theoretisch fundierte Hypothese der prozeßtreibenden Wirkung der Rechtsschutzversicherungen entbehrt damit gegenwärtig (noch immer) einer empirischen Bestätigung.

5.8. Mobilisierung von Recht und Barrieren für den Zugang zur Ziviljustiz

Das Ausmaß der Mobilisierung von Recht und schließlich die Inanspruchnahme der Justiz und die Barrieren auf diesem Weg

können nur als Ergebnis des Zusammenwirkens rechtlich relevanter Bedürfnisse und Konflikte der Gesellschaft (Personen und Organisationen) mit dem formalen Rechtssystem verstanden werden. Aus diesem Grund scheint eine hierauf gerichtete Betrachtung auch im Zusammenhang des Rechtssystems (- also eigentlich der "Angebotsseite" von Recht) gerechtfertigt. Nur ein sehr kleiner Teil rechtlich relevanter Problemlagen wird überhaupt einer gerichtlichen Problemlösung zugeführt (vgl. hierzu Tab. 53).

Tab. 53: Gerichtliche und außergerichtliche Lösungsversuche in drei ausgewählten Konfliktfeldern

Es haben Probleme genannt:	mit Behörden	als Verbraucher	als Mieter
insgesamt:	502	518	543
davon haben:			
- nichts unternommen und/bzw. nachgegeben	42%	26%	23%
- Kontakt mit dem Gegner aufgenommen	55%	49%	48%
- darunter mit Erfolg geeinigt	4%	16%	13%
- allgemeine Beratung aufgesucht	1%	6%	27%
- Rechtsberatung aufgesucht	8%	12%	11%
- einen Prozeß geführt	3%	2%	3%
- beim nächsten Mal würden prozessieren	13%	13%	7%

Quelle: Blankenburg 1980, S. 47

Als wesentliche Einflußfaktoren für diesen Ausleseprozeß auf der Nachfrageseite sind zu nennen:

- Kostenbarrieren
- soziale Barrieren
- psychische Barrieren
- Rechtsunkenntnis
- weitere Barrieren des Rechtssystems, wie Spezialisierung der Gerichte, Unvorhersehbarkeit der Ergebnisse etc.

(vgl. Blankenburg 1980, S. 49; Tunc 1981, S. 317 ff.)

Im Kontext der Frage nach der Entwicklung zukünftiger Geschäftsanfallszahlen und - daraus resultierend - Personalbedarfsentwicklungen für den Bereich der Justiz, sind solche bestehenden Barrieren auf der Seite der Nachfrage nach Justizleistungen zu explizieren und - soweit möglich - Auswirkungen und deren absehbaren Veränderungen in Überlegungen bezüglich möglicher künftiger Entwicklungen miteinzubeziehen.

Daß solche Barrieren vorhanden und sehr wahrscheinlich schichtspezifisch ausgeprägt sind, kann am Fall der Inanspruchnahme von Prozeßkostenhilfe gezeigt werden. Prozeßkostenhilfeprozesse werden in Familiensachen (, in denen z.T. Rechtszwang - bei der Scheidung - besteht oder Ämter als Parteien hinter der Partei die Mobilisierung justizieller Instanzen unumgänglich machen - vgl. Blankenburg 1980, S. 49) ca. zehnmal so häufig angestrengt als in Zivilprozeßsachen. Gleichzeitig wird Prozeßkostenhilfe sehr viel häufiger in Anspruch genommen. Diese Differenz läßt sich nicht ausschließlich mit der sozialen Verteilung von Konfliktlagen erklären, sondern resultiert darüber hinaus auch aus der unterschiedlichen Wirkung der Barrieren auf dem Weg zur Inanspruchnahme der Justiz.

Hauptaugenmerk soll im folgenden auf die sozialen Barrieren der Inanspruchnahme der Justiz gelegt werden. Hierbei zeigt

sich, daß die Schranken vor der Beschreitung des Rechtswegs um so höher sind, je persönlicher und komplexer die Sozialbeziehungen, aus der die Konflikte resultieren, sind. Zum anderen sind jedoch auch soziale Barrieren zu konstatieren in Form von geringer Artikulationsfertigkeit von Personen bei auftretenden Konfliktfällen. Häufig verhindert darüber hinaus eine mangelnde Kenntnis des Rechts und eigener Rechte, einen Sachverhalt überhaupt als rechtlich relevant und eigene Positionen bzw. Interessen als rechtlich durchsetzbar zu erkennen (vgl. Tunc 1981, S. 320).

Während mit der Prozeßkostenhilfe und Beratungshilfe finanzielle Barrieren wohl weitgehend abgesenkt bzw. beseitigt sind, scheinen doch solche sozialen Barrieren (noch) sehr stark wirksam zu sein. Der "Sozialbezug" solcher Barrieren und insbesondere deren Interdependenz erscheint hier als sehr stark. So zeigte sich gerade dort eine verstärkte Inanspruchnahme des "Armenrechts" (des Vorgängers der Prozeßkostenhilfe), wo geeignete institutionelle Vorkehrungen getroffen waren, auch andere soziale Schranken - zum Beispiel durch eine umfangreiche extraforensische Rechtsberatung mit vereinfachtem Zugang - abzusenken (vgl. Blankenburg 1980, S. 238).

Eine Verringerung solcher Hürden auf dem Wege der Rechtsartikulation und -durchsetzung durch eine Verbesserung der Input-Organisation (Schaffung konflikt- und klientenadäquater Anlaufstellen - vgl. Blankenburg 1982, S. 38) könnte damit c.p. durchaus zu einer verstärkten Inanspruchnahme der Justiz in solchen Bereichen führen, wo diese fakultativ und nicht zwangsläufig erfolgt.

5.9. Mobilisierung von Strafrecht

Wie im Punkt 4.1.1. angemerkt, finden sich gerade im Bereich der Straf- und Bußgeldsachen mit den Institutionen von Polizei und Staatsanwaltschaft bedeutsame "Vermittler",

die häufig erst durch ihr Tätigwerden Strafrecht mobilisieren. Da diese Institutionen im gewissen Sinne Zubringerdienste für die Justiz erfüllen, muß insbesondere für eine Längsschnittuntersuchung deren Rolle explizit in die Analyse möglicher zukünftiger Inanspruchnahme des Strafrechts und des daraus resultierenden Personalbedarfs einbezogen werden.

Kriminalität bzw. die Beanspruchung des Strafrechts ist damit nicht mehr nur eine Funktion persönlicher und gesellschaftlicher kriminogener Faktoren, sondern darüber hinaus auch eine Funktion der Intensität der Kontrolle und Wahrnehmung strafrechtlich relevanter Handlungen (vgl. hierzu im Extrem die These "Kriminalität ist ein Ergebnis von Zuschreibung" nach Filser 1983, S. 111; Pfeiffer/Schüler-Springorum 1987, S. 6).

Das, was als Kriminalitätsrate bezeichnet werden kann, ist also in hohem Maße davon abhängig, wie eng das Netz sozialer Kontrolle geknüpft ist (vgl. Brauneck 1974, S. 134), oder - mit anderen Worten - wieviel Licht durch verschärfte Anstrengung zur Kriminalitätswahrnehmung auf das Dunkelfeld bislang nicht-registrierter und - bezogen auf den Arbeitsanfall der Gerichte - nicht "geschäftsanfallswirksamer" Kriminalität gerichtet werden kann bzw. wird.

Am Beispiel der Jugendkriminalität kann nun gezeigt werden, daß durch die Bevölkerungsentwicklung (- drastischer Rückgang des Anteils Jugendlicher -) eine erhebliche Erhöhung der Dichte der sozialen Kontrolle durch Polizeibeamte, Jugendstaatsanwälte aber auch Ladendetektive herbeigeführt werden kann, wenn die Kapazitäten dieser Institutionen nicht in gleichem Umfang wie der zu erwartende Bevölkerungsrückgang abgebaut werden.

In zwei Fallstudien (vgl. hierzu Pfeiffer/Schüler-Springorum, a.a.O.) konnte deutlich festgestellt werden, daß zwischen altersspezifischer Kontrollintensität durch die Polizei und dem Umfang registrierter Bagatelldelinquenz

ein positiver Zusammenhang besteht. Für den Bereich schwerer Straftaten und Körperverletzung konnte ein solcher Zusammenhang bislang nicht aufgedeckt werden.

Insbesondere die Polizei hat "offenbar vielfältige Möglichkeiten, die Anzahl der registrierten Straftäter zu steigern. Sie kann die Zusammenarbeit mit den Kaufhäusern und den Ladendetektiven intensivieren. Sie kann die eigenen Ermittlungen in bestimmten Tatbereichen ausbauen oder darauf verzichten, anzeigewillige Bürger abzuwimmeln" (ebd.).

Das Ausmaß potentieller Wachstumsraten im Bereich des Geschäftsanfalls der Strafgerichtsbarkeit ohne zugrundeliegende Veränderung tatsächlich auftretender Kriminalität, sondern durch eine Intensivierung der sozialen Kontroll-dichte, kann schon dadurch etwas erhellt werden, daß im allgemeinen mit einem Dunkelfeld von ca. 100 Prozent - bezogen auf einzelne Delikte mit bis zu neun mal mehr Straftaten - gerechnet wird, die nicht zur Anzeige kommen oder durch amtliche Beobachtung nicht erfaßt werden (vgl. Lüderssen 1984, S. 228).

Auch durch die Staatsanwaltschaften findet ein letzter Ausleseprozeß statt durch die Entscheidung, ob Anklage erhoben wird oder nicht. "Dabei können noch einmal mehr als die Hälfte der Fälle auf der Strecke bleiben" (Lüderssen 1984, S. 228 f.). Ein statistischer Zusammenhang zwischen Arbeitsbelastung und Anklagehäufigkeit wurde hier jedoch (noch) nicht nachgewiesen.

Bei einem unkontrollierten Wirksamwerden einer solchen Erhöhung der Kontroll- und Strafverfolgungsintensität könnten somit bevölkerungsbedingte Rückgänge der Gesamtkriminalität durch die Verkleinerung bestehender Dunkelfelder (über-) kompensiert und damit nicht geschäftsanfallsreduzierend werden.

5.10. Zur modelltechnischen Implementation der Einflüsse des Rechtssystems auf den Personalbedarf der Justiz

Losgelöst von der Wirkungsrichtung der Einflüsse des Rechtssystems und dessen Veränderung seien zunächst - resultierend aus den vorangestellten Betrachtungen - die Wirkungszusammenhänge systematisiert, die eine Beeinflussung zukünftiger Personalbedarfe herbeiführen (vgl. Abb. 39) können.

Abb. 39: Zusammenhänge zwischen Rechtssystem und Personalbedarf

	Geschäfts- anfall	Rechts- mittel- häufigk.	Personal- intensi- tät
Ausdifferenzierung von Verfahren	x	x	x
Entwicklung des materiellen Rechts	x		
Einfluß d. Rechts- schutzversicherung	x	x	
Alternativen zur Justiz	x		
Hartnäckigkeit der Verfahren		x	x
Alternativen in der Justiz			x
Juristenschwemme	x	x	x
Mobilisierung und Barrieren	x		
Mobilisierung des Strafrechts	x		

x mögliche, modellmäßig realisierbare Beziehung

Diese Beziehungen zwischen Rechtssystem und Personalbedarf sind im Modell implementierbar als Multiplikatoren von Geschäftsanfall/ Rechtsmittelhäufigkeiten/ Personalbedarfs-schlüsseln, die zum Zeitpunkt t_0 (= heute) den Wert 1,0 (= 100%) annehmen und für die für die Zukunft beliebige (auch nichtstetige) Funktionen unterstellt werden können.

Knüpfen die verschiedenen Multiplikatoren innerhalb des Modells an derselben Variablen an, so sind sie auch untereinander multiplikativ verbunden und können sich somit gegenseitig kompensieren oder verstärken.

5.11. Fazit

Die große Bedeutung des Rechtssystems und seiner genannten Elemente für den Geschäftsanfall und damit auch den Personalbedarf der Gerichte steht z.T. noch immer in krassem Mißverhältnis zur geringen Kenntnis über verallgemeinerbare Wirkungsweisen der einzelnen Elemente und deren Bedingungsfaktoren.

Mit dieser Problematik einher gehen, bezogen auf die einzelnen Elemente dieses Systems, ganz unterschiedliche Grade möglicher politischer Einflußnahme und Steuerbarkeit. Auch gibt es keine einheitliche politische Steuerungsinstanz für die Beeinflussung der jeweiligen Systemelemente.

So liegt die Beeinflussung der Entwicklung des akademischen juristischen Nachwuchses nur bedingt in der Hand der Kultusministerien der Länder, der Hochschulen und Interessenverbände. Die Gestaltung rechtlicher Rahmenbedingungen ist Aufgabe der Gesetzgeber des Bundes; Verhandlungsstrategien von Richtern und Rechtsanwälten und das Geschäftsgebaren von Rechtsschutzversicherungen entziehen sich weitgehend einer politischen Einflußnahme, Ansatzpunkte zur Steuerung liegen hier im Wesentlichen in der Gestaltung rechtlicher Rahmenbedingungen.

Der Analyse der zukunftsbezogenen Änderung solcher Elemente des Rechtssystems kommt aufgrund der Unmöglichkeit statistisch abgesicherter unbedingter Prognosen deshalb eher Planspielcharakter zu.

Denkbare oder typische Entwicklungen einzelner Elemente und deren Wirkungsweise können in das Modell implementiert und auf ihre personalbedarfsbezogenen Konsequenzen hin untersucht werden. Die Analyse und Operationalisierung des Rechtssystems für das Modell zeigt die erforderlichen Ansatzpunkte auf.

Gleichzeitig kann jedoch mit der Analyse des Rechtssystems und seiner einzelnen Faktoren klar aufgezeigt werden, daß der Versuch einer langfristigen Personalbedarfsvorhersage für den Bereich der Justiz nicht zu akzeptablen Ergebnissen führen kann, wenn die mannigfaltigen Einfluß- und Gestaltungsparameter des Rechtssystems nicht explizit zu einer qualitativen Relativierung der Modellrechnungsergebnisse herangezogen werden.

6. Zukünftige Entwicklung sozioökonomischer Rahmen- daten des gerichtlichen Geschäftsanfalls

Die Entwicklungslinien und die prognostizierten zukünftigen Verläufe der betrachteten sozioökonomischen Rahmendaten des Geschäftsanfalls der Justiz werden als exogene Größen dem Personalplanungsmodell vorgegeben. Als Alternative denkbar wäre die endogene und interdependente Bestimmung der einzelnen Faktoren in einem Simulationsmodell. Diese Alternative wird jedoch aus Gründen der

- Forschungsökonomie,
- der notwendig geringeren Spezialisierung,
- der verkomplizierten Handhabbarkeit, sowie
- der schlechteren Überprüfbarkeit des Modells

nicht gewählt.

Forschungsökonomie:

Für die einzelnen Rahmendaten existiert bereits eine z.T. sogar erhebliche Anzahl von Prognosen bzw. Projektionen, die für den vorliegenden "Anwendungsfall" Verwendung finden können.

Spezialisierung:

Die benötigten Rahmendaten sollten nicht im Personalplanungsmodell selbst generiert werden, weil dies hier notwendigerweise nicht in derselben Detailliertheit, welche Spezialmodelle für den jeweiligen Zweck aufweisen, geschehen könnte und zu kurzschlüssigen Erklärungen führen müßte (vgl. Sommer 1981, S. 345 f.).

Handhabbarkeit:

Das Personalplanungsmodell soll handhabbar bleiben. Prognosen, die in das Modell eingehen, sollen auf möglichst einfache Weise an die jeweils aktuellen Erkenntnisstände angepaßt werden können. Die Implementation einer wechselseiti-

gen Interdependenz der einzelnen Faktoren würde die Korrektur von Einzelgrößen erheblich erschweren.

Überprüfbarkeit:

Eng verbunden mit dem vorhergehenden Aspekt der Handhabbarkeit ist die Notwendigkeit einer leichten Überprüfbarkeit der in das Modell eingehenden Daten und Zusammenhänge. Die Reduktion der relevanten Faktorgruppen auf projizierte Datenreihen gewährleistet am ehesten diese Überprüfbarkeit.

6.1. Bevölkerungsentwicklung

Von zentraler Bedeutung für die künftige Inanspruchnahme bzw. Belastung der ordentlichen Gerichte ist die Entwicklung von Bevölkerungsanzahl und -struktur. Die große Bedeutung dieses Faktors korrespondiert - für die Projektion des Geschäftsanfalls der Gerichte erfreulicherweise - mit einer relativ zuverlässigen Vorhersehbarkeit der zukünftigen Entwicklung.

Der kritische Punkt jeglicher Modellrechnung zur Vorausschätzung der Bevölkerungsentwicklung liegt in der Festlegung und Begründung der ihr zugrundeliegenden Annahmen.

Für die Projektion des Geschäftsanfalls der Gerichte wird im folgenden auf Bundesebene das Modell zugrunde gelegt, das von der "Arbeitsgruppe Bevölkerungsfragen" beim Statistischen Bundesamt im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren auf Basis der bis zum 11.01.1985 fortgeschriebenen Bevölkerungsdaten erstellt wurde ("BMI-Modell 1986"). Die diesem Modell in seiner Version I zugrundeliegenden Annahmen werden zunächst dargestellt und darauf in ihren Konsequenzen für die Bevölkerungsentwicklung erläutert.

Auf der Ebene des Landes Bayern wird das regionale Bevölkerungsmodell des bayerischen Staatsministeriums für Lan-

desentwicklung und Umweltfragen herangezogen, dessen Annahmen denen des Bundesmodells weitgehend ähnlich sind. (Vom Bundesmodell abweichende Annahmen sind jeweils in Klammern angefügt.)

a) Annahmen zur deutschen Bevölkerung

Geburtenhäufigkeit:

Für die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit wird Konstanz des status quo von 1984 unterstellt (1.3 Geburten je Frau, d.h. Nettoreproduktionsrate 0.604). Diese Annahme ist aufgrund der schon 10 Jahre anhaltenden relativen Stabilität dieses Wertes - bei schwach rückläufigem Trend - plausibel. (Für Bayern: Rückgang der Nettoreproduktionsrate von 0.682 (1986) auf 0.647 (1998), d.h. Anpassung an das Niveau des Bundes, ab dann Konstanz.)

Sterblichkeit:

Der ansteigende Trend der Lebenserwartung von Männern und Frauen wird in die Zukunft verlängert. Damit wird ein Absinken der altersspezifischen Sterbeziffern etwa auf das Niveau angenommen, das in verschiedenen anderen - vor allem skandinavischen - Industrieländern bereits Anfang der 80er Jahre verzeichnet wurde (vgl. hierzu Tab. 54).

Die Lebenserwartung männlicher Neugeborener würde sich aufgrund dieser Annahmen von 70,8 Jahren im Zeitraum 1982/84 bis 1995 auf 73,4 Jahre, die der weiblichen Neugeborenen von 77,5 auf 79,8 Jahre erhöhen.

Wanderungen:

Die Wanderungen der Deutschen fallen quantitativ nicht ins Gewicht. Der abnehmenden Tendenz der Zuzüge von Deutschen aus der DDR und Osteuropa steht eine weitgehende Konstanz

Tab. 54: Säuglingssterblichkeit und Lebenserwartung bei Geburt in ausgewählten Ländern

	Säuglingssterblichkeit ¹⁾		Lebenserwartung ²⁾			
	1971	1984	um 1970		um 1983	
			m	w	m	w
Belgien	19,8	10,5	67,8	74,2	70,0	76,8
Dänemark	14,2	7,7	70,7	75,9	71,5	77,5
Finnland	11,8	6,3	66,3	74,4	70,1	78,1
Niederlande	12,1	8,3	70,7	76,5	72,8	79,5
Norwegen	12,7	7,7	71,3	77,3	72,7	79,5
Österreich	25,5	11,4	66,4	73,4	69,5	76,8
Schweden	11,1	6,6	72,2	77,1	73,6	79,6
Schweiz	15,1	7,3	70,3	76,2	72,8	79,6
BRD	23,1	9,6	67,4	73,8	70,5	77,1
Japan	20,3	6,0	69,3	74,7	74,2	80,0

1) Gestorbene im 1. Lebensjahr auf 1.000 Lebendgeborene

2) in Jahren

(Quelle: Prognos 1986, S. 71)

der Fortzüge gegenüber (vgl. Tab. 55), so daß insgesamt ein abnehmender positiver Wanderungssaldo (von + 40.000 (1985) über + 20.000 (1999) auf + 10.000 (2029)) angenommen wird. (Für Bayern Fortdauer des positiven Wanderungssaldos von 19.000 auf konstantem Niveau.)

b) Annahmen zur ausländischen Bevölkerung

Geburtenhäufigkeit:

Die Geburtenhäufigkeit der ausländischen Bevölkerungsteile wird sich entsprechend dem bisherigen Trend derjenigen der deutschen Bevölkerung des Jahres 1984 bis 1999 anpassen. Danach wird gleich der deutschen Bevölkerung von einer Konstanz des Geburtenverhaltens ausgegangen (vgl. hierzu Tab. 56).

Tab. 55: Wanderungen aus der und in die Bundesrepublik
(in 1.000)

	VSP ^{*)}	Ausländer			Deutsche ²			Saldo insg.
		Zuzüge	Fort- züge	Saldo	Zuzüge	Fort- züge	Saldo	
1970		976,2	434,7	+541,5	87,2	63,1	+24,1	+565,6
1971	3,0	870,7	500,3	+370,4	85,4	55,9	+29,5	+399,9
1973 ¹	4,7	869,1	526,8	+342,3	80,7	54,8	+25,9	+368,2
1974	0,2	538,6	580,4	-41,8	78,5	56,7	+21,8	-20,0
1975	-1,5	366,9	600,3	-233,5	89,2	56,3	+32,9	-200,6
1976	5,6	387,8	515,6	-127,8	110,9	55,4	+55,5	-72,3
1977	2,7	422,9	452,2	-29,3	113,7	54,8	+58,9	+29,6
1978	3,3	456,1	405,8	+50,3	118,0	54,3	+63,7	+114,0
1979	4,0	545,2	366,1	+179,1	120,1	54,5	+65,7	+244,8
1980	1,5	631,5	385,9	+245,6	120,7	55,3	+65,4	+311,0
1981	0,0	501,1	415,5	+85,6	122,7	56,7	+66,0	+151,6
1982	-1,0	321,7	433,3	-111,6	97,9	61,8	+36,1	-75,5
1983	1,5	276,5	425,1	-148,6	95,6	64,0	+31,6	-117,0
1984	3,0	333,2	546,5	-213,2	123,2	61,8	+62,0	-151,2

*) Veränderungen des Sozialproduktes in Preisen von 1980
(Ergänz. d. Verf.)

1 : Für 1972 sind keine Daten verfügbar

2 : incl. Umsiedler aus/in DDR.

(Quelle: Prognos 1986, S. 76)

Die Sterblichkeit wird für den gesamten Modellrechnungs-
zeitraum als auf dem Niveau von 1982/84 konstant unter-
stellt.

Wanderungen:

Die Entwicklung der Wanderungszahlen der ausländischen Be-
völkerung sind von großer Bedeutung, jedoch aufgrund viel-
fältiger wirtschaftlicher und politischer Einflüsse kaum
zuverlässig kalkulierbar.

Tab. 56: Fruchtbarkeitsziffern und Nettoreproduktionsraten
in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Lebendgeborene: je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren	Nettoreproduktions- rate
INSGESAMT:		
1960	81,8	1,096
1965	85,2	1,174
1970	67,2	0,946
1971	63,9	0,900
1972	56,8	0,803
1973	51,1	0,724
1974	49,9	0,710
1975	47,6	0,679
1976	47,4	0,683
1977	45,5	0,658
1978	44,5	0,647
1979	44,3	0,649
1980	46,7	0,679
1981	46,7	0,674
1982	46,2	0,660
1983	44,2	0,625
DARUNTER AUSLÄNDER:		
1970	107,6	1,006
1975	95,2	1,097
1980	74,4	0,962
1981	70,2	0,920
1982	62,5	0,841
1983	52,9	0,715

(Quelle: Statistisches Bundesamt 1985, S. 93)

Ein Blick auf die Wanderungssaldi der ausländischen Bevölkerungsteile, die im Zeitablauf starken Schwankungen unterliegen, unterstreicht diesen Befund. Im folgenden wird aufgrund des weiteren Zustroms von Asylbewerbern, des Familiennachzugs, sowie der erweiterten Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft von einem positiven jährlichen Zuwanderungsüberschuß von jährlich 55.000 Ausländern ausgegangen. Ab dem Jahr 2010 wird dann ein ausgeglichener Wanderungssaldo unterstellt.

Auf der Grundlage dieser Annahmen ergibt sich für die Bevölkerungsentwicklung folgendes Bild:

- Die Entwicklung der absoluten Bevölkerungszahlen, gemessen in Zahlen zum 31.12. des jeweiligen Jahres, hat die Bevölkerungsanzahl des Bundes ihr Maximum im Jahre 1973 erreicht und ist seither mit einem kleinen Zwischenhoch

Abb. 40: Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren und gewichtete strafmündige Bevölkerung in der Bundesrepublik

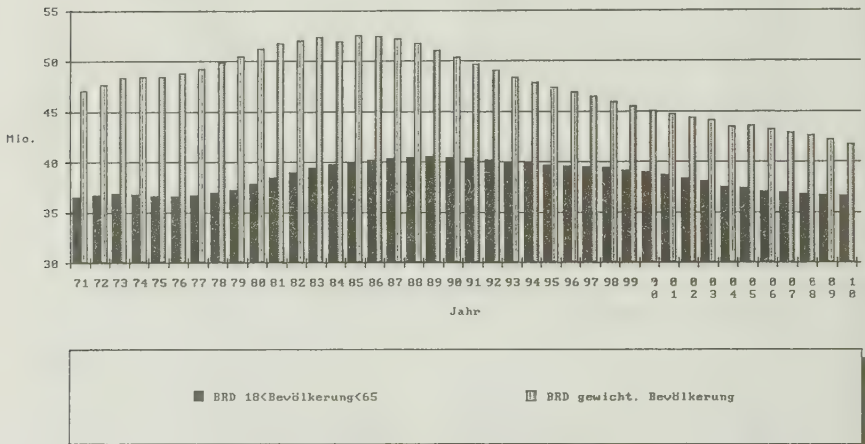
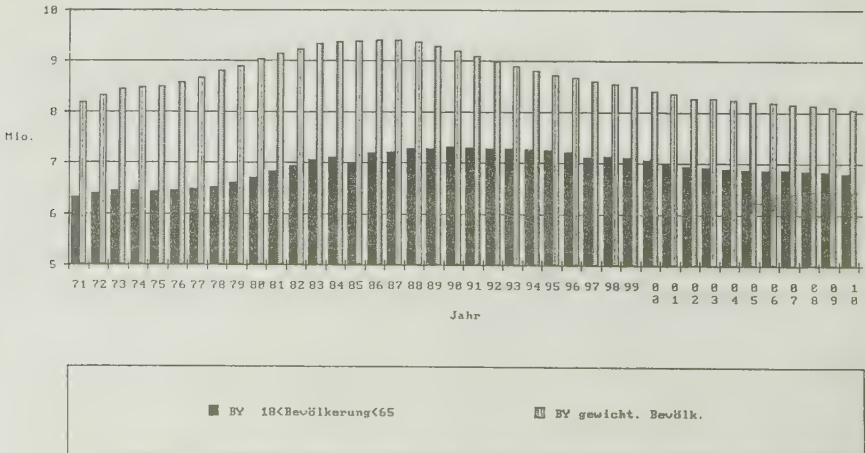


Abb. 41: Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren und gewichtete strafmündige Bevölkerung Bayerns



im Jahre 1981 rückläufig. Die zunächst schwach rückläufige Entwicklung wird sich in der Zukunft besonders durch die eintretenden Altersstruktureffekte verstärken.

Für Bayern erfolgt diese Entwicklung aufgrund anhaltender Wanderungsgewinne aus den übrigen Bundesländern und aufgrund der abweichenden Altersstruktur mit einiger Verzögerung. Die maximale Bevölkerungszahl wird hier erst Mitte der 90er Jahre erreicht.

Die für den Geschäftsanfall in Zivilsachen bedeutsame Entwicklung der Altersgruppe der 18 - 65-jährigen verdeutlicht, daß der beginnende Bevölkerungsrückgang zunächst aus einem Rückgang der jüngeren Bevölkerungsschichten resultiert.

Das Maximum der Anzahl der erwachsenen Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren wird erst in den Jahren um 1990 erreicht (vgl. Abb. 40 bzw. Abb. 41).

Zur Vorabschätzung des Geschäftsanfalls in Strafsachen wird die Anzahl der strafmündigen Bevölkerung mit der altersstrukturspezifischen Kriminalitätsbelastung des Jahres 1984 gewichtet und zum Zweck der Anschaulichkeit auf das Jahr 1985 geeicht. Damit kommt die Bedeutung der Altersstrukturveränderung der Bevölkerung und deren Konsequenz für die Entwicklung der Geschäftsbelastung der Gerichte zum Ausdruck (vgl. ebf. Abb. 40 bzw. Abb. 41).

6.2. Wertewandel

Sowohl für Zivil- als auch für Strafgerichte und deren Geschäftsanfall wird theoretisch die Relevanz des Einflusses von Werten und Normen postuliert.

Dieser Einfluß wird dabei in beiden Bereichen auf unterschiedlichen Ebenen wirksam. Im Falle der Zivilgerichte beeinflusst das Ausmaß des Vorhandenseins von Werten und Nor-

men, sowie deren Geltung und inhaltliche Definition zum einen den Prozeß des Entstehens von Konflikten und zum zweiten auch die Wahl des einzuschlagenden Weges der Konfliktlösung (vgl. Klages 1983, S. 204 u. 208). Beide Einflußbeziehungen sind darüber hinaus nicht zwingend gleichgerichtet. So kann mit der forcierten Artikulation von Konflikten sehr wohl eine "Privatisierung" der Konfliktlösung einhergehen.

Vergleichbares gilt für den Bereich des Straf- und Bußgeldrechts. Das Ausmaß der Gültigkeit von Werten und Normen und deren inhaltlichen Definitionen wirken zum einen auf die Bereitschaft zu rechtsnormwidrigem Handeln und darüber hinaus auf das Ausmaß der Bereitschaft von Seite der Privaten, rechtsnormwidriges Handeln zur Anzeige zu bringen (vgl. z.B. Kaiser 1971, S. 187, 233, 289).

Der bejahten Frage nach der prinzipiellen Relevanz von Werten und Normen für den Geschäftsanfall der Gerichte muß die Klärung der Frage folgen, ob auch im spezifischen Kontext des vorliegenden Personalplanungsmodells und seiner zeitlichen Reichweite von 25 Jahren diese Bedeutsamkeit erhalten bleibt. Mit anderen Worten: Vollzieht sich die Veränderung von Werten und Normen mit einer Geschwindigkeit, die Auswirkungen auf den Geschäftsanfall der Gerichte denkbar erscheinen läßt? Hierbei entsteht ein Definitions- bzw. Abgrenzungsproblem bezüglich der Konstrukte "Werte und Normen" und "Einstellungen" (vgl. z.B. Müller-Rommel 1983, S. 223). Als Werte und Normen sollen im folgenden Grundhaltungen verstanden werden, die ihrerseits die Basis - stets objektbezogener - Einstellungen darstellen und das Handeln in "kritischen Situationen" in bestimmte Wege leiten (vgl. hierzu ausführlicher Klages 1985, S. 9 - 11). Zieht man zur Beantwortung dieser Frage Vergangenheitsdaten heran, so zeigt sich etwa am Beispiel des Wandels grundlegender Erziehungswerte (zur Eignung von Erziehungszielen als Werte-Indikator vgl. Bargel 1979, S. 169), daß sich Wertewandel

durchaus in zeitlichen Dimensionen vollzieht bzw. vollziehen kann, die eine Relevanz des Faktors "Wertewandel" im vorliegenden Kontext bedingen (vgl. Tab. 57).

Tab. 57: Der Wandel der Erziehungswerte (bis 1976)

Auf welche Eigenschaften sollte die Erziehung der Kinder vor allem hinzielen? Gehorsam und Unterordnung, Ordnungsliebe und Fleiß oder Selbständigkeit und freier Wille?

	1951	1954	1957	1964	1967	1969	1972	1974	1976
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Selbständigkeit und freier Wille	28	28	32	31	37	45	45	53	51
Ordnungsliebe und Fleiß	41	43	48	45	48	45	37	44	41
Gehorsam und Unterordnung	25	28	25	25	25	19	14	17	10
Sonst. Antworten	5	4	3	1	3	2	1	1	-
keine Antwort	1	2	5	6	2	5	3	4	0
	100	100*	100*	100*	100*	100*	100	100*	100

* Mehrfachnennungen

(Quelle: Emnid: Informationen Nr. 6/7 1976, zitiert nach Klages 1984, S. 19)

Nach relativer Konstanz in den Vorjahren zeigt sich hier im Zeitraum zwischen 1964 und 1976 - d.h. innerhalb von 12 Jahren - eine drastische Verschiebung der Betonung insbesondere der Werte "Selbständigkeit und freier Wille" und "Gehorsam und Unterordnung". Da somit von einer sachlichen und zeitbezogenen Relevanz von Werten und Normen und deren aktuellen und zukünftigen Veränderungen im gegebenen Zusammenhang auszugehen ist, ist zu fragen, welcher Wertewan-

del gegenwärtig zu diagnostizieren ist, welche zukünftigen Entwicklungen hieraus projiziert und welche daraus resultierenden Einflüsse (in Stärke und Richtung) auf den Geschäftsanfall der Gerichte wirksam werden können.

Zwei Konzepte des Wertewandels seien diesen Überlegungen vorangestellt:

a) Inglehart's Materialismus-Postmaterialismus - Konzept

Ein "klassisches" und lange Zeit die Wertewandeldiskussion beeinflussendes Konzept findet sich in Inglehart's "The silent revolution" (vgl. Inglehart 1977). Die hier postulierte Annahme des Wandels im Wertsystem stützt sich auf zwei Haupthypothesen:

1. Mangelhypothese:

"Die Prioritäten eines Individuums reflektieren seine sozioökonomische Umwelt. Man schätzt die Dinge subjektiv am höchsten ein, die verhältnismäßig knapp sind."

2. Sozialisationshypothese:

"Das Verhältnis zwischen sozioökonomischer Umwelt und Wertprioritäten ist nicht eines der unmittelbaren Anpassung. Eine beträchtliche zeitliche Verzögerung spielt hierbei eine Rolle, da die Grundwerte einer Person zum größten Teil jene Bedingungen reflektieren, die während der Jugendzeit vorherrschten" (Inglehart 1979, S. 280).

Die Gesamtzahl persönlicher und sozialer Werte subsummiert Inglehart unter die bipolare materialistische/ postmaterialistische Hauptdimension (vgl. Abb. 42).

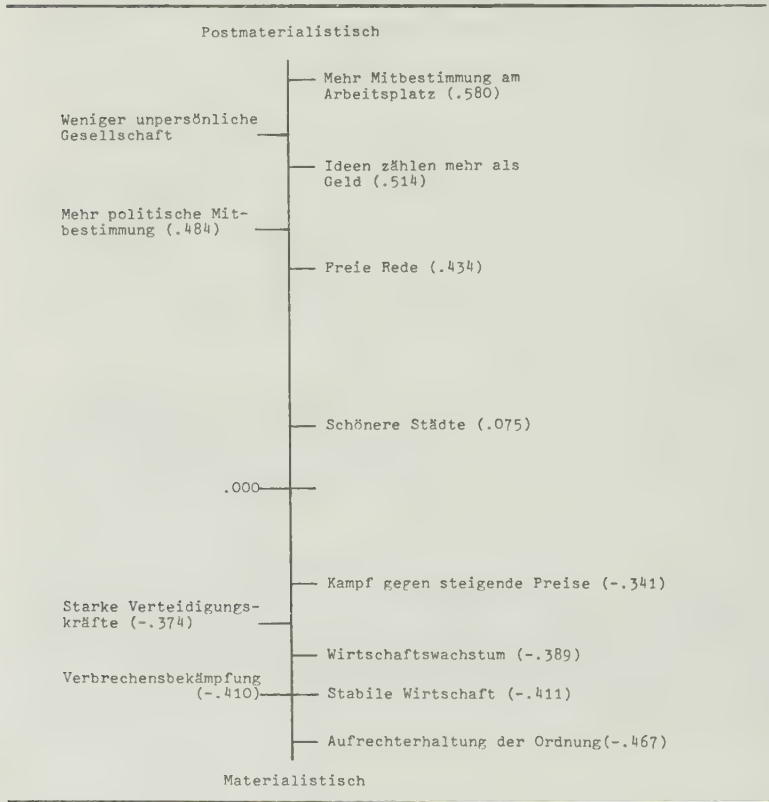
In repräsentativen Umfragen in mehreren europäischen Ländern wurden die Probanden gemäß der Nennung ihrer Wertkomponenten zu Materialisten, Postmaterialisten und nicht-eindeutigen Werttypen zusammengefaßt. Dabei zeigt sich, daß

insbesondere zwischen dem demographischen Merkmal "Lebensalter" und dem Werttyp eine statistische Beziehung besteht. Daraus folgert Inglehart, daß "die jüngeren Befragten in diesen Ländern relativ postmaterialistisch eingestellt sind, weil sie ihre formativen Jahre (d.h. die ersten 20 Lebensjahre) unter Bedingungen relativ großer wirtschaftlicher Sicherheit verbracht haben" (a.a.O., S. 297).

Dieser Lebensaltereffekt wird damit nicht als Lebenszykluseinfluß (- in der Jugend herrschen eben andere Werte vor als in "reiferen Jahren" -) interpretiert, sondern als Konsequenz unterschiedlicher, primär ökonomischer, Sozialisationsbedingungen, "da die relative Größe des Generationenunterschieds den Grad des ökonomischen Wandels in einem bestimmten Land widerspiegeln" (a.a.O., S. 297).

Die weitgehende Negation eines Lebenszykluseffektes impliziert somit die Behauptung eines fortschreitenden Wertewandels aufgrund der vorherrschenden relativen ökonomischen Prosperität während der formativen Phase immer größerer Bevölkerungsteile. Der Wertewandel ist damit in Geschwindigkeit und Umfang aufgrund der relativ genau vorhersehbaren Bevölkerungsentwicklung weitgehend vordeterminiert. Postmaterialistische Werte, wie das Streben nach der Befriedigung sozialer Bedürfnisse und Selbstverwirklichung gewinnen danach in zunehmendem Maße gesellschaftliches Gewicht.

Abb. 42: Items und Hauptdimensionen der Inglehart'schen Wertskala



Quelle: Inglehart 1979, S. 287

b) Klages' zweidimensionale Analyse:

Pflicht- und Akzeptanz versus Selbstentfaltungswerte

Ansetzend bei der Kritik an Inglehart's Eindimensionalität des Wertegefüges und basierend auf eigenen Analysen postuliert Klages die Existenz eines zweidimensionalen Wertesystems mit den Polen "Selbstzwang und Selbstkontrolle" auf der einen und "Selbstentfaltung" auf der anderen, von der ersten weitgehend unabhängigen, Dimension (vgl. Klages 1985, S. 22).

Pflicht- und Akzeptanzwerte und Selbstentfaltungswerte stehen zwar tendenziell in einer negativen Beziehung zueinander, im Einzelfall sind jedoch durchaus "positive" Beziehungen möglich (vgl. ebd. S. 23).

Die Abfolge des Wertewandels im Zeitablauf sieht Klages durch drei Phasen charakterisiert:

"1. Phase (bis Anfang/Mitte der 60er Jahre):

Vorherrschen verhältnismäßig deutlich ausgeprägter Pflicht- und Akzeptanzwerte, die teilweise sogar ein Wachstum zur Schau stellen;

2. Phase (bis Mitte der 70er Jahre):

Phase eines deutlichen Abbaus der Pflicht- und Akzeptanzwerte bei gleichzeitiger Expansion von Selbstentfaltungswerten;

3. Phase (seitdem bis heute):

Stagnation der Wertwandlungsbewegung bei verhältnismäßig hoher Instabilität ("Schwankung") der Wertbezüge der Menschen (oder zumindest sehr zahlreicher Menschen)" (a.a.O., S. 21 f.)

Überraschend scheint damit insbesondere die Annahme, daß "der aktuelle Wertwandlungstrend (...) inzwischen zu einem Abschluß gekommen ist" (a.a.O., S. 20).

Die Annahme des Abschlusses der vorangehenden Wertwandelprozesse und der Befund eines gegenwärtig sehr facettenrei-

chen und relativ instabilen Wertgefüges erschwert die für ein Planungsmodell notwendige Vorhersage künftiger Wertentwicklungen erheblich. Die "Umweltoffenheit" - d.h. die zumindest teilweise gegebene Abhängigkeit der Wertorientierungen von externen Faktoren - (vgl. Klages 1985, S. 145) macht vielmehr den Entwurf unterschiedlicher (und unterschiedlich wahrscheinlicher) Szenarien möglicher zukünftiger Entwicklungen des Wertewandels erforderlich (vgl. insb. Pkt. 4.7.4.).

Abschließend muß jedoch festgehalten werden, daß die Theorie und empirische Untersuchung der Werthaltungen von Personenmehrheiten und deren Veränderungen im Zeitablauf nicht auf einem Erkenntnisstand ist, der auf der Ebene der Gesamtgesellschaft eine bedingte oder unbedingte Prognose eines zukünftigen Wertewandels mit angebbarem Verlässlichkeitsgrad und auf bestimmbarem d.h. skalierbarem Niveau möglich machte. (Auf der Mikroebene deutlich abgegrenzter Gruppen existieren dagegen bereits theoretisch fundierte und empirisch abgesicherte Hypothesen zu Inhalt und Struktur von Werthaltungen - vgl. hierzu bes. Gabele 1987, S. 33 ff.)

Resultierend hieraus hat auch die Berücksichtigung von gesellschaftlichen Werten und deren Veränderung im Zeitablauf, sowie deren Auswirkung auf den Geschäftsanfall der Gerichte den Charakter vorläufiger Hypothesen über denkbare oder typische Entwicklungen auf der Basis eines stark verallgemeinerten Erklärungsansatzes. Als schwerwiegend erscheint hier insbesondere das Aggregationsproblem der Zusammenfassung individueller Werte zu gesellschaftlich vorherrschenden Werten und die Art dieser Zusammenfassung und inhaltlichen Bestimmung der "im Spiel befindlichen" Wertkomponenten. Auch die Prognose bedingter (d.h. von exogenen insbesondere sozioökonomischen und politischen Größen abhängiger) Entwicklungen hat somit vorläufig Planspielcharakter.

6.3. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Problemlagen

Sowohl in der Querschnittsanalyse als auch in der Zeitreihenanalyse des Geschäftsanfalls der ordentlichen Gerichtsbarkeit erweisen sich ökonomische Rahmenbedingungen und hieran unmittelbar anknüpfende soziale Problemlagen wie Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug als sehr effiziente Indikatoren des Arbeitsanfalls der Gerichte.

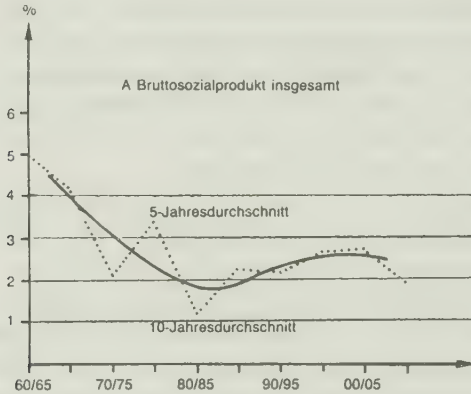
Eine Prognose des Arbeitsanfalls der Gerichte erfordert deshalb auch Annahmen über die zukünftige Entwicklung ökonomischer Rahmendaten.

Entsprechend der Fristigkeit der angestrebten Prognosen erscheint es jedoch hierbei nicht möglich und zweckmässig, kurzfristige konjunkturelle Veränderungen zu berücksichtigen. Das kurz- und mittelfristige Wirksamwerden von politischen und ökonomischen Unwägbarkeiten (nationale/übernationale Krisensituationen, exogene Schocks durch Wechselkursänderungen, Faktorpreisänderungen - z.B. Energiekostenentwicklungen) erfordern die Analyse langfristig wahrscheinlicher eher struktureller Entwicklungspfade.

Sicher scheint hierbei jedoch, daß die gegenwärtige Situation für die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft von verhältnismässig großer Unsicherheit gekennzeichnet ist. Diese Unsicherheit problematisiert jeden Versuch, "die exogenen Bestimmungsfaktoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Wachstumsraten zu transformieren und quantitativ auszudrücken (...) allein dadurch, daß die einzelnen Faktoren selbst das gesamtwirtschaftliche Geschehen nicht unmittelbar beeinflussen. Ihre Wirkung erfolgt vielmehr über das Entscheidungsverhalten" (Prognos 1986, S.191) der Unternehmer, der Haushalte, des Staates und des Auslands.

Für die Bundesrepublik Deutschland ergibt sich hieraus - dargestellt in 5- bzw. 10-Jahresdurchschnitten folgendes Bild:

Abb. 43: Langfristiges Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland (durchschnittlich jährliche Wachstumsraten, Preise von 1980)



(Quelle: Prognos 1986, S. 196)

Langfristig ist bis zum Jahr 1982 eine rückläufige Entwicklung der durchschnittlichen Wachstumsraten erkennbar. Die Ursache dieses Rückgangs ist wesentlich in einem starken Umstrukturierungsdruck der Wirtschaft zu sehen zum einen aufgrund knapper werdender Ressourcen und zum anderen in einer forcierten Veränderung der internationalen Arbeitsteilung.

Auf die lange Frist wird der beobachtete Tiefpunkt des Jahres 1982 als Talsohle einer langfristigen Entwicklungswelle gesehen, die nach notwendigen Anpassungsmaßnahmen in wieder steigende Wachstumsraten münden kann, die aber bei weitem nicht mehr das Niveau der 60er Jahre erreichen werden (vgl. Prognos 1986, S. 195; für Bayern vgl. Bay. Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen 1986, S. 46 f.). Für Bayern werden jedoch – wie im Referenzzeitraum beobachtet – auch für die Zukunft hiervon abweichende etwas

positivere Wachstumsraten unterstellt, die um ca. 0,5 Prozentpunkte über denen des Bundes liegen.

Die für den Bund unterstellte langfristige Entwicklungslinie bewegt sich damit zwischen 2 und 2,5 % (in konstanten Preisen). Auf mittlere Frist werden aber ausgehend von den Schätzungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1987/88), insbesondere aufgrund der starken Rückschläge auf dem Kapitalmarkt sowie aufgrund des schwachen Dollars, geringere Wachstumsraten unterstellt (für 1988 ca. 1,5%, vgl. z.B.: Handelsblatt 1987, S. 1), die sich erst im Verlauf der beginnenden 90er Jahre an die Prognos-Schätzungen annähern.

Die genannten Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind ein wesentlicher Faktor für die Prognose der Arbeitskräftenachfrage und damit auch für die Arbeitsmarktbilanz.

In eine Prognose der zukünftigen Arbeitsmarktbilanz gehen auf der Arbeitskräftenachfrageseite folgende weitergehenden Annahmen ein:

- Arbeitszeitverkürzung, bis 1995 um 1,25 % jährlich, 1995 - 2000 Rückgang auf den langjährigen Durchschnitt von 1 % Arbeitszeitverkürzung pro Jahr, ab 2000 weiterer Rückgang auf 0,5 % (insbesondere aufgrund des Rückgangs des Erwerbspersonenpotentials).
- Anpassung der Entwicklung der Arbeitsproduktivität an das langfristige Wirtschaftswachstum.

Aufgrund dieser Annahmen kann mit einem bis zum Jahr 2010 relativ konstanten Arbeitsplatzangebot gerechnet werden (vgl. Prognos 1986, S. 209).

Diesem konstanten Arbeitsplatzangebot steht eine bis zum Jahr 1990 noch steigende Anzahl von Erwerbspersonen gegenüber, die erst in den Folgejahren (entsprechend der natür-

lichen Bevölkerungsentwicklung) zurückgeht. Mit einer spürbaren Entlastung des Arbeitsmarktes und - damit einhergehend - einem Rückgang der Anzahl der gemeldeten Arbeitslosen unter die Millionengrenze ist somit erst nach dem Jahrtausendwechsel zu rechnen (vgl. hierzu Tab. 58).

Tab. 58: Erwerbspersonen, Erwerbstätige und Arbeitslose (in Mio.) in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Erwerbs- personen (Inländer, Jahres- mitte)	Erwerbs- tätige (Inl., Jahres- mitte)	nicht er- werbstät. Erwerbs- personen	gemeldete Arbeits- lose
1960	26,6	26,2	0,30	0,27
1965	27,1	26,9	0,17	0,15
1970	26,9	26,7	0,25	0,15
1975	26,9	25,8	1,10	1,07
1980	27,7	26,3	1,35	0,89
1984	28,9	25,3	3,55	2,27
1990	29,1	25,6	3,49	2,27
1995	28,3	25,6	2,76	1,93
2000	27,2	26,0	1,20	0,96
2010	25,9	25,5	0,35	0,35

Quelle: Prognos 1986, S. 210

6.4. Entwicklung des Straßenverkehrs

In der statistischen Analyse des Geschäftsanfalls der Gerichte wurden als Maßzahl für den Umfang des Straßenverkehrs, die Anzahl der zugelassenen PKW und Kombi (im folgenden einheitlich als PKW bezeichnet) und daraus abgeleitete Dichtezahlen verwendet. Die Verwendung dieser Daten als Prädiktoren für den zukünftigen Geschäftsanfall der Gerichte erfordert damit eine Prognose des zukünftigen Bestands an PKW.

Die Entwicklung des Bestands an PKW scheint einer autonomen Eigengesetzlichkeit zu folgen, die weitgehend unabhängig

von "erklärenden" Variablen verläuft, wie sie in den meisten bisherigen ökonometrischen PKW-Bestands-Prognosemodellen verwendet wurden (vgl. hierzu und im folgenden Cerwenka/Rommerskirchen 1985, insbesondere S. 31 ff.). Die Höhe des Einkommens hat beim erreichten Niveau damit auf den PKW-Besitz als solchen kaum noch Einfluß, sondern spiegelt sich lediglich in den Details der Kaufentscheidung wieder. "Diese Einsicht gestattet und erfordert zugleich, den PKW-Besitz in direkter Abhängigkeit von der Zeit zu schätzen" (a.a.O., S. 32).

Die Schätzgröße kann jedoch wegen der sich im Zeitablauf verändernden Bevölkerungsanzahl nicht der absolute "PKW-Bestand" sein, sondern muß auf ein demographisches Kollektiv bezogen werden. Hierfür wird als Bezugsgröße die gesamte Einwohnerzahl gewählt. (Zur Begründung vgl. a.a.O., S. 33.)

Mit Hilfe der Gompertz-Funktion (mit welcher endogen Sättigungsgrenzen geschätzt werden, vgl. Cerwenka 1974) wurden folgende oberen und unteren Entwicklungsvarianten ermittelt (vgl. Tab. 59).

Es wird von einem theoretischen Sättigungsgrad auf Bundesebene von ca. 570 PKW/1000 Einwohner ausgegangen, der auch für die Zukunft ein deutliches Wachstum der PKW-Bestände erwarten läßt. Die obere Alternative bildet damit die Fortsetzung des für die Vergangenheit beobachteten Trends ab, während in der unteren Alternative die Werte dem Sättigungsgrad aufgrund verschärfter ökonomischer Restriktionen zeitverzögert entgegenstreben.

Tab. 59: Entwicklung des PKW-Bestands in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	1976	1982	1984	1990 obere Alternat. (untere Alternat.)	2000 obere Alternat. (untere Alternat.)
Motorisierungs- grad am 1.7. (Pkw/1000 E)	308	391	412	464 (458)	517 (484)
Einwohnerzahl ¹⁾	61,513	61,638	61,181	61,364 (60,770)	60,539 (59,127)
PKW-Bestand am 1.7. (Mio.)	18,920	24,105	25,218	28,473 (27,833)	31,299 (28,617)

¹⁾ In der Vergangenheit: per 30.6., in der Prognose: Jahresendbevölkerung. Da die Methode der Bevölkerungsprognose auf der Jahresendbevölkerung basiert und als Ergebnis die Jahresendbevölkerungszahlen liefert, werden diese Zahlen näherungsweise auch zur Ermittlung der PKW-Bestände per 1.7. herangezogen. Dies erscheint vertretbar, da sich infolge der insgesamt nur schwachen Veränderung der Bevölkerungszahlen im Prognosezeitraum die Bevölkerungszahlen per 30.6. und zum Jahresende nur geringfügig unterscheiden.

Quelle: Cerwenka/Rommerskirchen 1985, S. 36

Da für die Entwicklung der PKW-Bestände keine bundesland-spezifischen Prognosen existieren, wird im vorliegenden Modell hilfsweise davon ausgegangen, daß der Anteil Bayerns innerhalb der Gesamtentwicklung konstant bleibt.

Für die Status quo-Prognose des Geschäftsanfalls der Gerichte wird damit aufgrund der Annahme leicht steigender Wachstumsraten die obere Entwicklungsvariante zugrundegelegt.

7. Die qualitative Relativierung: drei Szenarien der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung

Wie in den vorangegangenen Punkten gezeigt werden konnte, bleibt der zukünftige Bedarf und Bestand an Personal für den Bereich der Justiz auf allen betrachteten Systemebenen entscheidungsabhängig (vgl. die Pkte. 3. bis 4.6.).

Auf der Organisationsebene (Systemebene I) steht Umfang und Verbreitungsgeschwindigkeit des Einsatzes neuer Technologien zur Disposition (vgl. Punkt 3.), sowie die politische Entscheidung über gerade noch akzeptable Auslastungsgrenzen des verfügbaren Personals. Entscheidungsfaktoren für die Entwicklung sozioökonomischer Rahmendaten (Systemebene II) sind in der Ausprägung zukünftiger Wachstums-, Struktur- und Beschäftigungspolitiken zu sehen, darüber hinaus jedoch auch auf individueller Ebene in der Entwicklung und Veränderung subjektiver und - daraus resultierend - gesellschaftlicher Wertpräferenzen. Letztlich ist auch das Rechtssystem (Systemebene III) selbst in allen seinen komplexen Aspekten Zielpunkt gesellschafts- und rechtspolitischer Gestaltungsmaßnahmen.

Für mittelfristige Prognosen erscheinen statistisch funktionierte Methoden mit deren impliziten Restriktionen (wie Stabilität unterstellter Zusammenhänge, Zuverlässigkeit der Prognose exogen vorgegebener Rahmendaten etc.) als durchaus annehmbar. Für langfristige Vorausschätzungen wirken diese für status-quo-Prognosen erforderlichen Einschränkungen zunehmend als Scheuklappen, die den Blick auf andere - aber nichts desto weniger denkbare - Zukünfte versperren. Es soll deshalb an dieser Stelle der Versuch unternommen werden, die in Punkt 8. vorzustellenden primär quantitativen und extrapolativen Ergebnisse einer vorangehenden qualitativen Relativierung zu unterziehen. Bezugspunkt für eine solche Relativierung des status quo sind zwei alternative Szenarien künftiger Gesellschaftskonstellationen und deren Wechselspiel mit politisch-administrativer Programmatik

(vgl. Hugger 1987, S. 99), die in ihren Konsequenzen auf die Entscheidungen der drei Systemebenen des vorliegenden Modells überprüft werden sollen (vgl. auch König/Oechsler 1987, S. 78 ff.).

7.1. Das extrapolative Szenario

Das extrapolative Szenario enthält im Kern die Annahme, daß beobachtbare Vergangenheitsentwicklungen auch in ihren wechselseitigen Beziehungen unverändert in die Zukunft fortwirken. "Bezeichnend für dieses Szenario ist nicht so sehr ein bewußter politischer Gestaltungswille als vielmehr die Handhabung der bereits heute vorliegenden, jedenfalls aber noch zunehmenden Schwierigkeiten. Damit ist zugleich deutlich (...), daß der öffentliche Bereich im extrapolativen Szenario überwiegend fremdbestimmt ist (...)" (Hugger 1987, S. 83).

Formal-inhaltlich sind die Determinanten des extrapolativen Szenarios durch die dem Modell exogen vorgegebenen Größen konkretisiert, die in Punkt 6. genannt wurden.

- Systemebene I:

Auf der Organisationsebene, wird versucht, der zunehmenden Inanspruchnahme bzw. Belastung der Justiz durch effektivere Organisationsformen und den Einsatz neuer Technologien bei der Arbeitsabwicklung gerecht zu werden.

- Systemebene II:

Im Bereich der ökonomischen Entwicklung wird mit einer Stabilisierung der jährlichen Wachstumsraten auf relativ geringem Niveau gerechnet, wodurch sich der Abbau der vorhandenen Arbeitslosigkeit nur zögernd vollzieht. Der Individualverkehr bleibt die zentrale Stütze des Personenverkehrs, der aufgrund anhaltender räumlicher Versor-

gungs- und Attraktivitätsdisparitäten in seinem Umfang noch zunimmt. Die Dichte des Kraftfahrzeugverkehrs wächst weiter an. Die Entwicklung gesellschaftlicher Werthaltungen folgt der status-quo-Prognose nach Klages, in welcher die Fortdauer gegenwärtiger gesellschaftlicher Gegebenheiten und Einwirkungen unterstellt wird (vgl. im folgenden Klages 1985, S. 147 ff.):

Die kulturellen Einwirkungen einer hohen Verweildauer in Bildungseinrichtungen sowie der Programminhalte der Massenmedien fördern das Bedürfnis der Verwirklichung von Selbstentfaltungswerten. In die entgegengesetzte Richtung einer Betonung von Pflicht- und Akzeptanzwerten wirken weiterhin die Rollenanforderungen des beruflichen und privaten Alltags, sowie sozioökonomische Rahmenbedingungen, die über den Lebensstandard und sozialen Status mitentscheiden.

Diese konträr gerichteten Einflußbeziehungen führen zu einer "Fortdauer des von Schwankungen gekennzeichneten "gemischten" Wertmusters (...), das auch weiterhin spannungsgeladen sein und persönlichkeitsdynamische Probleme aufwerfen wird" (a.a.O., S. 148). Die gegenwärtig "vorherrschende Neigung, sich - zumindest bei Erreichung einer bestimmten Lebensschwelle - "anzupassen" und den Umständen und selbstgewählten Anforderungen zu fügen," (ebd.) wird sich auch weiterhin für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung als ein unvermeidbarer Imperativ sozialer Vernunft darstellen. Diese Mehrheitsposition wird jedoch unvermeidlich von abweichenden Flügeln gegensätzlicher "konservativer" bzw. "alternativer" Richtungen flankiert.

Diese Entwicklung des Wertewandels in Form der ungebrochenen Fortsetzung der in jüngerer Vergangenheit beobachteten Veränderungen ist implizit im Planungsmodell enthalten, da ihre prägend-beeinflussende Wirkung auf die Zusammenhänge zwischen Prädiktoren und Geschäftsanfall in Umfang und Richtung als konstant unterstellt wird.

- Systemebene III:

Die Entwicklungslinien des Rechtssystems in ihren vielfältigen Facetten (vgl. Punkt 4.4.) begleiten eine fortgesetzt positive Entwicklung des Geschäftsanfalls in der ganz überwiegenden Anzahl der Geschäftsbereiche der Justiz und wirken somit geschäftsanfallsneutral. Gravierende Veränderungen innerhalb der Teilbereiche des Rechtssystems treten nicht ein.

7.2. Die nachindustrielle Gesellschaft

Das auf Daniel Bell (Bell 1979) zurückgehende Szenario der "nachindustriellen Gesellschaft" wird bestimmt durch das ungebrochene Anhalten des technologischen Fortschritts, die verstärkte Ausbildung des Dienstleistungssektors und der zunehmenden Bedeutung von Bildung und Wissenschaft.

Zum tragenden Prinzip dieser Gesellschaft wird die "Zentralität theoretischen Wissens als Quelle von Innovationen und Ausgangspunkt der gesellschaftlich-politischen Programmatik" (Bell 1979, S. 31). Das Leistungsprinzip wird zunehmend zum bestimmenden Faktor der Sozialstrukturierung der Gesellschaft. Knappheitssymptome und Engpässe des ökonomischen Sektors sowie "gesellschaftliche Verwerfungen" (Hugger 1987, S. 90) sind nur vorübergehende Begleiterscheinungen auf dem Weg in die nachindustrielle Gesellschaft.

Die Fremdbestimmtheit des politisch-administrativen Systems nimmt aufgrund ökonomisch definierter Funktions- und Aufgabenerfordernisse weiter zu. Zentralstaatliche Organisations- und Ordnungstendenzen werden sich aus Effektivitäts- wie Effizienzerwägungen verstärken (vgl. Hugger 1987, S. 90).

Hoheitliche Sicherungs- und Ordnungsfunktionen werden angesichts der mit hohem technologischen Standard verbundenen Störanfälligkeit und des gleichzeitig sich verstärkt ent-

wickelnden organisierten Alternativ- und Verweigerungspotentials zunehmen.

Aus den vorgestellten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen können für die betrachteten Systemebenen des Modells folgende Konsequenzen abgeleitet werden:

- Systemebene I:

Die forcierte technologische Entwicklung führt zu einem drastischen Ausbau der informationstechnischen Unterstützung der öffentlichen Dienstleistungsbereiche wie der Gerichte. Die Vernetzung der relevanten Informations- und Verwaltungszentren trägt darüber hinaus bei zu einem anhaltenden Produktivitätsschub auf allen organisatorischen Ebenen der Informationsbe- und -verarbeitung. Die Verbreitung von Systemen der künstlichen Intelligenz rückt die Rechtsfindung zunehmend in den Bereich des Automatisierbaren. Routinefälle der ersten Instanzen werden bis zur Entscheidungsreife von Expertensystemen computerintern vorbereitet. Die Funktion des einstigen Entscheidungsfinders wandelt sich zu der des "Entscheidungsrevisors".

- Systemebene II:

Auf der Ebene der sozioökonomischen Rahmendaten wird die technologische Entwicklung bei gleichzeitig abnehmender Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit zu steigenden Produktivitäts- und damit Wachstumsraten führen. Die hier vorgegebenen Werte müssen nach oben bzw. nach unten abgeändert werden. Bei sonst gleichen Bedingungen bleibt damit die ökonomische Entwicklung geschäftsanfallsneutral.

Die nachindustrielle Gesellschaft verlangt zunächst eine zunehmende Mobilität des Faktors Arbeit, da materielle Überlegungen (ökonomische Standortvorteile) wohngebietsnahe Arbeitsstätten unmöglich machen. Die fortschreitende räumlich regionale Verdichtung infolge des Diktats ökonomischer Standortvorteile steigert gleichzeitig die Dichte anonymer sozialer Interaktionen; dies wirkt (, wie in Punkt 4.2.3.

gezeigt werden konnte,) als positiver Multiplikator auf den Geschäftsanfall der Gerichte.

Gleichzeitig mit der organisatorischen Zentralisation und der steigenden Bedeutung des tertiären, quartären (Forschung und Bildung) und quintären (Banken, Versicherungen) Sektors, (ein positiver Zusammenhang mit dem Geschäftsanfall der Gerichte konnte in der Querschnittsuntersuchung nachgewiesen werden, vgl. Punkt 4.2.3.), wird jedoch die physische Anwesenheit am Arbeitsplatz zunehmend entbehrlich. Große Anteile der Beschäftigten arbeiten am dezentralen Heim-Bildschirmarbeitsplatz (vgl. z.B.: Best 1984, S. 61 - 66).

Rechtsunkenntnis als Hürde auf dem Weg zur gerichtlichen Rechtsdurchsetzung (vgl. Pkt. 4.4.8.) wird in der Folge des langen Verweilens in Bildungseinrichtungen in weiten Bevölkerungsteilen durch genaue Kenntnis rechtlicher Ansprüche und Möglichkeiten ersetzt.

Im Gefolge der forcierten Automation insbesondere der genannten Wirtschaftsbereiche und der damit einhergehenden Produktivitätssteigerungen wird die Tages- und Lebensarbeitszeit weiter z.T. drastisch verkürzt. Frei disponible Zeitabschnitte nehmen zu. Die Freizeitnutzung und -beschäftigung wird zunehmend zur Quelle sozialer Konflikte mit formalem Regelungs- und Schlichtungsbedarf.

Werte und Normen (deren Geschäftsanfallsrelevanz in Punkt 4.2.3. nachgewiesen wurde), erfahren eine differenzierte Entwicklung. Die Akzeptanz des Leistungsprinzips als grundlegendes gesellschaftliches Strukturierungsprinzip (vgl. Bell 1979, S. 307) und dessen Internalisierung führt zu einer fortschreitenden Wertsynthese (vgl. Klages 1985, S. 164 ff.) mit einer Dominanz von Pflicht- und Akzeptanzwerten.

Die nachindustrielle Gesellschaft bleibt dennoch, oder wird wieder zu einer zutiefst materialistischen Gesellschaft mit einer Anspruchsinflation an Bildung, Sicherheit und hoheitliche Versorgung. Der öffentliche Bereich setzt sich mit

Sinn- und Wertsurrogaten gegen alternative Sinngebungs- und Sinnvermittlungsangebote durch (vgl. Hugger 1987, S. 90).

Da jedoch in der nachindustriellen Gesellschaft für Solidarversorgung, soziales Eigenengagement und gegenseitige Hilfe wenig Platz bleibt, werden als Folge überforderter sozialer Interaktionsysteme öffentliche Institutionen der Konfliktregelung verstärkt zur Konfliktbeilegung herangezogen.

Gleichzeitig mit der mehrheitlichen Akzeptanz des Leistungsprinzips ist jedoch ein Wachsen gesellschaftlicher Instabilitäten und Desintegrationsmechanismen durch eine wachsende Verbreitung von Gegenkulturen als Folge des Widerstands gegen zunehmende Bürokratisierung zu erwarten, die nach Mehrheitsmeinung eine erhöhte hoheitliche Sicherungs- und Kontrolldichte erfordern.

- Systemebene III:

Innerhalb des Rechtssystems entsteht zunächst weiterer Regelungsbedarf in der Gestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen der aufkommenden Informationsgesellschaft. Alternative d.h. private bzw. nicht-öffentliche Formen der Konfliktregelung erweisen sich aufgrund ihrer Kompromiß- und Schlichtungsorientierung und ihrem Mangel an staatlich legitimer Autorität als nicht in der Lage, die Konfliktlösung - für öffentliche Instanzen spürbar - in andere Bahnen zu lenken.

Gesellschaftliche Desintegrationerscheinungen erhöhen darüber hinaus den Zwang zur staatlich legitimierten Erzwingung normkonformen Verhaltens und damit die Mobilisierung des Strafrechts durch private und öffentliche Organe.

Als qualitatives Ergebnis eines solchen "nachindustriellen Szenarios" kann festgehalten werden, daß sehr wohl von einem Anstieg der Arbeitsbelastung der Gerichte ausgegangen werden kann, der zum einen durch exogene Datenänderungen

induziert und zum zweiten möglicherweise durch das Rechtssystem nicht gebremst, sondern eher forciert wird.

Der verstärkte Einsatz neuer Technologien zur Bewältigung dieses Arbeitsanfalls hebt Produktivitäten drastisch an und läßt die Auswirkungen auf den Personalbedarf und -bestand der Gerichte zunächst ungewiß erscheinen.

Aufgrund des angestiegenen staatlichen Einnahmenvolumens infolge der relativen wachstumsbedingten Prosperität (vgl. Hugger 1987, S. 91) erscheint jedoch ein personeller Ausbau des Justizapparates durchaus wahrscheinlich.

7.3. Die nachmoderne Gesellschaft

Seit den klassischen Modellen einer wünschenswerten Gesellschaft (vgl. z.B. Morus 1970) sind gerade in den letzten Jahren zahllose Entwürfe solcher Gesellschaftsmodelle vorgelegt und z.T. in eng umgrenzten Gemeinschaften erprobt worden.

"Kern der vielfältigen Wege zur 'nachmodernen Gesellschaft' (...) ist ein radikaler Wechsel des vorherrschenden Paradigmas von Industrialisierung, ökonomischem Wachstum und materiell definierten Lebenswerten. Dem wird gegenübergestellt: Die Befreiung von industriellem Entwicklungszwang, von technologischen Eigengesetzlichkeiten, die Rückbesinnung auf überdauernde Wert- und Sinnggebung der individuellen gemeinschaftlich verantworteten Lebensgestaltung, die Abkehr von quantitativen Leistungs- und Wertmaßstäben und die Hinwendung zu Einfachheit und Anspruchslosigkeit bis hin zur Askese, die Betonung von Solidarität, Gemeinschaftlichkeit, Naturbezogenheit, Innerlichkeit und Lebensvielfalt" (Hugger 1987, S. 91). In der Darstellung dessen, was als Positiva in solche Zukunftsvorstellungen eingehen, ist dieses Szenario äußerst pluralistisch und bisweilen wirklichkeitsfremd angelegt.

Auch hier können damit Konsequenzen für die jeweiligen Systemebenen des vorgestellten Modells nur in allgemeiner Form entwickelt werden.

- Systemebene I:

Im Bereich der Organisationsebene der Justiz wird Technologie-Einsatz nicht forciert sondern nur dann vollzogen, wenn er auf rückhaltlose Zustimmung aller betroffenen Beschäftigtengruppen stößt. Die Interessen und Belange des arbeitenden Menschen genießen absolute Priorität. Vorhandene Produktivitätsreserven werden nicht zwingend realisiert.

- Systemebene II:

Der Bereich der vorzugebenden Rahmendaten erfährt einen radikalen Wandel. Trotz begrenzten materiellen Wachstums wird ein Recht auf Arbeit für alle postuliert. Beide Indikatoren sprechen für eine Reduktion des Arbeitsanfalls zumindest in Zivilsachen. Das Ziel eines sparsamen Ressourcenverbrauchs und der Umweltentlastung sowie die Kleinräumigkeit der angestrebten Organisationsformen in Arbeits- und Lebenswelt reduzieren die Notwendigkeit einer hohen individuellen räumlichen Mobilität. Der Individualverkehr als Quelle von Konflikten und Ordnungswidrigkeiten bzw. Straftaten geht zurück.

Zentrale Bedeutung kommt jedoch einer gänzlich veränderten Wert- und Normenstruktur zu, die etwa mit Klages' Szenario des "Durchbruchs nach vorn" (Klages 1985, S. 156 ff.) umrissen werden kann. Dieser Durchbruch wird gesehen in einer "dauerhaften und absoluten Durchsetzung von Selbstentfaltungswerten" (ebd. S. 157). Die Formen hierarchischer Organisationen werden abgeschafft. Entscheidungen, die ausschließlich durch (staatliche, private oder organisationale) Macht legitimiert sind, wären ebenso wie Hierarchie- oder Mehrheitsentscheidungen inadäquat, "da sie Zwänge für

unterliegende Minderheiten mit sich bringen würden. Das einzig legitime Einigungs- und Entscheidungsprinzip wäre der Konsensus aller Beteiligten, der durch den Einsatz von Überzeugungsstrategien vorbereitet und erleichtert werden könnte" (a.a.O., S. 159).

Eine besondere Gefahr liegt für dieses Szenario darin, daß eine problemlose Übereinstimmung zwischen der Gesamtheit der jeweils vorhandenen individuellen Bedürfnisse, Streben und Wünsche und dem, was aus der Perspektive der 'Systemnotwendigkeiten' erforderlich ist" (a.a.O., S. 161) zugrunde gelegt werden muß.

Entwickeln sich jedoch die individuellen Selbstverwirklichungsinteressen schneller als die Fähigkeit des Menschen, sich "mit den Strukturen der Wirklichkeit 'in's Benehmen zu setzen'" (ebd.), so ist hierbei mit einem Wachstum nicht bewältigter Konfliktpotentiale zu rechnen.

Für dieses Szenario müssen die Annahmen über die Geschäftsanfallsentwicklung etwa wie folgt modifiziert werden:

Die wieder sehr stark ansteigende Entwicklung von Selbstentfaltungswerten führt zu einer Erhöhung der Anzahl von Konfliktsituationen im privaten Bereich. Die hiermit einhergehende Entwicklung von Fähigkeiten und Institutionen zu privatisierter Konfliktlösung (d.h. außerhalb staatlicher Organe) vollzieht sich jedoch mit zeitlicher Verzögerung, so daß befristet mit einem zusätzlichen Schub für den Geschäftsanfall der Gerichte zu rechnen ist, bis mit zeitlicher Verzögerung private Konfliktlösungsinstitutionen dieses Mehr an Konfliktlösungsbedarf auffangen und im Laufe der Zeit sogar überkompensieren können.

Im strafrechtlichen Bereich scheint eine zunehmende Verweigerung der Akzeptanz staatlich gesetzter Normen denkbar, die nicht in vollem Umfang durch private Normen substituiert werden. Damit ist insbesondere im Bereich der Ordnungswidrigkeiten ein vorübergehend zunehmender Anstieg des

Geschäftsanfalls denkbar, bis das Rechtssystem selbst an die veränderten Rahmenkonstellationen angepaßt ist.

- Systemebene III:

Die Bedeutung des staatlichen Rechtssystems mit seiner einheitlichen Organisation geht langfristig erheblich zurück. Der Bedarf an rechtlichen Neuregelungen reduziert sich. Enge soziale Interaktionen, der Rückgang anonymer Sozialkontakte und die Verfügbarkeit von qualifizierten Konfliktmoderatoren in der Privatsphäre verhindern weitgehend das Entstehen und die Eskalation von Konflikten. Alternative Konfliktregelungsformen gewinnen erheblich an Gewicht. Private und privatorganisierte Schlichtungsinstanzen gewährleisten eine flexible, individuelle und damit auch friedensstiftende Konfliktbewältigung. Eine Großzahl der ausgebildeten Juristen wird in diesem nicht-öffentlichen Bereich tätig.

Ein solches nachmodernes Szenario zeigt damit, daß bei extrem andersartigem Verlauf der Rahmenbedingungen des Geschäftsanfalls der Justiz eine Umkehrung gegenwärtig vorzufindender Entwicklungspfade auf die lange Frist sehr wahrscheinlich ist.

7.4. Modelltechnische Voraussetzungen zur Implementation von Alternativszenarien

Die modelltechnischen Voraussetzungen für eine Implementation alternativer Szenarien gesellschaftlicher Entwicklung und deren Implikationen für das vorliegende Personalprognosemodell liegen in der genauen Kenntnis der Wirkungszusammenhänge und quantitativen Ausprägung der aus den qualitativen Zukunftsbildern abzuleitenden Korrekturfaktoren auf die Einzelparameter der drei Systemebenen des vorge-

stellten Modells und insbesondere in der exakten Kenntnis des Verlaufs solcher Wege in eine "neue Gesellschaft". Diese Kenntnisse liegen nicht vor und können auch durch Expertenschätzungen (z.B. auf Basis der Delphi-Methode) nicht auf angebbarem Sicherheitsniveau substituiert werden (vgl. zu einem Versuch hierzu: Hugger 1987, S. 99 - 114). Als besondere Gefahr zeigt sich darüber hinaus, daß "durch modellmäßige, computerisierte Erfassung des Wirkungssystems (und der Faktorkorrekturen; Anm. d. Verf.) bei normativ begründeter Prämissenvariation kein günstigeres Verhältnis zwischen dem dann erheblich höheren Aufwand und der keineswegs äquivalent gestiegenen Ergebnisqualität (Genauigkeit/Verlässlichkeit) zu erwarten ist; gleichzeitig aber die Gefahr der Scheingenauigkeit und des Mißbrauchsrisikos solcher Erkenntnisse **unkontrollierbar** (Hervorhebungen d. Verf.) zunimmt" (Hugger 1987, S. 113).

Insbesondere aufgrund der letztgenannten Gefahr wird im vorgestellten Personalplanungsmodell wie folgt vorgegangen:

- Einziges quantifiziertes Ergebnis bleibt die status-quo-Prognose.
- Für alle drei Systemebenen werden die Modellparameter explizit genannt, die eine Steuerung des Modells bzw. seiner Module erlauben und damit die szenariobedingte Ergebnisvariation verursachen.
- Szenarienbedingte Implementierungen von Korrekturfaktoren auf Systemebene II müssen sich dabei an den Detailergebnissen von Quer- und Längsschnittanalyse des Geschäftsanfalls messen lassen. Diese Analysestufen dienen somit als nützliches Kontrollinstrument der Plausibilitätsprüfung und Quantifizierung szenarienbedingter Korrekturen.

8. Ergebnisse der strategischen Personalplanung für die Justiz

Auf der Basis der zugrunde gelegten Zusammenhänge (vgl. Pkt. 4.2. und 4.3.) und Annahmen über die künftige Entwicklung sozioökonomischer Rahmendaten (vgl. Pkt. 6.), des Rechtssystems (Pkt. 5. und 7.) sowie der Produktivitätswirkungen des Einsatzes neuer Technologien zur Arbeitsbewältigung (vgl. Pkt. 3.5.2.) lassen sich konkrete Prognosen über den Geschäftsanfall und - daraus abgeleitet - den Bedarf an Personal der Beschäftigtengruppen Richter, Beamte im gehobenen Dienst, Beamte im mittleren Dienst und Angestellte im mittleren Dienst und Schreibdienst vornehmen, die im folgenden für den Bund und Bayern ausschnittshaft dargestellt werden. Die Angaben für den Bund beziehen sich hierbei wieder auf die Aggregation der Länderdaten der ordentlichen Gerichtsbarkeit (auf der Ebene der Amts-, Land-, und Oberlandesgerichte) und nicht auf den Geschäftsanfall und Personalbedarf der obersten Bundesgerichte. Eine Entscheidungskompetenz über personalpolitische Maßnahmen ist damit auf Bundesebene nicht gegeben. Dennoch erscheint die Angabe der Ergebnisse als sehr nützlich, da diese zum einen einer Plausibilitätskontrolle dienen können und zum anderen - insbesondere bei merklichen Abweichungen von den Ergebnissen auf der Ebene des Bundeslandes Bayern - mögliche Entwicklungskorridore aufzeigen können.

8.1. Der Geschäftsanfall

Die Prognose des Geschäftsanfalls erfolgt aufgrund der differenzierten Entwicklungslinien disaggregiert in 18 Geschäftsbereiche an Amts-, Land- und Oberlandesgerichten (vgl. hierzu die Darstellung der Disaggregation in Abb. 3 Pkt. 1.4.)

Für den erstinstanzlichen Geschäftsanfall an Amts- und Landgerichten werden die mit dem kleinen Variablensatz entwickelten multiplen Regressionsfunktionen zugrunde gelegt (vgl. Pkt. 4.3.4.) und mit Hilfe der prognostizierten Bevölkerungszahlen auf das zutreffende absolute Niveau gebracht. Im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Grundbuchwesens wird lediglich eine lineare Bevölkerungsabhängigkeit des Geschäftsanfalls unterstellt.

Der Geschäftsanfall im Verwaltungsbereich und die Anzahl der Freistellungen wird als im Prognoseintervall konstant unterstellt. Der Geschäftsanfall der Rechtsmittelinstanzen bei Land- und Oberlandesgerichten ist über Rechtsmittelquoten (- zu den Möglichkeiten deren Ermittlung vgl. Schuster 1985, S. 107 ff. -) auf Basis jeweiliger linearer Trendfunktionen endogenisiert.

Abweichend hiervon werden konstante Rechtsmittelquoten des Bezugsjahres 1983 bzw. 1984 herangezogen, wenn ein ausreichender Referenzzeitraum für die Ermittlung von Trendfunktionen nicht gegeben ist (Bsp.: Familiensachen am Oberlandesgericht) oder keine eindeutig gerichtete Entwicklung der Rechtsmittelquoten vorliegt (Bsp.: Rechtsmittelinstanz in Strafsachen beim Landgericht).

Der erstinstanzliche Geschäftsanfall vor den Oberlandesgerichten (und dem Bayerischen Obersten Landesgericht) in Strafsachen wird aufgrund seiner zahlenmäßigen Geringfügigkeit und der daraus und aus extremen politischen Unwägbarkeiten sich ergebenden mangelhaften Prognostizierbarkeit ebenfalls als lediglich linear abhängig von der Entwicklung der gewichteten strafmündigen Bevölkerung dargestellt.

Im einzelnen können damit für die Entwicklung des Geschäftsanfalls folgende Verläufe unterstellt werden:

a) Zivilsachen

Aufgrund der Identität der zugrundeliegenden multiplen Regressionsfunktion zeigen die Entwicklungen des Geschäftsanfalls der erstinstanzlichen Zivilsachen ($ZU(1)$) und

ZU(9)) vor Amts- und Landgerichten jeweils den gleichen Verlauf auf lediglich unterschiedlichem Niveau (vgl. Tab. 60).

Tab. 60: Geschäftsanfall in Zivilprozeßsachen des Bundes und Bayerns

JAHR	BUND				BAYERN			
	ZU 1	9	8	15	ZU 1	9	8	15
	E+03	E+03	E+03	E+00	E+03	E+00	E+00	E+00
1985	1240.9	341.88	83.19	54185.	156.87	55170.	11329.	8437.
1986	1240.9	341.88	83.19	54185.	159.28	55999.	11366.	8949.
1987	1244.1	342.76	85.51	56679.	165.88	58202.	11784.	9123.
1988	1252.3	345.02	87.52	58775.	169.39	59348.	12431.	9553.
1989	1274.9	351.24	89.34	60847.	172.34	60193.	12967.	9949.
1990	1266.9	349.05	91.86	63393.	176.77	61547.	13449.	10305.
1991	1264.9	348.48	93.01	65126.	182.62	63379.	14014.	10713.
1992	1268.7	349.54	94.06	66755.	186.73	64631.	14697.	11202.
1993	1270.6	350.07	95.41	68552.	190.80	65867.	15310.	11652.
1994	1270.4	350.02	96.74	70346.	195.03	67162.	15913.	12093.
1995	1270.5	350.04	97.95	72065.	199.77	68620.	16533.	12544.
1996	1271.2	350.23	99.14	73766.	203.21	69641.	17198.	13026.
1997	1260.7	347.33	100.36	75486.	206.51	70619.	17797.	13465.
1998	1248.9	344.10	100.95	76768.	209.82	71602.	18378.	13889.
1999	1238.5	341.23	101.27	77828.	213.15	72592.	18963.	14313.
2000	1227.1	338.08	101.58	78844.	216.85	73700.	19556.	14743.
2001	1214.5	334.60	101.81	79783.	214.58	72857.	20184.	15196.
2002	1201.3	330.97	101.93	80624.	215.38	73045.	20398.	15377.
2003	1200.7	330.82	101.97	81384.	217.54	73682.	20731.	15621.
2004	1195.9	329.49	102.74	82657.	220.62	74621.	21196.	15953.
2005	1183.5	326.08	103.46	83917.	221.27	74772.	21766.	16361.
2006	1183.4	326.03	103.68	84813.	223.83	75546.	22184.	16676.
2007	1179.4	324.94	104.51	86136.	225.51	76038.	22713.	17059.
2008	1179.7	325.03	105.28	87429.	226.92	76426.	23205.	17423.
2009	1188.6	327.48	106.30	88915.	230.30	77471.	23670.	17766.
2010	1189.6	327.74	107.96	90897.	231.45	77773.	24291.	18212.

Primär bedingt durch die Bevölkerungsentwicklung kann auf Bundesebene erwartet werden, daß der positive Trend der Geschäftsanfall-pro-Kopf-Entwicklung Mitte der 90er Jahre durch den Bevölkerungsrückgang überkompensiert wird. Bezogen auf den Prognosezeitraum ist auf Bundesebene nach dem

Überschreiten des absoluten Maximums des Geschäftsanfalls mit einer etwas rückgängigen Entwicklung zu rechnen.

Auf der Ebene des Bundeslandes Bayern bleiben über den gesamten Betrachtungszeitraum positive Veränderungsdaten des Geschäftsanfalls bestehen. Zwar sind die Wachstumsraten insgesamt rückgängig, ein etwaiges Maximum wird jedoch noch nicht ersichtlich erreicht oder überschritten. Gleichzeitig bedeutet dies, daß im Betrachtungszeitraum die Geschäftsanfallsdichtewerte (pro Kopf der Bevölkerung) Bayerns sich bis zum Jahre 2010 denen des Bundes schrittweise anpassen bis zu nahezu übereinstimmenden Werten. Das überproportionale Wachstum der bayerischen Geschäftsanfallszahlen kann damit als eine Angleichung an das Niveau des Bundes interpretiert werden.

Die Rechtsmittelinstanzen der Land- und Oberlandesgerichte (ZU(8)) und ZU(15)) werden im Betrachtungszeitraum sowohl auf Bundes- als auch auf bayerischer Ebene aufgrund der Entwicklung der Rechtsmittelquoten einen weiter wachsenden Geschäftsanfall zu bewältigen haben. Auf Bundesebene werden die positiven Trends der Rechtsmittelquoten z.T. kompensiert durch den rückgängigen erstinstanzlichen Geschäftsanfall, während auf der Ebene des Bundeslandes Bayern ein forcierter Anstieg des Arbeitsanfalls der Rechtsmittelinstanzen zu erwarten ist.

b) Strafsachen

Sehr viel deutlicher und früher als im Bereich der Zivilsachen macht sich der Wandel der Altersstruktur der Bevölkerung im Bereich der Straf- und Bußgeldsachen bemerkbar (vgl. Tab. 61). Sowohl in Straf- und Bußgeldsachen vor dem Amtsgericht (ZU(5)) als auch in Strafsachen vor dem Landgericht (ZU(11)) wird auf Bundesebene bereits Anfang der 90er Jahre (1990 bzw. 1991) ein Maximum überschritten. Der Geschäftsanfall vor den Amtsgerichten geht darauf bis zum Ende des Betrachtungszeitraumes zurück, während vor den Landgerichten die Anzahl der erstinstanzlichen Strafsachen

ab der Mitte der 90er Jahre abermals ansteigt. Auf Ebene des Bundeslandes Bayern wird etwa um die Jahrtausendwende ein Niveau des Geschäftsanfalls in Straf- und Bußgeldsachen vor dem Amtsgericht sowie in erstinstanzlichen Strafsachen vor dem Landgericht erreicht, das im Betrachtungszeitraum nicht mehr überschritten wird.

Der Geschäftsbereich der Strafsachen in der Rechtsmittelin- stanz (ZU(10)) vor den Landgerichten ist auf der Ebene des Bundes ab Beginn der 90er Jahre, in Bayern mit etwa 10jähriger Verzögerung ebenfalls rückläufig.

Tab. 61: Geschäftsanfall in Straf- und Bußgeldsachen des Bundes und Bayerns

JAHR	BUND				BAYERN			
	ZU 5	10	11	17	ZU 5	11	10	17
	E+03	E+00	E+00	E+00	E+03	E+00	E+00	E+00
1985	1572.0	62017.	13903.	19440.	218.25	1956.5	10941.	3036.0
1986	1572.0	62017.	13903.	19440.	220.85	1986.1	11106.	3042.0
1987	1585.9	63516.	14045.	19387.	225.67	2009.8	11345.	3038.7
1988	1594.2	64595.	14155.	19293.	228.70	2026.7	11592.	3025.3
1989	1597.0	65082.	14206.	19120.	230.71	2036.3	11764.	3001.6
1990	1601.8	65269.	14208.	18887.	233.07	2041.2	11879.	2971.6
1991	1600.0	65463.	14184.	18626.	234.03	2043.8	11999.	2939.1
1992	1575.5	65446.	14154.	18363.	234.29	2044.8	12061.	2904.9
1993	1552.5	64640.	14145.	18133.	234.91	2048.7	12083.	2875.8
1994	1528.6	63727.	14119.	17887.	235.71	2053.1	12113.	2848.0
1995	1508.8	62761.	14117.	17677.	236.90	2059.2	12152.	2823.2
1996	1491.1	61919.	14137.	17500.	238.05	2069.7	12210.	2804.9
1997	1474.2	61173.	14169.	17341.	239.07	2078.1	12269.	2784.2
1998	1457.3	60470.	14186.	17166.	240.04	2085.3	12323.	2762.4
1999	1440.7	59778.	14201.	16994.	241.08	2094.4	12373.	2743.7
2000	1423.3	59094.	14214.	16823.	242.05	2100.7	12427.	2721.5
2001	1407.9	58388.	14240.	16671.	240.19	2110.0	12477.	2703.8
2002	1379.5	57744.	14272.	16529.	238.72	2110.2	12406.	2675.1
2003	1347.9	56687.	14325.	16414.	239.53	2133.3	12331.	2675.5
2004	1318.0	55442.	14384.	16309.	239.89	2146.5	12353.	2663.6
2005	1280.4	54214.	14351.	16102.	239.61	2160.7	12372.	2653.3
2006	1257.9	52738.	14500.	16102.	240.25	2179.4	12363.	2648.7
2007	1228.9	51705.	14548.	15991.	240.17	2193.6	12389.	2638.7
2008	1202.3	50550.	14589.	15875.	240.15	2206.5	12390.	2627.2
2009	1171.2	49447.	14623.	15753.	240.47	2218.0	12390.	2614.6
2010	1144.2	48212.	14645.	15620.	240.19	2229.7	12403.	2602.3

c) Familiensachen

Wie wiederholt festgestellt, beinhaltet die Prognose des Geschäftsarfs in Familiensachen erhebliche Probleme aufgrund des nach statistischen Kriterien erheblich zu kurzen Referenzzeitraumes. Auf der Basis des unterstellten einfachen Bevölkerungszusammenhangs ergeben sich auf Bundesebene in erster Instanz (ZU(2)) konstant rückgängige Anfallszahlen, auf Ebene des Bundeslandes Bayern sind diese Werte ab Ende der 80er Jahre rückläufig.

Tab. 62: Geschäftsanfall in Familiensachen des Bundes und Bayerns

JAHR	BUND		BAYERN	
	ZU 2	14	ZU 2	14
	E+03	E+00	E+00	E+00
1985	369.95	21751.	49186.	2996.0
1986	369.95	21751.	49195.	2950.3
1987	370.78	20876.	49409.	3010.2
1988	370.89	21214.	49520.	3042.1
1989	369.05	21363.	49344.	3059.0
1990	366.09	21366.	48982.	3059.2
1991	361.93	21269.	48481.	3045.8
1992	357.87	21090.	47998.	3021.8
1993	355.65	20879.	47803.	2994.2
1994	352.95	20715.	47543.	2976.0
1995	350.62	20556.	47311.	2959.0
1996	350.43	20410.	47357.	2943.6
1997	349.02	20341.	47200.	2939.1
1998	346.95	20265.	46912.	2931.5
1999	344.71	20165.	46689.	2917.7
2000	341.96	20047.	46438.	2903.9
2001	339.31	19906.	46197.	2889.1
2002	336.73	19758.	45956.	2874.2
2003	333.83	19609.	45677.	2859.2
2004	331.21	19449.	45408.	2842.9
2005	325.80	19294.	45260.	2826.3
2006	325.59	19048.	44953.	2814.2
2007	322.53	18936.	44675.	2797.9
2008	319.22	18787.	44369.	2781.1
2009	315.71	18613.	44016.	2762.9
2010	311.70	18423.	43617.	2742.6

Aufgrund der leicht positiven Trends der Rechtsmittelquoten wird der Geschäftsanfall in den Rechtsmittelinstanzen (ZU(14)) gleichermaßen erst ab Beginn der 90er Jahre rückläufig sein (vgl. Tab. 62).

8.2. Der (Brutto-)Personalbedarf

Aus der Entwicklung des Geschäftsanfalls kann der Bedarf an Personal ermittelt werden. Hierfür müssen zunächst Annahmen über die Beziehung zwischen Personalbedarf und Geschäftsanfall in einer für die Prognose sinnvollen Aggregation zugrundegelegt werden (die Disaggregation des "Pensenschlüssels" scheint hierfür als geschäftsanfallsbezogen zu fein und beschäftigtengruppenbezogen zu grob - vgl. hierzu Pkt. 3.3.1.). Der hier zugrundegelegte Personalschlüssel wird durch die Gegenüberstellung der erledigten Verfahren und des Personalbestands im Jahre 1984 gewonnen, bei der jedoch der bekannte bzw. geschätzte Auslastungsgrad berücksichtigt wird (vgl. hierzu noch einmal Tab. 4 in Pkt. 3.3.2.).

Aufgrund dieser Auslastungsgrade ergibt sich der Bruttopersonalbedarf jedes Jahres. Für das Jahr 1984 ergibt sich der Bruttopersonalbedarf als Produkt der Größen Personalbestand und Auslastungsgrad. Für die Folgejahre wird stets der Personalbedarf als Bruttobedarf ausgewiesen, der sich bei einer 100%-Auslastung des Personals ergibt. Der Bruttopersonalbedarf ist über den Geschäftsanfall hinaus auch von der beschäftigtengruppenspezifischen Produktivitätswirkung des fortschreitenden Technologieeinsatzes abhängig.

Tab. 63: Daten zur Berücksichtigung laufbahngruppen- und geschäftsbereichsspezifischer Produktivitätsfortschritte auf Bundesebene

Geschäftsbereich	Start- zeit 19..	End- zeit 19..	Max. Produktivitätsfortschritt je Beschäft.gruppe				
			Ri	gD	mDB	mDA	mDS
Ziv.proz.sachen 1.Inst. AG	88	95	0	0	10	10	20
Familiensachen 1. Inst. AG	89	96	10	15	10	10	25
Vollstreckungss. AG	88	93	10	10	10	10	10
Freiw.Ger.b.keit	88	93	10	10	10	10	20
Straf- u. Buß- geldsachen AG	89	96	5	5	10	10	20
Verwaltung AG	88	93	10	10	10	10	10
Grundbuchamt AG	88	93	0	0	10	10	100
Zivilproz. Ber./ Beschw. LG	88	95	0	0	10	10	20
Zivilproz. 1. Inst. LG	88	95	0	0	10	10	20
Strafsachen 1. Inst. LG	89	96	5	5	10	10	20
Strafsachen 2. Inst. LG	89	96	5	5	10	10	20
Verwaltung LG	88	93	10	10	10	10	20
Strafsachen 1.Inst. OLG	87	96	0	0	10	10	20
Familiensachen 2. Inst. OLG	89	96	10	15	10	10	25
Zivilsachen 2. Inst. OLG	88	95	0	0	10	10	20
Strafsachen OLG Revis./R.beschw.	89	96	5	5	10	10	20
Andere Strafs. OLG	89	96	5	5	10	10	20
Verwaltung OLG	88	93	10	10	10	10	20

Tabelle 63 zeigt in Analogie zu Tabelle 7 aus Punkt 3.2.3. die für das Planungsmodell auf der Ebene des Bundes unterstellten beschäftigtenengruppen- und geschäftsbereichsspezifischen Vorausschätzungen der maximalen Produktivitätsfortschritte, sowie deren Entwicklung im zeitlichen Verlauf. Aufgrund der längerfristigen Unwägbarkeiten der Größen, werden diese nur während der ersten 8 bzw. 9 (Bayern bzw. Bund) Prognosejahre verändert. Ab etwa dem Jahr 1996 wird damit mit konstanten Produktivitäten je Beschäftigtengruppe gearbeitet. Die Differenz "Endjahr" abzüglich "Startjahr" ergibt den Zeitraum, über den eine lineare Entwicklung der Produktivität erfolgt, der maximale Produktivitätsfortschritt gibt das neue im Modell stabile Produktivitätsniveau ab dem "Endjahr" an.

Für die einzelnen Beschäftigtengruppen resultiert daraus die in Tabelle 62 dargestellte summarische Entwicklung der Personalbedarfe.

Die Entwicklungslinien des Personalbruttobedarfs unterscheiden sich in ihrem Verlauf primär aufgrund der unterschiedlichen Produktivitätswirkungen des Einsatzes neuer Technologien.

Auf dem Aggregationsniveau des Bundes ist die Tendenz des Personalbedarfs nach anfänglichem Anstieg einheitlich negativ, das Maximum des Personalbedarfs bei Richtern (TBTOHD) wird 1989 überschritten, bei Rechtspfliegern und Beamten und Angestellten des mittleren Dienstes (TBTOGD bzw. TBTOMB) bereits um das Jahr 1988. Aufgrund der überdurchschnittlichen Produktivitätswirkungen des Technologieeinsatzes im Schreibdienstbereich, werden hier die deutlichsten Rückgänge des Personalbedarfs (TBTOMS) verzeichnet.

Auf der Ebene des Bundeslandes Bayern muß die Personalbedarfsentwicklung differenzierter betrachtet werden.

Aufgrund der unterdurchschnittlichen Produktivitätswirkungen des Technologieeinsatzes im richterlichen Dienst ist in diesem Bereich ein Ansteigen des Bedarfs um ca. 28% zu verzeichnen. In den übrigen Bereichen kann der Anstieg des Geschäftsanfalls in etwa ausgeglichen werden durch technologiebedingte Produktivitätssteigerungen. Der wieder einsetzende geringfügige Anstieg des Personalbruttobedarfs im Bereich des mittleren Dienstes etwa ab Mitte der 90er Jahre ist primär Konsequenz der zeitlich begrenzten Berücksichtigung der Produktivitätswirkungen des Technologieeinsatzes. Aus diesen unterschiedlichen Entwicklungslinien ergeben sich folgende Struktureffekte des Personalbedarfs (vgl. Tab. 65).

Tab. 65: Struktureffekte des Personalbedarfs in Prozentwerten; Bund

Jahr	TBTOHD	TBTOGD	TBTOMB	TBTOMA	TBTOMS	Summe
1985	26,8	16,6	19,7	11,3	25,6	100
1995	29,2	17,1	19,8	11,4	22,5	100
2010	29,6	17,2	19,6	11,3	22,2	100

Aufgrund der sich entsprechenden größenmäßigen Berücksichtigung der technologischen Produktivitätswirkungen entsprechen sich die Struktureffekte auf Bundes- und bayerischer Ebene. Der anteilige Bedarf an juristischen Fachkräften (Rechtspflegern und Richtern) steigt damit auf Kosten eines rückgängigen Anteils an Verwaltungs- und Schreibkräften.

Tab. 64: Bruttopersonalbedarfe in den fünf Beschäftigten-
gruppen über alle Geschäftsbereiche; Bund und
Bayern

BUND					BAYERN					
JAHR	TETOTHD		TETOTGR		TETOMA		TETOMR		TETOMS	
	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00
1985	14679	9094.3	10817	6215.8	14035	1985	2161.2	1861.6	2202.9	1338.6
1986	14783	9123.3	10872	6254.4	14135	1986	2191.5	1843.6	2209.7	1342.0
1987	14980	9179.0	10974	6313.3	14269	1987	2232.6	1871.4	2246.8	1364.1
1988	15138	9221.7	11047	6355.7	14365	1988	2276.9	1871.6	2252.9	1367.8
1989	15265	9178.2	10986	6320.9	13884	1989	2306.3	1867.2	2245.8	1363.9
1990	15256	9082.0	10830	6231.3	13315	1990	2326.5	1854.7	2229.3	1354.6
1991	15206	8970.6	10653	6130.1	12793	1991	2347.2	1842.4	2212.8	1345.2
1992	15120	8863.3	10464	6022.2	12311	1992	2370.3	1831.6	2197.2	1336.4
1993	15026	8757.0	10277	5915.1	11870	1993	2393.3	1833.3	2196.5	1336.9
1994	14949	8725.3	10168	5853.0	11653	1994	2415.8	1834.8	2195.5	1337.1
1995	14877	8695.0	10064	5794.2	11451	1995	2438.7	1837.4	2203.1	1342.7
1996	14820	8669.7	10005	5760.8	11343	1996	2472.5	1841.3	2219.9	1353.8
1997	14792	8632.8	9963	5737.2	11294	1997	2504.7	1842.1	2234.9	1363.9
1998	14742	8595.4	9915	5710.1	11237	1998	2534.6	1842.0	2248.3	1373.0
1999	14685	8562.5	9868	5683.6	11182	1999	2563.1	1841.8	2260.9	1381.7
2000	14617	8516.7	9810	5651.0	11115	2000	2591.5	1842.0	2273.8	1390.4
2001	14544	8466.3	9749	5616.5	11045	2001	2620.5	1840.6	2285.9	1398.8
2002	14470	8417.1	9679	5576.6	10966	2002	2628.5	1828.9	2283.7	1398.9
2003	14397	8375.8	9617	5541.9	10898	2003	2632.6	1818.4	2278.9	1397.0
2004	14298	8330.3	9555	5506.7	10830	2004	2646.5	1814.8	2283.0	1400.1
2005	14185	8248.8	9435	5450.3	10720	2005	2666.8	1812.6	2290.2	1405.2
2006	14129	8225.2	9413	5426.6	10673	2006	2683.2	1809.8	2296.3	1409.9
2007	14069	8105.4	9358	5395.6	10613	2007	2703.5	1810.4	2305.4	1416.2
2008	14024	8165.7	9320	5374.0	10570	2008	2722.4	1809.5	2313.2	1421.9
2009	13999	8150.0	9289	5356.6	10537	2009	2739.2	1806.2	2318.9	1426.3
2010	13975	8133.0	9256	5338.7	10502	2010	2761.2	1805.8	2327.8	1432.5

Exemplarisch für alle weiteren Geschäftsbereiche soll die Entwicklung des Bruttopersonalbedarfs (BTO..) für die personalintensivsten Geschäftsbereiche "Zivilsachen in 1. Instanz" (GB(1)) und "Straf- und Bußgeldsachen in 1. Instanz" (GB(5)) jeweils vor dem Amtsgericht aufgezeigt werden.

Der aus dem Geschäftsanfall in Straf- und Bußgeldsachen und seiner Entwicklung sich ableitende Bruttopersonalbedarf erfolgt aus einem etwas komplexeren Rechenschema: Der Geschäftsanfall wird in drei Teilbereichen gesondert prognostiziert (vgl. hierzu Pkt. 4.3.4.2.) und erst dann aufsummiert. Diese Summation muß jedoch gewichtet erfolgen, da sich die einzelnen Teilbereiche (insbesondere Strafsachen und Bußgeldsachen) in ihrer Arbeitsintensität wesentlich unterscheiden. Für diese Gewichtung wird der Geschäftsanfall des Basisjahres in seiner Verteilung auf Einzelrichter bzw. Kammern (Schöffengericht, erweitertes Schöffengericht, Jugendschöffengericht, erweitertes Jugendschöffengericht) betrachtet und mit dem jeweils gültigen Pensenschlüssel für den richterlichen Dienst bewertet.

Die Veränderung des Personalbedarfs in diesem Bereich spiegelt damit über Mengeneffekte des Geschäftsanfalls und seiner Entwicklung hinaus auch Struktureffekte wider. Eine weitere Kommentierung der Ergebnisse ist nicht erforderlich. Absolute bzw. relative Maxima des Personalbedarfs sind durch "x" gekennzeichnet (vgl. Tab. 66 und 67).

Tab. 66: Entwicklung der Bruttopersonalbedarfe der 5 Beschäftigtengruppen in Zivilsachen 1. Inst. (GB(1)) und Straf- und Bußgeldsachen (GB(5)); Bund

JAHR	ETOH1 GB 1 5	ETOG1 1 5	ETOM1 1 5	ETOMA 1 5	ETOMS 1 5
E+00	E+00 E+00	E+00 E+00	E+00 E+00	E+00 E+00	E+00 E+00
1985	1977.4	932.00	1638.1	928.50	2071.3
	2935.2	454.70	1822.9	1033.3	2305.0
1986	2005.6	945.35	1661.5	941.79	2100.8
	3006.4	465.70	1867.0	1058.3	2360.7
1987	2025.8	954.85	1678.2	951.26	2121.9
	3057.4	473.61	1898.7	1076.3	2400.8
1988	2041.1	962.08	1690.9	958.46	2138.0
	3080.5	477.17	1913.0	1084.4	2418.9
1989	2071.9	976.58	1692.2	959.20	2109.9
	3089.3	478.55	1918.5	1087.5	2425.9
1990	2071.3	976.31	1668.3	945.62	2052.3
	3076.6	476.57	1897.1	1075.4	2365.5
1991	2068.7	975.10	1643.4	931.51	1995.9
	3054.1	473.09	1870.3	1060.2	2301.0
1992	2072.5	976.87	1624.1	920.59	1948.2
	2995.4	464.00	1821.9	1032.8	2212.8
1993	2075.8	978.44	1605.0	909.77	1902.5
	2932.6	454.26	1771.9	1004.4	2125.6
1994	2076.5	978.78	1584.5	898.12	1856.8
	2868.2	444.29	1721.8	976.0	2041.1
1995	2076.8	978.92	1564.1	886.58	1812.8
	2810.3	435.33	1676.4	950.2	1964.6
1996	2077.7	979.34	1564.8	886.96	1813.6
	2757.6	427.16	1634.7	926.6	1894.7
1997	2065.6	973.64	1555.7	881.80	1803.1
	2725.9	422.25	1615.9	916.0	1872.9
1998	2048.5	965.56	1542.8	874.48	1788.1
	2694.7	417.42	1597.4	905.5	1851.5
1999	2031.4	957.51	1529.9	867.19	1773.2
	2663.9	412.64	1579.1	895.1	1830.3
2000	2013.2	948.93	1514.2	859.42	1757.3
	2632.0	407.71	1560.2	884.4	1808.4
2001	1993.3	939.53	1501.2	850.90	1739.9
	2603.0	403.21	1543.0	874.7	1788.5
2002	1972.2	929.58	1485.3	841.90	1721.5
	2555.4	395.83	1514.8	858.7	1755.8
2003	1965.5	926.45	1480.3	839.06	1715.7
	2499.2	387.14	1481.5	839.8	1717.2
2004	1958.0	922.90	1474.6	835.85	1709.1
	2443.9	378.57	1448.7	821.2	1679.1
2005	1941.4	915.06	1462.1	828.75	1694.6
	2377.3	368.26	1409.2	798.8	1633.4
2006	1936.4	912.74	1458.4	826.64	1690.3
	2330.8	361.05	1381.7	783.2	1601.5
2007	1930.4	909.90	1453.8	824.07	1685.0
	2278.7	352.98	1350.8	765.7	1565.7
2008	1929.1	909.28	1452.9	823.51	1683.9
	2229.0	345.28	1321.3	749.0	1531.5
2009	1939.1	914.01	1460.4	827.79	1692.6
	2173.3	336.65	1288.3	730.3	1493.2
2010	1943.1	915.87	1463.4	829.48	1696.1
	2122.3	328.75	1258.1	713.1	1458.2

Tab. 67: Entwicklung der Bruttopersonalbedarfe der 5 Beschäftigtengruppen in Zivilsachen 1. Inst. (GB(1)) und Straf- und Bußgeldsachen (GB(5)); Bayern

JAHR	RTOHD GR 1 5	BTODG 1 5	BTOMB 1 5	BTOMA 1 5	BTOMS 1 5
1985	274.75 449.99	182.38 83.745	304.15 409.94	172.73 234.33	146.55 198.14
1986	270.31 455.93	179.27 85.263	299.29 417.19	170.31 237.53	144.13 200.99
1987	275.09 465.74	182.44 87.097	304.58 426.17	173.32 242.64	146.68 205.31
1988	284.94 475.89	188.98 88.994	311.05 435.45	177.00 247.92	147.71 209.78
1989	291.95 479.51	193.62 89.672	314.27 435.68	178.83 248.05	147.25 206.98
1990	297.51 480.80	197.31 89.912	315.87 433.83	179.74 247.00	146.11 203.35
1991	304.70 482.28	202.08 90.189	319.13 432.23	181.60 246.09	145.80 200.01
1992	314.14 481.38	208.34 90.022	324.64 428.58	184.73 244.01	146.57 195.88
1993	321.84 478.93	213.45 89.563	328.21 423.63	186.76 241.19	146.49 191.33
1994	329.05 476.83	218.23 89.171	331.21 419.09	188.47 238.61	146.21 187.13
1995	336.37 475.13	223.08 88.852	338.58 414.99	192.66 236.28	149.46 183.26
1996	344.38 477.38	228.40 89.274	346.64 416.96	197.25 237.40	153.02 184.13
1997	350.84 479.70	232.68 89.707	353.14 418.99	200.95 238.55	155.89 185.03
1998	356.75 481.79	236.60 90.099	359.09 420.82	204.33 239.59	158.52 185.84
1999	362.54 483.78	240.44 90.471	364.92 422.55	207.65 240.58	161.09 186.60
2000	368.32 485.86	244.27 90.860	370.73 424.37	210.96 241.61	163.66 187.41
2001	374.59 487.84	248.43 91.229	424.37 426.10	241.61 242.60	187.41 188.17
2002	373.10 485.05	247.44 90.709	426.10 423.67	242.60 241.21	188.17 187.09
2003	373.79 482.12	247.90 90.160	376.25 421.10	214.10 239.75	166.09 185.96
2004	376.82 482.98	249.91 90.321	379.29 421.85	215.83 240.18	167.43 186.29
2005	381.60 483.73	253.08 90.460	384.11 422.50	218.57 240.55	169.56 186.58
2006	383.61 483.39	254.41 90.397	386.13 422.21	219.72 240.38	170.45 186.45
2007	387.47 484.40	256.98 90.585	390.02 423.09	221.93 240.88	172.17 186.84
2008	390.61 484.44	259.06 90.594	393.18 423.13	223.73 240.91	173.56 186.86
2009	393.23 484.41	260.79 90.588	395.80 423.10	225.23 240.89	174.73 186.85
2010	398.32 484.95	264.17 90.689	400.93 423.57	228.14 241.16	176.99 187.05

8.3. Abzuleitende Anpassungsmaßnahmen

Aus den absehbaren Entwicklungslinien des Personalbedarfs lassen sich Erfordernisse zukünftiger personalpolitischer Anpassungsmaßnahmen ableiten. Diese Anpassungsmaßnahmen beziehen sich zum einen auf die Steuerung der Stellenanzahl und -struktur und zum anderen auf die Planung der Ausbildungs- und Einstellungspolitik der Justiz.

8.3.1. Stellenpolitik

Die Planung der zur Verfügung zu stellenden Planstellen im Bereich der Justiz kann langfristig gleichgesetzt werden mit dem zukünftig zu planenden Personalbestand innerhalb der betrachteten Beschäftigtengruppen, d.h. dem tatsächlich realisierten Personalbedarf. Die Betrachtung von Personalbedarf und Personalbestand zeigte am Beispiel der Richter (vgl. Tab. 6 in Pkt. 3.3.2.), daß hier erhebliche Differenzen offensichtlich politisch akzeptiert, d.h. auch haushaltsbedingt erzwungen, werden. So wurde im Bereich des richterlichen Dienstes auf dem Aggregationsniveau des Bundes eine 25 %ige Überauslastung der Beschäftigten, in einigen Bundesländern sogar Auslastungsgrade von über 30 % hin- genommen.

Daraus folgt, daß die Höhe der akzeptierten Auslastungsgrade als wesentlicher Politikfaktor im Modell implementiert werden muß. Tabelle 5 in Punkt 3.3.2. zeigte die dem Modell zugrundegelegten Auslastungsgrenzwerte, die erst im Falle ihrer Überschreitung Anpassungsmaßnahmen der Stellenpolitik (Stellenschaffung, Stellenstreichung) herbeiführen.

Tab. 68: Entwicklung des Personalbestands in den fünf
Beschäftigtengruppen; Bund und Bayern

JAHR	BUND					BAYERN									
	TTTH	TTGE	TTME	TTMA	TTMS	TTTH	TTGE	TTME	TTMA	TTMS	TTTH	TTGE	TTME	TTMA	TTMS
E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00	E+00
1985	12032.	9094.3	10817.	6215.8	11696.	1863.1	1861.6	2202.9	1338.6	976.0					
1986	12032.	9094.3	10817.	6215.8	11696.	1863.1	1861.6	2202.9	1338.6	976.0					
1987	12088.	9094.3	10817.	6215.8	11858.	1871.0	1862.1	2201.7	1339.6	990.5					
1988	12159.	9094.3	10817.	6215.8	11934.	1884.1	1863.0	2200.9	1340.2	1003.6					
1989	12254.	9094.3	10817.	6215.8	12003.	1913.9	1863.1	2200.2	1339.8	1009.5					
1990	12363.	9094.3	10817.	6215.8	12009.	1938.6	1862.4	2199.2	1339.4	1011.9					
1991	12422.	9094.3	10817.	6215.8	11947.	1959.2	1858.0	2194.6	1337.1	1013.7					
1992	12463.	9094.8	10817.	6215.8	11764.	1983.9	1852.5	2189.3	1334.4	1015.1					
1993	12501.	9095.7	10817.	6215.8	11607.	2011.4	1848.6	2187.4	1333.6	1017.0					
1994	12541.	9089.0	10816.	6215.6	11480.	2036.4	1847.2	2190.3	1336.3	1019.7					
1995	12582.	9080.8	10803.	6208.2	11463.	2061.2	1844.9	2193.0	1339.2	1021.8					
1996	12621.	9072.8	10787.	6198.7	11457.	2086.1	1847.0	2199.2	1343.5	1029.2					
1997	12659.	9066.3	10765.	6188.5	11458.	2112.9	1851.7	2205.5	1347.9	1037.6					
1998	12697.	9065.4	10739.	6175.1	11457.	2137.8	1855.1	2212.3	1352.9	1045.8					
1999	12725.	9064.0	10711.	6160.5	11454.	2163.5	1858.2	2218.2	1357.4	1053.4					
2000	12748.	9061.5	10684.	6145.5	11451.	2187.9	1861.1	2224.8	1361.7	1060.3					
2001	12768.	9051.3	10649.	6125.5	11431.	2212.9	1864.1	2236.3	1369.4	1067.2					
2002	12786.	9036.0	10611.	6104.5	11401.	2238.9	1867.8	2247.7	1377.0	1074.5					
2003	12802.	9016.1	10560.	6075.6	11354.	2252.0	1863.8	2251.4	1380.3	1078.1					
2004	12816.	8993.6	10500.	6041.7	11296.	2258.6	1859.6	2250.8	1380.4	1078.8					
2005	12840.	8969.9	10440.	6007.5	11237.	2269.2	1856.8	2252.8	1382.2	1080.9					
2006	12865.	8935.5	10340.	5951.1	11161.	2288.3	1857.4	2260.0	1387.1	1085.4					
2007	12883.	8917.5	10284.	5919.0	11111.	2301.9	1854.8	2264.5	1390.7	1089.0					
2008	12909.	8896.3	10232.	5884.1	11056.	2320.1	1854.7	2270.5	1394.9	1093.0					
2009	12936.	8879.5	10173.	5856.5	11008.	2336.3	1853.3	2276.2	1399.1	1097.0					
2010	12908.	8861.7	10124.	5828.6	10956.	2351.8	1851.5	2280.9	1402.7	1100.6					

Auf der Grundlage dieser politikbedingten Annahmen kann der Bestand an Stellen bzw. der Bestand an Personal aggregiert über alle Geschäftsbereiche gemäß Tabelle 68 prognostiziert werden.

Das Vorhandensein solcher akzeptierter Auslastungsgrenzen ("Schmerzgrenzen") führt zu z.T. paradoxen Ergebnissen, die am Beispiel des Bestands an Richtern (TTHD) auf Bundesebene kurz dargestellt werden: Dem insgesamt rückläufigen Bedarf an Richtern steht ein Ausbau des Bestands an Richter(stellen) gegenüber. Dies resultiert daraus, daß in diesem Bereich bereits in der Gegenwart die angenommene akzeptierte Auslastungsgrenze nahezu erreicht und durch den kurzfristigen Anstieg des Geschäftsanfalls überschritten wird. Der Bestand an Richtern wird dadurch erhöht. In der Folge geht zwar der Bedarf an Richtern insgesamt zurück, aufgrund der Stabilität des Stellenpotentials wird jedoch der Bestand an Richtern noch nicht reduziert, da die akzeptierte untere Auslastungsgrenze von 90% noch nicht unterschritten wird. Da dieser akzeptierte Auslastungskorridor für jeden Geschäftsbereich isoliert Gültigkeit besitzt, kann der weitere Anstieg des Geschäftsanfalls über die obere Auslastungsgrenze hinaus in nur einem Geschäftsbereich ein geringfügiges Anwachsen des gesamten Personalbestandes bei insgesamt rückgängigem Bedarf hervorrufen.

In den Bereichen der übrigen Beschäftigtengruppen wird der Personalbestand zunächst konstant gehalten, langfristig jedoch aufgrund des Überschreitens der unteren Auslastungsgrenze reduziert. Lediglich im Bereich der Schreibdienste ist ein kurzfristiger Personalausbau erforderlich, da auch hier die obere Auslastungsgrenze trotz der positiven Produktivitätswirkungen des Technologieeinsatzes überschritten wird. Langfristig geht jedoch auch in diesem Beschäftigtenbereich die Anzahl der vorgesehenen Stellen zurück.

Die Ergebnisse für das Bundesland Bayern bedürfen nur eines kurzen Kommentars: Nennenswerte Veränderungen des Personalbestands sind hier nur bei den Beschäftigtengruppen der Richter und der Schreibkräfte zu erwarten, da hier ebenfalls bereits schon in der Gegenwart die oberen Grenzen des akzeptierten Auslastungskorridors erreicht und überschritten werden. Bemerkenswert erscheint gerade im Bereich des Schreibdienstes, daß selbst bei einem forcierten Technologieeinsatz der Ausbau an Personal unumgänglich ist.

8.3.2. Ausbildungs- und Einstellungspolitik

Erst über die Ermittlung der Stellen-Effekte des Geschäftsanfalls und der Produktivitätseffekte kann eine Abschätzung der notwendigen ausbildungs- und einstellungspolitischen Anpassungsmaßnahmen erfolgen. Zur Darstellung der Zusammenhänge zwischen Bruttopersonalbedarf, Personalbestand und Nettobedarf sei hier auf die Ausführungen zu Kapitel 3.3.1. verwiesen. Zentrales zusätzliches Modul für die Ermittlung des Nettobedarfs an Personal je Beschäftigtengruppe ist die Implementierung eines Alterungs- und Fluktuationsmoduls in das Personalplanungsmodell.

Tab. 69: Jährliche Nettopersonalbedarfe je Beschäftigten-
gruppe in Bayern

JAH	TNT0HD	TNT0GD	TNT0MB	TNT0MA	TNT0MS
1985	63.68	98.501	84.94	65.774	47.783
1986	73.10	98.218	84.94	65.774	61.738
1987	81.12	97.617	86.18	64.729	60.033
1988	101.68	96.162	86.98	63.512	52.797
1989	101.93	94.530	87.26	63.205	49.420
1990	102.95	90.187	84.26	61.299	48.929
1991	111.58	88.211	83.85	60.668	48.601
1992	118.68	89.111	87.68	62.615	49.254
1993	120.13	90.995	92.68	66.118	50.210
1994	123.05	89.800	92.77	66.355	49.859
1995	125.72	93.696	96.54	67.907	55.258
1996	129.57	96.141	96.85	68.172	56.532
1997	129.32	94.858	97.54	69.009	56.588
1998	131.17	94.581	96.85	68.710	56.342
1999	130.64	94.229	97.65	68.805	56.044
2000	131.63	94.199	102.70	72.415	56.308
2001	132.89	94.985	102.75	72.645	57.127
2002	120.25	87.315	95.36	68.625	53.880
2003	113.07	86.718	91.03	65.692	51.139
2004	116.14	87.860	93.77	67.663	52.914
2005	123.94	91.085	98.92	70.906	55.543
2006	118.51	88.028	96.48	69.810	54.905
2007	122.78	90.361	97.95	70.586	55.402
2008	120.95	89.017	97.72	70.744	55.754
2009	120.31	88.736	96.98	70.381	55.458
2010	125.33	91.397	100.08	72.240	56.994

Aufgrund der erheblichen Verwischungseffekte einer bundesweiten Aggregation und der daraus resultierenden mangelnden Interpretierbarkeit der Ergebnisse auf Bundesebene wird die Implementation eines solchen Moduls nur auf Landes- (d.h. hier auf bayerischer) Ebene vollzogen. Für Bayern ergeben sich damit innerhalb des Planungszeitraums die in Tabelle

69 dargestellten jährlichen Einstellungs- bzw. Nettopersonalbedarfe.

Aufgrund der gegenwärtigen Altersstruktur und der zu planenden Stellenanpassung wird der Bedarf an Berufsanfängern (d.h. Referendaren) im richterlichen Dienst (TNTOHD) etwa bis zur Jahrtausendwende ansteigen und darauf, im wesentlichen aufgrund des abgesunkenen Durchschnittalters, mit leichten Schwankungen wieder etwas zurückgehen. In bei weitem geringerem Umfang gilt diese Veränderungstendenz auch für die Beamten des mittleren und gehobenen Dienstes sowie die Angestellten des Schreibdienstes.

Über die Nettopersonalbedarfe kann schließlich - soweit eine Ausbildung innerhalb der Justiz erfolgt - auf die erforderliche Dimensionierung der einzelnen Ausbildungsgänge und Ausbildungsjahrgänge geschlossen werden, die zeitlich um die Dauer der Ausbildung vorversetzt werden muß.

Im Bereich der innerhalb der Justiz auszubildenden Beamten des mittleren (TNTOMB) und gehobenen (TNTOGD) Dienstes ist im wesentlichen aufgrund der ausgewogeneren Altersstruktur der Beschäftigten mit einer sehr gleichmäßigen Entwicklung des Nettopersonalbedarfs und damit gleichzeitig mit einer, nur geringen Schwankungen unterworfenen, etwa gleichbleibenden Belegung der Ausbildungseinrichtungen bis ins nächste Jahrtausend hinein zu rechnen.

Gravierende Einschnitte werden im Bereich der Angestellten (TNTOMA bzw. TNTOMS) ebenfalls nicht zu erwarten sein.

9. Schlußbemerkung

Die Entwicklung des Bedarfs an Personal für den öffentlichen Dienst ist in weitem Umfang und bezogen auf alle hier betrachteten Systemebenen entscheidungsabhängig. Dies kompliziert insbesondere bei langfristigen Betrachtungen dessen zukünftiger Entwicklungen eine Vorhersage erheblich.

Die Vorgehensweise der differenzierten Betrachtung der Systemebenen "Organisation", "gesamtgesellschaftliches Umfeld" und "Rechtssystem" bzw. rechtlich definierter Aufgabenrahmen öffentlichen Handelns unterstützt eine Systematik der Personalbedarfsplanung, die auch in anderen öffentlichen Aufgabenfeldern eine erkenntnistiftende Problemstrukturierung ermöglicht.

Begreift man den zukünftigen Personalbedarf und - daraus resultierend - den zukünftigen Personalbestand des öffentlichen Dienstes und speziell der Justiz nicht als autonome Größe, sondern als von der zukünftigen Entwicklung der Nachfrage nach den von der Justiz erstellten Leistungen abhängig (- nur in diesem Falle "lohnt" die modellmäßige Untersuchung zukünftiger und nachfrageorientierter Personalbedarfe überhaupt -), so zeigt sich, daß die Entscheidungs- bzw. Politikabhängigkeit der Tätigkeitsfelder der Justiz unmittelbar durchgreift auf eine analoge Abhängigkeit des daraus resultierenden Bedarfs an Personal.

Ohne die Implementation expliziter Entscheidungsgrößen ist die modellmäßige Abbildung des Realitätsausschnitts "Personalbedarf und -bestand der Justiz" nicht realisierbar. Entscheidungsparameter müssen deshalb als vorläufige Größen dem Modell vorgegeben werden und dokumentieren damit den Status der vorgelegten Ergebnisse als Ergebnisse vielfach bedingter Modellrechnungen.

Dennoch - und dies muß mit Nachdruck betont werden - sind deshalb die vorgelegten Modellergebnisse nicht beliebig.

Dieser Anspruch kann erhoben werden, da verfügbare Erkenntnisse aus Referenzzeiträumen, wo immer sinnvoll und möglich, herangezogen wurden. Auch Entscheidungsparameter wurden dort, wo sie nicht absolut einmaligen Charakter tragen (Bsp.: Veränderung materiell-rechtlicher Rahmenbedingungen), sondern ebenfalls über Referenzzeiträume hinweg beobachtbar sind (Bsp.: akzeptierte Auslastungsobergrenzen einzelner Beschäftigtengruppen), den realen Vergangenheitsgrößen nachgebildet.

Das Modell bleibt verbesserungsfähig. Dies resultiert zum einen aus der bisweilen unzureichenden Qualität und Ergänzungsbedürftigkeit zugrundezulegender Daten. Zum zweiten resultiert diese Verbesserungsfähigkeit jedoch auch aus dem in vielen Bereichen der Rechtssoziologie, Rechtstat-sachenforschung und Kriminologie bestehenden Erkenntnis- bzw. Forschungsdefizit und dem hieraus resultierenden Mangel an diesbezüglichen Theorien und Modellen mit ausreichendem Bewährtheitsgrad.

Das Modell ist jedoch gleichzeitig von theoretischem und praktischem Wert. Mit ihm kann zum einen der für eine rationale Personalplanung bestehende Bedarf an Information auf den verschiedenen Ebenen klar aufgezeigt werden. Zum anderen bietet es in den Ergebnissen einer status-quo-Prognose Informationen über zukünftig erwartbare Entwicklungen der für eine Personalplanung elementaren Größen. Darüber hinaus stellt es in seiner Eigenschaft als Entscheidermode-ll die Eingangsgrößen für variable Entscheidungsparameter zur Verfügung, die das Durchspielen von Politikalternativen innerhalb alternativer gesamtgesellschaftlicher Entwicklungsszenarien ermöglichen.

Die Explizierung der vielfältigen Rahmenbedingungen des status quo - insbesondere auf der Ebene des Rechtssystems - verdeutlicht die Qualität und Restriktivität der der quantitativen Projektion zugrundeliegenden ceteris paribus Hy-

pothese. Gleichzeitig legt diese jedoch die Grundlagen für die konkrete Beurteilung und Wirkungsanalyse abweichender Szenarien.

Diese Leistungen des Modells rechtfertigen den erheblichen Aufwand zu seiner Erstellung und erforderlichen Pflege.

Literaturverzeichnis

- Adams, M., Der Zivilprozeß als Folge strategischen Verhaltens, in: ZfRSoz 7/1986, S. 212 - 225
- Adams, M., Ökonomische Analyse des Zivilprozesses, Königstein 1981
- Adams, M./Blankenburg, E., Der Einfluß der Rechtsschutzversicherungen auf den Geschäftsanfall der Gerichte, in: DRiZ September 1983, S. 353 - 362
- Arbeitskreis der Deutschen Gesellschaft für Personalführung e.V., Personalplanung: Ergebnisse für die Praxis, in: Schriften der Deutschen Gesellschaft für Personalführung, Bd. 44, Königstein 1979
- Bandisch, G., Zur Vermittlertätigkeit von Rechtsanwälten, in: Blankenburg, E./Gottwald, W./Strempel, D.(Hrsg.), Alternativen in der Ziviljustiz - Berichte, Analysen, Perspektiven, Köln 1982, S. 42 - 45
- Bargel, T., Überlegungen und Materialien zu Wertdisparitäten und Wertwandel in der BRD, in: Klages, H./Kmieciak, P. (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/New York 1979, S. 147 - 184.
- Bauer, V./Blankenburg, E./Treiber, H., Arbeitsplatz Gericht - Modellversuch zur Humanisierung der Gerichtsorganisation, Frankfurt/New York 1983
- Bayerisches Justizministerialblatt, amtlich herausgegeben vom Bayerischen Staatsministerium der Justiz, div. Jahrgänge
- Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, Bayern Regional 2000, München 1986
- Becker, B./Tekles, H., Forschungsbericht über das Projekt: Superlangfristige Vorausschätzung politisch-administrativer Folgen der künftigen Bevölkerungsentwicklung bis 2030/2040, München 1983
- Becker, G.S., Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, Tübingen 1982

- Bednarzik, U./Heiland, H.-G., Arbeitslosigkeit und Kriminalität zwischen soziologischer Relevanz und statistischer Signifikanz, in: Haferkamp, H. (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat und soziale Probleme, Opladen 1984, S. 155 - 191
- Bell, D., Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt/M./New York 1979
- Best, F., Technology and the Changing of Work, in: The Futurist 4/1984, S. 61 - 66
- Beutel, P./Schubö, W., SPSS 9, Statistik-Programm für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Stuttgart/New York 1982
- Beyer, H.-T., Determinanten des Personalbedarfs, Bern/Stuttgart 1981
- Blankenburg, E., Indikatorenvergleich der Rechtskulturen, in: ZfRSoz 6/1985, S. 255 - 273
- Blankenburg, E., Mobilisierung von Recht, in: ZfRSoz 1/1980, S. 33 - 64.
- Blankenburg, E., Schieds- und Schlichtungsstellen im Kontext der Diskussion von "Alternativen in der Ziviljustiz", in: Morasch, H. (Hrsg.), Schieds- und Schlichtungsstellen in der Bundesrepublik, Köln 1984, S. 9 u. 10
- Blankenburg, E., Zur Theorie von Gerichtsverfahren, in: ZfRSoz 5/1983, S. 133 - 144
- Blankenburg, E., Indikatorenvergleich der Rechtskulturen in der Bundesrepublik und den Niederlanden, in: DRIZ 6/1985, S. 255 - 273
- Blankenburg, E., Vom Umgang der Ökonomen mit dem Recht, in: ZfRSoz 7/1986, S. 242 - 249
- Blankenburg, E., Thesen zur Umverteilung von Rechtschancen, in: ders./Gottwald, W./Strempel, D. (Hrsg.), Alternativen in der Ziviljustiz - Berichte, Analysen, Perspektiven, Köln 1982, S. 29 - 39
- Blankenburg, E./Fiedler, J., Die Rechtsschutzversicherungen und der steigende Geschäftsanfall der Gerichte, Tübingen 1981

- Blankenburg, E./Blankenburg, V./Morasch, H., Die Rolle des Anwalts auf dem Weg in die Berufung, in: Gilles, P./Röhl, K.F./Schuster, P./Strempel, D.(Hrsg.), Rechtsmittel im Zivilprozeß - unter besonderer Berücksichtigung der Berufung, Köln 1985, S. 85 - 91
- Blankenburg, E./Gottwald, W./Strempel, D.(Hrsg.), Alternativen in der Ziviljustiz - Berichte, Analysen, Perspektiven, Köln 1982
- Blankenburg, E./Gottwald, W./Strempel, D., Vorwort, in: dies. (Hrsg.) Alternativen in der Ziviljustiz, Köln 1982, S. 9 u. 10
- Blankenburg, E./Morasch, H./Wolff, H., Tatsachen zur Reform der Zivilgerichtsbarkeit, Tübingen 1974
- Blankenburg, E./Verwoerd, J., Rechtsmittelstaat - eine deutsche Spezialität, in: DRiZ 6/1986, S. 207 - 211
- Bortz, J., Lehrbuch der Statistik, Berlin/Heidelberg/New York 1977
- Brauneck, A.-E., Allgemeine Kriminologie, Hamburg 1974
- BTDr. Bundestagsdrucksache, Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, 1. Teil: Analyse der bisherigen Bevölkerungsentwicklung und Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung, Nr. 8/4437 vom 08.08.80
- Buchholz, W., Der langfristige Bedarf an Wirtschaftswissenschaftlern in den öffentlichen Verwaltungen, Baden-Baden 1980
- Bundesanstalt für Arbeit, Amtliche Nachrichten Nr. 1/1985, Sonderdruck: Die Arbeitslosigkeit in den Landkreisen und kreisfreien Städten, S. 10 - 29
- Bundesregierung, Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zur Geschäftsbelastung der ordentlichen Gerichtsbarkeit, BTDr 10/5317 vom 14.04.1986
- Bundesregierung, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 43, 05.05.1983
- Bunge, M. Kausalität, Geschichte und Probleme, Tübingen 1987

- Burkhardt, F., Richterarbeitsplatzcomputer, in: DRiZ 9/1986, S. 335 - 338
- Cerwenka, P., Langfristige PKW-Mobilisierungsprognosen, Darmstadt 1974
- Cerwenka, P./Rommerskirchen, S., Personenverkehrsprognosen für die Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000, Band 48 der Schriftenreihe des Verbandes der Automobilindustrie, Frankfurt 1985
- Coeppicus, R., Wider das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, in: DRiZ 10/82, S. 366 - 372
- Dahrendorf, R., Ärzte- und Juristenschwemme, in: Die ZEIT vom 20.5.1985, S. 22
- Dechene, H.-Chr., Verwahrlosung und Delinquenz, Profil einer Kriminalpsychologie, München 1975
- Dommer, W./Dromowicz, Th., Möglichkeiten der Stellenbemessung und Stellenbedarfsermittlung im öffentlichen Dienst, Teil I, in: VOP 5/1983, S. 232 - 243
- Dreier, H., Rezension zu Voigt 1980, in: ZfRSoz 1/83, S. 101 - 114
- Drumm, H.-J./Scholz, Chr., Personalplanung: Planungsmethoden und Methodenakzeptanz, Bern/Stuttgart 1983
- Filser, F., Einführung in die Kriminalsoziologie, Paderborn/München/Wien/Zürich 1983.
- Flenz, P./Gottwald, W./Wedekind, D., Einige Daten zur Geschäftsentwicklung und Erledigung durch Urteil und Vergleich im Zivilprozeß, in: Gottwald, W. et al. (Hrsg.), Der Prozeßvergleich - Möglichkeiten, Grenzen, Forschungsperspektiven -, Köln 1983, S. 279 - 288
- Forrester, J.W., Industrial Dynamics, Cambridge 1971
- Forrester, J.W., Principles of Systems, Cambridge 1973
- Gabele, E., Die Einführung von Geschäftsbereichsorganisationen, Tübingen 1981

- Gabele, E., Die Rolle der Werthaltungen von Führungskräften bei der Erringung strategischer Wettbewerbsvorteile mittelständischer Unternehmen in Europa, in: Gabele, E./Kupsch, P./Oechsler, W.A., Führung mittelständischer Unternehmen, S. 7 - 67, Bamberg 1987
- Gaugler, E., Betriebliche Personalplanung, Göttingen 1974
- Gellner, E., Nachwuchsdruck in rechtsberatenden Berufen, in: BRAK-Mitteilungen 4/1985, S. 180 - 184
- Gilles, P., Rechtsmittel im Zivilprozeß aus juristischer Sicht, in: Gilles, P. et al. (Hrsg.), Rechtsmittel im Zivilprozeß, Köln 1985, S. 11 - 24
- Gilles, P./Röhl, K./Schuster, P./Stempel, D., Einführung, in: dies. (Hrsg.), Rechtsmittel im Zivilprozeß - unter besonderer Berücksichtigung der Berufung -, Köln 1985, S. 11 - 24
- Göttlinger, F., Langfristplanung des Einsatzes neuer Technologien in der Bayerischen Justiz, bislang unveröffentlichter Vortrag vom 30.04.1987, anlässlich des Symposiums "Auswirkungen der Informationstechnologie auf den Personaleinsatz in der Justiz" an der Universität Bamberg, voraussichtlich in: IuR 3/1988
- Gottschall, K./Mickler, O./Neubert, J., Computerunterstützte Verwaltung - Auswirkungen der Reorganisation von Routinetätigkeiten, Frankfurt/New York 1985
- Gottwald, P., Möglichkeiten formeller Rechtsmittelbeschränkung, in: Gilles, P./Röhl, K./Schuster, P./Stempel, D., (Hrsg.), Rechtsmittel im Zivilprozeß - unter besonderer Berücksichtigung der Berufung -, Köln 1985, S. 295 - 309
- Gottwald, P./Kempsky, H.v., Der Einfluß der Rechtsschutzversicherungen auf den Geschäftsanfall der Gerichte - Einleitung, in: DRiZ 9/1983, S. 353 - 362
- Handelsblatt, Sachverständige sind pessimistischer als die Institute, Jahresgutachten/Nachbessern der Reform bei den Unternehmenssteuern gefordert - keine Rezessionsgefahr, in: Handelsblatt, 23.11.1987, S. 1

- Heiland, H.-G., Wohlstandskonjunktur und Wohlstandskriminalität; in: Kerner, H.-J. (Hrsg.), Deutsche Forschungen zur Kriminalitätsentstehung und Kriminalitätskontrolle, Bd. I, Köln/Berlin/Bonn/München 1983, S. 358-387
- Hendel, D., Der Prozeßvergleich als Instrument der Ressourcenökonomie, in: Gottwald, W./Hutmacher, W./Röhl, K.F./Strempel, D. (Hrsg.), Der Prozeßvergleich - Möglichkeiten, Grenzen, Forschungsperspektiven -, Köln 1983, S. 125 - 139
- Herbst, G., Der Prozeßvergleich aus der Sicht der Justizverwaltung, in: Gottwald, W./Hutmacher, W./Röhl, K.F./Strempel, D. (Hrsg.), Der Prozeßvergleich - Möglichkeiten, Grenzen, Forschungsperspektiven, Köln 1983, S. 39 - 43
- Herr, R., Prozeßflut im internationalen Vergleich, in: DRiZ 12/1984, S. 373
- Hucke, J., Umweltschutz - Ein Plädoyer für den Ausbau der rechtlichen Normierung, in: Voigt, R. (Hrsg.), Verrechtlichung, Königstein 1980, S. 63 - 76
- Hugger, W., Szenarien alternativer Gesellschaftsentwicklung, in: König, H./Oechsler, W.A. (Hrsg.), Anforderungen an den öffentlichen Dienst von morgen - Konzeption und Fallstudien zur mittel- und langfristigen Vorausschätzung, Regensburg 1987, S. 82 - 99
- Hugger, W., Vorausschätzung des Personalbedarfs im öffentlichen Dienst, in: König, H./Oechsler, W.A. (Hrsg.), Anforderungen an den öffentlichen Dienst von morgen - Konzeption und Fallstudien zur mittel- und langfristigen Vorausschätzung, Regensburg 1987, S. 99 - 114
- Inglehart, R., The Silent Revolution - Changing values and Political Styles among Western Publics, Princeton 1977
- Inglehart, R., Wertwandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten, in: Klages, H./Kmieciak, P. (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/New York 1979, S. 279 - 316.

- JUSTIS Justizstatistisches Informationssystem beim Bundesministerium der Justiz
- Kaiser, G., Kriminologie, Heidelberg 1976
- Klages, H., Wohlstandsgesellschaft und Anomie, in: Haferkamp, H. (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat und soziale Probleme, Opladen 1984, S. 6 - 30
- Klages, H., Ursachenfaktoren der Inanspruchnahme der Ziviljustiz, in: Deutscher Richterbund (Hrsg.), Grenzen der Rechtsgewährung, München 1983, S. 195 - 220
- Klages, H., Wertorientierungen im Wandel, Frankfurt/New York 1985
- Klages, H./Herbert, W., Wertorientierung und Staatsbezug, Frankfurt/New York 1983
- Klija, A., Die soziale Advokatur in den Niederlanden, in: ZfRSoz 1/1983, S. 65 - 83
- König, H., Effizienz öffentlichen Handelns - neu überdacht, in: Wirtschaftsdienst Nr. 59, 1979, S. 250 - 254
- König, H., Innovation in West Germany, Retrospect and Prospects, in: Merrit, R.L./Merrit, A.J. (Ed.), Innovation in the Public Sector, Beverly Hills/London/New Delhi 1985, S. 143 - 149
- König, H./Oechsler, W.A. (Hrsg.), Anforderungen an den öffentlichen Dienst von morgen - Konzeption und Fallstudien zur mittel- und langfristigen Vorausschätzung, Regensburg 1987
- Kossbiel, H., Personalplanung, in: Gaugler, E. (Hrsg.), Handwörterbuch des Personalwesens, Stuttgart 1975, Sp. 1616 - 1631
- Kotzorek, A., Sind Rechtsschutzversicherungen schädlich?, in: ZfRSoz 7/1986, S. 237 - 242;
- Krawietz, W., Das positive Recht und seine Funktion, Berlin 1967

- Krückeberg, F., Welche hauptsächlichen technischen Wandlungen und arbeitsorganisatorischen Probleme, bezogen auf die Informationsverarbeitung, sind für die Bürtätigkeit in der öffentlichen Verwaltung bis 1990 zu erwarten? in: Ders./Oltmanns, H.-P./Ronneberger, H., Bürotätigkeit in der öffentlichen Verwaltung und technischer Wandel, Regensburg 1983, S. 109 - 130
- Krückeberg, F./Brenner, S., Das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik Deutschland, in: König, H./Oechsler, W.A. (Hrsg.), Anforderungen an den öffentlichen Dienst von morgen, Regensburg 1987, S. 137 - 168
- Kübler, H., Informationstechnik in Verwaltungsorganisationen, Entscheidungsbedingungen, Chancen, Risiken, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1987
- Lenk, K., Bürokommunikation und Verwaltungsverfahren; was hat die öffentliche Verwaltung zu erwarten?, in: CuR 5/1986, S. 294 - 299
- Lüderssen, K., Kriminologie, Baden-Baden 1984
- Martiny, D., Rechtsvergleichung und vergleichende Rechtssoziologie, in: ZfRSoz 1/1980, S. 65 - 84
- Mayer, A., Die soziale Rationalisierung des Industriebetriebes, München/Düsseldorf 1951
- Morasch, H./Dotterweich, J., Konzept für ein Justizstatistik-Informationssystem (JUSTIS), Anlagenband, o.O., o.J. (München 1982)
- Morus, T., Utopia, Hamburg 1970
- Müller, E./Nuding, W., Gesetzgebung - Ebbe oder Flut?, in: Politische Vierteljahresschrift 25/1984, S. 74 - 96
- Müller-Merbach, H., Operations Research, 3. Aufl., München 1973
- Müller-Rommel, F., Die Postmaterialismuskussion in der empirischen Sozialforschung, in: Politische Vierteljahresschrift 2/1983, S.218 - 228
- Munter, H., Die integrierte Bürokommunikation in der öffentlichen Verwaltung, in: OM 1983, S. 707 - 709
- Neumann, M., Zur außergerichtlichen Schlichtung, in: ZRP 11/1986, S. 286 - 288

- Noelle-Neumann, E./Piel, E. (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978 - 1983, München/New York/London/Paris 1983
- Norusis, M.J., SPSS^X Advanced Statistics Guide, New York et al. 1985
- Oechsler, W.A., Personal und Arbeit, 2. Aufl., München 1987
- Oechsler, W.A./Gröner, E., Informationstechnik und behördeninterne Arbeitsteilung, in: Reiner mann, H./Fiedler, H./Grimmer, K./Lenk, K./Traunmüller, R. (Hrsg.), Neue Informationstechniken - Neue Verwaltungsstrukturen, Bd. 1 der Schriftenreihe zur Verwaltungsinformatik, Heidelberg 1987, S. 95 - 109
- Oechsler, W.A./Gröner, E., Informationstechnologie: Auswirkungen auf Arbeitsorganisation und Arbeitsinhalte, bislang unveröffentlichter Vortrag vom 30.04.1987, anlässlich des Symposiums "Auswirkungen der Informationstechnologie auf den Personaleinsatz in der Justiz" an der Universität Bamberg, voraussichtlich in: IuR 3/1988
- Oechsler, W.A./Gröner, E./Tenbrock, S., Der Wandel der Tätigkeitsfelder und Funktionsbereiche der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes - dargestellt am Beispiel der Justizverwaltung, Zwischenbericht, Bamberg 1987
- o.V., Mit Volldampf in die Sackgasse, Arbeitslose Akademiker (II): Die Juristen, in: Der Spiegel Nr.21/1985, S. 158 - 176
- Pappi, F.U., Sozialstruktur, Wertorientierung und Wahlabsicht, in: Politische Vierteljahresschrift 2/3 1977, S. 195 - 229
- Pfeiffer, C./Schüler-Springorum, H., Ein Volk aus Vorbestrafften?, in: Die Zeit Nr. 34, vom 14.08.1987, S. 6
- Pfeiffer, G., Interview, in: Wirtschaftswoche, Nr. 29, 11.09.1986, S. 42 -44
- Pilz, H.E., Wie entwickelt man Stellenplanungsformeln für Verwaltung und Dienstleistung, In: REFA-Nachrichten, 33.Jg., Heft 3/1980, S. 151 - 155
- Prognos, Die Bundesrepublik Deutschland 1990, 2000, 2010, Stuttgart 1986

- Prognos, Tatsachen zur Reform der Zivilgerichtsbarkeit, Band II, Auswertungen, Tübingen 1974
- Prütting, H., Schlichten statt Richten?, in: Juristenzeitung 6/1985, S. 261 - 271
- Pugh, A.L., Dynamo Users's Manual, 5th Edition, Cambridge/Massachusetts/London 1977
- Rabe, U., Techniken der Personalbedarfsvorhersage. Beispiele aus der Personalbedarfsplanung der Deutschen Bundespost, in: Schmidt, H./Hagenbrück, H./Sämann, W. (Hrsg.), Handbuch der Personalplanung, Frankfurt/M./New York 1975, S. 254 - 286
- Raden, L.v., Arbeitsplatzcomputer in der Justiz, in: CuR 10/1987, S. 726 - 732
- Reichwald, R., Produktivität und Arbeitsteilung in der Wirtschaft - Entwicklungstendenzen in der Arbeitswelt unter dem Einfluß neuer Informations- und Kommunikationstechniken, Vortragsmanuskript vom 20.12.1985
- Riethmüller, Chr.E., Computergestützte Planungsmodelle in der Verwaltung, München 1980
- Roehl, W., Ökonomische Analysen des Zivilprozesses ohne Empirie?, in: ZfRSoz 7/1986, S. 226 - 230
- Röhl, K., Rechtssoziologie, Köln 1987
- Röhl, K., Der gerichtliche Vergleich, in: Gottwald, W./Hutmacher, W./Röhl, K.F./Strempel, D. (Hrsg.), Der Prozeßvergleich - Möglichkeiten, Grenzen, Forschungsperspektiven -, Köln 1983, S. 11 - 34
- Röhl, K., Zum Hintergrund der Suche nach Alternativen, in: Blankenburg, E./Gottwald, W./Strempel, D. (Hrsg.), Alternativen in der Ziviljustiz, Köln 1982, S. 15 - 29
- Rothkirch, Chr. v./Tessaring, M., Projektionen des Arbeitskräftebedarfs nach Qualifikationsebenen bis zum Jahre 2000, in MittAB 1/1986, S. 105 - 119
- Rudolph, K., Der Vergleich aus der Sicht des Richters, in: Gottwald, W./Hutmacher, W./Röhl, K.F./Strempel, D. (Hrsg.), Der Prozeßvergleich - Möglichkeiten, Grenzen, Forschungsperspektiven -, Köln 1983, S. 35 - 38

- Sauter, E., Die Problematik der methodischen Personalbedarfsrechnungen im staatlichen Bereich; in: Baetge, J./Wagner, H. (Hrsg.), Personalbedarfsplanung in Wirtschaft und Verwaltung, Stuttgart 1983, S. 33 - 44
- Schaffer, W., Die Berechnung des Personalbedarfs in der der ordentlichen Gerichtsbarkeit, in DRiZ 3/1984, S. 81 - 90
- Scheerbarth, H.W./Höffken, H., Beamtenrecht, 4. Aufl., Siegburg 1982
- Schmidt, E., Rechtsschutzversicherungen als Verbotskandidaten?, in: ZfRSoz 7/1986, S. 230 - 237
- Scholz, H.-G., Personalbedarfsermittlung in der öffentlichen Verwaltung, in: VOP 4/1986, S. 153 - 158)
- Schönholz, S., Prozeßvergleich als Alternative zum Urteil - Reaktionen der Betroffenen, in: Blankenburg, E./Gottwald, W./Strempel, D. (Hrsg.), Alternativen in der Ziviljustiz - Berichte, Analysen, Perspektiven, Köln 1982, S. 153 - 169
- Schuster, P., Zivilprozeß und Güteverfahren, in: Blankenburg, E./Gottwald, W./Strempel, D. (Hrsg.), Alternativen in der Ziviljustiz - Berichte, Analysen, Perspektiven, Köln 1982, S. 189 - 198
- Schuster, P., Bemerkungen zur Entwicklung der Zivilprozesse und des Rechtsmittels der Berufung auf der Grundlage des zugänglichen statistischen Materials, in: Gilles, P. et al., Rechtsmittel im Zivilprozeß, Köln 1985
- Schuster, P./Siebert, S., Tabellen zum Thema "Rechtsmittelstatistik", in: Gilles, P./Röhl, K./Schuster, P./Strempel, D. (Hrsg.), Rechtsmittel im Zivilprozeß - unter besonderer Berücksichtigung der Berufung, Köln 1985, S. 335 - 421
- Siegel, O., Alternativen zur Justiz: Der Schiedsman, in: Blankenburg, E./Gottwald, W./Strempel, D., (Hrsg.), Alternativen in der Ziviljustiz - Berichte, Analysen, Perspektiven, Köln 1982, S. 55 - 59

- Sommer, M., System Dynamics und Makroökonomie - dynamische und makroökonomische Modellierung in multimethodologischer Sicht, Bern/Stuttgart 1981
- Statistisches Bundesamt, Arbeitsunterlagen (zur Fortsetzung der Fachserie 10), div. Jahrgänge
- Statistisches Bundesamt, Bevölkerung gestern, heute, morgen, Wiesbaden 1985
- Statistisches Bundesamt, Fachserie 10, Rechtspflege, div. Jahrgänge
- Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, div. Jahrgänge, Mainz
- Steinhilper, G./Wilhelm-Ries, M., Kriminalitätsverhinderung durch Abbau der Arbeitslosigkeit, in: Schwind, H.-D./Berckhauer, F./Steinhilper, G. (Hrsg.), Präventive Kriminalpolitik, Heidelberg 1980
- Strempel, D., Anmerkungen aus Rechtspolitischer Sicht, in: Morasch, H. (Hrsg.), Schieds- und Schlichtungsstellen in der Bundesrepublik, Köln 1984, S. 115 - 117
- Strempel, D., Nach Richterforschung nun Anwaltsforschung, in: DRiZ 2/1986, S. 75 - 76
- Sydow, J., Organisationsspielraum und Büroorganisation, Berlin/New York 1985
- Szypersky, N./Wienand, U., Grundbegriffe der Unternehmensplanung, Stuttgart 1980
- Tekles, H., Bevölkerungsentwicklung und Personalbedarf in der öffentlichen Verwaltung, Baden-Baden 1986
- Tofaute, H., Aufgabenwandel und Beschäftigung im öffentlichen Dienst, WSI-Mitteilungen 5/1987, S. 269 - 280
- Tunc, A., The Quest for Justice, in: Cappeletti, M. (Hrsg.), Access to Justice and the Welfare State, Florence 1981, S. 315 - 360
- Vogel, F., Beschreibende und schließende Statistik, München/Wien 1979, S. 46

- Vogel, H.J., Zur Diskussion um die Normenflut, in: Deutsche Richterzeitschrift und Süddeutsche Juristenzeitung, 34. Jg., Nr. 10, 1979a, S. 321 - 325
- Voigt, R. (Hrsg.), Verrechtlichung, Königstein 1980
- Waldschütz, S., Methoden der Personalbedarfsplanung, in: Seibt, D./Mülder, W. (Hrsg.), Methoden- und computergestützte Personalplanung, Köln 1986, S. 41 - 73
- Wassermann, R., Überlegungen zu vereinfachten Verfahren für geringfügige Streitigkeiten, in: Blankenburg, E./Gottwald, W./Strempel, D., (Hrsg.), Alternativen in der Ziviljustiz - Berichte, Analysen, Perspektiven -, Köln 1982, S. 203 - 204
- Weihermüller, M./Raden, L.v., Datenverarbeitung zur Unterstützung richterlicher Tätigkeit, bislang unveröffentlichter Vortrag vom 30.04.1987, anlässlich des Symposiums "Auswirkungen der Informationstechnologie auf den Personaleinsatz in der Justiz" an der Universität Bamberg, voraussichtlich in: IuR 2/1988
- Weinmann, J., Strategische Personalplanung - Grundlegung und Versuch der Simulation eines integrierten Personalplanungsmodells, Köln 1978
- Weiß, H.D., Verrechtlichung als Selbstgefährdung des Rechts, in: DÖV 31/1978, S. 601 - 608
- Weis, K., Zur gesellschaftlichen Produktion von Kriminalität, in: Kriminalität heute, Ursachen und Bekämpfung; in: Petri, H./Schwind, H.-D. (Hrsg.), Bochum 1977, S. 75-99
- Wenzel, B., Methoden der Personalbedarfsplanung, Frankfurt/M. 1976
- Werle, R., Aspekte der Verrechtlichung, in: ZfRSoz 3/1982, Heft 1, S. 2 - 13
- Wimmer, P., Personalplanung: Problemorientierter Überblick - Theoretische Vertiefung, Stuttgart 1985
- Zeidler, W., Rechtsstaat 1983, in: DRiZ 7/1983, S. 249 - 257

Zwicker, E., Simulation und Analyse dynamischer Systeme in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Berlin/New York 1981

Abkürzungsverzeichnis zitierter Publikationen:

BRAK-Mitt.	Bundesrechtsanwaltskammer-Mitteilungen
CuR	Computer und Recht
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
IuR	Informatik und Recht
MittAB	Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
OM	Office Management
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
ZfRSoz	Zeitschrift für Rechtssoziologie
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

Anhang 1: Die DYNAMO-Programme 'BUND' und 'BAYERN'

```

* *****
*                                     BUND                                     *
* *****
* STRATEGISCHES PERSONALPLANUNGSMODELL ZUR ERMITTLUNG DES QUANTITATIVEN
* PERSONALBEDARFS AN DEN ORDENTLICHEN GERICHTEN DER BUNDESREPUBLIK
* *****
* ERMITTLUNG DES PERSONALERSATZBEDARFS DER 18 GESCHAFTS-
* BEREICHE DER ORDENTLICHEN GERICHTE (SUMME DER ABGANGENGE)
* *****

```

```

FOR GB=1,18

```

```

N  IHD(GB)=IHD(GB)
N  EGD(GB)=IGD(GB)
N  EMB(GB)=IMB(GB)
N  EMA(GB)=IMA(GB)
N  EMS(GB)=IMS(GB)

```

```

* IHD PERSONALBESTAND DES HOEHEREN DIENSTES IN DEN
* EINZELNEN GESCHAFTSBEREICHEN

```

```

T  IHD=1620.8/1067.0/125.5/451.7/2405.9/278.2/0.001/
X  634.2/1917.7/670.1/1010.1/300.2/
X  40.6/321.7/888.6/103.5/79.5/117.0

```

```

* IGD PERSONALBESTAND DES GEHORENEN DIENSTES IN DEN
* EINZELNEN GESCHAFTSBEREICHEN

```

```

T  IGD=932.0/351.6/1273.3/1422.4/454.7/1071.5/2141.8/
X  31.0/264.2/42.2/4.0/565.2/
X  2.7/7/19.3/0.001/0.001/511.4

```

```

* IMB PERSONALBESTAND DER BEAMTEN IM MITTLEREN DIENST IN DEN
* EINZELNEN GESCHAFTSBEREICHEN

```

```

T  IMB=1638.1/732.8/840.1/884.5/1822.9/1068.2/1523.7/
X  209/633.6/185.6/279.6/283.7/
X  7.7/76.3/205.1/19.6/15/391.1

```

```

* IMA PERSONALBESTAND DER ANGESTELLTEN IM MITTLEREN DIENST IN DEN
* EINZELNEN GESCHAFTSBEREICHEN

```

```

T  IMA=928.5/415.4/476.2/501.4/1033.3/605.5/863.7/
X  122.6/371.6/108.9/164/166.4/
X  4.9/48.9/131.5/12.6/9.6/250.8

```

```

* IMS PERSONALBESTAND DES SCHREIBDIENSTES IM MITTLEREN DIENST IN DEN
* EINZELNEN GESCHAFTSBEREICHEN

```

```

T  IMS=1726.1/772.2/885.2/932.1/1920.8/1125.6/1605.5/
X  271/821.8/240.8/362.7/367.9/
X  7.2/70.8/190.5/18.2/14/363.2

```

```

R  ZHD.KL(GB)=NEUHD.K(GB)
R  ZGD.KL(GB)=NEUGD.K(GB)
R  ZMB.KL(GB)=NEUMB.K(GB)
R  ZMA.KL(GB)=NEUMA.K(GB)
R  ZMS.KL(GB)=NEUMS.K(GB)
L  EHD.K(GB)=EHD.J(GB)+DT*ZHD.JK(GB)
L  EGD.K(GB)=EGD.J(GB)+DT*ZGD.JK(GB)
L  EMB.K(GB)=EMB.J(GB)+DT*ZMB.JK(GB)
L  EMA.K(GB)=EMA.J(GB)+DT*ZMA.JK(GB)
L  EMS.K(GB)=EMS.J(GB)+DT*ZMS.JK(GB)

```

```

A  TTHD.K=SUM(EHD.K)
A  TTGD.K=SUM(EGD.K)
A  TTMB.K=SUM(EMB.K)
A  TTMA.K=SUM(EMA.K)
A  TTMS.K=SUM(EMS.K)

```

```

* *****

```

```

* BERECHNUNG DER ERLEDIGTEN VERFAHREN IN DEN 18 GESCHAFTS-
* BEREICHEN DER ORDENTLICHEN GERICHTE (VARIABLE:ABG)
*
*
N      UNER (GB) = IUNER (GB)
T      IUNER = 472126 / 261717 / 0 / 0 / 368497 / 0 / 0 /
X      37617 / 178037 / 16961 / 6203 / 0 /
X      25 / 11264 / 38478 / 1308 / 0 / 0
L      UNER.K (GB) = UNER.J (GB) + DT * (ZU.JK (GB) - ABG.JK (GB))
*
* ZU NEUZUGAENDE AN GESCHAFTSANSFALL ZU DEN 18 GESCHAFTSBEREICHEN
* DER ORDENTLICHEN GERICHTE
*
R      ZU.KL (1) = (-0.69147 + 0.00036404 * JAHR.K + 0.00349 * BALQ2.K +
X      0.00089038 * BALQ1.K) * BFPDP1.K * 0.784
R      ZU.KL (2) = 369949 * (BFPDP5.K / 29316.8)
R      ZU.KL (3) = (-1.83935 + 0.00095804 * JAHR.K + 0.00221 * BALQ1.K) * BFPDP1.K
R      ZU.KL (4) = 1 * (BFPDP1.K / 40063700)
R      ZU.KL (5) = ((0.00938 + 16.84957 * BKFZ2.K - 0.00156 * BALQ2.K) *
X      BFPDP3.K * 0.606) + ((1247.53658 - 0.63613 * JAHR.K + 167.19424 *
X      BKFZ3.K) * BFPDPG.K) + ((-441.8882 + 0.22746 * JAHR.K) * BFPDPG.K) *
X      1.24689
R      ZU.KL (6) = 1
R      ZU.KL (7) = 1 * (BFPDP1.K / 40063700)
R      ZU.KL (8) = (-1.77049 + 0.00092658 * JAHR.K) *
X      (ABG.JK (1) * F1.K + 1209595 * F2.K)
R      ZU.KL (9) = (-0.69147 + 0.00036404 * JAHR.K + 0.00349 * BALQ2.K +
X      0.00089038 * BALQ1.K) * BFPDP1.K * 0.216
R      ZU.KL (10) = (0.0409) * (ABG.JK (5) * F1.K + 1516304 * F2.K)
R      ZU.KL (11) = (-6.52472 + 0.00342 * JAHR.K) * BFPDPG.K
R      ZU.KL (12) = 1
R      ZU.KL (13) = 55 * (BFPDPG.K / 52668.0)
R      ZU.KL (14) = (0.0579) * (ABG.JK (2) * F1.K + 375663 * F2.K)
R      ZU.KL (15) = (-9.40514 + 0.00482 * JAHR.K) * (ABG.JK (9) * F1.K + 333326 * F2.K)
R      ZU.KL (16) = 0.1884 * (78854 * F2.K + (ABG.JK (10) + ABG.JK (11)) * F1.K)
R      ZU.KL (17) = 19440 * (BFPDPG.K / 52668.0)
R      ZU.KL (18) = 1
*
*
* PROGNOSTIZIERTE SOZIODEKONOMISCHE RAHMENDATEN
* FUER DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1985 - 2010
*
*
A      BFPDP1.K = TABHL (TAB1, TIME.K, 0, 25, 1)
T      TAB1 = 40063700 / 40259900 / 40429900 / 40535700 / 40605500 /
X      40554900 / 40445600 / 40319900 / 40135500 / 39953600 /
X      39793300 / 39655300 / 39543400 / 39472700 / 39275100 /
X      39044100 / 38775800 / 38491600 / 38172100 / 37615000 /
X      37458400 / 37177700 / 37044000 / 36897400 / 36763500 / 36737800
A      BFPDP3.K = TABHL (TAB2, TIME.K, 0, 25, 1)
T      TAB2 = 43541200 / 43450200 / 43330900 / 43232600 / 43110500 /
X      42962800 / 42811700 / 42660400 / 42460700 / 42329900 /
X      42218500 / 42128900 / 42035500 / 41934200 / 41723000 /
X      41485400 / 41240200 / 40995200 / 40705700 / 40170800 /
X      40025700 / 39743300 / 39593200 / 39415100 / 39235200 / 39144300
A      BFPDP5.K = TABHL (TAB3, TIME.K, 0, 25, 1)
T      TAB3 = 29316.8 / 29382.7 / 29391.7 / 29245.6 / 29010.6 /
X      28681.1 / 28359.3 / 28183.4 / 27969.5 / 27785.1 /
X      27769.8 / 27658.2 / 27494.6 / 27316.7 / 27099.1 /
X      26889.1 / 26684.7 / 26454.4 / 26246.8 / 25818.1 /
X      25801.4 / 25558.9 / 25296.8 / 25018.9 / 24700.9 / 24306.3
A      BFPDPG.K = TABHL (TAB4, TIME.K, 0, 25, 1)
T      TAB4 = 52668.0 / 52525.1 / 52268.4 / 51800.9 / 51169.6 /
X      50463.3 / 49749.8 / 49126.5 / 48461.2 / 47892.5 /

```

```

X 47412.6/46980.2/46507.5/46041.1/45578.7/
X 45164.8/44782.6/44469.5/44184.9/43625.1/
X 43625.6/43323.4/43008.4/42678.7/42319.0/41860.5
A BALQ1.K=TABHL(TAB6,TIME.K,0,25,1)
T TAB6=9.3/9.0/8.7/8.8/8.3/7.8/7.6/7.4/7.2/7.0/
X 6.8/6.1/5.4/4.7/4.1/3.5/3.2/3.0/2.8/2.6/2.4/2.2/2.0/1.8/1.6/1.4
A BALQ2.K=TABHL(TAB8,TIME.K,0,25,1)
T TAB8=0.022/-0.032/-0.033/+0.011/-0.057/
X -0.038/-0.026/-0.026/-0.028/-0.028/
X -0.028/-0.0103/-0.0115/-0.013/-0.0128/
X -0.0146/-0.088/-0.063/-0.067/-0.071/
X -0.078/-0.083/-0.091/-0.01/-0.0111/-0.0125
A BKF22.K=TABHL(TAB9,TIME.K,0,25,1)
T TAB9=0.0005017/0.0005140/0.0005277/0.0005406/0.0005535/
X 0.0005664/0.0005719/0.0005773/0.0005830/0.0005889/
X 0.0005949/0.0006013/0.0006072/0.0006149/0.0006222/
X 0.0006302/0.0006325/0.0006349/0.0006377/0.0006405/
X 0.0006436/0.0006468/0.0006502/0.0006537/0.0006577/0.0006618
A BKF23.K=TABHL(TAB10,TIME.K,0,25,1)
T TAB10=0.1231/0.1263/0.1294/0.1326/0.1358/
X 0.1390/0.1404/0.1417/0.1430/0.1444/
X 0.1458/0.1472/0.1486/0.1499/0.1513/
X 0.1528/0.1528/0.1528/0.1528/0.1528/
X 0.1528/0.1528/0.1528/0.1528/0.1528/0.1528
A F1.K=CLIP(1,0,ZEIT.K,1)
A F2.K=CLIP(0,1,ZEIT.K,1)
A ZEIT.K=RAMP(1,0)
A JAHR.K=ZEIT.K+1985
R ABG.KL=GB=(LNER.K(GB)+ZU.JK(GB))*ABGG(GB)
*
* *****
* DER ZEITVARIABLE PERSONALEIDARFSSCHLUESSEL , DER DIE ARBEITSPRODUKTIVITÄT-
* TAET EINER BESCHAFTIGTENGROUPE INNERHALB EINES ARBEITSBEREICHES
* IM ZEITABLAUF FESTLEGT (VARIABLE=PBS..)
* *****
*
A PBSHD.K(GB)=PBSGHD(GB)+RAMP(JPFHD.K(GB),STARTZ(GB))-
X RAMP(JPFHD.K(GB),ENDZ(GB))
A PBSGD.K(GB)=PBSGGD(GB)+RAMP(JPFGD.K(GB),STARTZ(GB))-
X RAMP(JPFGD.K(GB),ENDZ(GB))
A PBSMB.K(GB)=PBSGMB(GB)+RAMP(JPFMB.K(GB),STARTZ(GB))-
X RAMP(JPFMB.K(GB),ENDZ(GB))
A PBSMA.K(GB)=PBSGMA(GB)+RAMP(JPFMA.K(GB),STARTZ(GB))-
X RAMP(JPFMA.K(GB),ENDZ(GB))
A PBSMS.K(GB)=PBSGMS(GB)+RAMP(JPFMS.K(GB),STARTZ(GB))-
X RAMP(JPFMS.K(GB),ENDZ(GB))
X JFFHD.K(GB)=(PFMXHD(GB)*PBSGHD(GB))/(ENDZ(GB)-
X STARTZ(GB))*100
X JFFGD.K(GB)=(PFMXGD(GB)*PBSGGD(GB))/(ENDZ(GB)-
X STARTZ(GB))*100
X JFFMB.K(GB)=(PFMXMB(GB)*PBSGMB(GB))/(ENDZ(GB)-
X STARTZ(GB))*100
X JFFMA.K(GB)=(PFMXMA(GB)*PBSGMA(GB))/(ENDZ(GB)-
X STARTZ(GB))*100
X JFFMS.K(GB)=(PFMXMS(GB)*PBSGMS(GB))/(ENDZ(GB)-
X STARTZ(GB))*100
T STARTZ=3/4/3/3/4/3/3/3/4/4/3/4/4/3
T ENDZ=10/11/8/8/11/8/8/10/10/11/11/8/11/11/10/11/11/8
N PBSGHD(GB)=QHD(GB)/VAG(1)
N PBSGGD(GB)=QGD(GB)/VAG(2)
N PBSGMB(GB)=QMB(GB)/VAG(3)
N PBSGMA(GB)=QMA(GB)/VAG(4)
N PBSGMS(GB)=QMS(GB)/VAG(5)
T QHD=746.3/351.6/26075.4/0.00221/630.2/0.00359/1000/

```

```

X 119.7/173.8/96.9/13.8/0.00333/
X 1.35/67.2/60.2/136.0/244.5/0.00855
T QGD=1297.8/1067.0/2570.1/0.00070/3334.7/0.00073/0.00047/
X 2448.5/1261.6/1538.2/3485.3/0.00177/
X 20.37/3087.7/2771.5/14.088E6/19.44E6/0.00196
T QMB=738.4/511.9/3895.3/0.00113/831.8/0.00094/0.00066/
X 363.2/526.1/349.7/49.9/0.00352/
X 7.14/283.3/260.8/718.3/1296/0.00256
T QMA=1302.7/903.1/6872.0/0.00199/1467.4/0.00165/0.00116/
X 619.1/897.0/596.1/85.0/0.00601/
X 11.22/442.0/406.8/1117.3/2025/0.00399
T QMS=700.8/485.8/3696.9/0.00107/789.4/0.00089/0.00062/
X 280.1/405.6/269.6/38.4/0.00272/
X 7.64/305.3/280.8/773.5/1388.6/0.00275

```

```

* *****
* BERECHNUNG DES PERSONALNEUBEDARFS DER 18 GESCHAFTSBEREICHE
* DER ORDENTLICHEN GERICHTE (VARIABLE:NEU..)
* *****

```

```

A ARBEHD.K (GB) =QHD (GB) *F2.K+F1.K*ABG.JK (GB) /EHD.K (GB)
A ARBEGD.K (GB) =QGD (GB) *F2.K+F1.K*ABG.JK (GB) /EGD.K (GB)
A ARBEMB.K (GB) =QMB (GB) *F2.K+F1.K*ABG.JK (GB) /EMB.K (GB)
A ARBEMA.K (GB) =QMA (GB) *F2.K+F1.K*ABG.JK (GB) /EMA.K (GB)
A ARBEMS.K (GB) =QMS (GB) *F2.K+F1.K*ABG.JK (GB) /EMS.K (GB)
A AGHD.K (GB) =ARBHD.K (GB) /PBSDH.K (GB)
A AGGD.K (GB) =ARBEGD.K (GB) /PBSGD.K (GB)
A AGMB.K (GB) =ARBEMB.K (GB) /PBSMB.K (GB)
A AGMA.K (GB) =ARBEMA.K (GB) /PBSMA.K (GB)
A AGMS.K (GB) =ARBEMS.K (GB) /PBSMS.K (GB)
A BTOHD.K (GB) =AGHD.K (GB) *BHD.K (GB)
A BTOGD.K (GB) =AGGD.K (GB) *BGD.K (GB)
A BTOMB.K (GB) =AGMB.K (GB) *BMB.K (GB)
A BTOMA.K (GB) =AGMA.K (GB) *BMA.K (GB)
A BTOMS.K (GB) =AGMS.K (GB) *BMS.K (GB)
A TBTOHD.K =SUM (BTOHD.K)
A TBTOGD.K =SUM (BTOGD.K)
A TBTOMB.K =SUM (BTOMB.K)
A TBTOMA.K =SUM (BTOMA.K)
A TBTOMS.K =SUM (BTOMS.K)
T AAU=0.9/0.9/0.9/0.9/0.9/0.9/
X 0.9/0.9/0.9/0.9/0.9/
X 0.9/0.9/0.9/0.9/0.9/0.9
A ADF1HD.K (GB) =AGHD.K (GB) -AAU (GB)
A ADF1GD.K (GB) =AGGD.K (GB) -AAU (GB)
A ADF1MB.K (GB) =AGMB.K (GB) -AAU (GB)
A ADF1MA.K (GB) =AGMA.K (GB) -AAU (GB)
A ADF1MS.K (GB) =AGMS.K (GB) -AAU (GB)
A ADF2HD.K (GB) =AGHD.K (GB) -AAOHD
A ADF2GD.K (GB) =AGGD.K (GB) -AAO
A ADF2MB.K (GB) =AGMB.K (GB) -AAO
A ADF2MA.K (GB) =AGMA.K (GB) -AAO
A ADF2MS.K (GB) =AGMS.K (GB) -AAO
A HLF1HD.K (GB) =MIN (0,ADF1HD.K (GB))
A HLF1GD.K (GB) =MIN (0,ADF1GD.K (GB))
A HLF1MB.K (GB) =MIN (0,ADF1MB.K (GB))
A HLF1MA.K (GB) =MIN (0,ADF1MA.K (GB))
A HLF1MS.K (GB) =MIN (0,ADF1MS.K (GB))
A HLF2HD.K (GB) =MAX (0,ADF2HD.K (GB))
A HLF2GD.K (GB) =MAX (0,ADF2GD.K (GB))
A HLF2MB.K (GB) =MAX (0,ADF2MB.K (GB))
A HLF2MA.K (GB) =MAX (0,ADF2MA.K (GB))
A HLF2MS.K (GB) =MAX (0,ADF2MS.K (GB))
A HLFHD.K (GB) =HLF1HD.K (GB) +HLF2HD.K (GB)

```

```

A   HLFGD.K (GB) =HLF1GD.K (GB) +HLF2GD.K (GB)
A   HLFMB.K (GB) =HLF1MB.K (GB) +HLF2MB.K (GB)
A   HLFMA.K (GB) =HLF1MA.K (GB) +HLF2MA.K (GB)
A   HLFMS.K (GB) =HLF1MS.K (GB) +HLF2MS.K (GB)
A   NEUHD.K (GB) =HLFHD.K (GB) *BHD.K (GB)
A   NEUGD.K (GB) =HLFGD.K (GB) *BGD.K (GB)
A   NEUMB.K (GB) =HLFMB.K (GB) *BMB.K (GB)
A   NEUMA.K (GB) =HLFMA.K (GB) *BMA.K (GB)
A   NEUMS.K (GB) =HLFMS.K (GB) *BMS.K (GB)
A   TNEUHD.K=SUM (NEUHD.K)
A   TNEUGD.K=SUM (NEUGD.K)
A   TNEUMB.K=SUM (NEUMB.K)
A   TNEUMA.K=SUM (NEUMA.K)
A   TNEUMS.K=SUM (NEUMS.K)
*
* *****
* BERECHNUNG VON PERSONALBEDARFS-STRUKTUREFFekten AUF BASIS VON
* BRUTTO-PERSONALBEDARFSZAHLEN
* *****
*
A   SUMBTO.K=TBTOHD.K+TBTOGD.K+TBTOMB.K+TBTOMA.K+TBTOMS.K
A   ATGD.K=TBTOHD.K/SUMBTO.K
A   ATHD.K=TBTOGD.K/SUMBTO.K
A   ATMB.K=TBTOMB.K/SUMBTO.K
A   ATMA.K=TBTOMA.K/SUMBTO.K
A   ATMS.K=TBTOMS.K/SUMBTO.K
*
* *****
* VARIABLER DATENINPUT
* *****
*
* 1. ABGQ ERLEDIGUNGSQUOTEN FUR DIE ANHAENGIGEN VERFAHREN
*   DER 18 GESCHAFTSBEREICHE
T   ABGQ=0.7162/0.5708/1/1/0.8003/1/1/
X   0.6864/0.6513/0.7828/0.6840/1/
X   0.6505/0.6261/0.5829/0.9167/1/1
*
* 2. PFMXHD MAXIMALER PRODUKTIVITAETSFORTSCHRITT IM HOEHEREN DIENST
T   PFMXHD=0/10/10/10/5/10/0/0/0/5/5/10/0/10/0/5/5/10
*
* PFMXGD MAXIMALER PRODUKTIVITAETSFORTSCHRITT IM GEBOHENEN DIENST
T   PFMXGD=0/15/10/10/5/10/0/0/0/5/5/10/0/15/0/5/5/10
*
* PFMXMB MAXIMALER PRODUKTIVITAETSFORTSCHRITT IM MITTLEREN DIENST (BEAMTE)
T   PFMXMB=10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/
X   10/10/10/10/10
*
* PFMXMA MAXIMALER PRODUKTIVITAETSFORTSCHRITT IM MITTLEREN DIENST (ANGEST.)
T   PFMXMA=10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/
X   10/10/10/10/10
*
* PFMXMS MAXIMALER PRODUKTIVITAETSFORTSCHRITT IM MITTLEREN DIENST (SCHREIB.)
T   PFMXMS=20/25/10/20/20/20/100/20/20/20/20/20/20/20/20/
X   25/20/20/20/20
*
* 3. AAO AKZEPTIERTE AUSLASTUNGSOBERGRENZE
C   AAO=1.2
C   AAOHD=1.25
*
* 4. VAG VORGEGEBENER AUSLASTUNGSGRAD (RELATIVE ZAHLEN) FUR
*   DIE EINZELNEN BESCHAFTIGTENGRUPPEN
T   VAG=1.22/1/1/1/1.2
*
* *****
* STEUERANWEISUNGEN
* *****
*

```

BAYERN

```

FOR ALT=2,7/ALTER=1,7/GB=1,18
N BHD(ALTER,GB)=IHD(ALTER)*PSHD(GB)
N BGD(ALTER,GB)=IGD(ALTER)*PSGD(GB)
N BMB(ALTER,GB)=IMB(ALTER)*PSMB(GB)
N BMA(ALTER,GB)=IMA(ALTER)*PSMA(GB)
N BMS(ALTER,GB)=IMS(ALTER)*PSMS(GB)
T IHD=95/102/783/628/99/44/114
T IGD=244/583/464/340/93/56/81
T IMB=249/770/619/390/95/53/28
T IMA=207/518/289/204/58/38/25
T IMS=151/378/211/149/42/28/18

```

```

* PSHD PERSONALSCHLUESSEL, DER DEN PERSONALBESTAND (TOTAL)
* DES HOEHEREN DIENSTES DEN EINZELNEN GESCHAFTSBEREICHEN ZUORDNET

```

```

X PSHD=0.127/0.077/0.01/0.043/0.208/0.025/0.5E-6/
X 0.048/0.166/0.065/0.081/0.028/
X 0.004/0.019/0.075/0.01/0.006/0.007

```

```

* PSGD PERSONALSCHLUESSEL, DER DEN PERSONALBESTAND (TOTAL)
* DES GEBORENEN DIENSTES DEN EINZELNEN GESCHAFTSBEREICHEN ZUORDNET

```

```

X PSGD=0.098/0.034/0.095/0.191/0.045/0.09/0.286/
X 0.004/0.03/0.004/0.0003/0.058/
X 0.001/0.5E-6/0.004/0.5E-6/0.5E-6/0.06

```

```

* PSMB PERSONALSCHLUESSEL, DER DEN PERSONALBESTAND (TOTAL)
* DER BEAMTEN IM MITTLEREN DIENST DEN EINZELNEN
* GESCHAFTSBEREICHEN ZUORDNET

```

```

X PSMB=0.138/0.06/0.061/0.094/0.186/0.059/0.172/
X 0.065/0.0104/0.015/0.02/0.032/
X 0.0009/0.005/0.017/0.0018/0.0014/0.061

```

```

* PSMA PERSONALSCHLUESSEL, DER DEN PERSONALBESTAND (TOTAL)
* DER ANGESTELLTEN IM MITTLEREN DIENST DEN EINZELNEN
* GESCHAFTSBEREICHEN ZUORDNET

```

```

X PSMA=0.129/0.057/0.058/0.089/0.175/0.055/0.161/
X 0.075/0.012/0.018/0.022/0.037/
X 0.0007/0.006/0.022/0.003/0.002/0.078

```

```

* PSMS PERSONALSCHLUESSEL, DER DEN PERSONALBESTAND (TOTAL)
* DES SCHREIBDIENSTES DES MITTLEREN DIENSTES DEN EINZELNEN
* GESCHAFTSBEREICHEN ZUORDNET

```

```

X PSMS=0.125/0.055/0.056/0.086/0.169/0.053/0.156/
X 0.099/0.015/0.024/0.029/0.048/
X 0.001/0.005/0.016/0.002/0.001/0.059

```

```

R ZHD.KL(GB)=ERHD.K(GB)+NEUHD.K(GB)
R ZGD.KL(GB)=ERGD.K(GB)+NEUGD.K(GB)
R ZMB.KL(GB)=ERMB.K(GB)+NEUMB.K(GB)
R ZMA.KL(GB)=ERMA.K(GB)+NEUMA.K(GB)
R ZMS.KL(GB)=ERMS.K(GB)+NEUMS.K(GB)
R AHD.KL(ALTER,GB)=ARTHD(ALTER)*BHD.K(ALTER,GB)
R AGD.KL(ALTER,GB)=ARTGD(ALTER)*BGD.K(ALTER,GB)
R AMB.KL(ALTER,GB)=ARTMB(ALTER)*BMB.K(ALTER,GB)
R AMA.KL(ALTER,GB)=ARTMA(ALTER)*BMA.K(ALTER,GB)

```



```

R AMS.KL(ALTER,GB)=ARTMS(ALTER)*BMS.K(ALTER,GB)
A ERHD.K(GB)=SUMV(AHD.JK(*,GB),1,7)
A ERGD.K(GB)=SUMV(AGD.JK(*,GB),1,7)
A ERMB.K(GB)=SUMV(AMB.JK(*,GB),1,7)
A ERMA.K(GB)=SUMV(AMA.JK(*,GB),1,7)
A ERMS.K(GB)=SUMV(AMS.JK(*,GB),1,7)
A TERHD.K=SUM(ERHD.K)
A TERGD.K=SUM(ERGD.K)
A TERMB.K=SUM(ERMB.K)
A TERMA.K=SUM(ERMA.K)
A TERMS.K=SUM(ERMS.K)
R AOUTHD.KL(ALTER,GB)=(BHD.K(ALTER,GB)-
X AHD.JK(ALTER,GB))/PRDHD(ALTER)
R AOUTGD.KL(ALTER,GB)=(BGD.K(ALTER,GB)-
X AGD.JK(ALTER,GB))/PRDGD(ALTER)
R AOUTMB.KL(ALTER,GB)=(BMB.K(ALTER,GB)-
X AMB.JK(ALTER,GB))/PRDMD(ALTER)
R AOUTMA.KL(ALTER,GB)=(BMA.K(ALTER,GB)-
X AMA.JK(ALTER,GB))/PRDMD(ALTER)
R AOUTMS.KL(ALTER,GB)=(BMS.K(ALTER,GB)-
X AMS.JK(ALTER,GB))/PRDMD(ALTER)
*
* PRDHD BREITE DER 7 ALTERSKLASSEN DES HOEHEREN DIENSTES
* (START:27.LEBENSJAHR)
*
T PRDHD=3/5/10/10/3/2/5E20
*
* PRDGD BREITE DER 7 ALTERSKLASSEN DES GEHOBENEN DIENSTES
* (START:22.LEBENSJAHR)
*
T PRDGD=3/10/10/10/3/2/5E20
*
* PRDMD BREITE DER 7 ALTERSKLASSEN DES MITTLEREN DIENSTES
* (START:22.LEBENSJAHR)
*
T PRDMD=3/10/10/10/3/2/5E20
*
L BHD.K(1,GB)=BHD.J(1,GB)+DT*(ZHD.JK(GB)-
X AHD.JK(1,GB)-AOUTHD.JK(1,GB))
L BGD.K(1,GB)=BGD.J(1,GB)+DT*(ZGD.JK(GB)-
X AGD.JK(1,GB)-AOUTGD.JK(1,GB))
L BMB.K(1,GB)=BMB.J(1,GB)+DT*(ZMB.JK(GB)-
X AMB.JK(1,GB)-AOUTMB.JK(1,GB))
L BMA.K(1,GB)=BMA.J(1,GB)+DT*(ZMA.JK(GB)-
X AMA.JK(1,GB)-AOUTMA.JK(1,GB))
L BMS.K(1,GB)=BMS.J(1,GB)+DT*(ZMS.JK(GB)-
X AMS.JK(1,GB)-AOUTMS.JK(1,GB))
L BHD.K(ALT,GB)=BHD.J(ALT,GB)+DT*(AOUTHD.JK(ALT-1,GB)-
X AHD.JK(ALT,GB)-AOUTHD.JK(ALT,GB))
L BGD.K(ALT,GB)=BGD.J(ALT,GB)+DT*(AOUTGD.JK(ALT-1,GB)-
X AGD.JK(ALT,GB)-AOUTGD.JK(ALT,GB))
L BMB.K(ALT,GB)=BMB.J(ALT,GB)+DT*(AOUTMB.JK(ALT-1,GB)-
X AMB.JK(ALT,GB)-AOUTMB.JK(ALT,GB))
L BMA.K(ALT,GB)=BMA.J(ALT,GB)+DT*(AOUTMA.JK(ALT-1,GB)-
X AMA.JK(ALT,GB)-AOUTMA.JK(ALT,GB))
L BMS.K(ALT,GB)=BMS.J(ALT,GB)+DT*(AOUTMS.JK(ALT-1,GB)-
X AMS.JK(ALT,GB)-AOUTMS.JK(ALT,GB))
A THD.K(GB)=SUMV(BHD.K(*,GB),1,7)
A TGD.K(GB)=SUMV(BGD.K(*,GB),1,7)
A TMB.K(GB)=SUMV(BMB.K(*,GB),1,7)
A TMA.K(GB)=SUMV(BMA.K(*,GB),1,7)
A TMS.K(GB)=SUMV(BMS.K(*,GB),1,7)
A TTHD.K=SUM(THD.K)
A TTGD.K=SUM(TGD.K)

```



```

A      TTMB.K=SUM(TMB.K)
A      TTMA.K=SUM(TMA.K)
A      TTMS.K=SUM(TMS.K)
*
* *****
* BERECHNUNG DER ERLEDIGTEN VERFAHREN IN DEN 18 GESCHAFTS--
* BEREICHEN DER ORIENTLICHEN GERICHTE (VARIABLE:ABG)
* *****
N      UNER (GB)=IUNER (GB)
T      IUNER=47949/30122/0/0/41111/0/0/
X      4450/26051/2455/704/0/
X      4/1059/4530/204/0/0
L      UNER.K (GB)=UNER.J (GB) +DT*(ZU.JK (GB) -ABG.JK (GB))
*
* ZU NEUZUGAENGE AN GESCHAFTSANFALL ZU DEN 18 GESCHAFTSBEREICHEN
* DER ORIENTLICHEN GERICHTE
*
R      ZU.KL (1)=(-1.44051+0.00073946*JAHR.K+0.00977*BYALQ2.K+
X      0.00097333*BYVSP1.K)*BYFOP1.K*0.734
R      ZU.KL (2)=49186*(BYFOP5.K/5299)
R      ZU.KL (3)=(0.03369+0.0031*BYALQ1.K)*BYFOP1.K
R      ZU.KL (4)=1*(BYFOP1.K/7029000)
R      ZU.KL (5)=(0.01153+0.00021911*BYVIF1.K+0.00163*BYALQ2.K)*
X      BYFOP3.K*(BYKFZ2.K/0.0005309)*0.606)+(1.52477+56.52737*BYKFZ3.K-
X      0.09085*BYALQ1.K)*BYFOP6.K)+( (-198.79207+0.10365*JAHR.K+
X      0.11611*BYALQ1.K)*BYFOP6.K))*1.20456
R      ZU.KL (6)=1
R      ZU.KL (7)=1*(BYFOP1.K/7029000)
R      ZU.KL (8)=(0.07165+RAMP (0.001370,0))* (ABG.JK (1)*F1.K+159118*F2.K)
R      ZU.KL (9)=(-1.22111+0.00062873*JAHR.K+0.00896*BYALQ2.K+
X      0.00081916*BYVSP1.K)*BYFOP1.K*0.266
R      ZU.KL (10)=(0.05159)* (ABG.JK (5)*F1.K+212082*F2.K)
R      ZU.KL (11)=(-5.23108+0.00274*JAHR.K)*BYFOP6.K
R      ZU.KL (12)=1
R      ZU.KL (13)=10*(BYFOP6.K/9414.2)
R      ZU.KL (14)=0.062*(ABG.JK (2)*F1.K+48323*F2.K)
R      ZU.KL (15)=(0.1565+RAMP (0.0031900,0))* (ABG.JK (9)*F1.K+53908*F2.K)
R      ZU.KL (16)=(0.2198+RAMP (-0.001300,0))*
X      (12332*F2.K+ (ABG.JK (10)+ABG.JK (11))*F1.K)
R      ZU.KL (17)=3036*(BYFOP6.K/9414.2)
R      ZU.KL (18)=1
*
* *****
* PROGNOSTIZIERTE SOZIO-ÖKONOMISCHE RAHMENDATEN
* FUER BAYERN 1985-2010
* *****
A      BYFOP1.K=TABHL (TAB1,TIME.K,0,25,1)
T      TAB1=7029000/7212000/7259000/7298000/7314000/
X      7326000/7322000/7309000/7295000/7288000/
X      7266000/7230000/7191000/7154000/7119000/
X      7065000/7012000/6958000/6935000/6904000/
X      6891000/6891000/6885000/6865000/6845000/6822000
A      BYFOP3.K=TABHL (TAB2,TIME.K,0,25,1)
T      TAB2=7647000/7830000/7831000/7813000/7806000/
X      7787000/7767000/7748000/7729000/7722000/
X      7707000/7681000/7653000/7622000/7584000/
X      7525000/7473000/7426000/7414000/7394000/
X      7386000/7389000/7383000/7361000/7336000/7305000
A      BYFOP5.K=TABHL (TAB3,TIME.K,0,25,1)
T      TAB3=5299/5300/5323/5335/5316/5277/5223/5171/5150/5122/
X      5097/5102/5085/5054/5030/5003/4977/4951/4921/4892/
X      4876/4843/4813/4780/4742/4699

```

```

A BYPOFG.K=TAEBHL(TAB4,TIME.K,0,25,1)
T TAB4=9414.2/9432.7/9422.6/9381.0/9307.5/
X 9214.6/9113.7/9007.8/8917.5/8831.3/
X 8754.4/8697.6/8633.4/8565.9/8507.7/
X 8439.1/8384.2/8295.0/8296.2/8259.4/
X 8227.5/8213.1/8182.2/8146.7/8107.4/8069.3
A BYVSP1.K=TAEBHL(TAB5,TIME.K,0,25,1)
T TAB5=3.3/3.0/2.4/2.0/2.3/2.5/2.6/2.7/2.8/2.9/
X 3.0/3.1/3.2/3.3/3.4/3.5/3.4/3.2/3.1/3.0/2.8/2.7/2.5/2.4/2.3/2.2
A BYALQ1.K=TAEBHL(TAB6,TIME.K,0,25,1)
T TAB6=7.7/7.0/7.0/7.1/6.8/6.4/6.2/6.0/5.8/5.6/
X 5.5/5.4/5.3/5.2/5.1/5.1/4.7/4.3/3.9/3.6/3.2/2.8/2.4/2.0/1.7/1.4
A BYALQL.K=TAEBHL(TAB7,TIME.K,0,25,1)
T TAB7=7.8/7.7/7.0/7.0/7.1/6.8/6.4/6.2/6.0/5.8/
X 5.6/5.5/5.4/5.3/5.2/5.1/5.1/4.7/4.3/3.9/3.6/3.2/2.8/2.4/2.0/1.7
A BYALQ2.K=(BYALQ1.K-BYALQL.K)/BYALQL.K
A BYKFZ2.K=TAEBHL(TAB9,TIME.K,0,25,1)
T TAB9=0.0005309/0.0005319/0.0005445/0.0005570/0.0005694/
X 0.0005820/0.0005869/0.0005916/0.0005967/0.0006020/
X 0.0006075/0.0006131/0.0006190/0.0006251/0.0006316/
X 0.0006385/0.0006397/0.0006410/0.0006427/0.0006444/
X 0.0006464/0.0006485/0.0006498/0.0006531/0.0006557/0.0006583
A BYKFZ3.K=TAEBHL(TAB10,TIME.K,0,25,1)
T TAB10=0.0807/0.0827/0.0848/0.0869/0.0890/
X 0.0911/0.0920/0.0928/0.0937/0.0946/
X 0.0955/0.0964/0.0973/0.0983/0.0992/
X 0.1001/0.1001/0.1001/0.1001/0.1001/
X 0.1001/0.1001/0.1001/0.1001/0.1001/0.1001
A BYVIP1.K=TAEBHL(TAB11,TIME.K,0,25,1)
T TAB11=3.3/3.0/2.4/2.0/2.2/2.5/2.6/2.7/2.8/2.9/
X 3.0/3.1/3.2/3.3/3.4/3.5/3.4/3.2/3.1/3.0/2.8/2.7/2.5/2.4/2.3/2.2
A F1.K=CLIP(1,0,ZEIT.K,1)
A F2.K=CLIP(0,1,ZEIT.K,1)
A ZEIT.K=RAMP(1,0)
A JAHR.K=ZEIT.K+1985
R ABG.KL(GB)=(UNER.K(GB)+ZU.JK(GB))*ABGQ(GB)

```

```

*
* *****
* DER ZEITVARIABLE PERSONALBEDARFSSCHLUESSEL , DER DIE ARBEITSPRODUKTIV-
* TÄT EINER BESCHÄFTIGTENDGRUPPE INNERHALB EINES ARBEITSBEREICHES
* IM ZEITABLAUF FESTLEGT (VARIABLE=PEB..)
* *****

```

```

A PBSDH.K(GB)=PBGSDH(GB)+RAMP(JPFHD.K(GB),STARTZ(GB))-
X RAMP(JPFHD.K(GB),ENDZ(GB))
A PBSGD.K(GB)=PBGSGD(GB)+RAMP(JPFGD.K(GB),STARTZ(GB))-
X RAMP(JPFGD.K(GB),ENDZ(GB))
A PBSMB.K(GB)=PBGMB(GB)+RAMP(JPFMB.K(GB),STARTZ(GB))-
X RAMP(JPFMB.K(GB),ENDZ(GB))
A PBSMA.K(GB)=PBGMA(GB)+RAMP(JPFMA.K(GB),STARTZ(GB))-
X RAMP(JPFMA.K(GB),ENDZ(GB))
A PBSMS.K(GB)=PBGMS(GB)+RAMP(JPFMS.K(GB),STARTZ(GB))-
X RAMP(JPFMS.K(GB),ENDZ(GB))
A JPFHD.K(GB)=(PFMXHD(GB)*PBGSDH(GB))/((ENDZ(GB)-
X STARTZ(GB))*100)
A JFPGD.K(GB)=(PFMXGD(GB)*PBGSGD(GB))/((ENDZ(GB)-
X STARTZ(GB))*100)
A JPFMB.K(GB)=(PFMXMB(GB)*PBGMB(GB))/((ENDZ(GB)-
X STARTZ(GB))*100)
A JPFMA.K(GB)=(PFMXMA(GB)*PBGMA(GB))/((ENDZ(GB)-
X STARTZ(GB))*100)
A JPFMS.K(GB)=(PFMXMS(GB)*PBGMS(GB))/((ENDZ(GB)-
X STARTZ(GB))*100)
T STARTZ=2/3/2/2/3/2/2/2/3/3/2/3/3/2/3/3/2

```

```

T  ENDZ=9/10/7/7/10/7/7/9/9/10/10/7/10/10/9/10/10/7
N  PRSGHD (GB)=QHD (GB)/VAG (1)
N  PRSGGD (GB)=GGD (GB)/VAG (2)
N  PRSGMB (GB)=QMB (GB)/VAG (3)
N  PRSGMA (GB)=QMA (GB)/VAG (4)
N  PRSGMS (GB)=QMS (GB)/VAG (5)
T  QHD=668/336.5/22698.6/0.0124/547.7/
X  0.0219/1000/
X  117.9/173.6/92.6/11.6/0.0189/
X  1.45/80.5/59.2/138.1/250.9/0.0730
T  GGD=868.3/757.4/2484.9/0.0028/2524.8/
X  0.006/0.0019/1365.4/976.7/1513.8/2911.7/0.0092/
X  7.14/2.907E6/1129/2.665E6/3.036E6/0.0089
T  QMB=520.1/363.3/3245.1/0.0048/516/
X  0.0077/0.0026/74.0/2343.8/329.5/40.6/0.0143/
X  5/290.7/227.8/666.3/1012/0.0074
T  QMA=914/635.8/5689.4/0.0084/906.3/
X  0.0135/0.0046/105.4/3369.3/466.8/58.2/0.02/
X  10/363.4/284.2/666.3/1012/0.0076
T  QMS=1296/894.9/7965.1/0.0119/1285.3/
X  0.0192/0.0066/109.8/3593.9/487.0/62.4/0.0213/
X  10/581.4/515.1/1332.5/3036/0.0172

```

```

* *****
*  BERECHNUNG DES PERSONALNEUBEEDARFS DER 18 GESCHAFTSBEREICHE
*  DER ORIENTLICHEN GERICHTE (VARIABLE=NEU..)
*  *****

```

```

A  ARBEHD.K (GB)=QHD (GB)*F2.K+F1.K*ABG.JK (GB)/THD.K (GB)
A  ARBEGD.K (GB)=GGD (GB)*F2.K+F1.K*ABG.JK (GB)/TGD.K (GB)
A  ARBEMB.K (GB)=QMB (GB)*F2.K+F1.K*ABG.JK (GB)/TMB.K (GB)
A  ARBEMA.K (GB)=QMA (GB)*F2.K+F1.K*ABG.JK (GB)/TMA.K (GB)
A  ARBEMS.K (GB)=QMS (GB)*F2.K+F1.K*ABG.JK (GB)/TMS.K (GB)
A  AGHD.K (GB)=ARBEHD.K (GB)/PRSGHD.K (GB)
A  AGGD.K (GB)=ARBEGD.K (GB)/PRSGGD.K (GB)
A  AGMB.K (GB)=ARBEMB.K (GB)/PRSGMB.K (GB)
A  AGMA.K (GB)=ARBEMA.K (GB)/PRSGMA.K (GB)
A  AGMS.K (GB)=ARBEMS.K (GB)/PRSGMS.K (GB)
A  BTOHD.K (GB)=AGHD.K (GB)*THD.K (GB)
A  BTOGD.K (GB)=AGGD.K (GB)*TGD.K (GB)
A  BTOMB.K (GB)=AGMB.K (GB)*TMB.K (GB)
A  BTOMA.K (GB)=AGMA.K (GB)*TMA.K (GB)
A  BTOMS.K (GB)=AGMS.K (GB)*TMS.K (GB)
A  TBTOHD.K=SUM (BTOHD.K)
A  TBTOGD.K=SUM (BTOGD.K)
A  TBTOMB.K=SUM (BTOMB.K)
A  TBTOMA.K=SUM (BTOMA.K)
A  TBTOMS.K=SUM (BTOMS.K)
T  AAU=0.9/0.9/0.9/0.9/0.9/0.9/0.9/0.9/0.9/0.9/
X  0.9/0.9/0.9/0.9/0.9/
X  0.9/0.9/0.9/0.9/0.9/0.9
A  ADF1HD.K (GB)=AGHD.K (GB)-AAU (GB)
A  ADF1GD.K (GB)=AGGD.K (GB)-AAU (GB)
A  ADF1MB.K (GB)=AGMB.K (GB)-AAU (GB)
A  ADF1MA.K (GB)=AGMA.K (GB)-AAU (GB)
A  ADF1MS.K (GB)=AGMS.K (GB)-AAU (GB)
A  ADF2HD.K (GB)=AGHD.K (GB)-AAD
A  ADF2GD.K (GB)=AGGD.K (GB)-AAD
A  ADF2MB.K (GB)=AGMB.K (GB)-AAD
A  ADF2MA.K (GB)=AGMA.K (GB)-AAD
A  ADF2MS.K (GB)=AGMS.K (GB)-AAD
A  HLF1HD.K (GB)=MIN (0,ADF1HD.K (GB))
A  HLF1GD.K (GB)=MIN (0,ADF1GD.K (GB))
A  HLF1MB.K (GB)=MIN (0,ADF1MB.K (GB))

```

```

A   HLF1MA.K(GB)=MIN(0,ADF1MA.K(GB))
A   HLF1MS.K(GB)=MIN(0,ADF1MS.K(GB))
A   HLF2HD.K(GB)=MAX(0,ADF2HD.K(GB))
A   HLF2GD.K(GB)=MAX(0,ADF2GD.K(GB))
A   HLF2MB.K(GB)=MAX(0,ADF2MB.K(GB))
A   HLF2MA.K(GB)=MAX(0,ADF2MA.K(GB))
A   HLF2MS.K(GB)=MAX(0,ADF2MS.K(GB))
A   HLFHD.K(GB)=HLF1HD.K(GB)+HLF2HD.K(GB)
A   HLFOD.K(GB)=HLF1GD.K(GB)+HLF2GD.K(GB)
A   HLFMB.K(GB)=HLF1MB.K(GB)+HLF2MB.K(GB)
A   HLFMA.K(GB)=HLF1MA.K(GB)+HLF2MA.K(GB)
A   HLFMS.K(GB)=HLF1MS.K(GB)+HLF2MS.K(GB)
A   NEUHD.K(GB)=HLFHD.K(GB)*THD.K(GB)
A   NEUGD.K(GB)=HLFGD.K(GB)*TGD.K(GB)
A   NEUMB.K(GB)=HLFMB.K(GB)*TMB.K(GB)
A   NEUMA.K(GB)=HLFMA.K(GB)*TMA.K(GB)
A   NEUMS.K(GB)=HLFMS.K(GB)*TMS.K(GB)
A   TNEUHD.K=SUM(NEUHD.K)
A   TNEUGD.K=SUM(NEUGD.K)
A   TNEUMB.K=SUM(NEUMB.K)
A   TNEUMA.K=SUM(NEUMA.K)
A   TNEUMS.K=SUM(NEUMS.K)
A   TNTOHD.K=TERHD.K+TNEUHD.K
A   TNTOGD.K=TERGD.K+TNEUGD.K
A   TNTOMB.K=TERMB.K+TNEUMB.K
A   TNTOMA.K=TERMA.K+TNEUMA.K
A   TNTOMS.K=TERMS.K+TNEUMS.K
*
* *****
* BERECHNUNG DER PAUSCHALEN PERSONALSTRUKTURENTWICKLUNG NACH
* BRUTTO-PERSONALBEIARFSZAHLEN
* *****
A   SUMBTO.K=TBTOHD.K+TBTOGD.K+TBTOMB.K+TBTOMA.K+TBTOMS.K
A   ATHD.K=TBTOHD.K/SUMBTO.K
A   ATGD.K=TBTOGD.K/SUMBTO.K
A   ATMB.K=TBTOMB.K/SUMBTO.K
A   ATMA.K=TBTOMA.K/SUMBTO.K
A   ATMS.K=TBTOMS.K/SUMBTO.K
*
* *****
* VARIABLER DATENINPUT
* *****
* 1. ARTHD ABGANGSRATEN DER 7 ALTERSKLASSEN DES HOEHEREN DIENSTES
T   ARTHD=0.059/0.046/0.012/0.017/0.051/0.04/0.233
*
* ARTGD ABGANGSRATEN DER 7 ALTERSKLASSEN DES GEBOHOBENEN DIENSTES
T   ARTGD=0.05/0.026/0.036/0.048/0.048/0.113/0.337
*
* ARTMB ABGANGSRATEN DER 7 ALTERSKLASSEN DER BEAMTEN
* IM MITTLEREN DIENST
T   ARTMB=0.009/0.022/0.024/0.046/0.059/0.08/0.827
*
* ARTMA ABGANGSRATEN DER 7 ALTERSKLASSEN DER ANGESTELLTEN
* IM MITTLEREN DIENST
T   ARTMA=0.008/0.036/0.048/0.039/0.036/0.048/0.79
*
* ARTMS ABGANGSRATEN DER 7 ALTERSKLASSEN DES SCHREIBDIENSTES
* IM MITTLEREN DIENST
T   ARTMS=0.008/0.036/0.048/0.039/0.036/0.048/0.79
*
* 2. ABGQ ERLEDIGUNGSQUOTEN FUER DIE ANHAENGIGEN VERFAHREN
* DER 18 GESCHAFTSBEREICHE

```

T ARGD=0.76/0.6/1/1/0.83/1/1/
 X 0.71/0.69/0.81/0.69/1/
 X 0.71/0.73/0.65/0.93/1/1

* 3. PFMXHD MAXIMALER PRODUKTIVITAETSFORTSCHRITT IM HOEHEREN DIENST
 T PFMXHD=0/10/10/10/5/10/0/0/0/5/5/10/0/10/0/5/5/10
 *
 * PFMXGD MAXIMALER PRODUKTIVITAETSFORTSCHRITT IM GEHOEBENEN DIENST
 T PFMXGD=0/15/10/10/5/10/0/0/0/5/5/10/0/15/0/5/5/10
 *
 * PFMXMB MAXIMALER PRODUKTIVITAETSFORTSCHRITT IM MITTLEREN DIENST (BEAMTE)
 T PFMXMB=10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/
 X 10/10/10/10/10
 *
 * PFMXMA MAXIMALER PRODUKTIVITAETSFORTSCHRITT IM MITTLEREN DIENST (ANGEST.)
 T PFMXMA=10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/10/
 X 10/10/10/10/10
 *
 * PFMXMS MAXIMALER PRODUKTIVITAETSFORTSCHRITT IM MITTLEREN DIENST (SCHREIB.)
 T PFMXMS=20/25/10/20/20/20/100/20/20/20/20/20/20/20/
 X 25/20/20/20/20

* 4. AAO AKZEPTIERTE AUSLASTUNGSOBERGRENZE
 C AAO=1.2
 *

* 5. VAG VORGEGEBENER AUSLASTUNGSGRAD (RELATIVE ZAHLEN) FUER
 * DIE EINZELNEN BESCHAEFFTIGTENGRUPPEN
 T VAG=1.16/1/1/1/1.2
 *

* *****
 * STEUERANWEISUNGEN
 * *****

Anhang 2: Variablenliste für die DYNAMO-Programme

AAO	Akzeptierte Auslastungsgradobergrenze
AAU	Akzeptierte Auslastungsgraduntergrenze
ABG	Abgänge an Verfahren (Erledigungen)
ABGQ	Abgangsquoten (Erledigungsquoten)
ADF1GD	Auslastungsdifferenz 1 für den gehobenen Dienst
ADF1HD	Auslastungsdifferenz 1 für den richterlichen Dienst
ADF1MB	Auslastungsdifferenz 1 für den mittleren Dienst (Beamte)
ADF1MA	Auslastungsdifferenz 1 für den mittleren Dienst
ADF1MS	Auslastungsdifferenz 1 für den mittleren Dienst (Schreibdienst)
ADF2GD	Auslastungsdifferenz 2 für den gehobenen Dienst
ADF2HD	Auslastungsdifferenz 2 für den richterlichen Dienst
ADF2MA	Auslastungsdifferenz 2 für den mittleren Dienst (Angestellte)
ADF2MB	Auslastungsdifferenz 2 für den mittleren Dienst (Beamte)
ADF2MS	Auslastungsdifferenz 2 für den mittleren Dienst (Schreibdienst)
AGD	Abgänge an Personal im gehobenen Dienst
AGGD	Auslastungsgrad für den gehobenen Dienst
AGHD	Auslastungsgrad für den richterlichen Dienst
AGMA	Auslastungsgrad für den mittleren Dienst (Angestellte)
AGMB	Auslastungsgrad für den mittleren Dienst (Beamte)
AGMS	Auslastungsgrad für den mittleren Dienst (Schreibdienst)
AHD	Abgänge an Personal im richterlichen Dienst
ALT	Altersklasse 2-7 (Vektor)
ALTER	Altersklasse 1-7 (Vektor)
AMA	Abgänge an Personal im mittleren Dienst (Angestellte)
AMB	Abgänge an Personal im mittleren Dienst (Beamte)
AMS	Abgänge an Personal im mittleren Dienst (Schreibdienst)
AOUTGD	Übergänge an Personal im gehobenen Dienst
AOUTHG	Übergänge an Personal im richterlichen Dienst
AOUTMA	Übergänge an Personal im mittleren Dienst (Angestellte)
AOUTMB	Übergänge an Personal im mittleren Dienst (Beamte)
AOUTMS	Übergänge an Personal im mittleren Dienst (Schreibdienst)
ARBEGD	Arbeitsbelastung im gehobenen Dienst
ARBEHD	Arbeitsbelastung im richterlichen Dienst
ARBEMA	Arbeitsbelastung im mittleren Dienst (Angestellte)
ARBEMB	Arbeitsbelastung im mittleren Dienst (Beamte)
ARBEMS	Arbeitsbelastung im mittleren Dienst (Schreibdienst)
ARTGD	Abgangsraten im gehobenen Dienst
ARTHD	Abgangsraten im richterlichen Dienst

ARTMA	Abgangsraten im mittleren Dienst (Angestellte)
ARTMB	Abgangsraten im mittleren Dienst (Beamte)
ARTMS	Abgangsraten im mittleren Dienst (Schreibdienst)
ATGD	Anteil des gehobenen Dienstes an SUMBTO
ATHD	Anteil der Richter an SUMBTO
ATMA	Anteil der Angestellten im mittl. Dienst an SUMBTO
ATMB	Anteil der Beamten im mittl. Dienst an SUMBTO
ATMS	Anteil der Schreibkräfte im mittl. Dienst an SUMBTO
AW	Anfangswert
BGD	Bestand an Personal im gehobenen Dienst
BHD	Bestand an Personal im richterlichen Dienst
BMA	Bestand an Personal im mittleren Dienst (Angestellte)
BMB	Bestand an Personal im mittleren Dienst (Beamte)
BMS	Bestand an Personal im mittleren Dienst (Schreibdienst)
BTOGD	Bruttobedarf an Personal im gehobenen Dienst
BTOHD	Bruttobedarf an Personal im richterlichen Dienst
BTOMA	Bruttobedarf an Personal im mittleren Dienst (Angestellte)
BTOMB	Bruttobedarf an Personal im mittleren Dienst (Beamte)
BTOMS	Bruttobedarf an Personal im mittleren Dienst (Schreibdienst)
ENDZ	Endzeit
ERGD	Ersatzbedarf an Personal im gehobenen Dienst
ERHD	Ersatzbedarf an Personal im richterlichen Dienst
ERMA	Ersatzbedarf an Personal im mittleren Dienst (Angestellte)
ERMB	Ersatzbedarf an Personal im mittleren Dienst (Beamte)
ERMS	Ersatzbedarf an Personal im mittleren Dienst (Schreibdienst)
F1	Faktor 1
F2	Faktor 2
GB	Geschäftsbereich (Vektor)
HLF1GD	Hilfsgröße 1 für den gehobenen Dienst
HLF1HD	Hilfsgröße 1 für den richterlichen Dienst
HLF1MA	Hilfsgröße 1 für den mittleren Dienst (Angestellte)
HLF1MB	Hilfsgröße 1 für den mittleren Dienst (Beamte)
HLF1MS	Hilfsgröße 1 für den mittleren Dienst (Schreibdienst)
HLF2GD	Hilfsgröße 2 für den gehobenen Dienst
HLF2HD	Hilfsgröße 2 für den richterlichen Dienst
HLF2MA	Hilfsgröße 2 für den mittleren Dienst (Angestellte)
HLF2MB	Hilfsgröße 2 für den mittleren Dienst (Beamte)
HLF2MS	Hilfsgröße 2 für den mittleren Dienst (Schreibdienst)
HLFGD	Hilfsgröße für den gehobenen Dienst

HLFHD	Hilfsgröße für den richterlichen Dienst
HLFMA	Hilfsgröße für den mittleren Dienst (Angestellte)
HLFMB	Hilfsgröße für den mittleren Dienst (Beamte)
HLFMS	Hilfsgröße für den mittleren Dienst (Schreibdienst)
IGD	Ist-Bestand an Personal im gehobenen Dienst
IHD	Ist-Bestand an Personal im richterlichen Dienst
IMA	Ist-Bestand an Personal im mittleren Dienst (Angestellte)
IMB	Ist-Bestand an Personal im mittleren Dienst (Beamte)
IMS	Ist-Bestand an Personal im mittleren Dienst (Schreibdienst)
IUNER	Ist-Bestand an unerledigten Verfahren
JAH	Planungsjahr
JPFGD	Jährlicher Produktivitätsfortschritt im gehobenen Dienst
JPFHD	Jährlicher Produktivitätsfortschritt im richterlichen Dienst
JPFMA	Jährlicher Produktivitätsfortschritt im mittleren Dienst (Angestellte)
JPFMB	Jährlicher Produktivitätsfortschritt im mittleren Dienst (Beamte)
JPFMS	Jährlicher Produktivitätsfortschritt im mittleren Dienst (Schreibdienst)
NEUGD	Neubedarf an Personal im gehobenen Dienst
NEUHD	Neubedarf an Personal im richterlichen Dienst
NEUMA	Neubedarf an Personal im mittleren Dienst (Angestellte)
NEUMB	Neubedarf an Personal im mittleren Dienst (Beamte)
NEUMS	Neubedarf an Personal im mittleren Dienst (Schreibdienst)
PBSGD	Zeitvariabler Personalbedarfsschlüssel für den gehobenen Dienst
PBSGGD	Grundschlüssel für den gehobenen Dienst
PBSGHD	Grundschlüssel für den richterlichen Dienst
PBSGMA	Grundschlüssel für den mittleren Dienst (Angestellte)
PBSGMB	Grundschlüssel für den mittleren Dienst (Beamte)
PBSGMS	Grundschlüssel für den mittleren Dienst (Schreibdienst)
PBSHD	Zeitvariabler Personalbedarfsschlüssel für den richterlichen Dienst
PBSMA	Zeitvariabler Personalbedarfsschlüssel für den mittleren Dienst (Angestellte)
PBSMB	Zeitvariabler Personalbedarfsschlüssel für den mittleren Dienst (Beamte)
PBSMS	Zeitvariabler Personalbedarfsschlüssel für den mittleren Dienst (Schreibdienst)
PFMXGD	Maximaler Produktivitätsfortschritt im gehobenen Dienst

PFMXHD	Maximaler Produktivitätsfortschritt im richterlichen Dienst
PFMXMA	Maximaler Produktivitätsfortschritt im mittleren Dienst (Angestellte)
PFMXMB	Maximaler Produktivitätsfortschritt im mittleren Dienst (Beamte)
PFMXMS	Maximaler Produktivitätsfortschritt im mittleren Dienst (Schreibdienst)
PRDGD	Breite der Altersklassen im gehobenen Dienst
PRDHD	Breite der Altersklassen im richterlichen Dienst
PRDMA	Breite der Altersklassen im mittleren Dienst (Angestellte)
PRDMB	Breite der Altersklassen im mittleren Dienst (Beamte)
PRDMS	Breite der Altersklassen im mittleren Dienst (Schreibdienst)
PSGD	Personalschlüssel für den gehobenen Dienst
PSHD	Personalschlüssel für den richterlichen Dienst
PSMA	Personalschlüssel für den mittleren Dienst (Angestellte)
PSMB	Personalschlüssel für den mittleren Dienst (Beamte)
PSMS	Personalschlüssel für den mittleren Dienst (Schreibdienst)
QGD	Personalbedarfs(grund)schlüssel für den gehobenen Dienst
QHD	Personalbedarfs(grund)schlüssel für den richterlichen Dienst
QMA	Personalbedarfs(grund)schlüssel für den mittleren Dienst (Angestellte)
QMB	Personalbedarfs(grund)schlüssel für den mittleren Dienst (Beamte)
QMS	Personalbedarfs(grund)schlüssel für den mittleren Dienst (Schreibdienst)
STARTZ	Startzeit
STEIG	Steigung
SUMBTO	Gesamter Bruttopersonalbedarf über alle Beschäftigtengruppen
TBTOGD	Bruttobedarf an Personal (total) im gehobenen Dienst
TBTOHD	Bruttobedarf an Personal (total) im richterlichen Dienst
TBTOMA	Bruttobedarf an Personal (total) im mittleren Dienst (Angestellte)
TBTOMB	Bruttobedarf an Personal (total) im mittleren Dienst (Beamte)
TBTOMS	Bruttobedarf an Personal (total) im mittleren Dienst (Schreibdienst)
TERGD	Ersatzbedarf an Personal (total) im gehobenen Dienst
TERHD	Ersatzbedarf an Personal (total) im richterlichen Dienst

TERMA	Ersatzbedarf an Personal (total) im mittleren Dienst (Angestellte)
TERMB	Ersatzbedarf an Personal (total) im mittleren Dienst (Beamte)
TERMS	Ersatzbedarf an Personal (total) im mittleren Dienst (Schreibdienst)
TGD	Personalbestand (total) im gehobenen Dienst
THD	Personalbestand (total) im richterlichen Dienst
TMA	Personalbestand (total) im mittleren Dienst (Angestellte)
TMB	Personalbestand (total) im mittleren Dienst (Beamte)
TMS	Personalbestand (total) im mittleren Dienst (Schreibdienst)
TNEUGD	Neubedarf an Personal (total) im gehobenen Dienst
TNEUHD	Neubedarf an Personal (total) im richterlichen Dienst
TNEUMA	Neubedarf an Personal (total) im mittleren Dienst (Angestellte)
TNEUMB	Neubedarf an Personal (total) im mittleren Dienst (Beamte)
TNEUMS	Neubedarf an Personal (total) im mittleren Dienst (Schreibdienst)
TNTOGD	Nettobedarf an Personal (total) im gehobenen Dienst
TNTOHD	Nettobedarf an Personal (total) im richterlichen Dienst
TNTOMA	Nettobedarf an Personal (total) im mittleren Dienst (Angestellte)
TNTOMB	Nettobedarf an Personal (total) im mittleren Dienst (Beamte)
TNTOMS	Nettobedarf an Personal (total) im mittleren Dienst (Schreibdienst)
TTGD	Bestand an Personal (total) im gesamten gehobenen Dienst
TTHD	Bestand an Personal (total) im gesamten richterlichen Dienst
TTMA	Bestand an Personal (total) im gesamten mittleren Dienst (Angestellte)
TTMB	Bestand an Personal (total) im gesamten mittleren Dienst (Beamte)
TTMS	Bestand an Personal (total) im gesamten mittleren Dienst (Schreibdienst)
UNER	Unerledigte Verfahren
VAG	Vorgegebener Auslastungsgrad

ZEIT	Zeit
ZGD	Zugänge an Personal im gehobenen Dienst
ZHD	Zugänge an Personal im richterlichen Dienst
ZMA	Zugänge an Personal im mittleren Dienst (Angestellte)
ZMB	Zugänge an Personal im mittleren Dienst (Beamte)
ZMS	Zugänge an Personal im mittleren Dienst (Schreibdienst)
ZU	Neuzugänge an Geschäftsanfall

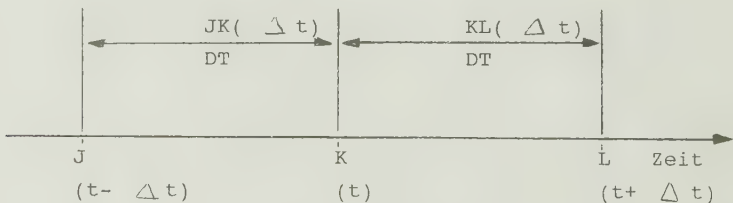
Anhang 3: Einige Anmerkungen zur Computersimulationssprache DYNAMO

Diese Anmerkungen sollen keine grundlegende Einführung in die Computersimulationssprache DYNAMO beinhalten, sondern nur eine Grundlage für das Verständnis der Darstellung und Funktionsweise des Modells bilden. Daher werden hier nur die in dem Modell Anwendung findenden Funktionen, die feste Bestandteile des DYNAMO-Compilers darstellen, und die Zeitindizierung erläutert. (Zur ausführlichen Darstellung vgl. Pugh 1977.)

Zeitindizierung

Zur Berechnung von System-Dynamics-Modellen werden nur drei Zeitpunkte verwendet: die Vergangenheit ($t - \Delta t$), die Gegenwart (t) und die Zukunft ($t + \Delta t$). Zeitpunkte, die vor $t - \Delta t$ liegen, können nur mit speziellen Programmieretechniken realisiert werden. Aus der nachfolgenden Abbildung werden die Simulationsschritte (Lösungsintervalle) und die Zeitindizierung des System-Dynamics-Konzepts ersichtlich (vgl. Riethmüller 1980, S. 107).

Zeitindizierung und Simulationsschritte im System-Dynamics-Konzept



J, K, L: Zeitpunkte

JK, KL: Zeiträume

DT: Lösungsintervall

In den mathematischen Gleichungen müssen die Raten und Levels des System-Dynamics-Konzeptes mit den Zeitfaktoren J, K, L, JK und KL indiziert werden. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Notationsbedingungen (vgl. Pugh 1977, S. 25).

Zeitindizierung der System-Dynamics-Elemente

Variablentyp auf der linken Gleichungsseite		Zeitindex	Zeitindices der Variablentypen auf der rechten Gleichungsseite					
			L	A	R	C	N	
L	Level	K	J	J	JK	-	-	
A	Auxiliary	K	K	K	JK	-	-	
R	Rate	KL	K	K	JK	-	-	
C	Konstante	-	-	-	-	-	-	
N	Anfangswert	-	-	-	-	-	-	

"Built-in functions"

Die Computersimulationssprache DYNAMO verfügt über einige eingebaute Funktionen, für deren Aufruf während des Rechengangs nur der Name in die Gleichungen einzusetzen ist. Aus diesem Grund wird zur besseren Lesbarkeit des Simulationsprogramms die Funktionsweise der im vorliegenden Modell integrierten "Built-in functions" erklärt (vgl. Pugh 1977, S. 27-29 und S. 56).

(1) CLIP-Funktion

Die CLIP-Funktion ermöglicht eine Auswahl zwischen den Größen P und Q unter Berücksichtigung eines Kriteriums R und einer Bezugsbasis S.

CLIP (P,Q,R,S)

CLIP=P wenn $R \geq S$

CLIP=Q wenn $R < S$

(2) Maximum - Funktion

Die Maximum-Funktion wählt zwischen den Größen P und Q den größeren Wert aus.

$$\text{MAX (P,Q)}$$

$$\text{MAX}=P \quad \text{wenn } P \geq Q$$

$$\text{MAX}=Q \quad \text{wenn } P < Q$$

(3) Minimum - Funktion

Die Minimum-Funktion wählt zwischen den Größen P und Q den kleineren Wert aus.

$$\text{MIN (P,Q)}$$

$$\text{MIN}=P \quad \text{wenn } P < Q$$

$$\text{MIN}=Q \quad \text{wenn } P > Q$$

(4) RAMP - Funktion

Die RAMP-Funktion erzeugt eine stetige Steigung um SLP von einem definiertem Startzeitpunkt START an.

$$\text{RAMP (SLP,START)}$$

$$\text{RAMP}=0 \quad \text{wenn } t < \text{START}$$

$$\text{RAMP}=\text{SUM}(\text{SLP} \cdot \text{DT}) \quad \text{wenn } t \geq \text{START}$$

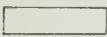
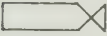
(5) Summen - Funktion

Die Summen-Funktion addiert alle Elemente eines definierten Vektors VEC.

$$\text{SUMV (VEC, 1.Element, letztes Element)}$$

Die System-Dynamics-Symbolsprache

Für die graphische Darstellung von System-Dynamics-Modellen bzw. allgemein solcher Modelle, die in der Programmiersprache Dynamo formuliert werden, existieren fest vereinbarte Symbole mit folgenden Bedeutungen:

Symbol	Bedeutung
	Level, Zustandsgröße
	Rate, Veränderungs/Flußgröße
	Hilfsvariable
	konstanter Faktor
	Quelle/Senke eines Levelzu/ab/flusses
	Informationsfluß mit Flußrichtung
	Fluß realer Größen (im Bsp. von Personal) mit Flußrichtung

Anhang 4: Variablenliste zur statistischen Längsschnittuntersuchung

Sozioökonomische Rahmendaten

Die Variablen für das Aggregationsniveau der Bundes beginnen mit B...,
die Variablen für das Aggregationsniveau des Bundeslandes Bayern beginnen mit BY...

AAA1	Anzahl ausländischer Arbeitnehmer
ALQ1	Arbeitslosenquote
ALQ2	Veränderung der Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr
BAH1	Beschäftigtenanzahl im Handel
BAL1	Beschäftigtenanzahl in der Landwirtschaft
BAP1	Beschäftigtenanzahl im produzierenden Gewerbe
BAV1	Beschäftigtenanzahl im verarbeitenden Gewerbe
EST1	Einkommensteueraufkommen in Mio. DM
EST2	Einkommensteueraufkommen in Mio. DM in Preisen von 1980
EST3	Veränderung des Einkommensteuer-pro-Kopf-Aufkommens gegenüber dem Vorjahr in Preisen von 1980
EST4	Einkommensteuer-pro-Kopf-Aufkommen in Preisen von 1980
ETH2	Anteil der Erwerbstätigen im Handel
ETL2	Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft
ETP2	Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe
ETS2	Anteil der Erwerbstätigen in sonstigen Bereichen
GST1	Gewerbsteueraufkommen in Mio. DM
GST2	Gewerbsteueraufkommen in Mio. DM in Preisen von 1980
GST3	Veränderung des Gewerbesteuer-pro-Kopf-Aufkommens gegenüber dem Vorjahr in Preisen von 1980
GST4	Gewerbesteuer-pro-Kopf-Aufkommen in Preisen von 1980
KFZ1	Anzahl zugelassener KFZ in 1000
KFZ2	KFZ-Dichte pro Einwohner
KFZ3	KFZ-Dichte pro Flächeneinheit
LST1	Lohnsteueraufkommen in Mio. DM
LST2	Lohnsteueraufkommen in Mio. DM in Preisen von 1980
LST3	Veränderung des Lohnsteuer-pro-Kopf-Aufkommens gegenüber dem Vorjahr in Preisen von 1980
LST4	Lohnsteuer-pro-Kopf-Aufkommen in Preisen von 1980

PI	Allg. Preisindex auf Basis 1980=100
POF0	Gesamtbevölkerung
POP1	Bevölkerung zwischen 18 u. 65 Jahren
POP2	Bevölkerung älter als 18 Jahre
POF3	Bevölkerung zwischen 14 und 18 Jahren
SHA1	Sozialhilfeausgaben in TDM
SHA2	Sozialhilfeausgaben in TDM pro Einwohner in Preisen von 1980
SHA3	Veränderungsrate der preisbereinigten Sozialhilfe-pro-Kopf-Ausgaben gegenüber dem Vorjahr
SHE1	Anzahl der Sozialhilfeempfänger
SHE2	Anzahl der Sozialhilfeempfänger pro Einwohner
SHE3	Veränderungsrate der Sozialhilfeempfänger-pro-Einwohner gegenüber dem Vorjahr
SVA1	Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer
T	Trendvariable
VIP1	Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr
VIP2	Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner gegenüber dem Vorjahr
VSP1	Veränderungsrate des Bruttosozialprodukts in Preisen von 1980 gegenüber dem Vorjahr
VSP1L1	Veränderungsrate des Bruttosozialprodukts des jeweiligen Vorjahres in Preisen von 1980

Geschäftsanfallsvariablen

Die Variablen für das Aggregationsniveau der Bundes beginnen mit B...,
die Variablen für das Aggregationsniveau des Bundeslandes Bayern beginnen mit BY...

Die Geschäftsanfallsanalyse wurde auf der Basis von "pro-Kopf-Daten" durchgeführt, hierfür erhalten die Variablennamen Appendizes, die das jeweils zugrundegelegte Bevölkerungs-ggregat kennzeichnen:

...P1	Geschäftsanfall pro Kopf der erwachsenen Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren
...P3	Geschäftsanfall pro Kopf der strafmündigen Bevölkerung (über 14 Jahren)
...PG	Geschäftsanfall pro Kopf der mit der Kriminogenitätsstruktur gewichteten strafmündigen Bevölkerung

Liegen für die Analyse des Neuzugangs an Geschäftsanfall keine originären Zugangsdaten vor, sondern müssen diese mittels der Unterstellung einer Strukturkonstanz von anfallenden und erledigten Geschäftszahlen aus Erledigten-Daten ermittelt werden, so tritt vor die Kennzeichnung des Bevölkerungsaggregats ein C (für computed). Bsp.:BS5ACPG.

S1A	Erledigte Strafsachen am Amtsgericht
S2A	Ordnungswidrigkeiten am Amtsgericht
S3A	Erledigte Verbrechen am Amtsgericht
S4A	Erledigte Vergehen am Amtsgericht
S5A	Erledigte Strafsachen im Straßenverkehr am Amtsgericht
S6A	Erledigte Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr am Amtsgericht
S7A	Neuzugänge an Strafsachen und Bußgeldsachen am Amtsgericht
S8A	Neuzugänge an Strafsachen (ohne Bußgeldsachen)
S9A	Erledigte Strafsachen ohne Strafsachen im Straßenverkehr (und ohne Bußgeldsachen)
S11L	Erledigte Strafsachen am Landgericht
S12L	Erledigte Verbrechen am Landgericht
S13L	Erledigte Vergehen am Landgericht
S14L	Neuzugänge in Strafsachen am Landgericht
Z1A	Mahnsachen am Amtsgericht
Z2A	Vollstreckungssachen am Amtsgericht
Z3AL	Neuzugänge an Zivilprozessen in 1. Instanz an Amts- und Landgerichten
Z4AL	Erledigte Ehesachen an Amts- bzw. Landgerichten
Z6A	Mahnsachen pro POP1
Z7A	Vollstreckungssachen pro POP1

Tabellarischer Lebenslauf

Name: Eberhard Gröner
geboren: 31.03.1960 in Ulm/Söflingen
Eltern: Hans und Erika Gröner geb. Heurich

1966-70 Besuch der Meinloh-Grundschule in
Ulm/Söflingen

1970-79 Besuch des Humboldt-Gymnasiums in Ulm

1979 Abschluß mit Erlangung der allg. Hochschul-
reife

1979-81 Zivildienst im Kinderheim "Guter Hirte" in
Ulm

1981-85 Studium der Betriebswirtschaftslehre an der
Universität Bamberg

1985 Abschluß des Studiums mit Erlangung des
akademischen Grades des Dipl.-Kaufmann

1986-88 Forschungstätigkeit am Lehrstuhl für
Betriebswirtschaftslehre, insbes. Personal-
wirtschaft und Organisation bei Prof. Dr.
W.A. Oechsler im Rahmen eines von der
"Stiftung Volkswagenwerk" geförderten
Forschungsprojektes

1987 Aufnahme des Promotionsstudiums der
Betriebswirtschaftslehre an der Universität
Bamberg

